

7533

Stenographisches Protokoll

85. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 21. März 1985

Tagesordnung

1. Erklärung des Bundeskanzlers zum Kernkraftwerk Zwentendorf
2. Energiebericht und Energiekonzept 1984
3. Zweite Lesung des Antrages 132/A der Abgeordneten Dr. Heindl und Genossen betreffend Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf
4. Bericht über den Antrag 133/A der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend Kernkraftwerk Zwentendorf
5. Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse
6. Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge

Pischl (468/M); Alois Huber, Brennsteiner, Dr. Feurstein

Fauland (491/M); Burgstaller, Dr. Veselsky

Scheucher (492/M); Neumann, Probst, Dr. Seel

Haigermoser (489/M); Dr. Lenzi, Dkfm. DDr. König, Probst

Ing. Helbich (469/M); Dr. Gugerbauer, Resch, Wimmersberger

Burgstaller (470/M); Probst, Fauland, Dkfm. Gorton

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 7549)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

- (1) Erklärung des Bundeskanzlers zum Kernkraftwerk Zwentendorf

Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 7551)

- (2) Bericht des Handelsausschusses über den Bericht der Bundesregierung (III-72 d. B.) betreffend Energiebericht und Energiekonzept 1984 (577 d. B.)

Berichterstatter: Höll (S. 7555)

- (3) Zweite Lesung des Antrages 132/A der Abgeordneten Dr. Heindl und Genossen zu einem Bundesverfassungsgesetz betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf)

Berichterstatter: Hietl (S. 7556)

- (4) Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 133/A der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend Kernkraftwerk Zwentendorf (578 d. B.)

Berichterstatter: Höll (S. 7557)

Redner:

Graf (S. 7558),
Dr. Heindl (S. 7570),

Inhalt

Geschäftsbehandlung

Durchführung der zweiten Lesung über den Antrag 132/A gemäß § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung (S. 7556)

Ersuchen des Präsidenten gemäß § 44 Abs. 4 der Geschäftsordnung um mündliche Berichterstattung betreffend die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf (S. 7556)

Verlangen nach namentlicher Abstimmung (S. 7651 und S. 7653)

Unterbrechung der Sitzung (S. 7652 und S. 7654)

Tatsächliche Berichtigungen

Dr. Keimel (S. 7641)

Resch (Erwiderung) (S. 7642)

Fragestunde (61.)

Öffentliche Wirtschaft und Verkehr (S. 7535)

Dkfm. Gorton (467/M); Strache, Koppensteiner

519

Dr. Stix (S. 7579),
 Dr. Taus (S. 7589),
 Vizekanzler Dr. Steger (S. 7595),
 Resch (S. 7604),
 Dkfm. DDr. König (S. 7607),
 Staatssekretär Dr. Schmidt
 (S. 7615),
 Köck (S. 7617),
 Heinzinger (S. 7621),
 Grabher-Meyer (S. 7626),
 DDr. Gmoser (S. 7631),
 Mandorff (S. 7635),
 Weinberger (S. 7638),
 Dr. Keimel (S. 7641) (tatsächliche
 Berichtigung),
 Bundesminister Mag. Gratz (S. 7641),
 Resch (S. 7642) (Erwiderung auf
 eine tatsächliche Berichtigung),
 Teschl (S. 7643),
 Konečný (S. 7647) und
 Bergmann (S. 7647)

Kenntnisnahme des Berichtes in 577 d. B.
 (S. 7651)

Ablehnung des Antrages 132/A (S. 7652)

Kenntnisnahme des Berichtes in 578 d. B.
 (S. 7654)

- (5) Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (566 d. B.): Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse (578 d. B.)

Berichterstatter: Johann Wolf (S. 7655)

Redner:

Hietl (S. 7656),
 Brandstätter (S. 7657),
 Alois Huber (S. 7658),
 Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden
 (S. 7660) und
 Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 7660)

Genehmigung (S. 7661)

- (6) Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (550 d. B.): Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über

die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (575 d. B.)

Berichterstatter: Höll (S. 7661)

Genehmigung (S. 7662)

Eingebracht wurden

Auslieferungsbegehren

gegen den Abgeordneten Hintermayer
 (S. 7662)

Antrag der Abgeordneten

Dr. Schüssel, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und
 Genossen betreffend Budgetsanierung (138/A)

Anfragen der Abgeordneten

Wimmersberger und Genossen an den
 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
 betreffend Forschungsauftrag für Peter Pilz
 (1223/J)

Dr. Stummvoll und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
 betreffend Werbung der Austria Tabakwerke AG mit der „Gesundheitszigarette“ Casablanca
 (1224/J)

Haigermoser, Peter und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
 betreffend Protestkundgebungen wegen der geplanten Verordnung auf Grund des Berufsausbildungsgesetzes (1225/J)

Dr. Preiß und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
 betreffend Sanierung des Stiftes Dürnstein (1226/J)

Karas und Genossen an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
 betreffend Einrichtung einer Autoverladerampe in Linz-Hauptbahnhof (1227/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident **Mag. Minkowitsch**, Dritter Präsident **Dr. Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter **Dkfm. Gorton (ÖVP)** an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr.

467/M

Werden Sie defizitäre Autobuslinien von Bahn und Post öffentlich ausschreiben?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr **Dkfm. Lacina:** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Anfrage möchte ich bemerken, daß die derzeitige Gesetzeslage keine solche öffentliche Ausschreibung möglich macht. Das Kraftfahrlinienrecht gibt nur die Möglichkeit, Konzessionen zu erteilen. Im Wege einer öffentlichen Ausschreibung ist eine Vergabe von Kraftfahrlinien nicht möglich.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dkfm. Gorton:** Herr Bundesminister! Wir haben vor Jahresfrist anlässlich der Behandlung der Novellierung des Eisenbahngesetzes im Rahmen der Ausschlußverhandlungen einen Gesetzesänderungsantrag eingebracht, wonach die Möglichkeit einer solchen öffentlichen Ausschreibung zumindest für den Bereich der Bundesbahnen gegeben worden wäre.

Der damalige Herr Bundesminister hat sich gar nicht so abgeneigt gezeigt, einem solchen Antrag näherzutreten. Anscheinend war aber die Gewerkschaft strikte dagegen, und er mußte damals fallenlassen, daß der Antrag behandelt wird. In unserem Antrag war enthalten, daß natürlich in die Prüfung des Lei-

stungsanbotes bei einer solchen Ausschreibung einzubeziehen ist, ob die Leistung gleichwertig ist und ob die wirtschaftliche Lage des Anbieters auch die volle Gewähr dafür bieten würde.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, einem solchen Antrag, wenn er wieder eingebracht würde, näherzutreten, um der Bahn und auch der Post diese Möglichkeiten zu bieten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dkfm. Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir werden sicherlich bereit sein, alle Vorschläge genau zu prüfen, die einer Verbesserung des Verkehrsangebotes oder einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit dienen können.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß bereits jetzt ohne formelle gesetzliche Bestimmung in einer sehr guten Kooperation zwischen den öffentlichen Unternehmen Bahn und Post und den privaten Transportunternehmen eine solche Koordination besteht und daß mir daher derzeit eine gesetzliche Regelung entbehrlich erscheint.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter **Dkfm. Gorton:** Herr Bundesminister! Daß solche Kooperationen bestehen — Sie haben ja in einer schriftlichen Anfragebeantwortung im November vorigen Jahres auch darauf hingewiesen —, ist sicherlich begrüßenswert. Ich glaube aber, noch begrüßenswerter wäre eine solche Trennung.

Sie haben ja sicherlich die defizitären Autobuslinien bei Bahn und Post katalogisiert. Meine Frage geht dahin: Wie viele solche defizitäre Linien betreiben nunmehr Bahn und Post, und zwar mit welchem Abgang?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dkfm. Lacina:** Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Ich würde Sie bitten, diese Frage schriftlich beantworten zu dürfen. Mir liegen die Ergebnisse für 1984 noch nicht vor, und ich glaube, es ist nur sinnvoll, aktuelle Ergebnisse zu betrachten.

Ich möchte nur grundsätzlich bemerken: Es ist natürlich so, daß in der Öffentlichkeit immer wieder kritisiert wird, daß bei der

Bundesminister Dkfm. Lacina

einen oder anderen Linie Defizite auftreten, und gerade Bahn und Post haben aufgrund ihrer Versorgungsverpflichtung natürlich nicht die Möglichkeit, ihre Linienführung wie private Unternehmer zu gestalten.

Auf eines möchte ich hinweisen: Immer dann, wenn wir versuchen wollen, unser Liniennetz zu begradigen, gibt es verständlicherweise aus den Regionen entsprechenden Widerstand, und zwar von Bürgermeistern, egal ob sie jetzt dieser oder jener Partei angehören. Sie kennen das, Herr Abgeordneter. Sie wissen um die Problematik. Dieser Problematik werden wir uns auch nicht entziehen können, wenn wir da und dort aus Ersparnisgründen zu einer besseren Kooperation mit privaten Transportunternehmen kommen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Strache.

Abgeordneter Strache (SPÖ): Herr Bundesminister! Im vergangenen Jahr wurde der Verkehrsverbund für den Schienenverkehr der Ostregion eingeführt. Das hat für die Pendlere wirklich große Vorteile und auch Verbilligungen gebracht. Mit der Einführung des Verkehrsverbundes für die Schiene wurde auch angekündigt, daß die Autobusse für die Region Wien/Niederösterreich/Burgenland miteinbezogen werden sollen und daß ein Prüfungsverfahren eingeleitet wird.

Ich hätte folgendes gerne gewußt, Herr Bundesminister: Wieweit ist dieses Prüfungsverfahren gediehen, und bis wann ist damit zu rechnen, daß der Autobusverkehr in diesen Verkehrsverbund miteinbezogen wird?

Präsident: Herr Abgeordneter! Das sind zwei Fragen. Ich bitte, in Zukunft nur eine zu stellen. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Prüfungsverfahren beziehungsweise diese Untersuchung ist noch im Gange. Es ist damit zu rechnen, daß die Ergebnisse sehr bald vorliegen werden.

Was aber die Realisierung betrifft, so setzt sie voraus, daß eine Einigung über die finanziellen Lasten, die aus dem Tragen der Durchtarifizierungsverluste entstehen, zwischen den Gebietskörperschaften gefunden wird. Was ich nur für den Bund sagen kann, ist, daß der Bund von Anfang an als einzige Gebietskörperschaft erklärt hat, er sei bereit, 50 Prozent dieses Verlustes zu tragen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Koppensteiner.

Abgeordneter Koppensteiner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben auf die Ertragslage insofern Bezug genommen, als Leistungen miteinkalkuliert werden müssen, die im Interesse der Bevölkerung liegen. Insofern sind wir einer Meinung.

Nun geht es aber um den Begriff „defizitär“. Und hier nehme ich an, daß sowohl die Bundesbahnen als auch die Post Kostenrechnungen im Sinne kaufmännischer Gebarung haben.

Mich würde interessieren, inwieweit die Kilometerkosten zwischen diesen beiden Verkehrsträgern differenzieren, und zwar in Schilling ausgedrückt.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt tatsächlich eine gewisse Differenz zwischen den beiden Unternehmungen, die sich allerdings — das muß man dazusagen — natürlich nicht ohne weiteres vergleichen lassen: Es ist das Streckennetz verschieden, es werden Strecken verschiedener Art bedient, sodaß die minimale Differenz, die zwischen den beiden Unternehmungen auftritt, durchaus aus solchen Unterschiedlichkeiten erklärt werden kann.

Ich darf mir erlauben, Ihnen die Zahlen für die letzten Jahre schriftlich zugehen zu lassen. Wir haben sie natürlich aufgrund der Kostenrechnung bei Bahn und Post verfügbar.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Pischl (ÖVP) an den Herrn Minister.

468/M

Wann werden die Autobusdienste von Bahn und Post zusammengelegt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage, die Sie mir gestellt haben, möchte ich so beantworten, daß es bereits seit geraumer Zeit mit Erfolg Anstrengungen gibt, die Autobuslinien von Post und Bahn miteinander zu verschränken.

Es gibt eine wesentlich erhöhte Kooperation, die von der wechselseitigen Anerkennung der Fahrscheine über die Abstimmung

Bundesminister Dkfm. Lacina

der Fahrpläne bis zur Erschließung neuer Verkehrsbereiche reicht.

In den letzten Jahren wurde versucht, insbesondere durch die gemeinsam mit der österreichischen Industrie vorgenommene Entwicklung eines Einheitsbusses, auch den Fahrpark zu vereinheitlichen. Es wurde weiters versucht, darüber hinaus in der Instandhaltung, in der Garagierung gemeinsame Wege zu gehen. Ich darf unter anderem darauf verweisen, daß die erste gemeinsame Post- und Bahngarage vor kurzem in Ferlach eröffnet worden ist.

Wir glauben, daß wir auf diese Weise die Zielsetzung, die gesteckt ist, eher erreichen können als durch sehr umfangreiche organisatorische Maßnahmen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Pischl: Herr Bundesminister! Es ist sehr schön, wenn Sie sagen: Es ist einiges eingeleitet.

Meine Frage: Gibt es ein konkretes Konzept, wie schrittweise diese Zusammenlegung stattfinden sollte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine Arbeitsgruppe, die zwischen Bahn und Post eingerichtet war, hat versucht, alle Maßnahmen zu bewerten, die möglich sind, um zu stärkeren Gemeinsamkeiten in beiden Unternehmungen zu kommen. Diese Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit abgeschlossen. Wenn es notwendig sein sollte, neue Gebiete zu erschließen, werden wir sicherlich diese Arbeiten fortsetzen. Aber im Augenblick werden die Vorschläge dieser Arbeitsgruppe in die Praxis umgesetzt.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Pischl: Herr Bundesminister! Sie haben ja in dieser Regierung eine sehr hohe Wirtschaftskompetenz.

Meine Frage bezüglich Ihrer Auffassung zu dieser Doppelgleisigkeit lautet nun: Sind Sie bereit, das etwas voranzutreiben, um die finanzielle, wirtschaftliche Seite in diesem Bereich zu verbessern?

Präsident: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir fühlen uns den

Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verpflichtet und werden daher alle Maßnahmen unterstützen, die zu einer Kostensenkung in diesen beiden Betrieben führen. Ein Teil dieser Kostensenkung kann durch bessere Koordination erreicht werden; das ist keine Frage.

Ich darf aber doch darauf verweisen, daß ein stärkerer Eingriff, etwa durch eine Zusammenlegung, im jetzigen Augenblick noch größere Nachteile als Vorteile erwarten ließe.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Huber.

Abgeordneter Alois Huber (FPÖ): Herr Bundesminister! Auch in der Bundesrepublik Deutschland spielt die Frage der Zusammenlegung von Bahn und Post eine Rolle. Konnte diese Frage dort bereits erfolgreich gelöst werden? *(Zwischenruf des Abg. Steinbauer.)*

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Herr Abgeordneter! Es ist richtig, daß es auch in Deutschland Betriebe des Kraftwagendienstes der Post, aber auch der Bahn gibt. Es gibt dort Versuche, eine Zusammenführung zu organisieren. Die Versuche haben aber bisher noch nicht zu dem Ergebnis geführt, daß man tatsächlich eine Zusammenlegung zustande gebracht hätte, sondern es werden zwei Modelle derzeit erst erprobt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Brennsteiner.

Abgeordneter Brennsteiner SPÖ: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Im Zusammenhang mit der Frage meines Vorredners bringe ich ein Problem, das insbesondere meine Region sehr stark betrifft, und zwar:

In jenen Bereichen, wo die Bundesbahnen zwei Wirtschaftskörper in Betrieb haben, nämlich die Schiene und den Kraftwagendienst, tauchen im Zusammenhang mit der Benützung dieser beiden Wirtschaftskörper insbesondere in Fremdenverkehrsgebieten nun für die Gäste aus dem Ausland Fragen auf, die für die Benützer unverständlich erscheinen. Nun meine Frage: Gibt es Vorstellungen bezüglich eines Tarifverbundes ÖBB — Schiene — KWD?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dkfm. Lacina

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir sind uns dieser Problematik bewußt. Diese Problematik geht allerdings weit über die Probleme der beiden Betriebe Schiene und Busdienst der Österreichischen Bundesbahnen hinaus. Meiner Ansicht nach wäre eine solche Problematik nur durch regionale Verkehrsverbundanstalten zu lösen. Erfreulicherweise gewinnt gerade diese Idee in den letzten Monaten mehr an Bedeutung, sodaß sie sich für wichtige Regionen bereits erledigt hat. Ich denke hier an die Ostregion, wir werden aber auch andere einschließen. Es liegen ja Vorschläge vor für eine Verbundregion Linz und Umraum Linz und für einen Verkehrsverbund Salzburg.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Bundesminister! Das, was Sie jetzt gesagt haben, ist ganz entscheidend, wenn wir in dieser Angelegenheit Zusammenschluß von Bahn und Post weiterkommen wollen.

Eine Region, die Sie bisher nicht erwähnt haben und in der dieses Modell ja auch verwirklicht worden ist, ist der Bregenzerwald. Dort ist auf Betreiben und Ersuchen aller 24 Bürgermeister einvernehmlich sogar eine Nebenbahnlinie eingestellt worden. Ich glaube, es muß festgehalten werden, daß Bürgermeister zustimmend die Einstellung einer Nebenbahnlinie zur Kenntnis genommen haben.

Nun besteht aber der dringende Wunsch — und ich glaube, das ist ganz entscheidend —, daß auch die Schiene, daß auch die Bahnfahrkarten miteingebunden werden in die Busfahrkarten, sodaß der Gast oder der Pendler mit einer Fahrkarte die Bahn, den Postbus und den Bahnbus benützen kann.

Herr Minister! Sind Sie bereit, hier nicht nur so allgemeine Erklärungen abzugeben, wie Sie das gegenüber dem Abgeordneten der Sozialistischen Partei getan habe, sondern ganz konkret zu sagen, in welcher Weise Sie hier weiterschreiten wollen, um wirklich zu einem umfassenden Verkehrsverbund zu kommen, also nicht nur in einigen ausgewählten Modellregionen?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter Feurstein! Ich glaube, daß ich konkret auf drei bestehende oder in

Planung befindliche Verkehrsverbundsysteme hingewiesen habe. Wenn es andere solche Verkehrsverbundsysteme gibt, so werden jederzeit der Bund und natürlich auch die Unternehmen Post und Bahn zur Diskussion bereit sein. Wir sind sicherlich daran interessiert, mit Hilfe entsprechender finanzieller Beiträge unsere Zielsetzung, dem öffentlichen Verkehr Vorrang zu geben, durch solche Verbundsysteme zu fördern. Zur konkreten Frage Bregenzerwald möchte ich nur darauf hinweisen, daß es wohl die Bereitschaft der Region zur Zusammenarbeit gegeben hat, daß aber auch beträchtliche Förderungsmittel des Bundes die Einstellung dieser Bahn sicherlich erleichtert haben. Es war, Herr Abgeordneter, für den Bund ein nicht ganz billiges Exempel einer Einstellung einer defizitären Strecke. Das muß ich schon erwähnen.

Ganz konkret: Das hat nur einen Sinn — nicht nur wenn die Betriebe Post und Bahn mittun —, wenn wir alle, die in einer Region Transportleistungen erbringen, wirklich in einen Verbund zusammenfassen können. Wenn es solche Vorschläge gibt von seiten des Landes, von seiten der Gemeinden, werden wir gerne bereit sein, uns an einen Tisch zu setzen, um zu Lösungen zu kommen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Abgeordneter Fauland (SPÖ) an den Herrn Minister.

491/M

Welche Maßnahmen zur Förderung des Einsatzes neuer Technologien haben Sie gesetzt, um damit die österreichische Industrie in ihren Bemühungen um die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Neben den Anstrengungen, die bisher unternommen worden sind, in Österreich Forschung und Entwicklung zu fördern, etwa über den Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft oder der wissenschaftlichen Forschung, existiert nun seit 1. Jänner dieses Jahres ein Technologieförderungsprogramm, das vorerst für das Gebiet der Mikroelektronik eingesetzt wird.

Es ist vorgesehen, dieses Technologieförderungsprogramm mit anderen Schwerpunkten, die den bisherigen Schwerpunkten des Wissenschafts- und Forschungsministeriums entsprechen, zu ergänzen. Dieses Programm wird erstmals eine Schwerpunktsetzung im

Bundesminister Dkfm. Lacina

gesamten Bereich der Förderung von Forschung, aber auch der Innovation im Unternehmensbereich ermöglichen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Fauland:** Herr Bundesminister! Welche speziellen Ziele verfolgen Sie mit der Förderung der Einführung von computerunterstütztem Entwerfen und Fertigen in Industrieunternehmungen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es geht beim Einsatz dieser Technik darum, kleinen und kleinsten Betrieben die Möglichkeit zu geben, ein Instrument an die Hand zu bekommen, ohne das sie in Zukunft nicht wettbewerbsfähig sein werden.

Wir wissen, daß zum Beispiel die Automobilindustrie, aber auch andere Industrien heute in ihre Ausschreibungsbedingungen, in ihre Lieferbedingungen das computergestützte Entwerfen, zum Teil sogar das computergestützte Erzeugen aufnehmen auf Grund der Genauigkeit und der Verlässlichkeit, die damit erreicht werden können. Es ist für uns eine Frage der Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gerade der kleinen und mittleren Betriebe, eine solche Aktion in die Tat umzusetzen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter **Fauland:** Herr Bundesminister! Werden neben der finanziellen Förderung bei der Einführung von computerunterstütztem Entwerfen und Fertigen auch Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen durch Schulung und Beratung getroffen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist vorgesehen, das Unternehmen, das sich für diese Technologie interessiert, in dreifacher Weise zu unterstützen.

Das erste ist eine finanzielle Unterstützung für den Suchprozeß des Unternehmens: Welches ist das richtige System, welches System kann am besten in diesem Betrieb verwendet werden?

Das zweite ist der Ankauf der Apparaturen und der entsprechenden Programme für den Einsatz dieses Systems.

Das dritte ist die Unterstützung des Unternehmens bei der Ausbildung seiner Fachkräfte. Für diese Zwecke werden wir ein Institut errichten, das entgeltlich den Unternehmen Beratungsleistungen, und zwar unabhängig vom Hersteller, zur Verfügung stellen wird.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter **Burgstaller.**

Abgeordneter **Burgstaller (ÖVP):** Herr Bundesminister! Bei diesem von Ihnen angekündigten Institut, wo computergestützte Entwicklungen beziehungsweise computergestützte Erzeugnisse als Dienstleistung angeboten werden sollen, kommt es vor allem darauf an, daß verstärkt mit jenen Firmen, jenen Unternehmungen zusammengearbeitet wird, in welchen bereits seit Jahren derartige Programme gegen Entgeltleistungen angeboten werden. In der Steiermark hat sich die TECHNOBA, die Ihnen ja bekannt ist, auch mit dieser Problematik auseinandergesetzt und in der letzten Zeit sehr deutliche Erfolge verbuchen können.

Wie und in welcher Form wird dieses von Ihnen angekündigte Institut, das im September installiert werden soll, mit diesen einerseits privaten Firmen, andererseits Vereinen zusammenarbeiten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wird natürlich keine Pflicht zur Beratung für das Unternehmen geben, sodaß keine Konkurrenzierung durch Gewährung bestimmter Wettbewerbsvorteile auftreten kann, denn es ist vorgesehen, daß etwa auch der Such- oder der Schulungsprozeß unterstützt werden kann, wenn er bei anderen Institutionen vorgenommen wird.

Es wird eher so sein, daß dieses Institut die Aufgabe haben wird, mit allen privaten und öffentlichen Instituten zusammenzuarbeiten, denn wir wissen, daß wir einen sehr hohen Bedarf an Fachkräften in diesem Bereich haben. Das heißt, es ist zum Beispiel jetzt schon vereinbart worden, daß mit den Wirtschaftsförderungsinstituten auf Bundesebene, auf regionaler Ebene zusammengearbeitet wird. Es wird also sicherlich keine Konkurrenzsituation, sondern die einer notwendigen Ergänzung entstehen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter **Veselsky.**

Dr. Veselsky

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Dieses Technologieschwerpunktprogramm, das zweifelsohne von den Entwicklungserfordernissen der österreichischen Wirtschaft her zu begrüßen ist, wird sicherlich nicht das einzige sein, das Sie vorbereiten, sondern Sie werden ganz gewiß auch noch andere Schwerpunkte zu setzen beabsichtigen. Ist das der Fall und, wenn ja, in welchen Bereichen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben derzeit das Programm zur Förderung der Mikroelektronik. Als nächstes ist vorgesehen, den Schwerpunkt Biotechnologie, Gentechnologie in dieses Programm mit aufzunehmen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Scheucher (SPÖ) an den Herrn Minister.

492/M

Welche regionalpolitischen Förderungsmaßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um die Region Köflach — Voitsberg zu unterstützen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Frage möchte ich darauf verweisen, daß in der Region Weststeiermark Köflach — Voitsberg bereits seit 1975 das ERP-Sonderprogramm im Zusammenhang mit der Notwendigkeit zur Ansiedlung neuer wirtschaftlicher Aktivitäten in Kohlebergbaugebieten eingerichtet worden ist.

1983 wurde gemeinsam mit dem Land Steiermark die sogenannte „100 000 S-Aktion“ eingerichtet, die vorsieht, daß jeder neugeschaffene Arbeitsplatz bei Erfüllen bestimmter Kriterien mit einer solchen Maximalprämie ausgestattet wird.

Darüber hinaus ist es gelungen, auch auf dem Verkehrsgebiet zu einer besseren Anbindung zu kommen — ich denke etwa an die Süd Autobahn —, was sicherlich die wirtschaftlichen Aktivitäten dieses Raumes erleichtert.

Ich darf weiters darauf verweisen, daß im Bundesministerium für soziale Verwaltung ein besonderer Schwerpunkt im Rahmen der Arbeitsmarktförderung in diesem Gebiet gesetzt wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Scheucher: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Sie haben in Ihrem Bericht, auch auf die regionalen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen hingewiesen. Ich frage Sie, wie viele Projekte im Rahmen dieser Förderungsmaßnahmen bisher unterstützt wurden und in welcher Höhe dies geschah.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben seit 1980 vier Projekte — das sind die Zahlen, die mir vorliegen — im ERP-Sonderprogramm erledigen können. Dadurch sind etwa 100 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Aus dem ERP-Energieprogramm wurden vier Projekte gefördert. Damit wurden eine Darlehenssumme von 240 Millionen Schilling und ein Investitionsvolumen von 1,3 Milliarden Schilling ausgelöst. Schließlich hat es aus der gemeinsamen Sonderförderungsaktion Bund — Land noch vier Investitionsvorhaben gegeben, mit denen insgesamt 38 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind.

Es ist noch darauf zu verweisen, daß aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung im Jahre 1983 allein 1 886 Personen mit 14 Millionen Schilling unterstützt wurden. Im vergangenen Jahr waren es 1 830 Personen, die mit fast 20 Millionen Schilling gefördert wurden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Scheucher: Herr Bundesminister! Der Bund hat für die Obersteiermark einen Regionalbeauftragten eingesetzt. Nun hat der Bezirk Voitsberg mit ähnlichen strukturellen Problemen zu kämpfen wie die Obersteiermark. Ist auch für den Bezirk Voitsberg die Einsetzung eines Regionalbeauftragten vorgesehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben für die Obersteiermark nach dem Muster anderer Regionen einen Regionalbeauftragten eingesetzt, um die Kommunikation zwischen den Gemeinden, den Betrieben und den Bundesstellen, aber auch den Stellen des Landes zu verbessern. Wir sind gerne bereit, jeder Anregung, die aus einer Region kommt, Folge zu leisten, und wir werden natürlich auch in dieser Region einen solchen Sonderbeauftragten installieren.

Präsident

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter Neumann (ÖVP): Herr Minister! In der gleichen Zeit, in der all die Maßnahmen, die Sie vorhin erwähnten, von Ihrem Ressort und von der Bundesregierung gesetzt wurden, wurde in unserer Region die Glasfabrik Voitsberg mit seinerzeit 800 Beschäftigten geschlossen, unter anderem auch deshalb, weil eine zugesagte Strukturhilfe des Bundes in der Höhe von 200 Millionen Schilling bis heute nicht eingetroffen ist, wie auch der Rechnungshof kritisch vermerkte.

Es war sicher auch die Förderung der Schnellstraße zur Süd Autobahn, die strukturelle Großbedeutung hat, sowie jene der Fernwärme und des Gestütes Piber sehr unzulänglich, und die Gewinne unserer weststeirischen Kohlengruben wurden überhaupt für die Linz nahe VOEST entzogen, anstatt sie im Bezirk für wichtige Maßnahmen zu verwenden, sodaß wir zurzeit alles in allem trotz dieser erfreulichen Maßnahme, die Sie erwähnten, eine Arbeitslosenrate von über 10 Prozent zur Kenntnis nehmen müssen; davon sind über ein Drittel Jugendliche.

Herr Minister! Was gedenken Sie in Zukunft als zuständiger Minister für Strukturpolitik für eine Koordinierung all der Regierungsmaßnahmen und auch für eine entsprechende Erhöhung einer wirklich wirksamen Förderung der Arbeitsplätze in einer gesunden Umwelt zu tun?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte doch das eine oder andere berichtigen, was Sie hier ausgeführt haben. Was die angeblich zugesagte Strukturhilfe betrifft, so hat der Rechnungshof nicht bemängelt, daß sie nicht zugeführt wurde, sondern er hat festgestellt, daß sich der Vorstand des Unternehmens auf eine angeblich gegebene Zusage verlassen hat, ohne überhaupt über irgendeine Unterlage zu verfügen. Vor allem wäre diese Strukturhilfe ganz sicherlich nicht der weststeirischen Region zugekommen, sondern von dieser Strukturhilfe war im Zusammenhang mit dem Neubau einer Glasfabrik in Niederösterreich die Rede, wie Ihnen bekannt ist.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Was wir nicht konnten, war, den Einbruch, den es in verschiedenen Industrien gegeben hat, mit Maßnahmen, die der Bund gesetzt hat, auszugleichen. Wir haben versucht, die Folgen,

soweit es ging, abzumildern. Das ist die Möglichkeit, die der öffentlichen Hand, die dem Staat insgesamt zur Verfügung steht.

Es stehen den Betrieben, die dort arbeiten und neu angesiedelt werden, außerordentlich günstige Bedingungen zur Verfügung. Worum wir uns bemühen, ist, auch neue Betriebe, nicht nur die bestehenden, zu Aktivitäten in diesem Raum anzuregen, und wir werden jede Unterstützung gewähren, um dort zu diesen neuen Aktivitäten zu kommen.

Eines möchte ich aber schon berichtigen: Es ist sicherlich nicht richtig, daß Geldgewinne aus dieser Region abgeflossen sind. Ich muß doch daran erinnern, daß zwar glücklicherweise die GKB jetzt wieder zu jenen Unternehmen im Bereich der verstaatlichten Industrie zählt, die Gewinne erzielen, daß aber vorher sehr erhebliche Mittel der Förderung, auch der Bundesförderung, zur Erschließung der entsprechenden Bergbaue in diese Region geflossen sind und daß nach wie vor das Unternehmen aus dieser Quelle Unterstützung erhält.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Übertrieben ausgedrückt muß ich als Steirer leider sagen, daß fast die ganze Steiermark eine Krisenregion ist. Nach Meinung der Kollegen von der ÖVP ist in solchen Krisensituationen immer nur der Bund schuld und nicht die Landesregierung. Das zeigt sich auch in Fürstenfeld, wo die Eumig-Hallen noch immer teilweise leer stehen und nicht an den Mann gebracht wurden. Wir haben Krisenregionen in der Südsteiermark, unmittelbar im Bezirk Deutschlandsberg, in der Region Voitsberg. *(Rufe bei der ÖVP: Frage!)* Eure Sorgen möchte ich haben!

Sie haben vorhin die Regionalbeauftragten erwähnt, die eine bessere Koordination, eine bessere Kommunikation zwischen den betroffenen Regionen und dem Bund herstellen sollen. In welchen Regionen werden noch solche Regionalbeauftragte eingesetzt werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben bisher solche Beauftragte im Waldviertel und in der Obersteiermark. Es gibt Vorschläge auch aus anderen Regionen, etwa aus Niederösterreich-Süd. Dort ist bereits ein Beauftragter installiert worden. Wir sind auch bereit, in

7542

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Bundesminister Dkfm. Lacina

anderen betroffenen Regionen — in der Steiermark und auch in Osttirol gibt es derzeit ganz konkrete Vorschläge — solche Bundesbeauftragte zu installieren, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß durch diesen persönlichen Kontakt sowohl den Unternehmungen als auch den öffentlichen Stellen Anregungen zukommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Seel.

Abgeordneter Dr. Seel (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben eben in Aussicht gestellt, daß ein solcher Regionalbeauftragter des Bundes auch für den Raum Voitsberg vorgehen werden könnte.

Ich stelle daher die Frage: Welche konkreten Erfolge beziehungsweise Ergebnisse hat die Tätigkeit dieses Regionalbeauftragten im Bereich der Obersteiermark gebracht, um daraus Schlüsse und Erwartungen für die Region Köflach ziehen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Person, die wir im Raum Obersteiermark als Regionalbeauftragten ausgewählt haben, war bisher im Rahmen der Verbandsförderung in Mürzzuschlag tätig. Es ist Dr. Schrenk, um den es sich hier handelt, gelungen, eine Reihe von regionalen Initiativen zu entwickeln, und zwar bis hin zu einer Aktion, die gemeinsam mit dem Sozialministerium durchgeführt wurde, nämlich die „steirische Eisenstraße“, zur Entwicklung einer neuen Art des Fremdenverkehrs in der Region Eisenerz, aber auch weit über diese Region hinaus.

Wir haben auch ständigen Kontakt, und auf Grund dieses Kontaktes ist es leichter, Probleme in den Betrieben, noch bevor sie schlagend werden, bevor sie akut werden, zu erkennen und gleichzeitig den Unternehmungen eine optimale Beratung zu geben, denn sehr häufig machen wir die Erfahrung, daß gerade die rechtzeitige Beratung der Unternehmen über Förderungsmöglichkeiten, aber auch über Möglichkeiten, sich umzustellen, über Möglichkeiten, eine neue Struktur zu finden, fehlt.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Haigermoser (FPÖ) an den Herrn Minister.

489/M

Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit der Inbetriebnahme von Hochgeschwindigkeitszügen in Österreich zu rechnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zur Frage der Inbetriebnahme von Hochgeschwindigkeitsstrecken möchte ich darauf verweisen, daß der Vorstand der Bundesbahnen die Absicht hat, im heurigen Jahr ein Gutachten zu vergeben, das versuchen soll, alle Aspekte — volkswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche, umweltpolitische, verkehrspolitische — zu erfassen. Dieses Gutachten soll auf einem Fragenkatalog basieren, der nicht nur den Bedürfnissen des Betriebes der Bundesbahnen, sondern auch den Regionen, auch den Interessenverbänden entsprechen soll, sodaß damit eine Antwort darauf gegeben werden kann, welche wirtschaftlichen, aber auch welche politischen Gründe für die Einrichtung solcher Hochleistungsstrecken in Österreich sprechen, und vor allem auch eine Antwort darauf — das wird nicht zuletzt zu entscheiden sein —, welche finanziellen Modelle angewendet und wie diese durch eine möglichst geringe Belastung des Bundeshaushaltes realisiert werden können.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Haigermoser: Herr Bundesminister! Der Ausbau der Strecken wird ja auch einen eminent arbeitsmarktpolitischen Aspekt beinhalten. Daher wäre auch aus diesem Grund ein Ausbau wichtig und notwendig.

Die Frage dazu: Wieviel würde der Ausbau von Hochleistungsstrecken, zum Beispiel Wien—Salzburg oder Wien—Graz, die ja die wichtigsten Strecken in Österreich sind, nach den vorliegenden Schätzungen kosten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es gibt natürlich erste Schätzungen bei den Bundesbahnen, die auf einer ganz bestimmten Trassierung aufbauen. Aber ich glaube, bevor wir diese Gutachten und ihre Ergebnisse nicht in Händen haben, ist es seriöserweise nicht möglich, wirklich abzuschätzen, welche Kosten entstehen würden beziehungsweise welche Aufträge damit an die Unternehmen gegeben werden könnten.

Präsident

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Haigermoser: Herr Bundesminister! Es ist selbstverständlich klar, daß, auf wissenschaftlichen Grundlagen aufbauend, erst die Zahlen zu erarbeiten sind. Nun gibt es aber in Frankreich und Japan bereits Erfahrungen auf diesem Gebiete. Diese Länder haben ja Schrittmacherdienste geleistet, was den Ausbau der Hochleistungsstrecken und die Hochleistungszüge anbelangt.

Es stellt sich nun die Frage: Wie sind die Erfahrungen mit Hochgeschwindigkeitszügen in diesen von mir zitierten Ländern hinsichtlich der Rentabilität?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Situation Frankreichs läßt sich mit der österreichischen Problemlage nicht so ohne weiteres vergleichen. Dort sind auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke nur Personenzüge im Einsatz, es gibt also eine ausschließliche Personenbeförderung, während in Österreich auf Grund der besonderen Situation, die wir vorfinden, eine Kombination von Personen- und Frachtbeförderung in Frage kommt. Mit Japan ist vielleicht ein solcher Vergleich eher möglich.

Es ist in beiden Fällen so, daß eine rein betriebswirtschaftliche Durchrechnung nicht zu einem Erfolg führen muß, obwohl diese Züge außerordentlich gut angenommen werden, das heißt, die Frequenz und die Besetzung außerordentlich hoch sind. Aber man muß doch auch hinzufügen, daß die Investitionen, insbesondere dann, wenn auch der Frachtverkehr miteingeschlossen wird, sehr hoch sind, sodaß der Betrieb selbst betriebswirtschaftlich gerechtfertigt werden kann, aber zu den Investitionen Zuschüsse geleistet werden müssen. Das ist auch die Annahme der Deutschen Bundesbahnen bei der Einrichtung von Hochgeschwindigkeitsstrecken.

Vielleicht eine Bemerkung noch dazu: Ich glaube, für Österreich ist diese Frage nicht nur vom betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkt der Bahn her zu beantworten, sondern auch im Hinblick darauf, ob uns ein Anschluß an ein europäisches Netz von Hochleistungsstrecken gelingt oder nicht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lenzi.

Abgeordneter Dr. Lenzi (SPÖ): Sehr geehr-

ter Herr Bundesminister! Wird im Rahmen der gegenständlichen Projekte auch der zweigleisige Ausbau wichtiger Strecken eine gewisse Rolle spielen?

Präsident: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Natürlich bemühen wir uns schon bei jenen Strecken, die keine Hochleistungsstrecken sind, sondern wo es um eine Beschleunigung des Programms der Bahnfahrten insgesamt geht, zu einem solchen Ausbau zu kommen. Ich erinnere etwa an den Ausbau in Vorarlberg oder in Tirol, der ja vor sich geht. Das heißt, schon bevor es zur Realisierung von Hochleistungsstrecken kommt, sind wir verpflichtet — und wir werden das auch tun —, die maximale Fahrtgeschwindigkeit dort zu erreichen, wo wir einen solchen Ausbau vornehmen können.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich teile Ihre Auffassung, daß man über derartige Projekte seriöserweise erst dann urteilen kann, wenn man genaue Kalkulationen vorliegen hat. Ich muß aber daran erinnern, daß der frühere Bundeskanzler Dr. Kreisky im Wahlkampf großartige Tunnelbauten versprochen hat, die nur als Teil solcher Hochgeschwindigkeitsstrecken einen Sinn haben, ohne daß offenbar Kalkulationen vorlagen. Ich überlasse Ihnen die Qualifikation der Seriosität.

Ich möchte aber sagen, daß Ihre Auffassung, daß wir uns in Österreich nicht von einem in Europa entstehenden internationalen Hochgeschwindigkeitsstreckennetz abhängen sollen, sehr ernst zu nehmen ist. Das gilt, bitte, für den Personenverkehr, denn Güterzüge fahren bekanntlich nicht mit 250 oder 300 Stundenkilometern.

Meine konkrete Frage: Werden Sie sich unter der Voraussetzung, daß die Bundesregierung bereit ist, ein Sonderfinanzierungsprogramm zur Verfügung zu stellen, für den Anschluß Österreichs an das im Entstehen begriffene europäische Hochgeschwindigkeitsnetz aussprechen?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eingangs: Es gibt bei den Österreichischen Bundesbahnen ganz konkrete Planungsunterlagen, und zwar auch

Bundesminister Dkfm. Lacina

über die Trassenführung, etwa Weststrecke, aber auch Südstrecke; Planungsunterlagen sowohl im Rahmen der Bundesbahnen als auch Planungsunterlagen, die von außen zur Verfügung gestellt worden sind. Diese Planungsunterlagen haben die Errichtung von zwei längeren Tunnels miteingeschlossen. Es sind diese Tunnels in der öffentlichen Diskussion sehr stark in den Vordergrund getreten, obwohl es natürlich vor allem darum geht, die Geschwindigkeit und die Leistungsfähigkeit der Strecken zu erhöhen. Wir haben ja nicht vor, die Bahn als Selbstzweck unter die Erde zu bringen. Das heißt, es gibt sehr wohl genaue betriebliche Vorstellungen.

Meine Auffassung war nur, daß so hohe finanzielle Aufwendungen notwendig sein werden, daß wir, auch um künftiger Kritik vorzubeugen, all jene, die Interesse haben könnten, am Entscheidungsprozeß beteiligen sollten, lernend daraus, daß technische Großprojekte heute nur schwer zu verwirklichen sind, ohne daß es einen sehr langwierigen Abstimmungsprozeß gibt.

Wir sind auch verpflichtet, nachzuweisen, daß diese Mittel wirtschaftlich verwendet werden. Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir die Verpflichtung haben, solche Strecken zu bauen und damit diese Abkoppelung, von der Sie gesprochen haben, zu verhindern. Es handelt sich um ein Gutachten, das nicht in Auftrag gegeben wurde, um etwas nicht zu machen, sondern um etwas zu machen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Die Frage, wie man Hochleistungsstrecken führt, hängt auch sehr wesentlich mit der Frage zusammen, um welche Art von Ballungsräumen es sich handelt, das heißt, wie groß die Städte sind, die ich verbinde, wie die Landschaft aussieht, wie groß das Land schlechthin ist.

Auf der anderen Seite sind die Kosten ganz unterschiedlich. Wenn man zum Beispiel mit Zügen mit bis zu 200 Stundenkilometern rechnet, dann hat man von 200 bis 250 Stundenkilometer einen sehr großen Kostensprung und in unserem Fall, zum Beispiel in Österreich, einen sehr geringen weiteren Nutzen. Der TGV, der zitierte Zug aus Frankreich, erreicht rund 300 Stundenkilometer, hat aber einen vier Kilometer langen Bremsweg. Das muß man sich auch vor Augen halten.

Meine Frage an Sie: An welche Höchstge-

schwindigkeiten denken Sie — ich habe gesehen, daß das Projekt seit Ihrer Ministerschaft neu durchdacht wird, was ich besonders erfreulich finde — in Österreich, Herr Bundesminister?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meiner Auffassung nach wird es nicht darum gehen, das technisch Machbare zu verwirklichen, sondern es wird darum gehen, eine möglichst vernünftige Lösung zu finden. Wir wissen, daß es Versuche gibt, etwa mit Magnetschwebbahnen, bis zu einer Geschwindigkeit von 400 Stundenkilometern zu kommen. Es liegt außerhalb der Reichweite unserer Generation, solche Versuche in eine wirkliche Realisierungsphase einfließen zu lassen. Das heißt, wir werden uns daran orientieren, daß es um eine Beschleunigung des Verkehrs geht, aber sicherlich nicht um eine Ausstellung von technischen Spitzenleistungen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Helbich (ÖVP) an den Herrn Minister.

469/M

Wie hoch waren die Verluste der verstaatlichten Industrie im Jahr 1984?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu ihrer Frage möchte ich bemerken, daß zum jetzigen Zeitpunkt, da die Bilanzen der Unternehmungen noch nicht vorliegen, nur ein vorläufiges Bild gegeben werden kann. Dieses Bild sieht so aus, daß wir im Jahre 1984 eine wesentliche Ergebnisverbesserung in allen Bereichen der verstaatlichten Industrie erzielen konnten, allerdings eine — das muß ich hinzufügen —, die noch nicht ausreicht, um insgesamt in die Gewinnzone zu kommen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Helbich: Zwischen 1973 und 1983 haben die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich rund 170 000 Beschäftigte zusätzlich aufgenommen, während es im Bereich der Verstaatlichten einen Abgang von rund 20 000 Beschäftigten gab. 1984 und 1985 betrugen alle direkten und indirekten Subventionen rund 20 Milliarden Schilling.

Ich frage Sie, Herr Minister: Was wollen Sie im Rahmen der Bundesregierung unterneh-

Ing. Helbich

men, um hier Chancengleichheit herzustellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ihre Frage hinsichtlich der Beschäftigtenentwicklung erstaunt mich einigermaßen, denn Sie wissen, daß nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Ländern überall in der Industrie Arbeitsplätze auf Grund von Rationalisierungen verlorengegangen sind.

Ich habe sehr oft die Kritik gehört, daß die verstaatlichte Industrie Arbeitskräfte hortet, daß der Abbau zu langsam vor sich gegangen sei. Das war eine Kritik, die insbesondere von privaten Unternehmen geäußert worden ist. Ich freue mich daher, zur Kenntnis nehmen zu können, daß Sie großes Interesse daran haben, daß die verstaatlichte Industrie eine möglichst hohe Zahl von Arbeitsplätzen hat. Das ist auch mein Interesse. Wir werden uns deshalb bemühen, durch neue Produktionen die Zahl der Arbeitskräfte so stabil wie möglich zu halten.

Aber folgendes muß man schon dazu sagen: Es ist in der Industrie insgesamt in den letzten Jahren nicht gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze zu stabilisieren, und zwar auf Grund des technischen Fortschrittes, auf Grund von Rationalisierungen, aber auch auf Grund von Markteinbrüchen, sodaß es nicht möglich sein wird, überall und immer dieses Ziel zu erreichen.

Zur zweiten Frage: Wir haben für die ÖIAG-Unternehmungen Konzepte vorgelegt, die zu einem Erfolg führen sollen, das heißt, die die Unternehmen wieder in die Gewinnzone führen sollen. Derzeit werden diese Konzepte realisiert. Sie waren die Grundlage für die Zuführung von Mitteln, die hier im Hohen Haus beschlossen worden sind.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Helbich: Ich darf nur sagen, daß in Amerika und in Japan in den letzten zehn Jahren die Zahl der Industriebeschäftigten zugenommen hat. Über 80 Prozent der Förderungsmittel in Österreich gehen in den Bereich der verstaatlichten Industrie und ungefähr 10 Prozent in den der Klein- und Mittelbetriebe. Eine Umfrage hat ergeben, daß es eigentlich der Wunsch der Bevölkerung wäre, daß das umgekehrt ist.

Ich darf Sie fragen, Herr Minister: Wie wollen Sie diese Diskrepanz beseitigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte zuerst darauf verweisen, daß Sie die Statistiken doch etwas selektiv verwenden. Auch in der amerikanischen Industrie ist eine sehr beträchtliche Anzahl von Arbeitsplätzen verlorengegangen, allerdings zu einem früheren Zeitpunkt als in Europa. Der Aufschwung ist dort sicherlich früher eingetreten als bei uns, aber nur in bestimmten Bereichen.

Gerade was die industriellen Arbeitsplätze betrifft, etwa in der Stahlindustrie, in der Automobilindustrie: In der Stahlindustrie ist eine Halbierung der Zahl der Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten eingetreten. Auch für Japan gilt ähnliches; gerade in den traditionellen Industrien sind Arbeitsplätze verlorengegangen. Anders wird es wohl nicht gehen.

Ich weiß nicht, auf welche Zahlen Sie sich beziehen. Es ist nämlich nicht ganz einfach, die Förderungstätigkeit des Bundes mit den Beiträgen des Eigentümers zu vergleichen. Es ist auch nicht leicht, nach Branchen zu vergleichen.

Ich glaube, daß es sehr einfach wäre, jene Förderungsmittel, die im allgemeinen gegeben werden, mit Förderungsmitteln zu vergleichen, die für ganz bestimmte Situationen gegeben werden, etwa für jene Unternehmen, die von einer Krise in der Grundstoffindustrie besonders betroffen sind.

Aber insgesamt, meine ich, wenn man Steuersystem und direkte Förderungen nimmt, schneiden die Klein- und Mittelbetriebe in Österreich hinsichtlich der Förderungen, die sie erhalten, sicherlich nicht schlecht ab.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Dr. Gugerbauer.

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben diesen Punkt schon angesprochen. Es geht darum, aus der Grundstoffindustrie herauszugehen und stärker in die Finalindustrie und in die Produktion von hochtechnologischen Produkten zu kommen.

Kann man quantifizieren, welche Fortschritte im Jahr 1984 auf diesem Sektor erreicht worden sind?

7546

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Präsident**Präsident:** Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine wirkliche Quantifizierung im Sinne von Marktanteilen von Finalbereichen ist für das Jahr 1984 nicht möglich. Wir können aber sagen, daß sowohl in der VOEST-Alpine als auch zum Beispiel in den VEW, auch in anderen Unternehmungen, der Sektor der Finalindustrie gegenüber dem Grundstoffbereich gewachsen ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Resch.

Abgeordneter **Resch (SPÖ):** Herr Bundesminister! Wir können immer wieder feststellen, daß gerade die ÖVP bei der verstaatlichten Industrie, wenn diese notwendige Mittel braucht, von Subventionen spricht, während sie bei den Klein- und Mittelbetrieben, aber auch im Bereich der Landwirtschaft von der Zuführung notwendiger Mittel spricht.

Wie Sie wissen, ist in meinem Wahlkreis als wichtigster und größter Betrieb die Austria Metall, früher VMW Ranshofen, angesiedelt. Diese Austria Metall ist für unseren Bereich von besonderer Bedeutung, und auch die Entwicklung in diesem Bereich ist von besonderer Bedeutung.

Meine Frage: Wie war im Jahre 1984 die wirtschaftliche Situation des Nichteisen-Metallsektors im Bereich der verstaatlichten Industrie?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Betriebe des Nichteisen-Metallsektors haben sich im Jahr 1984 günstig entwickelt. Es wird der Austria Metall möglich sein, einen Gewinn auszuweisen, was sicherlich im Zusammenhang mit der günstigeren wirtschaftlichen Situation etwa im Aluminiumbereich zu sehen ist, aber auch darauf zurückzuführen ist, daß das Unternehmen nach Anwendung eines großen Spar- und Rationalisierungsprogramms beträchtliche Eigenleistungen erbracht hat.

Erfreulich ist, daß nicht nur im Grundstoffbereich, sondern auch im Bereich der Finalbetriebe, also in Ranshofen, aber auch in Berndorf, Ergebnisverbesserungen festzustellen sind.

Was den Neubau einer Elektrolyse betrifft, möchte ich darauf hinweisen, daß es eine sehr, sehr enge Verbindung zwischen den

nachgelagerten Unternehmungen und der Elektrolyse in Ranshofen gibt, daß nach Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsrechnung die Marktdaten, die Produktionskosten und schließlich die gesamte Wirtschaftlichkeit der Anlage erkennbar sein werden und daß dann sehr schnell ein Entschluß über diesen Neubau gefaßt werden muß, auch aus umweltpolitischen Gründen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Wimmersberger.

Abgeordneter **Wimmersberger (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir haben jetzt von Ihnen gehört, daß die Entwicklung erfreulich ist, ausgenommen natürlich der Eisen- und Stahlsektor. Wenn man bedenkt, daß diese Industrie im EG-Raum mit 850 Milliarden von den Regierungen gestützt werden muß, dann erkennt man, daß die Beträge, die wir bis jetzt bekommen haben, relativ gering sind.

Aber meine Frage geht in Richtung der Verlustentwicklung, Herr Bundesminister. Wir alle wissen, daß diesen Betrieben volkswirtschaftliche, regionalpolitische und sozialpolitische Aufgaben aufgelastet wurden. Wie wäre die Verlustentwicklung gewesen, hätte der Eigentümer, der letzten Endes diese Dinge den Betrieben aufgelastet hat, diese immer abgegolten? Wie wäre dann die Verlustentwicklung gewesen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. **Lacina:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist natürlich eine Frage, die sich nur sehr theoretisch beantworten läßt und nicht allein im staatlichen Eigentum ihre Begründung findet.

Es ist meine Auffassung, und diese habe ich immer vertreten, daß große Unternehmungen — das mag ein Handikap für sie sein — auf Grund der Monopolstellung, die sie auf regionalen Arbeitsmärkten haben, eine andere Verantwortung tragen müssen als kleine oder mittlere Betriebe.

Das ist ein Nachteil, mit dem sie wohl leben müssen, ganz egal, wem sie gehören. Ich glaube, es ist ein großer Fortschritt, den wir in Österreich erzielt haben, daß Massenentlassungen, Massenkündigungen nicht als Kavaliärsdelikt gewertet und von allen politischen Kräften und von den Medien dieses Landes nicht als Selbstverständlichkeit hingenommen werden.

Bundesminister Dkfm. Lacina

Man muß offen eingestehen, daß das auch den Unternehmern Kosten auferlegt. Sie zu quantifizieren, ist mit den Mitteln, die uns heute zur Verfügung stehen, nicht möglich.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Burgstaller (ÖVP) an den Herrn Minister.

470/M

Wird die verstaatlichte Industrie zusätzlich zu den 16,6 Milliarden Schilling weitere Budgetmittel benötigen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zu Ihrer Frage, welche zusätzlichen Budgetmittel der verstaatlichten Industrie zugeführt werden müssen, wieviel sie benötigen wird, möchte ich einleitend sagen, daß bis Ende 1984 aus den dem Finanzierungsgesetz 1983 entsprungenen Mitteln mehr als 11 Milliarden Schilling zugeführt wurden, sodaß noch weitere 5,5 Milliarden Schilling für dieses Jahr und für eventuelle Folgejahre verbleiben. Es ist derzeit glücklicherweise so, daß wir — bis auf den Eisen- und Stahlbereich — doch davon sprechen können, daß kein akuter Mittelzuführungsbedarf darüber hinaus bestehen dürfte.

Was die Abschätzung des Bedarfs der Eisen- und Stahlindustrie betrifft, so ist das schwer abzuschätzen auf Grund der Entwicklung der Marktlage, die international gegeben ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Bundesminister! Können Sie uns mitteilen, wie viele von diesen zugeführten 11 Milliarden investitionswirksam geworden sind beziehungsweise wie viele von diesen 11 Milliarden als Verlustabdeckung verwendet wurden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Mittel wurden zugeführt und sind sicherlich geringer gewesen als die Investitionen, die in der verstaatlichten Industrie insgesamt durchgeführt worden sind. Eine genaue Zurechnung, wofür der einzelne Schilling verwendet worden ist, wäre kaum sinnvoll. Wenn Sie eine solche Zurechnung wollen, können Sie sagen, die sind voll in die Investitionen in der verstaatlichten Industrie hineingegangen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Bundesminister! Die Grundstoffindustrie wird laut allen internationalen Prognosen weiter schrumpfen. Die Finalindustrie, der Ausbau der Hochtechnologie muß vorangetrieben werden. Neben den bestehenden Unternehmenskonzepten rechnet man für die Umstrukturierung in diesem technologischen Bereich mit einem Zeitraum von etwa 10 bis 15 Jahren. Das heißt, gerade im Bereich der verstaatlichten Industrien müßten diese Investitionen noch in den verbleibenden achtziger Jahren verwirklicht werden. Das ergibt einen zusätzlichen Finanzbedarf.

Darf ich die Frage daher nochmals konkretisieren: Glauben Sie, wird in der nächsten Zeit ein neuerlicher Finanzbedarf der verstaatlichten Industrie zum Tragen kommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe vorhin gesagt, daß es unter anderem von der Entwicklung der internationalen Märkte und damit von der Ergebnisentwicklung der Unternehmungen abhängen wird, wieviel sie von den Umstrukturierungsaufgaben aus dem von ihnen verdienten Geld, aus dem Cash-flow, der ihnen zufließt, finanzieren können und wieviel davon der Eigentümer zu tragen haben wird.

Was die Verluste betrifft, habe ich darauf hingewiesen, daß wir uns das Ziel gesetzt haben und dieses Ziel auch verwirklichen werden, bei Finalbetrieben nach einem Ablauf von drei Jahren Verlustprodukte auszuschließen.

Das können wir so für den Grundstoffbereich nicht sagen. Hier wollen wir doch auch die Hoffnung haben, daß die Maßnahmen, die international gesetzt worden sind, greifen werden und wir zu einer Normalisierung der Verhältnisse auf dem Stahlmarkt kommen.

Darüber hinaus wird es Aufgabe der verstaatlichten Unternehmen sein, einen Gutteil der Finanzierungen, die sie für ihre Umstrukturierung brauchen werden, auch selbst zu verdienen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Bundesminister! Während man in anderen Ländern

Probst

mit viel höheren Beträgen ausschließlich Abgänge finanziert, also Löcher gestopft hat, hat man Gott sei Dank seit einiger Zeit in Österreich mit dem Geld umstrukturiert, das heißt in die Stahlindustrie investiert, um tatsächlich Veränderungen herbeizuführen, und hat sich nicht damit begnügt, wie in anderen Ländern bis zu 52 Prozent der Belegschaft einfach abzubauen und zu entlassen.

Meine Frage an Sie: Wie sehen Sie die internationale Entwicklung in der Stahlindustrie? Wie sieht das international insgesamt aus? Welche Perspektiven, welche Trends kann man da feststellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte nicht das wiederholen, was der Abgeordnete Wimmersberger bereits gesagt hat, nämlich daß es noch immer ganz beträchtliche Subventionierungen in der Stahlindustrie gibt und daß natürlich große Märkte, wie etwa der amerikanischen, durch protektionistische Maßnahmen abgeschottet werden.

Zur internationalen Entwicklung läßt sich trotzdem feststellen, daß es eine schwache, aber positive Entwicklung international gibt, daß die Weltstahlproduktion und damit auch der Verbrauch wieder angestiegen sind. Es wird auch für 1985 ein solcher Anstieg erwartet, sodaß ein vorsichtiger Optimismus gerechtfertigt ist.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Fauland.

Abgeordneter Fauland (SPÖ): Herr Bundesminister! Als steirischer Abgeordneter und besonders als Abgeordneter der Obersteiermark weiß ich um die Wichtigkeit der Mittelführung von 16,6 Milliarden Schilling an die verstaatlichte Industrie, weil dadurch ja doch eine Reihe von Arbeitsplätzen gesichert wird, was man von der ÖVP nicht sagen kann, die sich ja dagegen ausgesprochen hat.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Welche Ziele haben die Strukturverbesserungsbemühungen in den Unternehmungen der verstaatlichten Industrie, und welche Maßnahmen wurden insbesondere 1984 durchgeführt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Ziele der Struk-

turverbesserungen liegen natürlich in erster Linie darin, die Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen zu erhöhen, allerdings mit der Randbedingung, daß wir das Beschäftigungsziel nicht verfehlen, das heißt, daß wir versuchen, soviel wie möglich an Beschäftigungsmöglichkeiten in den Unternehmen zu erhalten beziehungsweise neu zu schaffen.

Insgesamt geht es um die sehr langfristige Aufgabe der Umstrukturierung der Produktion, und diese ist gerade in den letzten Jahren bedeutend fortgeschritten. Ich darf daran erinnern, daß etwa am Standort Leoben, in Hinterberg, ein neues Werk der Elektronik von der VOEST-Alpine errichtet worden ist; daß in der Steiermark im Raum Graz in einer Partnerschaft mit einem amerikanischen Unternehmen ein Elektronikwerk errichtet worden ist.

Es ist, wenn man so will, ein sehr risikoreicher und auch ungewöhnlicher Schritt für ein Stahlunternehmen, in diesen technisch anspruchsvollen Bereich hineinzugehen.

Wir glauben, daß dieser Schritt richtig und notwendig war, auch wenn es jetzt hie und da Kritik gibt, daß wir damit in Bereiche hineingehen, die für die verstaatlichte Industrie als neue Bereiche anzusehen sind, aber ich glaube, das läßt sich damit rechtfertigen, daß nur mit dem Beharren auf den alten Produkten das Beschäftigungsziel der verstaatlichten Industrie sicherlich nicht erreicht werden könnte.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben gerade auf die Investitionswirksamkeit dieser 16,6 Milliarden Schilling Budgetmittel, die der verstaatlichten Industrie zugeschossen wurden oder zugeschossen werden, hingewiesen.

Nun ist ja den Zeitungsmeldungen zu entnehmen, daß bedauerlicherweise auch hier Fehlinvestitionen getätigt werden. Zwei Beispiele: Vor drei Jahren haben wir uns in Kärnten besonders gefreut, daß bei der KES-TAG in die Drahterzeugung 330 Millionen Schilling investiert werden konnten, um dort die Arbeitsplätze zu sichern.

Nunmehr wird unter Ihrer Ägide die Drahtproduktion von Ferlach wegverlegt. Das heißt, daß es dort Fehlinvestitionen von 330 Millionen Schilling gibt.

Dkfm. Gorton

Wir haben aber auch in der letzten Zeit von gewaltigen, zehnfachen solchen Investitionen in Amerika gehört, und zwar in dem Stahlwerk Bayou; etwas, was praktisch als Fehlinvestition von 3 bis 4 Milliarden Schilling im Ausland angesehen werden muß.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Welche Konsequenzen werden Ihrerseits aus diesen sicherlich bedauerlichen Fehlinvestitionen gezogen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dkfm. Lacina: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich darf zuerst zu dem ersten von Ihnen genannten Fall kommen: Es ist zweifellos so, daß es in zahlreichen Unternehmungen dieser Branche in den letzten Jahren nicht die entsprechende Konsequenz aus der Marktentwicklung gegeben hat, die im nachhinein erkennbar war.

Im nachhinein festzustellen, daß es sich um Fehlinvestitionen gehandelt hat, ist richtig. Aber die Schwierigkeit, ein Unternehmen zu führen, besteht darin, im vorhinein die Markttrends zu erkennen.

Im Fall Ferlach kommt noch hinzu: Wir haben in Österreich eine Wettbewerbssituation durch das Bestehen von zwei Unternehmungen nebeneinander gehabt; Unternehmen, die leider nicht zu einer Abstimmung ihrer Produktions- und ihrer Investitionsprogramme kommen konnten. Erst mit einer Verschlechterung der Situation war es dann möglich, die Kapazitäten dieser Unternehmen zu verschränken und damit die Folgen, die eine Schließung des Drahtwerkes, das Arbeit in Österreich gehabt hat, nach sich gezogen hätten, doch zu mildern.

Das hat allerdings dazu geführt, daß an anderen Standorten — Sie haben den Standort Ferlach erwähnt — die bisher vorgenommenen Investitionen problematisch geworden sind.

Mit dieser Frage müssen wir im Rahmen des normalen Unternehmensgeschehens fertigwerden.

Hinsichtlich Ihrer zweiten Frage, was eine Großanlage in den Vereinigten Staaten betrifft, mit der eine Beteiligung verbunden ist, möchte ich nur darauf hinweisen, daß beträchtliches Risiko gerade bei innovatorisch anspruchsvollen Großanlagen besteht, nicht nur im Rahmen der VOEST-Alpine, sondern auch im Rahmen von anderen interna-

tional tätigen Unternehmungen. Ich darf etwa an einen ähnlichen Fall bei Thyssen in Deutschland erinnern.

Die Konsequenz, die daraus gezogen werden kann, ist nur die, daß man versucht, von den Kontrollmechanismen her so rasch wie möglich gemachte Fehler zu erkennen und vom Management her so gute Leute wie möglich einzusetzen, damit solche Fehler nur in einem überschaubaren Rahmen gemacht werden. Sie völlig auszuschließen, ist natürlich nicht möglich.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Zuweisungen

Präsident: Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich wie folgt zu:

dem Handelsausschuß:

Antrag 134/A der Abgeordneten Grabher-Meyer, Helmut Wolf, Dr. Blenk und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Stickereiförderungsgesetz geändert wird;

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Antrag 135/A der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Vorbereitungslehrgänge für die Studienberechtigungsprüfung geändert wird, und

Antrag 136/A der Abgeordneten Dr. Nowotny, Dr. Stix, Dr. Neisser und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Verleihung eines Ehrenringes durch den Bundespräsidenten;

dem Bautenausschuß:

Antrag 137/A der Abgeordneten Schemer, Mag. Kabas und Genossen über ein Bundesgesetz betreffend die Errichtung einer Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz über die Erlangung studien-

7550

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Präsident

richtungsbezogener Studienberechtigungen an Universitäten und Hochschulen künstlerischer Richtung (Studienberechtigungsgesetz) (553 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin geändert wird (562 der Beilagen);

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1985) (568 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972 und das Investitionsprämienengesetz geändert werden (569 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952 geändert wird (570 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Energieförderungsgesetz 1979 geändert wird (571 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem die Reisegebührenvorschrift 1955 geändert wird (579 der Beilagen);

dem Zollausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Zollgesetz 1955 geändert wird (572 der Beilagen).

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Der Herr Bundeskanzler hat mir im Sinne des § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, daß er beabsichtigt, eine mündliche Erklärung zum Kernkraftwerk Zwentendorf abzugeben.

Dieser Gegenstand wurde einvernehmlich als erster Punkt auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Darüber hinaus liegt ein Verlangen gemäß § 81 der Geschäftsordnung vor, über diese Erklärung sogleich eine Debatte durchzuführen.

Werden Einwendungen gegen den Zeitpunkt erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Diesbezüglich besteht nun auch Einvernehmen, die Debatte über die Punkte 1 bis einschließlich 4 der heutigen Tagesordnung unter einem durchzuführen. — Auch hiegegen werden keine Einwendungen erhoben.

1. Punkt: Erklärung des Bundeskanzlers zum Kernkraftwerk Zwentendorf**2. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Bericht der Bundesregierung (III-72 der Beilagen) betreffend Energiebericht und Energiekonzept 1984 (577 der Beilagen)****3. Punkt: Zweite Lesung des Antrages 132/A der Abgeordneten Dr. Heindl und Genossen zu einem Bundesverfassungsgesetz betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf)****4. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 133/A der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend Kernkraftwerk Zwentendorf (578 der Beilagen)**

Präsident: Wir gehen daher in die Debatte über die Punkte 1 bis 4 der Tagesordnung ein; die Abstimmung über die Punkte 2 bis 4 wird selbstverständlich getrennt stattfinden.

Bei den Punkten 2 bis 4 handelt es sich um folgende Gegenstände:

Bericht des Handelsausschusses über den Bericht der Bundesregierung (III-72 der Beilagen) betreffend Energiebericht und Energiekonzept 1984 (577 der Beilagen),

Zweite Lesung des Antrages 132/A der Abgeordneten Dr. Heindl und Genossen zu einem Bundesverfassungsgesetz betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) und

Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 133/A der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend Kernkraftwerk Zwentendorf (578 der Beilagen).

Ich erteile zunächst dem Herrn Bundeskanzler das Wort; sodann werden die Berichtserstatter referieren.

Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

10.09

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Regierungserklärung, die ich dem Nationalrat am 31. Mai 1983 vorgetragen habe, wurde der Energiepolitik besondere Bedeutung eingeräumt.

Ich habe damals namens der Bundesregierung die ausreichende Versorgung mit Energie und Rohstoffen als unerlässlich für die Entwicklung unserer Wirtschaft und für die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniiveaus bezeichnet.

In der Folge hat die Bundesregierung dem Nationalrat ein umfassendes Energiekonzept vorgelegt. Dieses ist vom Ministerrat am 13. November 1984 einstimmig verabschiedet und dem Parlament fristgerecht zugeleitet worden und hat nicht nur in Österreich, sondern auch international Anerkennung gefunden. Ich verweise insbesondere auf die positiven Stellungnahmen der Internationalen Energieagentur.

Da in der weiteren Diskussion über dieses Energiekonzept der Frage der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf eine besondere Bedeutung zukam und heute über diese Frage auch von den freigewählten Abgeordneten dieses Hauses eine Entscheidung von grundlegender Bedeutung zu treffen sein wird, habe ich mich im Einvernehmen mit den Mitgliedern der Bundesregierung entschlossen, vor dem Nationalrat eine Erklärung zu diesem Thema und insbesondere auch zu den jüngsten Entwicklungen in bezug auf Sicherheit und Entsorgung des Kernkraftwerkes Zwentendorf abzugeben.

Hohes Haus! Im Jahre 1978 haben sowohl die sozialistische Fraktion als auch die Parlamentsfraktion der ÖVP Gesetzesanträge über die friedliche Nutzung der Kernenergie beziehungsweise die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf eingebracht. Der Nationalrat beschloß schließlich mit Mehrheit das von der SPÖ vorgelegte Gesetz, der Beschluß zur Durchführung einer Volksabstimmung über dieses Gesetz erfolgte hingegen mit den Stimmen aller Abgeordneten im Hohen Hause.

Die vom Parlament auf Grund eines Initiativantrages und nicht auf Grund einer Regierungsvorlage beschlossene Volksabstimmung fand am 5. November 1978 mit einer Beteiligung von 64,1 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung statt. Dabei wurde mit 50,47 Prozent zu 49,53 Prozent der Stimmen die friedliche

Nutzung der Kernenergie in Österreich abgelehnt.

Daraufhin wurde am 15. Dezember 1978 auf Grund eines parlamentarischen Initiativantrages das sogenannte Atomsperrgesetz wiederum mit den Stimmen aller Parteien beschlossen und darüber hinaus einstimmig eine EntschlieÙung gefaÙt, in der die Bundesregierung ersucht wird — ich zitiere —: „in ihren energiepolitischen Planungen darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Änderung dieses Atomsperrgesetzes nach Auffassung des Nationalrates nicht ohne neuerliche Volksabstimmung in Betracht kommt, wobei der einer solchen Volksabstimmung zugrunde zu legende Gesetzesbeschluß mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden müÙte.“ — Ende des Zitats.

Hohes Haus! Ich möchte klarstellen, daß die Bundesregierung die Auffassung vertritt, daß dieser einstimmigen EntschlieÙung des Nationalrates auch heute Rechnung zu tragen ist und daß es nicht im Ermessen einzelner Politiker innerhalb oder außerhalb dieses Hauses liegen kann, diese EntschlieÙung des Nationalrates kurzerhand als gegenstandslos zu erklären. Die Erfahrung aus der Volksabstimmung 1978 hat uns gezeigt, daß die Diskussion über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich nicht von parteitaktischen Positionen aus zu führen ist, sondern daß in dieser Frage die Bevölkerung selbst darüber befinden sollte, ob sie die Stromgewinnung aus Kernkraft befürworten und damit auch der Nutzung der bisherigen Investitionen in das Kernkraftwerk Zwentendorf in der Höhe von 10 Milliarden Schilling ihre Zustimmung geben kann oder nicht.

Die Bundesregierung hat in ihrem, dem Parlament nun zur Beratung vorliegenden Energiebericht angeregt, und ich zitiere wörtlich: „... die Ergebnisse der Optimierungsuntersuchungen zum Energiekonzept 1984 im Hinblick auf die Kernenergie einer klärenden parlamentarischen Bewertung zu unterziehen und über das Ergebnis der parlamentarischen Beratungen — insoweit diese auf eine Änderung der bestehenden Rechtslage hinauslaufen — eine Volksabstimmung besonderer Art abzuhalten, die es der österreichischen Bevölkerung ermöglicht, die Frage der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf endgültig mit Ja oder Nein zu beantworten.

Es ist der Bundesregierung bewußt“ — heißt es im Energiebericht weiter —, „daß für eine solche Volksabstimmung eine besondere verfassungsrechtliche Grundlage erforderlich wäre.“ — Ende des Zitats.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Die Überlegung, eine solche Volksabstimmung besonderer Art durchzuführen, fußt nicht nur darauf, daß in der schon erwähnten Entschließung des Nationalrates ohnehin die Hürde einer Zweidrittelmehrheit für ein Abgehen vom bestehenden Rechtszustand errichtet wurde, sondern darüber hinaus prominente Politiker der Österreichischen Volkspartei gerade in jener Zeit, als am Energiebericht der Bundesregierung gearbeitet wurde, die Verzerrung des Volksabstimmungsergebnisses 1978 durch eine parteipolitische Frontstellung beklagt und gemeint haben, es sei in Wirklichkeit nur eine klare Frage zu stellen, nämlich — ich zitiere —: „Bist du, österreichischer Bürger, für die friedliche Nutzung der Kernenergie — ja oder nein?“ So sagte es Robert Graf in der Pressestunde am 25. November 1984.

Niemand kann leugnen, daß der heute zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf über die Durchführung einer Volksabstimmung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie diesem Gedanken folgt, und die Bundesregierung ist einstimmig der Auffassung, daß jene Mitglieder des Hohen Hauses, die eine solche Volksabstimmung für zweckmäßig halten, das Recht und die Möglichkeit haben sollten, ohne Klubzwang mit Ja zu stimmen, und jene Abgeordneten, die eine solche Volksabstimmung ablehnen, das Recht und die Möglichkeit haben sollten, mit Nein zu stimmen.

Ich möchte darüber hinaus, Hohes Haus, vor der Irrmeinung warnen, mit der Frage Zwentendorf eine Änderung in der Zusammensetzung der Bundesregierung oder andere taktische politische Ziele erreichen zu können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graf: Nicht sehr begeistert!)*

Hohes Haus! Als im Nationalrat vor 14 Tagen gewissermaßen im Vorfeld der heutigen Entscheidung über die Durchführung einer Volksabstimmung zum Thema der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich diskutiert wurde, haben einige Vertreter dieses Hauses vor allem zwei Punkte in ihren Diskussionsbeiträgen in den Vordergrund gerückt: die Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes und die Frage der Entsorgung beziehungsweise der Endlagerung der abgebrannten Kernbrennstäbe.

Ein Abgeordneter der ÖVP hat zum Beispiel wörtlich gemeint, die österreichische Bevölkerung könne doch nicht darüber abstimmen, ob Zwentendorf ein sicheres Kraftwerk sei oder nicht, sondern die Bevölkerung könne nur darüber abstimmen, ob ein

von der Bundesregierung beziehungsweise von den zuständigen Experten als sicher erklärtes Kraftwerk in Betrieb gehen soll oder nicht.

Hohes Haus! Genau das ist auch meine Auffassung beziehungsweise die einvernehmliche Auffassung der österreichischen Bundesregierung, und deshalb möchte ich Ihnen insbesondere zu den Bereichen Sicherheit und Entsorgung beziehungsweise Endlagerung folgendes berichten:

Erstens. Zur Frage der Sicherheit:

Der Handelsunterausschuß hat am 4. Dezember 1984 Einvernehmen über einen Katalog von Fragen zum Energiebericht erzielt und zur Beantwortung der die Kernenergie betreffenden Fragen die Reaktorsicherheitskommission ausgewählt.

Zur Erinnerung darf ich einfügen, daß die Reaktorsicherheitskommission auf Grund einer einstimmigen Entschließung des Nationalrates am 31. Oktober 1978 gegründet und beim Bundeskanzleramt eingerichtet wurde. Ihr gehören Wissenschaftler aus den Bereichen Reaktorbetrieb und Reaktorphysik, Maschinen- und Apparatebau, Thermodynamik, Verfahrenstechnik, Werkstoffkunde, Elektrotechnik und elektrische Meßtechnik, Hochspannungstechnik, Reaktorchemie, Strahlenschutz und Nuklearmedizin an. Ihr Vorsitzender ist der Präsident der Akademie der Wissenschaften Universitätsprofessor Dr. Erwin Plöckinger.

Die Reaktorsicherheitskommission hat die Fragen des Handelsunterausschusses in Form der folgenden vier Gutachten beantwortet, die zum Teil auf sieben bereits im Jahr 1981 für das Parlament erstellten Gutachten beruhen:

1. Bericht über die Entsorgung von radioaktiven Abfällen aus der Erzeugung von Elektrizität in Kernkraftwerken,
2. Bericht über die Verfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit und sonstige Entwicklung der weltweiten Erzeugung von Elektrizität aus Kernkraftwerken,
3. Stellungnahme, ob das Kernkraftwerk Zwentendorf dem Stand der Technik entspricht, unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte,
4. Bericht über die internationale Kostenentwicklung bei Kernkraftwerken im Ver-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

gleich zu anderen Elektrizitätserzeugungsanlagen, voraussichtliche Stromgestehungskosten bei Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf — einschließlich Kosten für den Abbruch nach Betriebsende —.

Diese Gutachten habe ich am 21. Februar auch den Klubobmännern der drei im Nationalrat vertretenen Parteien übermittelt. Professor Dr. Plöckinger hat mir wegen der besonderen Bedeutung des Sicherheitsaspektes die diesbezüglichen Schlußfolgerungen der Reaktorsicherheitskommission am 11. März noch gesondert erläutert und in einem Aide-mémoire zusammengefaßt übergeben. Darin heißt es — ich zitiere wieder wörtlich —:

„...daß das Kernkraftwerk Zwentendorf unter Berücksichtigung der noch notwendigen zusätzlichen Maßnahmen baulicher Art nach einer Inbetriebnahme dem Stand der Technik von Kernkraftwerken mit Leichtwasserreaktoren entsprechen würde. Insbesondere wird gezeigt, daß die seinerzeit vorgebrachten Kritiken an der Sicherheit des Kernkraftwerkes auch im Lichte des heutigen Standes der Technik nicht gerechtfertigt sind. Das Kernkraftwerk hätte bei einer Inbetriebnahme den Standard von Sicherheit und Zuverlässigkeit, wie er bei modernen Kernkraftwerken weltweit und insbesondere bei vergleichbaren Anlagen in der Bundesrepublik Deutschland üblich ist. Diese Begutachtung der Reaktorsicherheitskommission erlaubt es der Bundesregierung, sich in der Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes Zwentendorf auf das Urteil der Reaktorsicherheitskommission abzustützen. Dies sollte“ — ich zitiere immer noch — „auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß bei einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich und insbesondere über das Kernkraftwerk Zwentendorf nicht über dessen technische Sicherheit abzustimmen sein wird, sondern über die politische Zweckmäßigkeit seiner Verwendung.“

Ich habe darüber am 12. März dem Ministerrat Bericht erstattet. Der Bericht wurde vom Ministerrat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Hohes Haus! Ich wiederhole also, daß die Bundesregierung nach Meinung der Fachleute in der Lage ist, sich in der Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes auf das Urteil der Reaktorsicherheitskommission abzustützen, und daß — wie der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission ausführte

— bei einer Volksabstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf nicht über dessen technische Sicherheit abzustimmen sein würde, sondern eben über die politische Zweckmäßigkeit seiner Verwendung.

Zweitens. Zur Frage der Entsorgung beziehungsweise der Endlagerung:

Die GKT als Eigentümerin des Kernkraftwerkes Zwentendorf ging nach Kenntnisnahme der Volksabstimmung vom 5. November 1978 von der Annahme aus, daß durch eine konkrete Möglichkeit der Entsorgung und Endlagerung der radioaktiven Abfälle eine neue Situation geschaffen werden könne. Eine Situation, die es dem politischen Entscheidungsträger gerechtfertigt erscheinen läßt, die Bevölkerung endgültig über das Schicksal der 10-Milliarden-Schilling-Investition in Zwentendorf entscheiden zu lassen.

Die GKT, an der außer der Verbundgesellschaft die Landeselektrizitätsgesellschaften der Bundesländer Tirol, Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg und Vorarlberg beteiligt sind, hat in der Folge konkrete Verhandlungen in der Volksrepublik China aufgenommen, die bis zur Unterzeichnung eines entsprechenden Memorandums gediehen. Kontakte der GKT mit den zuständigen Stellen in der UdSSR verliefen ebenfalls von Anfang an ermutigend und gipfelten in dem mir am 13. Februar 1985 vom sowjetischen Botschafter im Auftrag von Außenminister Gromyko überreichten „Memorandum über die Übernahme von ausgedehntem Kernbrennstoff aus der Republik Österreich durch die UdSSR.“ Ein Dokument, das der Generalsekretär der ÖVP, Dr. Graff, zunächst als „unverbindliches Papier!“ und „Hetz“ bezeichnete (*Abg. Dr. Graff: Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!*) — ich sage immer die Wahrheit, Herr Dr. Graff, nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis! —, während große Interessenvertretungen und andere Abgeordnete der Opposition die Bedeutung dieses Angebotes sehr wohl erkannten und es als seriöse Grundlage für weitere Verhandlungen bezeichneten. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Hohes Haus! Auf ernst zu nehmende Argumente der Opposition und der Wirtschaft ist die Bundesregierung stets eingegangen, so auch auf jenes, daß das Memorandum der UdSSR noch verschiedene Fragen offenlasse. Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung der GKT hat daher den Kontakt mit den sowjetischen Verhandlungspartnern aufgenommen und ist am 10. März zur Konkretisie-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

rung des sowjetischen Angebotes nach Moskau gereist. Am 15. März wurde dort ein Vorvertrag von beiden Seiten paraphiert und mir am Montag, dem 18. März, zur Kenntnis gebracht.

Am 19. März habe ich dem Ministerrat über diese Verhandlungen in der Sowjetunion berichtet und das vorhin zitierte Offert vorgelegt.

Ich darf dem Hohen Haus berichten, daß auch dieser Ministerratsvortrag vom Ministerrat einstimmig angenommen wurde. Ich habe hierauf unverzüglich die Klubobmänner der drei im Parlament vertretenen Parteien von diesem Vertragsentwurf in Kenntnis gesetzt.

Es handelt sich dabei um einen reinen Dienstleistungsvertrag, der keine neutralitätsrechtlichen Probleme aufwirft, denn bereits im erwähnten Memorandum hat sich die UdSSR verpflichtet, das übergebene Kernmaterial ausschließlich zu friedlichen Zwecken zu verwenden. Ausdrücklich wird die Berücksichtigung der Empfehlungen der internationalen Atomenergieorganisation zwischen den Vertragsteilen vereinbart. Die Kosten der gesamten Entsorgung wären nach Berechnung der Energieexperten mit 8,5 bis 9 Groschen pro Kilowattstunde anzusetzen.

Es darf festgehalten werden, Hohes Haus, daß durch die Vorlage des Sicherheitsberichtes der Reaktorsicherheitskommission beziehungsweise durch den vorliegenden Vertragsentwurf über die Entsorgung des Kernkraftwerkes Zwentendorf jene Voraussetzungen geschaffen wurden, die gerade in diesem Haus, gerade hier im Parlament, stets als Bedingungen für eine neue Volksabstimmung bezeichnet worden sind.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf Sie schließlich noch darauf hinweisen, daß die Bundesregierung, wie gleichfalls im Energiebericht ausgeführt, die Elektrizitätswirtschaft ersucht hat, ihre ursprünglich bis zum Ende des Jahres 1984 vorgesehene endgültige Entscheidung über die weitere Vorgangsweise betreffend das Kernkraftwerk Zwentendorf bis zum 31. März 1985 aufzuschieben. Wörtlich heißt es im Energiebericht:

„Sollte die parlamentarische Erörterung jedoch bis zum 31. März 1985 keine formelle Beschlußfassung“ — nämlich im Parlament — „erbracht haben, wird die Bundesregierung gegen die bestmögliche Verwertung der Kernkraftwerksanlagen durch den Eigentü-

mer, die GKT, keinen Einwand erheben.“ — Soweit der Energiebericht. Es bedarf sicher keiner besonderen Betonung, meine Damen und Herren, daß die Bundesregierung diesen Standpunkt weiterhin aufrecht erhält. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Somit kann ich, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie folgt zusammenfassen:

1. Die Bundesregierung hält eine Inbetriebnahme von Zwentendorf einstimmig für „kostenmäßig vorteilhaft“.

2. Die Bundesregierung ist einstimmig der Auffassung, daß die Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes im Lichte des Berichtes der Reaktorsicherheitskommission als in ausreichendem Maße geklärt betrachtet werden kann.

3. Die Bundesregierung ist einstimmig der Auffassung, daß die Frage der Endlagerung auf der Basis des Vertragsentwurfes etwa mit der UdSSR gelöst werden kann.

4. Die Bundesregierung ist einstimmig der Auffassung, daß eine Inbetriebnahme Zwentendorfs nicht ohne Volksabstimmung und nicht ohne Zweidrittelmehrheit im Nationalrat erfolgen kann.

5. Die Bundesregierung ist einstimmig der Auffassung, daß über eine solche Volksabstimmung im Nationalrat jeder Abgeordnete nach seiner eigenen Überzeugung und im Sinne seiner Wähler entscheiden soll. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Hohes Haus! Ich bin mir der Tatsache voll bewußt, daß es in allen drei Parlamentsparteien Befürworter und Gegner der friedlichen Nutzung der Kernenergie gibt. Ich respektiere die Haltung jener, die eine gesicherte Entsorgung, die Expertisen der Reaktorsicherheitskommission, die Tatsache, daß bereits 10 Milliarden Schilling in das Kernkraftwerk investiert wurden, sowie die wirtschafts-, energie- und umweltpolitischen Vorteile einer Inbetriebnahme von Zwentendorf für weniger gewichtig erachten als ihre grundsätzlichen Bedenken gegen Kernkraftwerke und Kerntechnologie und die sich deshalb, trotz Vorliegens neuer Voraussetzungen, auch gegen eine neue Volksabstimmung aussprechen.

Ich bitte aber alle jene, die aus wirtschafts-, energie- und umweltpolitischen Gründen für die friedliche Nutzung der Kernenergie ein-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

treten und zum Teil schon immer dafür eingetreten sind, anzuerkennen, daß neue Voraussetzungen in den Bereichen Sicherheit, Entsorgung, Endlagerung eine neue Volksabstimmung rechtfertigen. Sigvard Eklund, der langjährige Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation, hat erst vor wenigen Wochen bei einem Hearing in diesem Haus hier erklärt — und ich zitiere ihn —: „Mir ist kein Grund bekannt, der gegen eine Inbetriebnahme Zwentendorfs spricht.“

Hohes Haus! In einer Abstimmung, die nicht nach festgefügtten parteipolitischen Fronten, zumindest, was die beiden Regierungsparteien betrifft, verläuft, kann es auch keine parteipolitischen Sieger und Besiegte geben; aber es könnte — so meine ich — eine Niederlage der Vernunft geben.

Das bitte ich Sie alle, meine Damen und Herren, ebenso zu bedenken wie die Tatsache, daß heute nicht über die Inbetriebnahme von Zwentendorf abgestimmt wird, sondern über die Durchführung oder Nichtdurchführung einer Volksabstimmung! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.*) 10.29

Präsident: Berichterstatter zu Punkt 2 ist der Herr Abgeordnete Höll. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Höll: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Handelsausschusses über den Bericht der Bundesregierung betreffend Energiebericht und Energiekonzept 1984 (III-72 der Beilagen).

Die österreichische Bundesregierung ist nach den Bestimmungen des Energieförderungsgesetzes 1979 verpflichtet, dem Nationalrat bis zum 30. November 1984 einen Energiebericht vorzulegen, der auch die voraussichtliche Entwicklung des Energiebedarfes und der volkswirtschaftlich empfehlenswerten beziehungsweise mit dem öffentlichen Interesse im voraussichtlichen Einklang stehenden Art der Energieaufbringung für mindestens die nächsten zehn Jahre enthält.

In seinem zentralen Teil, dem neuen Österreichischen Energiekonzept, werden jene energiepolitischen Maßnahmen dargelegt, welche die österreichische Bundesregierung in Anpassung ihrer Energiepolitik an internationale und nationale neue Gegebenheiten der Energie- und Wirtschaftssituation im Sinne einer weiteren kontinuierlichen Sicherstellung der Energieversorgung und unter

größtmöglicher Bedachtnahme auf umweltpolitische Erfordernisse für notwendig erachtet.

Der Energiebericht ist gleichzeitig eine Bestandsaufnahme der Energiesituation und eine Bilanz der erreichten energiepolitischen Erfolge.

Erstmals in Österreich wurde bei diesem Energiebericht ein hochentwickeltes EDV-gestütztes Hilfsmittel, nämlich das internationale Computermodell MARKAL der Internationalen Energieagentur, zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Energieplanung herangezogen. Dieses Modell ermittelt in linearer Optimierung die kostenoptimale Kombination verfügbarer Energieträger und -technologien bei bestimmten Vorgaben und energiepolitischen Randbedingungen. Es können damit in verschiedenen Szenarien die Bandbreiten der Auswirkungen möglicher Entwicklungen dargestellt werden.

Der Energiebericht 1984 ist in vier Teile gegliedert: In die Einleitung, in der auch die grundsätzlichen Ziele der österreichischen Energiepolitik und die Möglichkeiten der Energieplanung im Rahmen der österreichischen Rechts- und Wirtschaftsordnung behandelt werden (Teil A).

In die Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Energiesituation mit einer Analyse der Auswirkungen der internationalen Wirtschaftslage und der internationalen Energiesituation auf österreichische Verhältnisse (Teil B). Dieser Abschnitt schließt an den Energiebericht 1981 vom November 1981 an. Der Berichtszeitraum umfaßt daher die Jahre 1981 bis 1983. Aus der Behandlung der allgemeinen Entwicklung von Energieaufbringung und Energieverbrauch werden auch die in den einzelnen Sektoren erzielten Erfolge der Energiepolitik ersichtlich.

Teil C ist den Grundlagen des Energiekonzeptes gewidmet, dem Energiemodell MARKAL, der Beschreibung der empirischen Annahmen und des Dateninputs, den Erläuterungen der untersuchten Szenarien und der Interpretation der Ergebnisse der Rechenläufe sowie den Schlußfolgerungen daraus unter dem Aspekt der Ziele der österreichischen Energiepolitik.

Den Teil D bildet das Energiekonzept 1984 der Bundesregierung als Konsequenz der vorangegangenen Untersuchungen.

Der Handelsausschuß hat den gegenständlichen Bericht erstmals in seiner Sitzung am

Höll

4. Dezember 1984 in Verhandlung genommen. Es wurde einstimmig beschlossen, zur weiteren Behandlung dieser Materie einen Unterausschuß einzusetzen, dem von der Sozialistischen Partei Österreichs die Abgeordneten Dr. Heindl (Obmannstellvertreter), Höll, Köck, Resch, Scheucher und Teschl, von der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Heinzinger, DDr. König, Löffler, Staudinger (Obmann) und Dr. Stummvoll sowie von der Freiheitlichen Partei Österreichs der Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix (Schriftführer) angehörten.

Der Unterausschuß hielt noch am gleichen Tag seine konstituierende Sitzung ab und hat den Bericht in fünf weiteren Sitzungen unter Beiziehung von zahlreichen Sachverständigen beraten.

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 7. März 1985 dem Handelsausschuß zur Berichterstattung über den Energiebericht und das Energiekonzept 1984 der Bundesregierung eine Frist bis zum 20. März 1985 gesetzt.

In seiner Sitzung am 15. März 1985 hat der Handelsausschuß einen zusammenfassenden Bericht über den Stand der bisherigen Verhandlungen, den Abgeordneter Staudinger seitens des Unterausschusses erstattete, entgegengenommen.

Der Unterausschuß des Handelsausschusses hat über den Energiebericht und das Energiekonzept der Bundesregierung 1984 kein Einvernehmen erzielt.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Hohen Hause die Kenntnisnahme des Berichtes zu empfehlen.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den Bericht der Bundesregierung betreffend Energiebericht und Energiekonzept 1984 (III-72 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte zu führen.

Präsident: Zum dritten Tagesordnungspunkt — Antrag 132/A betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich — wurde dem Handelsausschuß für die Berichterstattung eine Frist bis 20. März 1985 gesetzt.

Gemäß § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat nach Ablauf einer derartigen Frist die Verhandlung in der dem Fristablauf nachfolgenden Sitzung selbst dann zu beginnen, wenn ein schriftlicher Ausschlußbericht nicht vorliegt.

Da dies der Fall ist und auch kein Berichterstatter gewählt wurde, ersuche ich gemäß § 44 Abs. 4 der Geschäftsordnung den Obmannstellvertreter des Handelsausschusses, Herrn Abgeordneten Hietl, mündlich zu berichten.

Berichterstatter Hietl: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Abgeordneten Dr. Heindl, Köck, Resch und Genossen haben am 6. März dieses Jahres den Selbständigen Antrag 132/A im Nationalrat eingebracht, der am folgenden Tag dem Handelsausschuß zugewiesen wurde.

Der Handelsausschuß befaßte sich in seiner Sitzung am 15. März 1985 mit diesem Antrag, der auf ein Bundesverfassungsgesetz betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) gerichtet war.

An der Debatte im Ausschuß beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Heindl, Dr. Ermacora, Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dkfm. DDr. König und Bergmann.

Der Initiativantrag fand nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Da kein Berichterstatter gewählt wurde, habe ich gemäß § 44 Abs. 4 der Geschäftsordnung in Vertretung des Ausschlußobmannes diesen Bericht zu erstatten.

Meine Damen und Herren! Es ist wohl üblich, daß bei einem Fristsetzungsantrag der Bericht vom zuständigen Ausschlußobmann oder dessen Stellvertreter vorgetragen wird. Ich möchte jedoch festhalten, daß nach meinen persönlichen Erfahrungen zum ersten Mal in der 40jährigen Geschichte der Zweiten Republik Österreich ein Antrag von Abgeordneten der Regierungspartei im Ausschuß keine Mehrheit fand und somit ich als Obmann-Stellvertreter des Handelsausschusses den Bericht zu erstatten habe.

Meine Damen und Herren! Da es sich um eine Materie handelt, an der die gesamte Bevölkerung größtes Interesse zeigt und die außerdem mit finanziellen Aufwendungen verbunden ist, wird für ein Umdenken in der

Hietl

österreichischen Energiepolitik raschest gesorgt werden müssen.

Weitere Ausführungen werden sicherlich noch gemacht werden. Ich ersuche daher den Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Berichterstatter zu Punkt 4 ist der Herr Abgeordnete Höll. Ich ersuche auch ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter **Höll:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Handelsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen betreffend Kernkraftwerk Zwentendorf (133/A).

Die Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen haben in der Sitzung des Nationalrates am 6. März 1985 den Antrag 133/A, der dem Handelsausschuß zugewiesen wurde, eingebracht.

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 7. März 1985 dem Handelsausschuß zur Berichterstattung eine Frist bis zum 20. März 1985 gesetzt.

Der gegenständliche selbständige Antrag schlägt die Fassung einer Entschliebung durch den Nationalrat vor, durch welche die Bundesregierung ersucht wird, bis 31. März 1985 entweder dem Parlament eine Regierungsvorlage zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes zu übermitteln oder bis zu diesem Zeitpunkt über die weitere Zukunft des Kernkraftwerkes Zwentendorf eine Entscheidung zu treffen.

Dem Antrag liegen folgende Erwägungen zugrunde:

Die Österreichische Volkspartei hat sich immer zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in Österreich bekannt, wobei jedoch für die Österreichische Volkspartei die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung Vorrang genießen und gleichzeitig die Frage der Endlagerung des Atomabfalls geklärt werden muß.

Die Bundesregierung hat im Herbst des vergangenen Jahres die E-Wirtschaft aufgefordert, die Konservierungsfrist für Zwentendorf bis 31. März 1985 zu erstrecken. Ende Feber übermittelte der Bundeskanzler den Klubobmännern der drei im Parlament vertretenen Parteien ein „Memorandum über die Übernahme von ausgebranntem Kernbrennstoff aus der Republik Österreich durch die UdSSR“ sowie vier Gutachten der Reaktorsicherheitskommission.

Das Memorandum der Sowjetunion über die Endlagerung des Atomabfalls enthält aber nur ein Verhandlungsangebot, und zu den vier Gutachten der Reaktorsicherheitskommission fehlt bisher jede Stellungnahme der Regierung.

Sollte der Bundeskanzler in diesen Unterlagen kein taktisches Spielmaterial, sondern einen Anlaß sehen, das Atomkraftwerk Zwentendorf in Betrieb zu nehmen, so liegt es nunmehr an ihm, dem Parlament einen entsprechend begründeten Antrag der Bundesregierung vorzulegen.

Darin müßte ausführlich begründet sein, was sich seit der Volksabstimmung 1978 geändert hat und wieweit die Fragen der Sicherheit, insbesondere der Endlagerung des Atomabfalls, gelöst sind.

Ein Antrag der Bundesregierung ist vor allem deshalb notwendig,

weil nur die Bundesregierung über den entsprechenden Expertenstab verfügt, um zu überprüfen, ob die Probleme der Sicherheit und der Endlagerung des Atomabfalls gelöst sind. Nur die Bundesregierung kann entsprechende Aufträge erteilen und entsprechende Verträge mit anderen Staaten abschließen;

weil die Bundesregierung jene Instanz ist, die das Ergebnis einer neuerlichen Volksabstimmung zu exekutieren hätte. Eine Regierung, die zur Hälfte dafür und zur Hälfte dagegen ist, wird dies jedoch kaum zustande bringen, noch dazu, wo der für die Energiewirtschaft zuständige Vizekanzler ein absoluter Gegner der Kernenergie ist.

Angesichts der Notwendigkeit, bis 31. März 1985 über die Zukunft des Kernkraftwerkes Zwentendorf zu entscheiden, stellen die unterfertigten Abgeordneten den gegenständlichen Entschliebungsantrag.

Der Handelsausschuß hat den gegenständlichen selbständigen Entschliebungsantrag in seiner Sitzung am 15. März 1985 in Verhandlung gezogen. Als Berichterstatter im Ausschuß fungierte Abgeordneter Hietl.

Bei der Abstimmung fand der Initiativantrag nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Höll

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich den Herrn Präsidenten, die Debatte darüber zu eröffnen.

Präsident: Ich danke den Herren Berichterstattern für ihre Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Robert Graf.

10.45

Abgeordneter Graf (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir — ich bitte das Hohe Haus um etwas Geduld —, daß ich mich dieser so heiklen Materie etwas ausführlicher widme, sogar mit einer geschriebenen Rede.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte mich zuerst ganz kurz mit Ihren Ausführungen befassen, die Sie jetzt und hier im Haus gemacht haben.

Sie sprachen am Ende Ihrer Rede die Hoffnung aus, es werde keine Niederlage der Vernunft geben. Ja, ich stimme mit Ihnen überein, aber es wird eine Niederlage der Vernunft geben, weil Sie und Ihr Regierungspartner Steger nicht in der Lage sind, sich über Ihre Vorgangsweise zu einigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Obwohl ich mich bemühe, heute jede Provokation zu vermeiden und meinen sonst geliebten Zynismus gerne vergessen möchte, möchte ich Ihnen zwei Dinge sagen. Sie bedienen sich in Ihren Ausführungen hier erlaubter, aber sinnstörender Halbwahrheiten, und ich will Ihnen drei davon aufzählen.

Wenn Sie auf der Seite 1 dem Hohen Haus erklären, daß der Ministerrat am 13. November 1984 ein Energiekonzept einstimmig verabschiedet und es dem Parlament zugeleitet hat, dann erinnere ich Sie, daß Ihr Minister Frischenschlager Sie sofort korrigiert hat, daß nur die Weiterleitung an das Parlament, aber nicht die Einstimmigkeit in der Materie gegeben ist.

Zweitens: Sie zitieren mich, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, völlig richtig, nur vergessen Sie aus Absicht einen Halbsatz, und zwar den außerordentlich entscheidenden Halbsatz. Ich stehe dazu, daß ich in der Pressestunde am 25. November sagte: Es geht darum, festzustellen: Bist du, österreichischer Bürger, für die friedliche Nutzung der Kernenergie — ja oder nein? — Sie haben geflissentlich meine Vorbemerkung nicht zitiert, die ich damals machte, nämlich: Wir wollen

eine von beiden Regierungsparteien getragene Regierungsvorlage, dann wünschen wir uns diese Volksabstimmung.

Und ich bitte Sie, mich noch etwas sagen zu lassen. Herr Bundeskanzler! Wenn Sie auf den Seiten 10 und 11 Ihrer Ausführungen sich selbst in fünf Punkten feiern, was die Bundesregierung alles einstimmig erkannt hat, dann lassen Sie mich eine einzige Frage in diesem Zusammenhang an Sie richten: Warum gibt es dann keine einstimmige Regierungsvorlage — das würde die Gespräche sehr erleichtern —, wenn Sie sowieso überall Einstimmigkeit haben? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin noch immer bei Ihrer Rede von vorhin, Herr Bundeskanzler, bei Ihren Bemerkungen über die Endlagerung in der UdSSR. Lassen Sie mich — es wird sich heute bei unseren Rednern wiederholen — doch eines feststellen: Es ist geradezu unbegreiflich und unerklärlich, warum Sie von diesem Umstand, dem man ja eine Bedeutung nicht absprechen kann, am 4. März meinem Parteiobmann Dr. Mock, als er mit Ihnen ein Gespräch hatte, nicht Mitteilung gemacht haben. Es ist ferner geradezu unbegreiflich, daß der Leiter der Österreichischen Verbundgesellschaft, von Ihnen nicht korrigiert, sagen kann, daß diese Verhandlungen seit Jahren laufen, und Sie nicht das geringste Bedürfnis hatten, Ihrem Gesprächspartner Mock irgend etwas davon mitzuteilen.

Und drittens: Sie reden von nationalem Konsens und von Ihrer Gesprächsbereitschaft mit Ihrem Gesprächspartner Dr. Alois Mock. Sie haben die Vertrauensbasis und die Vertrauensmöglichkeiten solcher Gespräche, Herr Bundeskanzler, empfindlichst getrübt, wenn nicht sogar gestört. Das ist unbegreiflich, und Sie können uns nicht einreden, Sie wußten nichts davon. Denn wenn Sie davon nichts wußten, ist es noch ärger, dann sollten Sie sich überlegen, wie lange Sie noch dort sitzen, wo Sie jetzt sitzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren auf den Regierungsbänken! Das Vertrauen der ÖVP in Ihre Fähigkeit, internationale Verträge abzuschließen, und zwar brauchbar abzuschließen, war ja von Haus aus nicht übertrieben groß. Ich lade Sie ein, doch zurückzudenken, was Sie sich alles geleistet haben in der Frage Internationaler Finanzierungsvertrag zum Konferenzzentrum. Meine Damen und Herren, denken Sie darüber nach! Das allein macht ja schon ein Mißtrauen in unserer Partei gegenüber Ihrer Kapazität,

Graf

mit internationalen Foren Verträge abzuwickeln, notwendig.

Und dazu kommt noch, daß Sie, Herr Bundeskanzler, in dieser essentiellen und ganz entscheidenden Frage Dr. Mock nicht unterrichten. Ich stelle die theoretische Frage, meine Damen und Herren: Wie hätten Sie in der gleichen Lage wie Mock unter solchen Umständen reagiert? (*Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Hieden.*) Ich kann Ihren Zwischenruf nicht hören. Er ist sicher interessant, ich werde ihn im Stenographischen Protokoll... (*Abg. Teschl: Sie sollen nicht beleidigend werden dem Bundeskanzler gegenüber! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Graff: Das ist doch der Gipfel!*)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt eine Feststellung machen. Ich bin seit dem Jahre 1966 im Parlament. Ich habe nie jemanden beleidigt. Würde ich es getan haben, dann hätte ich mich entschuldigt. Nur: Ich weiß nicht, wieweit Sie sich selbst von der Wahrheit absentiert haben, meine Damen und Herren, die Sie mir diesen Zwischenruf machen. Kritik an Ihrem Bundeskanzler ist vielleicht für Sie ärgerlich, für ihn kränkend, aber beleidigend ist es wirklich nicht. Ich möchte das einmal klarstellen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Noch immer bei Ihrer Rede: Verehrter Herr Bundeskanzler! Sie sagten etwas über Klubzwang, man sollte ihn aufheben und ähnliches mehr.

Lassen Sie mich Ihnen dazu namens meiner Fraktion — wirklich namens meiner Fraktion — etwas sagen: Wir haben überhaupt keine Veranlassung, den Klubzwang aufzuheben, denn wir stimmen ja heute nicht über Zwentendorf oder über Atomenergie ab. Wir sagen nein zur Unfähigkeit dieser Regierung, sich gemeinsam zu artikulieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Bevor Sie sich hier übertrieben gerieren als eine besonders demokratische Partei, die begierig ist, den Klubzwang aufzuheben, bitte ich Sie... (*Abg. Elmecker: Ein Eiertanz ist das!*) Wissen Sie, wann der Herr Bundeskanzler für Sie den Klubzwang hätte aufheben sollen — hätte er es getan, dann hätte er mir imponiert, vielleicht einigen von Ihnen auch —: beim Antrag der Volkspartei auf Ablösung des Herrn Verteidigungsministers Frischenschlager. Da hätten Sie es tun können, es wäre heilsam gewesen, aber nicht heute und hier. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Bevor ich die grundsätzliche Position (*Unruhe bei der SPÖ*) — werden Sie nicht nervös — meiner Partei erläutern darf, möchte ich doch in Richtung Regierungsbank einige Bemerkungen zur Debatte selbst machen, wenn Sie es mir erlauben. Ich rufe Bekanntes in Ihre Erinnerung, fühlen Sie sich nicht wieder beleidigt, wenn Ihr Bundeskanzler kritisiert wird.

Die Mitglieder der Bundesregierung sind laut Verfassung dem Nationalrat verantwortlich. Und Sie auf der Regierungsbank, Sie sind unsere Ansprechpartner und nicht der Präsident der Akademie der Wissenschaften und auch nicht der Außenminister der Sowjetunion. Was diese Leute sagen, das ist wichtig, aber erst dann, wenn Sie sich zu dem Gesagten bekennen. Sie sind unsere Ansprechpartner!

Politisch, meine Damen und Herren, hat die Regierung die Verantwortung dafür zu übernehmen, ob ein Kernkraftwerk, das Ihre Vorgängerin per Volksabstimmung zum Politikum gemacht hat, doch noch in Betrieb genommen werden soll. Und Sie da oben auf der Regierungsbank und Ihre Vorgänger haben, obwohl Sie die Vollziehung repräsentieren, sieben Jahre lang in dieser Frage nichts vollzogen.

Und nun bombardieren Sie uns, das Haus, plötzlich und fast täglich mit Ablichtungen von Briefen und Erklärungen, die nicht von Ihnen stammen, für die Sie als Gesamtregierung keine Verantwortung übernehmen wollen und nicht können, weil Ihr Partner nicht will. Denn in der Sache Kernenergie gibt es ja kein Kabinett Sinowatz/Steger, sondern nur ein getrennt lebendes, entscheidungsunfähiges und ergebnisloses ungleiches Paar. Das ist keine Beleidigung, sondern eine Feststellung.

Was Sie uns im Grunde genommen zumuten, meine Damen und Herren, ist fürwahr eine Zumutung. Die Degradierung einer Volksabstimmung zu einer solchen besonderer Art ist ähnlich einer Art öffentlicher Wette ein Bingo, bei der der Bürger entweder auf den Sinowatz oder auf den Steger setzen darf, ohne zu wissen, ob es sich um ein in jeder Beziehung sicheres, neutralitätspolitisch unbedenkliches, entsorgbares und kostengünstiges Kraftwerk handelt.

Ich bitte höflichst: Das, meine Herren Bundeskanzler und Vizekanzler, sollten Sie, bevor Sie wieder das Volk bemühen wollen, einmal unter vier Augen besprechen. Dazu sind Sie,

7560

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Graf

Herr Bundeskanzler, in Ihrer Eigenschaft als Koordinator der Regierungspolitik und Sie, Herr Vizekanzler, als der für Energie zuständige Minister in Ihre Ämter berufen worden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang würde ich Sie bitten: Tun Sie Ihre Pflicht als Regierungspartner, anstatt uns einzureden, Sie wollen uns Abgeordnete und das Volk nur vom Abstimmungsrecht Gebrauch machen lassen.

Lassen Sie mich vor Eingang in die Darstellung der Haltung unserer Partei folgendes sagen: Würde sich, meine Damen und Herren — Sie sind hier mitbetroffen — der Nationalrat zur Gänze als Aufsichtsrat dieses auf einer Regierungsbank sitzenden Vorstandes verstehen, dann würde er Ihnen, die Sie als Vorstand weder einen einhelligen Vorstandsbeschluß noch ausreichende Entscheidungsgrundlagen vorzuweisen haben, gar nicht den Gefallen einer Abstimmung tun, sondern er würde Ihre Vorgangsweise lediglich kritisieren und Ihnen sagen: Bringen Sie dem Aufsichtsrat einen einhelligen Beschluß! Dann wird der Aufsichtsrat sich damit beschäftigen. Das ist auch die Vorgangsweise, wie die ÖVP agieren wird.

Solange Sie, Vorstand, uns, Aufsichtsrat, der österreichischen Bevölkerung nicht sagen, daß Sie es einstimmig haben wollen, solange werden Sie mit uns nicht reden können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der Regierungsmehrheit! Machen Sie es sich nicht allzu einfach, lachen Sie nicht über das „Ja“... *(Abg. Wille: Den Eindruck habe ich bis jetzt nur von Ihnen!)* Ich kann es nicht verhindern. Jeder Eindruck, den Sie von mir haben, ist zugelassen, ich habe auch meinen Eindruck von Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Sie haben angekündigt, daß Sie zu einer sachlichen Rede ansetzen wollen. Ich warte darauf!)* Ja, natürlich. Wenn Sie ein bißchen Geduld haben, dann werden Sie bedient. *(Abg. Wille: Das dauert aber schon reichlich lange!)* Übrigens, ich gestatte Ihnen, Eindrücke von mir zu haben. Ich habe von Ihnen auch meine Eindrücke.

Wir wollen kein Flugloch für die Freiheitlichen tapezieren, das Sie sich von uns wünschen. Aber ich werde mich um Sachlichkeit bemühen. Nur, Herr Klubobmann Wille, darf ich Ihnen etwas sagen: Verwechseln Sie Kritik ohne Beleidigung nicht mit Unsachlichkeit. So weit haben wir es noch nicht

gebracht, das muß ich Ihnen schon sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Sie eindringlich davor warnen, das „Ja, aber“ der ÖVP nicht als „Ja, aber“ zu sehen; ich nehme Bezug auf Vorstand und Aufsichtsrat. Unsere Tür war seit Jahren offen, nur: Sie wollten nicht durch! Das ist unsere Bedingung. Wenn Sie sie erfüllen, dann geht's mit uns, ansonsten geht's nicht. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ja, ich weiß.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich versuchen, die Darstellung der ÖVP etwas umfangreicher zu geben.

Die Art und Weise, wie die derzeit im Amt befindliche Bundesregierung zur endgültigen Lösung oder zur scheinbar endgültigen Lösung der Zwentendorf-Problematik gelangen möchte, beweist nach dem Desaster Hainburg ein zweites Mal, daß diese Bundesregierung nicht in der Lage ist, energiepolitische Problemstellungen einer fundierten Lösung zuzuführen.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung wegen mangelnder Geschlossenheit in zentralen Fragen der Energiepolitik nunmehr bereits die Hintertür eines SPÖ-Initiativantrages benützen möchte, zeigt, daß diese SPÖ-FPÖ-Koalitionsregierung einfach nicht in der Lage ist, die ihr von der österreichischen Bundesverfassung zugeordneten Kompetenzen einer rationalen Energieplanung wahrzunehmen und eine seriöse Aufbereitung energiepolitischer Fragen zu gewährleisten. Diese Regierung hat aus dem durch Fehlerhaftigkeit und Unzulänglichkeiten entstandenen demokratischen Desaster rund um den Bau eines Wasserkraftwerkes bei Hainburg absolut nichts gelernt.

Mit der Frage Atom wird, meine Damen und Herren, abermals eine elementare Frage der österreichischen Energiepolitik von dieser Regierung nicht rational, sondern emotional und unter besonderer Berücksichtigung kurzfristiger, taktischer Überlegungen erörtert.

Wie bereits bei Hainburg hat sich auch in der Frage Atomenergie der Herr Bundeskanzler selbst unter ultimativen Termindruck gesetzt. Und wie bei Hainburg ist auch bei Zwentendorf der Herr Bundeskanzler mit seiner Bundesregierung nicht in der Lage, innerhalb dieses Termins die zur seriösen Diskussion und Durchführung der gewünschten Maßnahmen notwendigen Fakten und Unterlagen beizustellen. Das ist doch das Faktum!

Graf

Nach der so demonstrierten eigenen Handlungs- und Regierungsunfähigkeit — das ist es ja — vermeint nunmehr der Bundeskanzler, in Form einer Volksabstimmung besonderer Art die Regierungsunfähigkeit der ÖVP testen zu müssen. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

Man will die gesamte Atomdebatte nach fast siebenjähriger Einmottung des Kernkraftwerkes Zwentendorf auf die Fragestellung ja oder nein ohne Wenn und Aber verkürzen. Siehe Ihre Ausführungen!

Damit ist die derzeitige Bundesregierung, Hohes Haus, auf dem besten Weg, denselben Fehler, den Herr Altbundeskanzler Kreisky im Zuge der ersten Volksabstimmung begangen hat, zum Schaden der Volkswirtschaft Österreichs nochmals zu begehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Erlauben Sie mir, die Situation noch einmal nüchtern zu rekapitulieren.

Im November 1978 wurde von Bundeskanzler Dr. Kreisky eine Volksabstimmung betreffend die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf leichtfertig vom Zaun gebrochen, wobei der damalige Herr Bundeskanzler die Beantwortung dieser Frage mit einem Votum über seine Person willkürlich verknüpfte. Die Bevölkerung, meine Damen und Herren, hat ja bekanntlich gegen Kreisky und gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs gestimmt.

Regierung und Parlament haben damals daraus Konsequenzen gezogen — ich darf sie Ihnen wiederholen —:

Mit dem Bundesgesetz vom 15. Dezember 1978 wurde ein Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung Österreichs beschlossen, das sogenannte Atomsperrgesetz.

Am 5. Dezember 1979 wurde ein von der SPÖ-Fraktion und insbesondere vom damaligen Herrn Klubobmann Fischer stark forcierter Entschließungsantrag einstimmig angenommen, in welchem die Bundesregierung ersucht wurde — ich betone: die Bundesregierung wurde ersucht über Antrag des SPÖ-Klubobmanns —, in ihren energiepolitischen Planungen darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Änderung des Atomsperrgesetzes nicht ohne Volksabstimmung und nur mit Zweidrittelmehrheit erfolgen sollte.

Im Jänner des Jahres 1983 gab es dann eine

Debatte innerhalb der Bundesregierung darüber, ob diese Dreiparteienentschließung des Nationalrates auch in der kommenden Legislaturperiode Gültigkeit habe, wobei der Herr Präsident des ÖGB Benya und Altbundeskanzler Kreisky diese Frage verneinten, während sich der damalige Klubobmann Fischer für die weitere Gültigkeit aussprach. Ich bitte, sich zu erinnern.

Dieses negative Votum 1978 schuf ja eine neue Voraussetzung für die Inbetriebnahme Zwentendorfs.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der tiefere Sinn der damals einstimmig erfolgten Willenskundgebung des Nationalrates lag eindeutig in der Übereinstimmung aller drei im Parlament vertretenen Parteien, daß eine Aufhebung des Atomsperrgesetzes aus demokratiepolitischen Gründen nicht willkürlich — so hieß es damals —, sondern nur bei einer Änderung der Faktenlage vorgenommen werden sollte und daß auch aus den Negativerfahrungen der ersten Volksabstimmung gelernt werden muß — müßte, würde ich jetzt sagen.

Alle im Parlament vertretenen Parteien, meine Damen und Herren, waren sich einig, daß künftig die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Interesse der Bürger und der österreichischen Wirtschaft aus parteipolitischen und wahltaktischen Überlegungen ausgeklammert werden sollte.

Ich glaube — gestatten Sie mir diese Bemerkung —, daß ich an sich für die überwältigende Mehrheit der Abgeordneten in diesem Hause sprechen würde, wäre ich autorisiert, wenn ich feststelle, daß eine Aufhebung des Atomsperrgesetzes und eine Volksabstimmung aus der Sicht der Abgeordneten aller Parteien nicht emotional, sondern rational an Hand konkreter Fragen diskutiert werden müssen — müßten, muß ich sagen auf Grund der Entwicklung.

Mit dem Festschreiben einer qualifizierten Mehrheit für die Aufhebung des Atomsperrgesetzes sollte nach Meinung der Volksvertretung damals sichergestellt werden, daß nur auf Grund neuer Fakten eine zweite — und sicherlich letzte — Volksabstimmung über Kernkraft beziehungsweise über die dann folgende Inbetriebnahme von Zwentendorf vorgenommen wird.

Bis vor kurzem, meine Damen und Herren, ist sowohl für Kernenergiebefürworter als auch für Kernenergiegegner außer Streit gestanden, daß

Graf

erstens die Regierung die Sicherheit des Kernkraftwerkes Zwentendorf vor Durchführung einer neuen Volksabstimmung überprüfen und garantieren müsse. Die lange Einmottungsphase wäre dabei zu berücksichtigen.

Zweitens: Es war immer einhellige Auffassung aller drei Parteien im Parlament, daß die Endlagerungsfrage gelöst sein muß, bevor man eine neuerliche Volksabstimmung durchführen kann. *(Bundesminister Dr. Fischer: Die Kurve wird immer kurviger!)* Nein, nein, beruhigen Sie sich! Wir haben in dieser Frage keine Kurven genommen. Ungewöhnliche Kapriolen in dieser Frage haben Sie sich geleistet. Ich komme noch auf Sie zurück. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es war drittens der überwiegenden Mehrheit der Abgeordneten immer eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Beurteilung der Nutzung der Kernenergie nicht Kosten und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen abstrahiert werden sollten.

Herr zwischenrufender Minister! Ihre Zwischenrufe stören mich nicht, ich genieße sie, besonders heute. Ich muß Ihnen zum „kurvigen“ Benehmen sagen: Sie, Herr Bundesminister, waren führend daran beteiligt, daß es gelungen ist, in unserem Klub Befürworter und Ablehner zu einen in der heutigen Marschrichtung, zu einen in der Ablehnung Ihrer Politik! *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich halte es für demokratiepolitisch bedenklich, ich halte es für die gesamte politische Kultur dieses Landes schädlich, daß sich die derzeitige Bundesregierung nunmehr von all diesen Fragen distanziert und sich in all diesen Fragen für nicht zuständig erklärt. Ich muß annehmen, Herr Bundeskanzler, Sie haben vergessen, daß Sie 50 Prozent der Anteile halten. Das ist eine beachtliche Verantwortung.

Außerdem halte ich es für unverantwortlich, daß Sie, Herr Bundeskanzler — so scheint es mir —, überfordert mit der Aufarbeitung neuer Entscheidungsgrundlagen, nunmehr versuchen, die Verantwortung der Regierung auf das Parlament abzuschieben. Bitte seien Sie mir jetzt nicht böse: So trivial und einfach, wie der Bundeskanzler nunmehr das Problem lösen will, ist es nicht, und so einfach wurde es auch von Spitzenpolitikern der SPÖ bis jetzt nicht gesehen. Ich darf das auch dazusagen.

Verehrter Herr Klubobmann Wille! Sie

irren, wenn Sie meinen, bei der Frage der Kernenergie gehe es nur um ja oder nein ohne Wenn und Aber. Das Rundherum hat geklärt zu werden. Ich darf aufzählen:

Als Anfang Jänner 1983 die Atomfrage wieder aktualisiert wurde, gab in Vertretung Kreiskys der damalige Herr Vizekanzler Sinowatz zum Thema Atom folgende Erklärung ab. Sollten Sie sich jetzt wieder gekränkt fühlen — das ist ein wörtliches Zitat —, dann richten Sie Beschwerden nicht an mich. Ich zitiere Sinowatz wörtlich:

„Ich bin prinzipiell dafür, daß die Kernenergie genützt wird. Ich glaube nur, daß man in dieser Frage Bedenken, die in breiten Bevölkerungsschichten bestehen — offensichtlich noch immer bestehen —, nicht ohne weiteres wegwischen kann.“ *(Rufe bei der SPÖ: Na also!)* Warten Sie ein bißchen!

Dann sagte Sinowatz konkret zur Lagerungsfrage: „Die Lagerung ist sensibel und ernst und sie muß, ehe eine andere Entscheidung kommt, zur Zufriedenheit gelöst werden.“ — Selbstverständlich, Herr Bundeskanzler!

Dann habe ich ein „herrliches“ Zitat aus einem Jahr später. In der „Presse“ vom 18. Juli 1984 steht, wenn Sie mir zu zitieren erlauben, ein wörtliches Zitat von Sinowatz: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß ohne FPÖ eine Einigung möglich ist.“ So Sinowatz. — Er hat recht!

Zweitens sagte er: „Die Regierung muß eine klare Haltung einnehmen.“ Natürlich, Herr Dr. Sinowatz; nehmen Sie diese ein, aber gemeinsam! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Herr Kollege Graf! Haben Sie heute nichts anderes zu bieten als kalten Zynismus? Das frage ich Sie! Schämen Sie sich! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Herr Marsch, es wird ein anderer Zeitpunkt kommen, zu dem wir uns darüber unterhalten werden, wer sich zu schämen hat. Ich wende mich jetzt wieder meinen Ausführungen zu. *(Abg. Marsch: Weil Sie nichts anderes bieten können!)* Daß meine Aussagen Sie quälen, freut mich, dann sind sie richtig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das heißt, Hohes Haus, der Herr Bundeskanzler Sinowatz hat im Jahre 1983 exakt jene Haltung vertreten, die jetzt die ÖVP hier und heute vertritt. Der Herr Bundeskanzler ist uns daher eine Erklärung schuldig, warum er jetzt die Bedenken der Kraftwerksgegner

Graf

vom Tisch wischen und eine Volksabstimmung ohne Klärung der Endlagerungsfrage erzwingen will. (*Abg. Arnold Gräbner: Das darf nicht wahr sein!*) Geduld, Geduld!

Meine Damen und Herren! Daß ein Verhandlungsangebot die Lösung der Endlagerungsfrage bedeutet, kann seriöserweise ja von niemandem behauptet werden. Man muß als Regierung der Öffentlichkeit doch zumindest die damit verbundenen Kosten nennen können und sollte nicht vergessen, wie oft es Verhandlungsangebote im Zusammenhang mit der Atomfrage gegeben hat — ich denke an Ägypten, an den Iran und an China, wo es angeblich schon einen Vorvertrag gegeben hat —, die sich immer als Luftblasen und Luftschlösser erwiesen haben, wenn es um die konkrete Paraphierung ging.

Schon im Jahre 1983 hat der heutige Herr Außenminister in der „Presse“ vom 24. Feber 1983 deutlich gemacht, daß die Lösung der Endlagerungsfrage und die damit verbundenen Kosten für die Entscheidungsfindung wichtig sind. Herr Gratz meinte damals — ich zitiere wörtlich —:

„Wenn das Problem der Endlagerung gelöst ist, sollte Zwentendorf in Betrieb gehen. Vorher ist freilich noch die Kostenfrage zu klären, denn es ist fraglich, ob es sich nach so langer Zeit noch rentiert, das Atomkraftwerk zu aktivieren!“

Bevor ich fortsetze, möchte ich sagen: Herr Bundeskanzler, Sie erklärten in Ihrer heutigen Rede, es gäbe keine Neutralitätspolitischen Bedenken gegen diesen Vorvertrag oder den späteren Vertrag mit der UdSSR. Es war hochinteressant für uns, festzustellen, daß vor wenigen Tagen in der Pressestunde der zuständige Herr Außenminister davon nichts wußte. Es gibt bemerkenswerte Zusammenhänge zwischen Ihren Feststellungen und seinen.

Ich erlaube mir, Sie zu fragen, Herr Bundeskanzler: Wo sind Ihre Kostenberechnungen? Innerhalb Ihrer eigenen Regierung gibt es dazu die widersprüchlichsten Aussagen. Während sich der Herr Staatssekretär um Pro-Argumentationen bemüht, übermittelt sein Chef, der für Energiefragen zuständige Handelsminister, dem Parlament Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß Atomstrom nicht wirtschaftlich und mit zusätzlichen Kosten von möglicherweise 9 Milliarden Schilling Endlagerung plus 4 Milliarden Schilling Sicherheit verbunden ist. (*Zwischenruf von Vizekanzler Dr. Steger.*) Ich weiß, daß das

unbestritten ist. Es ist mir erlaubt, die Widersprüche zwischen Ihnen und Herrn Sinowatz aufzuzeigen. Dafür stehe ich ja hier. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nun ein paar Worte zum geistigen Mentor der jetzt vorliegenden „Unlösung“ einer Volksabstimmung besonderer Art. Herr Wissenschaftsminister Fischer! Sie haben noch am 28. Feber 1983 über die Vorbereitung einer zweiten und nach Ihrer Meinung sicherlich letzten Volksabstimmung völlig anders gedacht. Und auf die damals an Sie gerichtete Frage, ob Sie persönlich bei einer Volksbefragung wieder mit ja stimmen würden, antwortete der damalige Herr Klubobmann Heinz Fischer wie folgt — Fischer wörtlich —:

„Für mich würde sich das Problem nicht auf ein Ja oder Nein reduzieren. Für mich hätten Verhandlungen mit den anderen Parteien überhaupt nur dann einen Sinn, wenn sie mit dem Ziel geführt werden, eine ganz neue gesetzliche Grundlage an rechtlichen, ökonomischen und technischen Vorbedingungen für die Nutzung der Kernkraft in Österreich zu schaffen.“

Ich bedanke mich außerordentlich dafür, denn eine bessere Kritik an der jetzt getroffenen Pseudolösung könnte auch ein Oppositioneller nicht finden. Herr Dr. Fischer hat genau das formuliert, was die Opposition seit Jahren von der Regierung als Grundlage für seriöse Verhandlungen erwartet und bis heute nicht erhalten hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Eine genau so seriöse Gesetzesvorlage der Bundesregierung, wie Fischer sie skizziert hat, hat sich die ÖVP als Verhandlungsgrundlage für eine Aufhebung des Atomsperrgesetzes erwartet. Wir bekamen sie nicht.

Und nun zum taktischen Spiel der Regierung anstatt einer ernsthaften Debatte. Es geht ja heute eigentlich nur um eines: Sie wünschen die Schuldzuweisungsfrage zu klären. Wir werden schon versuchen, daß sie uns nicht zugewiesen wird. (*Abg. Wille: Wir könnten auch über ein ernstes wirtschaftspolitisches Problem reden! Aber das wollen Sie offenbar nicht!*)

Herr Klubobmann Wille! Bei aller persönlichen Wertschätzung, die uns verbindet, muß ich sagen, es kann in dieser heiklen Frage keine Abhandlung geben, die Ihnen sachlich tauglich erscheint, außer eine Kapitulation

Graf

der ÖVP und ein gesenktes Haupt. Erwarten Sie beides nicht. *(Abg. Wille: Davon ist nicht die Rede! Das habe ich nie verlangt, nie erwartet!)* Es kommt darauf hin! Haben Sie die Fairneß, festzuhalten, wenigstens in sich, nicht laut, ich überschreite die Grenzen der Fairneß nicht, ich stelle die Situation aus der Sicht des Oppositionellen dar, und davon werden Sie mich nicht abbringen können. *(Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Dr. Fischer: Nur Verlegenheit!)*

Herr Minister Dr. Fischer! Eines mag uns auch im Haus hier einigen: Verlegen werden wir zwei nie! Sie sollten verlegen sein wegen Ihrer Lösungsversuche. Aber uns fällt immer etwas ein. Erlauben Sie mir zu sagen: Was meiner Partei eingefallen ist, ist besser als das, was Ihnen eingefallen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Bis zum Beweis des Gegenteils — ich hoffe, daß der Herr Bundeskanzler und sein Vizkanzler hier vielleicht einmal zu einer einheitlichen Argumentation finden — muß die Vermutung gelten, Herr Kollege Wille, daß die derzeitige Bundesregierung gar nicht ernsthaft daran interessiert ist, die Inbetriebnahme von Zwentendorf einzuleiten, daß sie gar nicht daran interessiert ist, über seriöse Fakten für eine Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf zu diskutieren, sondern daß sie natürlich ... *(Abg. Mühlbacher: Lauter Ausreden! Sie können der Wirtschaft gar nicht mehr in die Augen sehen! Ausreden sind das!)* Ich kann sogar Ihnen in die Augen sehen, obwohl Sie ein schwacher Teil dieser Wirtschaft sind; darf ich Ihnen das sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Umwerfende Argumentation!)*

Meine Damen und Herren! Sie versuchen lediglich, dem eigenen Dilemma Ihrer Handlungsunfähigkeit zu entrinnen in der irrigen Hoffnung, mit der Kreation einer Volksabstimmung besonderer Art könnten Sie uns den berühmten Schwarzen Peter zuschieben und uns für die Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs verantwortlich machen.

Meine Damen und Herren! Die Art, wie der Herr Bundeskanzler aus dem Nichts heraus diese Debatte begonnen hat, beweist ja eigentlich, daß lediglich ein Spiel betrieben wird, innerhalb der SPÖ bestritten, nämlich das vom Regierungspartner abgelehnte Thema endlich vom Tisch zu bekommen — zu Lasten der ÖVP. Dieses taktische Spiel wird Ihnen nicht gelingen. Es mag diese Spielart bei rein emotionellen Atombefürwortern, für

die sich Wirtschaftspolitik auf die Frage Atom ja oder nein zu reduzieren scheint, ganz gut ankommen. Von der ÖVP, und zwar von Atombefürwortern und Atomgegnern ... *(Bundesminister Dr. Fischer: Gibt es die noch in der ÖVP?)*

Sie werden sie spüren. Wir werden Sie von der Regierungsbank wegbringen, und es wird gut sein für dieses Land. *(Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir werden heute — und ich darf Ihnen das versichern — ... *(Abg. Marsch: Das ist heute Ihr Stil, Herr Graf!)* Mein Stil war immer besser als Ihrer; ohne eingebildet zu sein, darf ich Ihnen das sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eines möchte ich Ihnen versichern, Hohes Haus, egal, ob Sie namentlich abstimmen lassen oder nicht: Wir werden diesen Antrag ohne Mühe einstimmig ablehnen. Darf ich Ihnen das sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Schauen Sie sich selber in den Spiegel, was Sie jetzt sagen! So etwas redet heute bei der ÖVP! Daß Sie sich nicht schämen dafür, sich so zu benehmen!)*

Ich bin ein überzeugter Anhänger der friedlichen Nutzung der Kernenergie, aber dieses unwürdige Spiel mit der Glaubwürdigkeit der Politik werden wir durchkreuzen. Das verspreche ich Ihnen.

Wenn der Herr Bundeskanzler glaubt, daß er mit einer Art Verfassungsinterpretation, mit einem besseren Trick die von dieser Regierung nicht erfolgte seriöse Aufbereitung der Entscheidung vertuschen kann, dann irrt er sich.

Herr Veselsky! Sie ärgern sich nur, weil ich das sage, wovon Sie wissen, daß es richtig ist. Natürlich ärgern Sie sich über mich, hoffentlich, sonst ist meine Rede nicht gut. *(Abg. Dr. Veselsky: Freilich! — Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich habe in einem Zeitungsin-terview gesagt — und ich wiederhole es hier und heute im Hohen Haus —: Die Bundesregierung hat die Chance auf eine eventuelle Inbetriebnahme Zwentendorfs leichtfertig vergeben. Ohne Sicherheitsbericht, ohne gelöste Endlagerungsfrage und ohne Wirtschaftlichkeitsberechnung ist eine Volksabstimmung für die ÖVP nicht aktuell. Die Schuld liegt bei der Regierung.

Wissen Sie, warum? Alles, was Sie uns

Graf

heute vorgelegt haben, Herr Marsch, wäre ...
(*Abg. Marsch: Was glauben Sie von dem, was Sie sagen?*) Alles, ja. Und ich sage Ihnen auch, warum. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Marsch, ganz ernst. Ich sage Ihnen, warum. All das, was der Herr Bundeskanzler hier als einstimmige Vorlage und so weiter gefeiert hat, hätte ernstesten Hintergrund, wenn es von einer gemeinsamen Initiative dieser Regierung getragen würde. Daher glaube ich alles, was ich sage, und Ihnen nichts, weil Sie sich in Wirklichkeit mit Regierungspartner Steger nicht einigen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Eine quälende Ausrede!*) Das kann schon sein. Und ich werde Sie noch eine Zeitlang quälen, aber ich werde jetzt auf Ihre Zwischenrufe aus ökonomischen, nur aus ökonomischen Gründen, nicht weiter eingehen. (*Abg. Marsch: Sie quälen ja sich!*)

Es sind einige Fragen zu stellen in diesem Zusammenhang, und ich werde das ausargumentieren, damit Sie uns nicht etwas insinuierten.

Ich habe folgende Fragen:

Wie und wann wurde die Sicherheit des Kernkraftwerkes genau überprüft?

Was wurde für die Lösung der Endlagerung wirklich getan?

Wo sind die Berechnungen der Regierung, wie teuer der Atomstrom wirklich kommt?

Was haben Sie in der Regierung getan, um Bedenken von Skeptikern zu zerstreuen?

Die Zitation von Außenministern großer Länder und die Zitation von Reaktor- und Sicherheitskonferenzvorsitzenden sind erst dann wertvoll, wenn die Regierung für diese Berichte die Verantwortung übernimmt. Gemeinsam! Das können Sie nicht. Daher unser Mißtrauen. Das Atom wurde bei der Koalitionsbildung nicht verhandelt.

Die Regierung hat zur Lösung dieser vier Fragen konkret nichts getan und ist in ihrem Energiebericht lediglich in Formalismen und Leersätze geflüchtet, wie beispielsweise die Feststellung, daß „die Entsorgung in Österreich als ebenso lösbar wie in anderen europäischen Ländern“ zu betrachten sei.

Sie verschweigen allerdings in diesem Zusammenhang, daß sich das Ausland bereits in der Projektierungs- und Realisierungs-

phase sowohl für Zwischen- als auch für Endlagerung befindet, während die österreichische Regierung nach sieben Jahren Einmütigkeit über diese Frage noch nicht richtig nachgedacht hat. Die große Ausrede des früheren Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky auch hier im Haus, es hindere ihn der Atomsperrvertrag, scheint sich auf diese Regierung übertragen zu haben.

Ich darf Ihnen etwas sagen. Der Codex alimentarius Austriacus hindert auch niemanden daran, die Wurst zu verbessern. Er verbietet nur, sie schlechter zu machen. Das haben Sie vergessen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist dies ein praktisches Beispiel auch für Sie, Herr Dr. Veselsky. Fühlen Sie sich nicht so erhaben. Sie wären ja jetzt noch in der Regierung, wenn Sie um so viel gescheiter wären.

Wenn Sie mich provozieren, werde ich Sie bedienen. Ja was glauben Sie denn? Ich bemühe mich um Sachlichkeit. Aber wenn Sie glauben ... (*Abg. Schieder: Das trifft aber auf die ÖVP auch zu!*) Ja, aber wenn Sie glauben, daß Sie mich da abschütten können und ich das dankbar einstecken werde, dann werden Sie sehen, was ich kann. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Dr. Fischer: Mit so einer Politik werden Sie nie in die Regierung kommen!*) Die Sache läuft gut. Sie verlieren Ihre Contenance. Das ist es. Ich habe mich zum Unterschied von Ihnen, Herr Dr. Fischer — machen Sie sich keine Sorgen um uns —, nie um einen Platz in einer Regierung beworben. Die ÖVP hatte ja auch eine. Also beruhigen Sie sich.

Ich muß Ihnen jetzt etwas sagen. Nicht nur die SPÖ-FPÖ-Regierung, auch Sie können ja nur phrasenhafte und widersprüchliche Themen betreffend Energiepolitik liefern, denn bei der Koalitionsbildung beider Parteien ging es Ihnen ja nur um die rasche Besetzung von Ministerposten und nicht um die seriöse Aushandlung eines Abkommens, das die Probleme in Österreich löst. Das im Koalitionsvertrag enthaltene energiepolitische Wollen der SPÖ-FPÖ-Regierung umfaßt außer dem Baubeschluß Hainburg, wo man mittlerweile ja gescheitert ist, lediglich 13 Maschinschreibzeilen, wobei Sie folgende Leerformeln zu Papier gebracht haben — ich darf sie Ihnen als Aide-mémoire zur Verlesung bringen —:

„Die ausreichende Versorgung mit Energie und Rohstoffen ist für das Wachstum der Wirtschaft und die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus unerlässlich. Durch

Graf

Investitionen im Energiebereich ist eine Steigerung der Wirksamkeit des Einsatzes von Energie zu erreichen.

Im besonderen wird eine Erhöhung des Nutzungsgrades der Energie, insbesondere ein höheres Maß an Wiederverwertung angestrebt. Die Forschung und Entwicklung neuer Energietechnologien wird intensiv gefördert. Der Ausbau des Fernwärmeversorgungssystems durch Nutzung der Abwärme von Kraftwerken oder industrieller Anlagen soll zur besseren Ausnutzung vorhandener Energien beitragen.“

Das ist alles. Und nicht einmal das erfüllen Sie, Herr Energieminister, nicht einmal das! Auf der Basis dieser drei Absätze kann man eben keine zukunftsweisende Energiepolitik in Österreich betreiben. *(Vizekanzler Dr. Steger: Das ist aber ein Irrtum!)* Melden Sie sich zu Wort, Herr Nationalrat! Bei Ihnen stört es mich. Die anderen können nicht anders. Sie könnten. Trauen Sie sich herunter, und sagen Sie, warum Sie nicht einstimmig sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die wirklich energiepolitischen Problemstellungen wurden nicht in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen, was zu der grotesken Situation führt, daß der Herr Bundeskanzler unabhängig von der Faktenlage für eine Inbetriebnahme Zwentendorfs eintritt und sein Vizekanzler ebenso unabhängig von allen Fakten gegen eine Inbetriebnahme Zwentendorfs ist. Und dort ist die Bruchlinie, meine Damen und Herren. Seien Sie nicht beleidigt, wenn ich Ihnen sage, diese Haltung innerhalb der Regierung ist schizophren. Sie wurde für den politischen Beobachter einige Monate nach der Regierungsumbildung erkenntlich, weil der Herr Vizekanzler, übrigens in dankenswerter Offenheit, am 4. Juni 1983 in der Presse erklärte, daß ein eingemottetes Kernkraftwerk sicher nicht in Betrieb gehen wird, weil dieser Komplex bewußt aus den Koalitionsvereinbarungen ausgeklammert wurde. Ich gratuliere Ihnen, Herr Dr. Sinowatz, zu dieser Vereinbarung.

Der Herr Bundeskanzler will eine neuerliche Volksabstimmung herbeiführen, kann aber nicht begründen, warum, weil sein Mitarbeiter, sprich der für Energiefragen zuständige Herr Handelsminister, gar keine Bereitschaft erkennen läßt, ihn die hierfür nötigen Unterlagen erarbeiten zu lassen.

Meine Damen und Herren! In jedem anderen Land der Welt würden so schwerwie-

gende, offen zum Ausbruch kommende Meinungsverschiedenheiten und Kontrapositionen innerhalb der Regierung zum Rücktritt des Kabinetts führen. In Österreich aber glaubt das Team Sinowatz — Steger, das seit einem Jahr immer häufiger — Sie werden wieder beleidigt sein — durch ungeschicktes Verhalten seine Existenzberechtigung in Frage stellt, sich mit Gags über ein nicht vorhandenes politisches Wollen und Können in elementaren Wirtschaftsfragen weiter hinwegturnen zu können.

Aber, Herr Dr. Sinowatz, Sie sind nicht der Klubobmann der SPÖ, sondern Sie sind der Bundeskanzler der Republik, und Sie haben als solcher und nur als solcher zu agieren. Bitte lassen Sie mich Ihnen etwas sagen: Die ÖVP als Partei interessiert nicht die Privatmeinung von SPÖ-Abgeordneten. Ich respektiere sie. Als Partei interessiert uns und die ÖVP will wissen, welche Vorstellungen die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit in der Frage Energie wirklich hat. Das wollen wir wissen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die erfolgte Übermittlung unverbindlicher Expertenpapiere und Informationen zum Thema Atomstrom an die Klubobmänner der im Parlament vertretenen Parteien kann, meine Damen und Herren, die gemeinsame Willensäußerung dieser Regierung nicht ersetzen und ist daher für die Entscheidungsfindung in einer so wichtigen Frage, wie sie die friedliche Nutzung der Kernenergie zweifelsohne ist, so lange irrelevant, als die für die energiepolitische Planung in Österreich zuständige Bundesregierung nicht die Verantwortung für den Inhalt dieser Papiere übernimmt. Das ist die unübersteigbare Hürde, meine Damen und Herren.

Was die Anforderungen an die Energiepolitik der Regierung betrifft, möchte ich sagen: Die ÖVP wird aus demokratiepolitischen Überlegungen einer neuerlichen Volksabstimmung nur dann ihre Zustimmung geben, wenn ein gemeinsamer Antrag der Bundesregierung betreffend Aufhebung des Atomsperrgesetzes mit umfassender Begründung erfolgt.

Diese Begründung hat zu enthalten: Erstens einen von der Regierung beschlossenen — Sie wollen ja wissen, was wir wollen, jetzt sage ich es Ihnen! *(Ruf bei der SPÖ: Sie wollen nur jeden Tag etwas anderes!)* Nein, auch das ist nicht wahr. *(Abg. Marsch: Aber ein so schlechtes Schauspiel liefern Sie! Ein so schlechtes Schauspiel heute zu liefern,*

Graf

Herr Graf! Ich habe von Ihnen schon Besseres gehört! Sie sind in der Wirtschaft tätig und können nichts dazu sagen! Herr Marsch! Ich sage Ihnen etwas: Ich bin kein Schauspieler. Aber wäre ich einer, würde ich mein Geld auch dort besser verdienen als Sie! Darf ich Ihnen das jetzt sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wünschen, meine Damen und Herren, einen von der Regierung beschlossenen Sicherheitsbericht.

Bei der Abfassung des Berichtes ist die siebenjährige Einmottungsphase von Ihnen in Rechnung zu stellen. Der Sicherheitsbericht hat präzise Angaben zu enthalten über einen eventuellen Rohrleitungsaustausch, einen eventuellen Austausch von Teilen der Meß- und Regeltechnik, die Sicherheit der Reaktordruckgefäße und eine nochmalige Überprüfung der Dichtheit der Wanne. Das werden Sie verantwortlich übernehmen und nicht eine Kommission. Dann stellt uns der Bericht zufrieden.

Hohes Haus! Ziel dieses Sicherheitsberichtes sollte es sein, auch in der Öffentlichkeit einkalkulierte Bedenken, artikuliert durch Gegner, auszuräumen.

Wir wollen zweitens ein von der Regierung beschlossenes Endlagerungskonzept — von der Regierung beschlossen! — inklusive der damit verbundenen Kosten.

Ein Verhandlungsangebot, meine Damen und Herren, egal von welchem Land es kommt, genügt jedenfalls nicht als Angebot, um die Endlagerungsfrage schon als gelöst zu betrachten.

Die beiden derzeit in Diskussion befindlichen Entsorgungsangebote — China, UdSSR — können unter neutralitätspolitischen Gesichtspunkten nicht ex cathedra als unbedenklich erklärt werden. Sie werden darüber hinaus derzeit von Regierungsmitgliedern selbst äußerst unterschiedlich beurteilt. (Vizekanzler Dr. Steger: *Das ist heute geklärt worden!*) Wirklich? Dann hätten Sie es uns ja sagen können. (Neuerlicher Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Steger.) Das ist ja keine Klärung. Das ist eine Erklärung, aber keine Klärung, Herr Vizekanzler! Außerdem: Solange Sie sich nicht dort anhängen, bleibt die Klärung nur eine Erklärung eines Mehrheitspartners und nicht der Regierung. (Abg. Dr. Graff: *Wenn Sie in einem halben Jahr kommen, können wir darüber reden!* — Abg. Marsch: *Mit Ihnen sicher nicht!*)

Herr Vizekanzler! Sie haben im Mai 1984, auf das Chinaangebot angesprochen, dezidiert erklärt — Sie, Herr Dr. Steger —: Ein Endlager in China schließe Steger aus. Die Chinesen seien nur bereit, zuvor in China eingekaufte Brennstäbe als Atom Müll zurückzunehmen. — So sagten Sie.

Inzwischen deutete auch der jetzige Außenminister Mag. Gratz in einem Zeitungsinterview mit der „Tiroler Tageszeitung“ vorsichtig an, daß auch bei der Endlagerung in der UdSSR „woanders neue Brennstäbe besorgt werden müßten“. — Zitat des jetzigen Herrn Außenministers.

Ich weiß, das ist eine ganz entscheidende Sache, aber Sie haben vergessen, dem Rechnung zu tragen.

Meine Damen und Herren! Nach den eben überwundenen Problemen in Richtung Technologietransfer sollte jedenfalls die Endlagerung noch einmal unter außenpolitischen Gesichtspunkten ernsthaft überprüft und dann, Herr Vizekanzler, detailliert ausverhandelt werden. Dann kann man an die Aufhebung des Atomsperrgesetzes denken.

Und drittens: Es müssen von der Regierung einstimmig beschlossene Wirtschaftlichkeitsberechnungen — von der Regierung, einstimmig, Herr Dr. Steger — im Zusammenhang mit der Aufhebung des Sperrgesetzes vorgelegt werden. (Abg. Wille: *Haben Sie nicht den Eindruck, daß Sie sich da völlig der Regierung ausliefern? Die Wirtschaft wird ja darüber auch eine gewisse Meinung haben!*)

Machen Sie sich keine Sorge! Kein Mensch in Österreich mit Vernunft liefert sich dieser Regierung aus. (Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.) Ist Ihnen das klar?

Herr Klubobmann Wille! Die Frage der Wirtschaftlichkeit kann ja grundsätzlich nicht losgelöst von den zusätzlich anfallenden Sicherheits- und Endlagerungskosten betrachtet werden. Und die Frage der Wirtschaftlichkeit kann ja auch nicht losgelöst von der von der Regierung beabsichtigten energiepolitischen Weichenstellung beurteilt werden.

Was plant denn die Regierung eigentlich: eine Substitution von Öl durch Strom? Und würden, wie der Herr Vizekanzler immer behauptet, Überkapazitäten bei gleichzeitiger Inbetriebnahme von Dürnrohr und Zwentendorf entstehen? Fragezeichen, Herr Steger, ja oder nein? (Vizekanzler Dr. Steger: *Das*

Graf

sagt Fremuth!) Ich bitte Sie, Sie haben dem Parlament zu antworten, nicht der Herr Fremuth. Sie sind der Chef des Herrn Fremuth, und Sie schweigen. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Energieminister! Welche Strompreisverbilligung würde denn die Option Atomenergie für den Konsumenten in Österreich bedeuten? Wissen Sie das? *(Vizekanzler Dr. Steger: Ja!)* Wirklich? Warum haben Sie es nicht gesagt?

Das sind lauter Fragen, die eine kompetente Regierung in der Form eines Regierungsbeschlusses beantworten müßte. Was Sie im Ausschuß und am Gang draußen sagen, ist völlig uninteressant. *(Vizekanzler Dr. Steger: Im Parlamentsausschuß! — Weitere lebhaftes Zwischenrufe.)* Bitte, wenn Sie sich langsam, zögernd wieder beruhigen könnten. *(Abg. Marsch: Arroganz ist das, sonst nichts!)*

Ihre Aussage, Herr Vizekanzler Steger, bekommt die wertvolle Bedeutung nur dann, wenn Sie gemeinsam mit dem Herrn Bundeskanzler sich manifest machen in einer gemeinsamen Regierungserklärung. Dann gilt es, ansonsten nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch einmal: Die Regierung ist daher aufgefordert, eine umfassende Kostenberechnung vorzulegen und an Hand eines energiepolitischen Szenariums die Auswirkungen einer allfälligen Inbetriebnahme von Zwentendorf auf Stromversorgung und Strompreisentwicklung darzustellen.

Meine Damen und Herren! Ich habe diese drei Bedingungen, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßten, nur deshalb genau aufgelistet, weil die Regierung wissen muß, daß nur bei der von mir genannten Erfüllung dieser Komponenten die ÖVP über die Aufhebung dieses Sperrgesetzes verhandelt, und nur dann kann man zur Durchführung einer Volksabstimmung den Weg freimachen.

Mit der Auflistung dieser drei Bedingungen möchten wir von der Volkspartei aber auch hier und heute endlich sicherstellen, daß nicht in wenigen Wochen dieselbe Debatte ohne neue Argumente von Ihnen wieder unter falschen Hoffnungen losgetreten wird.

Meine Damen und Herren! Wenn sich die Regierung außerstande sieht, diese natürlichen, selbstverständlichen Bedingungen, die die ÖVP von Ihnen verlangt, zu erfüllen, dann

sagen Sie es der Öffentlichkeit und verschwinden Sie nicht durch Nichtentscheidung und vorübergehende Konservierung weitere Millionen an Steuergeldern. *(Zwischenrufe.)*

Ich ersuche Sie um Geduld, Herr Wille. Ich kann immer nur einen Satz nach dem anderen sagen und nicht zwei auf einmal. *(Abg. Wille: Wenn von der Hoffnung die Rede ist, daß dann weitergeredet werden soll, dann ist das nur von Ihren Freunden immer wieder angekündigt worden!)*

Wenn Sie ein bißchen Geduld hätten — ich möchte ja auch zu Ende kommen. Ich beginne wieder. *(Bundesminister Dr. Fischer: Die ÖVP ist schon am Ende! Jetzt wollen Sie auch noch zu einem Ende kommen! — Lebhaftes Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Wie können Sie von der Regierungsbank aus dauernd den Redner stören?)*

Meine Damen und Herren! Die Lösung aktueller Probleme in diesem Lande darf nicht weiter mit unfruchtbaren Atomdebatten blockiert werden.

Der Herr Bundeskanzler soll nicht mit Händen und Füßen, wie dies neulich ein Journalist trefflich charakterisierte, sondern mit stichhaltigen Argumenten für die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich eintreten, wobei es schon wünschenswert wäre, daß sich sein Energieminister von dieser Diskussion nicht absentiert, sondern sich der Meinung des Dr. Sinowatz anschließt.

Nicht nur die ÖVP, sondern die Regierung selbst in der Person des Bundeskanzlers hat sich ja die Fallfrist 31. März für eine endgültige Entscheidungsfindung gesetzt. Die Regierung selbst hat sich ja ultimativ in diesen Zugzwang gesetzt *(Vizekanzler Dr. Steger: Das Parlament!)*, wobei sie nun an dieser ultimativen Forderung durch ihre eigene Unzulänglichkeit — Dilettantismus wollte ich sagen — zerschellt.

Denn für die Österreichische Volkspartei — ich sage Ihnen das, glauben Sie es mir — ist das Atomdebakel — und das ist es — dieser Regierung kein Anlaß zur Freude. Für die ÖVP ist die Sprachlosigkeit der Bundesregierung zum Thema Atom lediglich ein weiteres Indiz dafür, daß die Problemlösungskompetenz der Regierung auf Null zuwandert. Und ich werde Ihnen ganz schnell in Erinnerung rufen, wo überall Sie in Problemlösungen auf Null zuwandern.

Graf

Über den weiteren Ausbau der Donau östlich von Wien denkt man noch immer nach; einen Lösungsansatz haben wir nicht.

Was die Regierung unter Steuerreform versteht, muß sie nach der abgesagten Reform nach Meinung des Finanzministers erst definieren. Die Definition erschöpft sich momentan in Schlagworten.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird vom Sozialminister ein weiteres Mal mit untauglichen Mitteln problem inadäquat versucht. Ihre Reaktion auf die gestrige dringliche Anfrage zeigte Ihre Hilflosigkeit.

Die angebliche Umweltpionierleistung im Zusammenhang mit der Installierung einer 7 000-S-Kaufprämie geriet bereits wenige Wochen nach der Beschlußfassung in Turbulenz, weil internationale Zusammenhänge von Ihnen wieder einmal ignoriert wurden.

Die schwelende Budgetkrise wird nach besten Möglichkeiten vertuscht, mit der Ausarbeitung eines Sanierungskonzeptes haben Sie nicht begonnen. Politische Entscheidungen werden in diesem Zusammenhang auf anonyme Expertengremien verlagert.

Und der Kampf gegen die Baukrise ist durch Ihren plötzlichen Ministerwechsel etwas gehemmt.

Bei den neuerlichen Sanierungserfordernissen im Bereich der verstaatlichten und halbverstaatlichten Industrie warten wir auf Ihre Vorschläge — wir warten schon lange.

Und es mehren sich auch im sozialistischen Lager die Stimmen, die Umweltschutz als guten Ansatzpunkt für neue Steuererhöhungen sehen.

Inzwischen wollen auch Sie, Herr Abgeordneter Mühlbacher — „Kronen-Zeitung“, Wirtschaftsmagazin —, die Wertschöpfungssteuer des Herrn Dallinger, nur anders. Nun soll sie nicht aufkommensneutral, sondern zusätzlich erhoben werden. Damit man das dem Bürger schmackhaft machen kann, präsentiert man sie als Umweltsteuer. Das ist Ihre Leistung für die Wirtschaft, Herr Mühlbacher. (*Abg. Mühlbacher: Und Ihre Leistung für die Wirtschaft präsentieren Sie heute phänomenal!*) Ja, sehr anständig und sehr ordentlich. Warten wir es ab! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! In der Atomfrage — das beweist ja jetzt schon der Ansatz des heutigen Tages — ist die Regierung als

Ganzes meinungslos. Die vom Bundeskanzler derzeit vorgebrachten Argumente sind für eine neue Volksabstimmung nicht stichhältig und werden auch durch permanentes Wiederholen nicht besser.

Generell haben die Interpretation und Entschuldigungen für die selbstverursachten Fehler in dieser Regierung längst den Vorrang vor jedweder Reformpolitik und Problemlösung erhalten.

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser Entwicklung wird der Bundeskanzler der Öffentlichkeit endlich einmal erklären müssen, warum er eigentlich diese Koalition unbedingt bis 1987 fortsetzen will. Denn Neuwahlen wären gleichzeitig auch der vernünftigste Weg, um Österreich aus der totalen energiepolitischen Sackgasse, in die Sie das Land hineinmanövrieren, wieder herauszuholen. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*) Ja, es ist entsetzlich, Sie haben ja recht. (*Abg. Wille: Das hätten Sie uns schon vor einer Stunde sagen können!*)

Herr Klubobmann! Ich möchte Ihnen jetzt noch etwas sagen, und dann werde ich fertig sein. Ich möchte die Regierung und Sie als Mehrheitsfraktion ausdrücklich warnen: Suchen Sie den Ausweg aus der selbstverschuldeten Energiemisere wieder im Verschieben von Entscheidungen und in der Konservierung, dann möchte ich Ihnen dazu etwas sagen, damit Sie Bescheid wissen: Konservierung ja, aber nur wenn eine Lösung in Sichtweite ist. (*Ruf bei der SPÖ: Ja, aber ...!*) Warten Sie ein bisserl. — Ich halte es jedenfalls nicht für opportun, daß das Kernkraftwerk Zwentendorf nach siebenjähriger Einmottung nochmals drei Jahre auf Kosten der Steuerzahler konserviert wird, weil die Regierung keine Entscheidung trifft.

Darf ich Sie etwas fragen, verehrter Herr Bundeskanzler; das müßten Sie uns sagen: Wie lange möchten Sie gerne einmotten? Bis zum Ende der Periode, oder soll ich glauben ... (*Abg. Wille: Bis zur Neuwahl!*) — Warten Sie, Herr Klubobmann, ich muß jetzt zitieren. Wünschen Sie, daß ich dem Herrn Dr. Sinowatz Glauben schenke — das müssen Sie ja —, dann muß ich die Frage stellen.

Herr Sinowatz sagte vor Monaten, er wünsche mit der gleichen Koalition weitere vier Jahre zu regieren. (*Abg. Arnold Grabner: No na!*) Warten Sie ein bisserl. Jetzt entschließe ich mich, ihm zu glauben. (*Lebhafte Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Graf

Meine Damen und Herren! Wenn das Tatsache ist — ich bedanke mich, Herr No na, für den Zwischenruf —, dann wird ja die Drohung der Konservierung zu einem Nachtmahr, zu einem Alptraum. Dann werden Sie ja mit dem Herrn Steger das bis 1991 einmotten. Wollen Sie das? Sagen Sie uns das! Denn mit dem Geld der Steuerzahler müßten Sie endlich vorsichtiger umgehen.

Aus der Sicht der Volkspartei ist die Konservierung nur dann möglich, wenn sie zu Lasten der Regierungsverantwortung geht. Sie sollten sich zu dieser Vorgangsweise nur entschließen, wenn Sie in der Lage sind, innerhalb einer überschaubaren Frist Ihr Meinungschaos in der Regierung im allgemeinen und im besonderen zur Kernenergie zu lösen. Dann sollten Sie es sagen.

Die Schuld für die volkswirtschaftlichen Verluste von mindestens 10 Milliarden Schilling tragen in diesem, aber auch in jedem Fall, wenn Sie Ihre Haltung nicht ändern, Herr Kreisky und die Herren Sinowatz und Steger. Denn der Herr Dr. Steger — ich zitiere Sie am Ende meiner Rede — hat als zuständiger Minister im Jahre 1983 auf eine Frage, ob er Angst habe, in Sachen Atom von den Sozialpartnern im Regen stehen gelassen zu werden, dezidiert gesagt: „Nach dem Wesen des Koalitionspaktes ist das nicht möglich. Es kann nur eine Parlamentsabstimmung geben, wenn sich SPÖ und FPÖ einigen.“

Natürlich, Herr Vizekanzler, das ist unser Standort. Nur eines: Anscheinend waren Sie damals, Herr Vizekanzler, noch nicht informiert, daß die jetzige Argumentationslinie Ihres Chefs, des Herrn Bundeskanzlers, eigentlich nur eine Sache des Parlaments war und ist. Das hat er Ihnen vergessen mitzuteilen.

Meine Damen und Herren! Überlegen Sie: Was können Sie uns gemeinsam überprüfbar mitteilen? Wenn Sie das können, dann reden wir wieder. Ich bedanke mich. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)* 11.47

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Heindl. Ich erteile es ihm.

11.47

Abgeordneter Dr. Heindl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei uns gab es bis heute viele, die den Kollegen Graf wegen seiner Redebeiträge geschätzt haben. Heute hat der Abgeordnete Graf uns eines

bewiesen: daß er sich von seinem Fast-Namensvetter wirklich nur durch das eine „f“ unterscheidet. Das muß ich Ihnen sagen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Abgeordnete Graf hat erklärt, er bemühe sich um Sachlichkeit. Tatsächlich muß ich ihm sagen: Es ist ihm kaum gelungen, und ich werde das im Laufe meiner Ausführungen sehr einfach nachweisen können. Denn er hat sehr viele Feststellungen getroffen, die nur einen Nachteil haben: daß sie mit der Wirklichkeit größtenteils nicht übereinstimmen, Herr Kollege Graf. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Sie haben nämlich eine gelungene Show abgezogen — das gebe ich zu —, um eines zu machen: von Ihrem Dilemma abzulenken, in dem Sie sich befinden. Und wissen Sie, welches das ist? Ihre Jein-Haltung in dieser Frage, die wie zustande gekommen ist: Da gibt es eine große Gruppe von Abgeordneten hier im Hause und außerhalb des Parlaments, von Funktionären Ihrer Partei, die ja sagen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, und eine kleine lautstarke Gruppe. Wie löst das die derzeitige Parteiführung? Aus ja und nein mach jein! Begründung ist: Sicherheit und Entsorgung sind nicht gelöst, und damit hält unsere Strategie.

Das ist Ihr Dilemma, und von dem, Herr Kollege Graf, wollten Sie ablenken. Ich werde Ihnen jetzt systematisch nachweisen: Wären Sie im Unterausschuß gesessen, wären Sie bei diesen stundenlangen Verhandlungen als Teilnehmer anwesend gewesen, hätten Sie heute diese Rede in der Form nicht halten können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es war nämlich eines, wenn man die Kernaussagen Ihrer Rede Revue passieren läßt, dann war eines ganz klar erkennbar. Sie sagten, daß Sie nur ein politisches Ziel haben, nämlich: Wir werden sie von der Regierungsbank wegbringen. Die ÖVP hat keine Veranlassung, eine Volksabstimmung über Zwentendorf zu ermöglichen, sondern sie sagt nur nein.

Herr Kollege Graf! Dieses Thema, Ihr Nein zur Regierungspolitik, steht nicht auf der Tagesordnung. Zur Behandlung steht der Energiebericht, unser Initiativantrag und Ihre klare Entscheidung: Können Sie ja oder können Sie nein zur Volksabstimmung sagen. Das steht zur Verhandlung. Das ist auf der Tagesordnung und überhaupt nicht das, wovon Sie geredet haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. B len k: Besser zuhören!)*

Dr. Heindl

Und damit steige ich in die Energiedebatte ein, die wir laut Tagesordnung zu führen haben. Sie sagten, Sie wollten gerne sehen und hören, welche Vorstellungen diese Regierung in Sachen Energie hat. — Ich kann Ihnen nur empfehlen — das können wir Ihnen nicht abnehmen —: Lesen Sie den Energiebericht! Das sind die Vorstellungen der Regierung Sinowatz-Steger zur Energie. Bitte durchlesen.

Ich habe in den Ausschußberatungen schon oft bemerkt, daß viele... (*Abg. Dr. Ettmayer: Was steht da drinnen zum Thema Endlagerung?*)

Herr Kollege Dr. Ettmayer! Kennen Sie den Energiebericht überhaupt? Offenkundig nicht, denn dann müßten Sie... (*Zwischenruf bei der SPÖ: Der kann nicht lesen! — Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Neisser: Das ist ja reiner Zynismus!*) Was ist da zynisch, Herr Kollege, wo ist da der Zynismus, wenn ich Ihnen sage: Lesen Sie den Energiebericht, studieren Sie, was da drinnen steht. Setzen wir uns mit diesen Dingen auseinander, und bringen Sie nicht ständig nur Gags, die damit überhaupt nichts zu tun haben.

Sie sagen unter anderem, und das ist ja permanent Ihr Stil in dieser Frage: Nur ein gemeinsamer Sicherheitsbericht, nur ein gemeinsamer Bericht über die Entsorgung ist die Voraussetzung. Ich komme dann noch auf die diesbezüglichen Äußerungen des Dr. Mock zu sprechen. (*Zwischenruf bei der ÖVP:*) Bitte, sie sind da, ich stelle das vorweg fest. Ich werde mich bemühen, nicht mit Showeffekten, sondern auf der Basis, auf der wir uns im Unterausschuß bemüht haben, diese Materie aufzuarbeiten, zu Rande zu kommen.

Wir haben im Unterausschuß — ganz anders, als es hier vor 14 Tagen der Generalsekretär der ÖVP Dr. Graff begonnen hat und heute der geschäftsführende Klubobmann Graf fortgesetzt hat — eines zur Kenntnis nehmen müssen: Ihnen geht es hier um parteipolitische Strategien, uns im Unterausschuß ist es darum gegangen, jene Entscheidungsgrundlagen herzustellen, aufzuarbeiten, die wir für diese wichtige Materie notwendig haben.

Und ich stehe nicht an, dem Vorsitzenden Kollegen Staudinger zu danken, daß er dafür gesorgt hat, daß wir in dieser Situation, in vielen Ausschußsitzungen, in diesen -zig Stunden, in denen wir diese Themen behandelt

haben, in Ruhe, in Sachlichkeit, in kompromißhafter Form verhandeln konnten.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch den Dank sagen an jene Dutzenden Experten, Wissenschaftler und Fachleute erster Reputation, die uns geholfen haben — mit „uns“ meine ich die Mitglieder des Unterausschusses, alle Mitglieder, die der ÖVP genauso wie die der SPÖ und der FPÖ —, uns jenes Bild zu vermitteln, das wir brauchen, um in der Frage, die heute zur Diskussion und zur Entscheidung steht, dem Plenum und damit der Öffentlichkeit in Österreich jene Fakten auf den Tisch zu legen, von denen wir überzeugt sind, daß sie unsere Meinung, nämlich daß das Thema reif ist zur Entscheidung, begründen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich möchte aber vorher, bevor ich über die einzelnen Details spreche, eines noch sagen: Es hat heute der Kollege Graf einen Stil angeschlagen, der dieser sachlichen Behandlung sicherlich nicht förderlich ist, und es hat auch vor 14 Tagen und in den letzten Tagen der Generalsekretär der ÖVP einen Stil angeschlagen, der sicherlich — um es vorsichtig zu formulieren — zu einer gemeinsamen Gesprächsbasis und einer Lösungsbasis nichts beiträgt. Die Art... (*Abg. Heinzinger: Was sich der Bundeskanzler gestern geleistet hat...!*)

Meine Herren! Ich glaube, ich kann das im Namen aller Abgeordneten sagen: Was wir gestern gesehen haben und was wir vor 14 Tagen gesehen haben, die Art, wie der Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei mit einem Mann, der wegen seiner Geradlinigkeit, wegen seiner Redlichkeit, wegen seiner Sachlichkeit, wegen seiner Geduld nicht nur bei uns, sondern bei fast drei Viertel der Bevölkerung heute höchste Zustimmung findet, wie er ihn anagitiert, wie der Generalsekretär der ÖVP mit diesem Bundeskanzler redet, das ist für uns und für die Österreicher unerträglich. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich darf Ihnen nämlich noch etwas sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Österreichischen Volkspartei. Es ist für uns und es müßte auch für Sie eigentlich unakzeptabel sein, wenn dieser Generalsekretär, der keinen Augenblick, keine Minute in den letzten Monaten und ebenso wenig bei den hundert Stunden Beratungen in der letzten Legislaturperiode an den Verhandlungen teilgenommen hat, sich hier herstellt und in Presseaussendungen erklärt — ich zitiere ihn wörtlich aus einer Aussendung vom 19. März 1985

Dr. Heindl

—: Die Sozialisten waren nie ernstlich an einer Verhandlung und Einigung interessiert. — Damit unterstellt er ja auch Ihnen, den Kollegen seiner eigenen Fraktion, mit denen wir stundenlang, wochenlang verhandelt haben — in sachlicher Atmosphäre verhandelt haben —, daß das alles nicht ernsthaft war. Ja was soll man von diesem Menschen, von dem Generalsekretär Ihrer Partei noch halten? — Oder sollen wir seine Äußerungen nicht ernst nehmen? (*Ruf bei der SPÖ: Den nimmt ja die gesamte Bevölkerung nicht ernst!*) Nur darin liegt unsere Wahlmöglichkeit. Das muß ich Ihnen bei dieser Gelegenheit heute und hier sagen. Förderlich war die ganze Atmosphäre, die dieser Mann erzeugt hat, bei den Verhandlungen wahrlich nicht.

Meine Damen und Herren! Nun zu dem Energiebericht. Die Bundesregierungen, auch die der Vergangenheit, haben mehrfach Energieberichte vorgelegt. Darin waren neben den Bestandsaufnahmen und statistischen Materialien auch immer wieder eine ganze Reihe wesentlicher Maßnahmenvorschläge enthalten, die an die entsprechenden Körperschaften adressiert waren.

Viele dieser Maßnahmenvorschläge wurden realisiert, und in den Unterausschußberatungen konnten wir auch einvernehmlich feststellen, daß die Energiepolitik der letzten zehn Jahre erfolgreich war, daß die Energiepolitik der letzten zehn Jahre dazu geführt hat, daß die Entkoppelung zwischen Gesamtenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum, die von allen Seiten und von allen Wirtschaftsträgern dieses Landes immer wieder gefordert worden ist, gelungen ist. Wir haben 1983 im Verhältnis zu 1973 ein sehr starkes Wachstum gehabt, 26 Prozent, und wir haben das mit fast gleichem Gesamtenergieaufkommen realisiert.

Besonders beachtenswert an dieser Entwicklung war jedoch der Umstand, daß der Stromverbrauch im selben Zeitraum, und das ist einer der Gründe, warum wir das Thema Zwentendorf in den letzten Monaten aktualisiert haben, trotz dieser Gesamtenergieentwicklung weiter stark zugenommen hat.

Die weitverbreitete Meinung in unserem Land, daß Gesamtenergieverbrauch gleichzusetzen ist mit Gesamtstromverbrauch, ist leider gefährlich. Denn 1983 mußten wir 34 Prozent mehr Strom aufwenden als 1973.

Wir konnten im Unterausschuß auch klären, daß die oft geäußerten Verdächtigungen, die Elektrizitätswirtschaft operiere mit fal-

schen Prognosen, nicht stichhaltig sind. Wir konnten eindeutig klären — und ich glaube, auch das war einvernehmlich innerhalb der einzelnen Fraktionen —, daß diese Prognosen stimmen. Das heißt, daß wir im nächsten Jahrzehnt einen jährlichen Stromzuwachs von zirka 3 bis 3,1 Prozent haben werden und daß dieser Zuwachs in zehn Jahren eben zirka 30 Prozent mehr bedeuten wird, was in etwa bitte der Kapazität von drei Kernkraftwerken Zwentendorf allein entspricht.

Dazu kommt noch, daß die Regierung sich ein sehr ehrgeiziges Umweltprogramm zurechtgelegt hat und es realisiert. Das impliziert, daß neuerlich viele Kraftwerke, kalorische Kraftwerke, innerhalb der nächsten vier Jahre bereits außer Betrieb gesetzt werden können und daß daher logischerweise diese Kapazitäten ersetzt werden müssen. Ein zusätzlicher Bedarf also, der auf uns zukommt.

Meine Damen und Herren! Das wurde im Energiebericht der Regierung genau analysiert, und es wurden auch entsprechende Vorschläge gemacht.

Die expliziten Vorgaben in diesem Energieprogramm, nämlich die Reduktion des Energieverbrauchs sowie die Reduktion der Emissionen, und dies erstmals unter Heranziehung eines hochentwickelten EDV-gestützten Hilfsmittels, hat zu Recht besondere Beachtung gefunden.

Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, trotz dieser umfangreichen und hervorragenden Arbeit, die das Energiekonzept darstellt, den Energiebericht nicht zur Kenntnis nehmen.

Ich habe Ihnen gesagt, Sie sollten sich die Erklärungen führender Experten der internationalen Energieszene doch etwas anhören. Die IEA hat am 12. Februar zu diesem Energieprogramm, das Sie heute so lächerlich machen, sehr eindeutig Stellung genommen und erklärt, die Bundesregierung soll das Energiekonzept 1984 durchführen. Das heißt, die Internationale Energieagentur empfiehlt der österreichischen Bundesregierung, dieses Konzept, das Sie — es ist Ihr gutes Recht — ablehnen, durchzuführen. Sie empfiehlt, das Modell MARKAL, das manche von Ihnen kritisieren, weiterzuentwickeln und die gewonnenen Erfahrungen mit den anderen Ländern zu teilen.

Ein sehr wesentlicher Satz — und wir soll-

Dr. Heindl

ten eher darauf stolz sein, als das zu kritisieren, wenn das eine internationale Organisation sagt —: Das Energieprogramm enthält damit einen weitreichenderen Stellenwert der notwendigen Umweltschutzmaßnahmen als die Energieprogramme der meisten anderen Staaten.

So weit, meine Damen und Herren, die Internationale Energieagentur. Ich will dem nichts hinzufügen, es soll sich die Öffentlichkeit darüber eine Meinung machen. (*Abg. Ing. Gassner: Das glaubt der Vizekanzler alles nicht! — Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Steger.*) Herr Kollege, der Herr Vizekanzler kennt das, er weiß das und er registriert das! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Ing. Gassner. — Ruf: Das ist ein Zwischenruf!*) Der Energiebericht wurde doch, Herr Kollege Gassner, vom Vizekanzler und Energieminister unter seiner Oberverantwortung erarbeitet und präsentiert! Was sollen diese Zwischenrufe? (*Weitere Zwischenrufe.*)

Die Bundesregierung hat aber auch in diesem Energiebericht, den Sie ablehnen — und das ist ja schon der erste Widerspruch: Sie sagen, Sie hätten gern Konkretes gehört, und da steht es ja drinnen! —, die eindeutige Feststellung getroffen, daß die Inbetriebnahme von Zwentendorf kostenmäßig vorteilhaft wäre. Eine ganz klare Aussage zur Frage: Zwentendorf — ja oder nein?!

Die Bundesregierung mußte aber die Gesetzeslage berücksichtigen; Kollege Graf hat darauf hingewiesen. Wir haben die Existenz eines Atomsperrgesetzes, das die Nutzung der Kernenergie aber verbietet, und wir haben einen einstimmig beschlossenen Entschließungsantrag, der gerade auf das hinweist, daß die Regierung bei ihren energiepolitischen Maßnahmen die Existenz des Atomsperrgesetzes sowie den Umstand, daß eine Änderung nur nach vorheriger Zweidrittelmehrheitsentscheidung hier mit nachfolgender Volksabstimmung zu erfolgen hat, zu beachten hat.

Ich frage mich, was von Ihrer Seite, wenn ein Regierungsmitglied dieser Regierung oder der Vorgängerregierung Verhandlungen und Aktivitäten in Richtung Inbetriebnahme unter Nichtbeachtung der Gesetzeslage gesetzt hätte, alles gesagt worden wäre: „Mißachtung der Gesetze“ wäre wahrscheinlich der geringste Vorwurf gewesen!

Heute drehen Sie es um. Heute sagen Sie: Die Regierung hat nichts gemacht! — Bitte, was wollen Sie denn wirklich, so oder so? Nur:

Sagen Sie es und schwanken Sie nicht immer zwischen einmal ja und einmal nein — Ihre gewohnte Strategie! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

In der Willensäußerung, die ich zuvor zitiert habe und auf die auch der Kollege Graf sehr deutlich eingegangen ist, in der Wertung nämlich dieses Entschließungsantrages, der von den Abgeordneten aller hier vertretenen Parteien beschlossen worden ist, glaube ich, lag und liegt eigentlich — so haben wir das ja heute gesehen — die gegensätzliche Betrachtung der weiteren Vorgangsweise.

Für uns, meine Damen und Herren, ist es außer jeder Diskussion, daß das Atomsperrgesetz 1978 aufgrund einer Initiative des Parlamentes zustande gekommen ist und nicht aufgrund einer Regierungsinitiative. Ich glaube, das steht auch bei Ihnen außer Diskussion. (*Zwischenruf.*)

Es steht ebenso für uns außer Diskussion und müßte auch für Sie außer Diskussion stehen, wenn Sie bei der Realität bleiben, daß alle Abgeordneten der drei Parlamentsparteien einstimmig festgelegt haben, wie dieser noch bestehende Gesetzeszustand, nämlich Zwentendorf nicht zu nützen, geändert werden soll.

Wir, meine Damen und Herren, wir nützen die Gelegenheit und wir bleiben auch bei diesem Standpunkt. Wir wollen auf der damals beschlossenen Regelung beharren, und so, bitte, verstehen Sie auch unsere Vorgangsweise!

Wir haben eindeutig — und nicht erst heute oder in den letzten Wochen — erklärt, daß wir nach einer mehrjährigen Nachdenk- und Überlegungs- und Beobachtungsphase zu der Überzeugung gekommen sind, und zwar ohne Wenn und Aber, ohne jede Einschränkung: Wir wollen diesen Zustand ändern, nämlich wir wollen die Aufhebung des Atomsperrgesetzes! Und wir haben gute Gründe. Aber wir wollen das auf dem Boden der seinerzeit, 1979, auch mit Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, gemeinsam beschlossenen Entschließung, die für uns ein Versprechen ist, machen. Es gibt überhaupt keinen sachlichen Grund, keine Veranlassung, dies anders zu machen als 1979: also wiederum durch eine Initiative des Parlaments!

Die Regierung hat das getan — auch wenn Sie damit nicht zufrieden sind —, was man von ihr im Hinblick auf die Gesetzeslage

Dr. Heindl

erwarten konnte und erwarten durfte: im Hinblick neuer Berechnungen über die Bedeutung Zwentendorfs das Atomsperrgesetz einer klärenden Beratung zu unterziehen, die entsprechenden Denkanstöße zu geben. Was sonst heißt es, meine Damen und Herren? Offenkundig haben viele in Ihrer Partei diesen Energiebericht nicht gelesen, denn in diesem Bericht steht: Die Regierung regt an, dieses Atomsperrgesetz, das im Lichte der Entscheidungen 1978/79 zustande kam, zu ändern. Der Herr Bundeskanzler hat heute in seiner Erklärung sehr deutlich die Chronologie dargelegt.

Aber, meine Damen und Herren, Sie wollen sich von einigen Dingen davonturnen! Minister Fischer hat gesagt, Sie machen verschiedene Fluchtversuche.

Ich darf Sie erinnern: Wie ist denn dieser Entschließungsantrag zustande gekommen? — Denken wir doch etwas zurück!

1978, nach dem Atomsperrgesetz, waren sowohl von Ihrer Seite wie auch von Seite der SPÖ Bestrebungen im Gange, das Atomsperrgesetz in den Verfassungsrang zu erheben. Es kam dann nicht dazu; ich mache es kurz.

Nach der Ablöse des Dr. Taus als Parteiboss wurden die Gespräche zwischen Klubobmann Fischer und Klubobmann Mock fortgesetzt. Das Ergebnis war dann ein Briefwechsel, ein Brief des Dr. Alois Mock, der damals bereits Parteiboss war, an den Bundeskanzler Kreisky.

Darin heißt es — ich zitiere nicht den ganzen Brief; die entscheidenden zwei Dinge sind —: ... um über eine besondere Absicherung des Atomsperrgesetzes eine Einigung zu treffen.

Er schlägt dann einen Entwurf über eine Vereinbarung vor, die da lautet: In diesem Sinne vereinbaren die Parteien, die ÖVP und die SPÖ — nicht die FPÖ! —, bekräftigt durch Beschlüsse ihrer Parteiorgane, eine allfällige Änderung des Gesetzes über das Verbot der Nutzung der Kernenergie zur Energieversorgung in Österreich nur über einen Zweidrittelbeschluß im Nationalrat zuzulassen. Ein solcher Beschluß bedarf der Zustimmung durch das österreichische Volk im Rahmen einer Volksabstimmung.

Meine Damen und Herren! Was geht aus diesem Mock-Brief — und der führte dann letztlich zu dem Entschließungsantrag Fischer, der dann einvernehmlich beschlossen wurde;

das ist ja die Schlüsselfrage in der politischen Auseinandersetzung — hervor? — Aus diesem Brief geht für mich und eigentlich für jeden, der ihn aufmerksam durchliest und ehrlich interpretiert, folgendes hervor:

Es war keine Regierungsinitiative, kein Mitwirken der FPÖ, aber dafür Zweidrittelmehrheit im Parlament und dann Volksabstimmung!

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, gewollt hätten, daß die Freiheitliche Partei in diese Regelung eingebunden wird, dann hätten Sie doch damals der Freiheitlichen Partei sicher geschrieben! Und wenn Sie gewollt hätten, daß hiezu ein Antrag aus der Regierung kommt und kein Initiativantrag, dann hätten Sie das doch geschrieben! Sie wollen nur davon nichts mehr wissen — ich habe es einleitend gesagt —, weil es Ihrer Strategie nicht mehr entspricht. Wissen Sie, warum? — 1979 haben Sie fest gerechnet: Das nächste Mal sitzen wir in der Regierung!, und heute sitzen Sie nicht drin, und deswegen ist eine neue Situation für Sie entstanden, und Sie bleiben nicht bei den Tatsachen! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich glaube also, ich habe eindeutig nachweisen können, daß Sie wieder einmal in Aussicht genommene Vorgangsweise nicht einhalten.

Ich sage das, meine Damen und Herren, absolut nicht nach dem Prinzip der Schuldzuweisung. Mir geht es einzig und allein darum darzulegen, daß das eine historische Tatsache ist, daß es nur so zustande gekommen ist, und das ist der Grund, warum wir so, wie wir dorthingekommen sind, wieder wegkommen wollen.

Die Sozialistische Partei macht in dieser Frage eine geradlinige und glaubwürdige Politik. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*) Wenn Sie nicht mittun, bedauern wir das, meine Damen und Herren, bedauern wir das zutiefst!

Ich sage es noch einmal: Ich habe das nicht aus Gründen der Schuldzuweisung, sondern aus Gründen der historischen Wahrheit so deutlich ausgeführt. Nehmen Sie das, bitte, auch zur Kenntnis! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Staudinger.*)

Weil wir aber diesen von mir jetzt zitierten Weg gehen wollten, Herr Kollege Staudinger,

Dr. Heindl

und weil wir auch wissen, daß es in allen Parteien Abgeordnete gibt, die ... (*Abg. Staudinger: Angesichts der Historie und der Rolle des Herrn Dr. Kreisky hier von geradliniger Politik zu reden, ist also wirklich ...!*)

Herr Kollege Staudinger! Ich habe davon gesprochen, wie nach dem Atomsperrgesetz 1979 dieser Entschließungsantrag zustande gekommen ist, der heute gemeinsam mit dem Atomsperrgesetz die Ursache dieser Verhandlungen ist. Das habe ich dargelegt, hier geht es überhaupt nicht um die Frage Dr. Kreisky, hier geht es einzig und allein um die Vereinbarungen, die damals zwischen ÖVP und SPÖ beschlossen worden sind. Turnen Sie sich nicht von den Tatsachen weg, das wollen Sie permanent tun! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Warum haben wir Vorschläge gemacht, den Klubzwang aufzuheben? Wenn ich in die Runde schaue, so habe ich viele Gespräche geführt, ebenso manche Kollegen, wir haben im Unterausschuß verhandelt, wir haben in den Couloirs verhandelt, wir haben anderswo verhandelt. Im Tiroler Landtag hat Landeshauptmann Wallnöfer mit der ÖVP und der SPÖ einen Beschluß gefaßt, ermöglicht eine Volksabstimmung. Ich frage mich wirklich: Wohin blickt Ihre Parteiführung? Wollen Sie denn nicht sehen, daß hier freigewählte Abgeordnete ihrem Willen entsprechend, ihrem Gewissen entsprechend entscheiden wollen? Warum verhindert man das? Ich kann es Ihnen sagen: Es darf zurzeit in der Österreichischen Volkspartei nicht eine sachpolitische Entscheidung gefällt werden, sondern es geht nur um parteipolitisches Taktieren. Das ist doch eindeutig erkennbar. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Darf ich nun zusammenfassen, was unsere Gründe waren, warum wir uns entschlossen haben, nochmals den Versuch zu machen, zur Abhaltung einer Volksabstimmung zu kommen. Ich habe schon gesagt, die Stromanalyse war ein Grund. Es ist weiter klar in diesen Ausschlußberatungen zutage getreten, daß der Verbraucher, trotz oft gegensätzlicher Meldungen in den Medien, die elektrische Energie bevorzugt und zur Substitution anderer Energieträger beiträgt. Wir konnten — gerade in diesen Tagen war der Winter in diesem Jahr auf dem Höhepunkt — uns in sehr intensiven und sachlich geführten Auseinandersetzungen mit Vertretern der Elektrizitätswirtschaft überzeugen, daß in diesen Tagen, also bei einer gering angesprungenen Konjunktur, bei einem relativ strengen, aber keinen absoluten Spitzenwert bringenden Winter, unsere

Elektrizitätswirtschaft an den Grenzen ihrer Kapazität gelaufen ist. Wenn nur ein größerer kalorischer Kraftwerksblock ausgefallen wäre, wäre Österreich zum Teil ohne Strom dagestanden. Das hat doch auf uns alle, meine Damen und Herren, auf Sie wie auf uns, Eindruck gemacht, und das war doch mit einer der Gründe, daß wir gesagt haben: Bemühen wir uns, rasch zu Ende zu kommen, denn es kann nicht rasch genug diese Volksabstimmung gemacht werden, damit Zwentendorf genutzt werden kann.

Wir haben ein weiteres wichtiges Argument, das von der Wirtschaft genauso wie vom Konsumenten — Sie haben es gestern releviert — beachtet wird: die Analyse der Kostenfrage. Es wurde sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Kostenrelation zwischen Kernenergie, Energie aus Kohlekraftwerken ohne jede Umweltschutzmaßnahme und ölbefeuerten Kraftwerken im Verhältnis 1 : 1, 6 : 3,5 steht. Das heißt, es ist klar ersichtlich geworden, daß die Kernenergie kostenmäßig günstig ist.

Es zeigt sich auch immer deutlicher der Preisvorteil für Konsumenten und Wirtschaft in jenen Ländern, die sich entschlossen haben, verstärkt auf die Kernkraft zu setzen. Und das ist eine der wesentlichen Entwicklungen und Änderungen seit 1978, meine Damen und Herren. Auch hier herrscht leider weit verbreitet in Österreich die Meinung, es hat sich nichts geändert. Ja sind denn diese Ziffern wirklich nicht an den Mann zu bringen? Kann man sie nicht zur Kenntnis nehmen?

Allein in unseren Nachbarländern liefen 1978 26 Kernkraftwerke, Ende 1984, also jüngste Ziffern, meine Damen und Herren, 33. Weltweit ist die Zahl der in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke von 232 auf 344 gestiegen. Das heißt, der Stromanteil des Kernenergiebetriebes in Kraftwerken ist innerhalb von sechs Jahren, von 1978 auf 1984, von 7 bis 7,5 Prozent auf 13 Prozent gestiegen. Wir haben von Generaldirektor Eklund gehört, daß bereits innerhalb der nächsten Jahre, bis 1990, der Stromanteil aus Kernenergie weltweit auf zirka 20 Prozent steigen wird. Das, meine Damen und Herren, war sicher für uns alle eine sehr beeindruckende Berichterstattung.

Wir haben uns überzeugen können, daß die Verfügbarkeit und damit auch die Zuverlässigkeit von Kernkraftwerken seit 1978 erheblich verbessert wurden, wir konnten uns überzeugen, daß vergleichbare Kraftwerktypen in

Dr. Heindl

der Bundesrepublik bis zu 87 Prozent Jahreskapazität vorweisen können.

Argumente wie Handelsbilanz, Auslandsabhängigkeit spielten natürlich ebenfalls eine Rolle.

Aber nun komme ich zum Wesentlichsten, weil das ja bei Ihren parteipolitischen Überlegungen und, wie es Kollege Graf gezeigt hat, letztlich in der Entscheidungsfindung für Sie das Wesentlichste war, die Frage Sicherheit und Entsorgung.

Der Herr Bundeskanzler hat heute schon einmal die Entwicklung sehr deutlich dargelegt. Wenn Sie immer argumentieren, meine Damen und Herren, erst in den letzten Tagen hätte man das auf den Tisch gelegt, so kann ich auch nur wieder sagen, das kann nur jemand behaupten, der nicht in den Ausschußberatungen war, weder jetzt in den letzten Monaten noch bis Ende 1983.

Es wird behauptet, am Sicherheitssektor hat sich nichts geändert, Sie behaupten, es existiere kein Sicherheitsbericht. Was mich, wahrscheinlich sollte das jedem so gehen, sehr, sehr gestört hat, das war eine Äußerung, die man zweimal lesen muß, ehe man sie glauben kann. Dr. Mock hat als Parteiobmann, als ein aus dem diplomatischen Dienst kommender Mensch, Äußerungen gemacht — ich habe das selbst im Fernsehen gesehen —, über die ich entsetzt war. Er hat gesagt, diese Vereinbarungen, ein Memorandum der Volksrepublik China, ein Memorandum der Sowjetregierung — ich zitiere jetzt wörtlich, es ist unfaßbar, aber es war so —, sind nicht einmal das Papier wert, auf dem sie stehen. Ich will darüber jetzt nicht mehr diskutieren, meine Damen und Herren, das ist eine Art der politischen Auseinandersetzung, das ist... (*Abg. Kraft: Wie die Araberverträge beim Konferenzzentrum!*)

Aber, Herr Kollege, Sie verstehen ja von den Dingen gar nichts, Sie verstehen nicht, worum es wirklich geht. Sie reden über Dinge, die Sie wirklich nicht begreifen. Wie kann man derart disqualifizierende Äußerungen über internationale Vereinbarungen machen? Meine Damen und Herren! Ich komme jetzt auf das zu sprechen, was wir auch im Unterausschuß erörtert haben, aber so geht es doch nicht!

Wie sehen also die Tatsachen aus? Schon bei den Beratungen anlässlich des Volksbegehrens „Pro Zwentendorf“, das immerhin 422 000 und etliche Unterschriften erhalten

hat, also mehr als das derzeitige Volksbegehren, schon damals haben wir im Unterausschuß alle für die Sicherheit relevanten Fragen erschöpfend erörtert. Ihr Abgeordneter Staudinger, Obmann des Ausschusses, hat damals resümiert, daß alle Fragen mit Ausnahme der Entsorgung erschöpfend behandelt worden sind. Wir hatten schon 1983 alle Sicherheitsfragen mit Ausnahme der Entsorgung behandelt.

Wie ging es nun vor einigen Monaten weiter? Meine Damen und Herren! Meine Fraktion, die sozialistische Fraktion war es, die über meinen Antrag vier Fragenkomplexe an die Reaktorsicherheitskommission hergetragen hat. Wir haben dies einvernehmlich beschlossen, Ihre Fraktion ist mitgegangen. Warum an die Reaktorsicherheitskommission? Weil die Reaktorsicherheitskommission seinerzeit über Ihren Antrag installiert wurde, von Ihnen, Herr Dr. Taus, zu Recht, wie uns scheint, als das Gremium zur Begutachtung, zur Beurteilung dieser so wichtigen Fragen der Sicherheit berufen wurde. Sie besteht auch aus einer Reihe von wissenschaftlich renommierten Fachkräften.

Diese Reaktorsicherheitskommission ist das Beratungsorgan des Bundeskanzlers, meine Damen und Herren. Deswegen hat der Herr Bundeskanzler diesen vierteiligen Sicherheitsbericht den Klubobmännern und den Mitgliedern des Unterausschusses übermittelt. Große Aufregung bei Ihnen. Ich bin überzeugt, Herr Dr. Graff hat ihn nicht einmal gelesen und hat gesagt, nehmen wir nicht zur Kenntnis, denn das muß die Bundesregierung beschließen, als ob die Bundesregierung für die Behandlung der Sicherheitsfragen kompetent wäre.

Aber wir wollten auch diesen Stolperstein aus dem Weg räumen, wir haben an den Bundeskanzler appelliert, ob es nicht möglich wäre, doch die Reaktorsicherheitskommissionsberatungen in den Ministerrat, in eine Regierungsbeschlußentscheidung einzubinden. Es kam dann — dem Bundeskanzler ist auch das gelungen — das Aide-mémoire des Universitätsprofessors Plöckinger. In diesem Aide-mémoire steht, daß bei einer Volksabstimmung — ich zitiere unter anderem — nicht über dessen technische Sicherheit abzustimmen ist, stellt die Regierung fest, sondern über die politische Zweckmäßigkeit. — Das bitte wurde im Ministerrat berichtet, ist daher Teil eines Regierungsbeschlusses. (*Abg. Heinzinger: Frischenschlager!*) Wissen Sie das nicht — da kann der Herr Dr. Frischenschlager nachher sagen, was er will —:

Dr. Heindl

Was im Protokoll eines Ministerrates steht, ist ein Regierungsbeschluß. Das ist die Tatsache. Ich rede nur von Tatsachen, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, mir geht es um die Sachlichkeit. Das ist eine Tatsache. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bundeskanzler schreibt in diesem über diese Regierungssitzung abgehandelten Bericht der Bundesregierung über diesen Ministerratsbeschluß, daß aus den Gutachten der Reaktorsicherheitskommission klar hervorgeht, daß die Sicherheit des Kernkraftwerkes als gegeben anzusehen ist.

Meine Damen und Herren! Was ist das sonst als der Sicherheitsbericht? Sie tun so, als gäbe es ihn nicht. Er ist existent, er wurde diskutiert! Wie lange? Ich habe die Stunden gar nicht im Kopf. Wir hatten für jeden Berichtsteil einen Spitzenexperten der Reaktorsicherheitskommission im Ausschuß. Wir hatten Gelegenheit, uns über jede zu diskutierende kritische Frage auseinanderzusetzen.

Ich darf Sie erinnern: Weil ich wußte, was passieren wird, weil ich wußte, welchen Weg Sie gehen, habe ich als Fraktionsobmann der sozialistischen Fraktion gesagt: Meine Herren von der ÖVP, haben Sie in Sicherheitsfragen noch irgendeine Frage offen? Gibt es irgendein Thema, das noch zu diskutieren ist? Haben Sie zu irgend etwas noch Bedenken? — Sie haben gesagt: Nein.

Das heißt aber doch in der Konsequenz, Sie haben den Sicherheitsbericht, den existenten Sicherheitsbericht, der von einer Bundesregierung beschlossen worden ist, erhalten. Sie haben ihn diskutieren können, Sie haben jede Frage dazu beantwortet bekommen, und jetzt sagen Sie, den gibt es nicht. Für mich ist es unfassbar, wie man das vertreten kann! Das sind doch die Tatsachen.

Wir haben also einen Sicherheitsbericht, und er kann durch nichts, meine Damen und Herren, wegdiskutiert werden.

Nächstes Thema: Entsorgung. Auch hier, meine Damen und Herren, das gleiche. Auf die Äußerungen von Dr. Mock haben wir schon hingewiesen. Wir hatten doch am letzten Freitag noch intensiv über das Thema Entsorgung beraten. Wir hatten zunächst, das hat der Herr Bundeskanzler schon zitiert, das Thema des Sowjetmemorandums in einem Unterausschuß mit Generaldirektor Eklund ausführlich diskutiert.

Eklund hat dieses Memorandum als überraschend,

als beachtenswert erachtet, und er hat deutlich, glaube ich, für alle Mitglieder des Unterausschusses uns vermitteln können, daß er — er, Eklund, der ehemalige Generaldirektor — noch heute glaubt und überzeugt ist, daß damit ein neuer Weg in der Entsorgung überhaupt gegangen werden kann. Warum hat er das gesagt?

Erstens: Weil einige Wochen vorher die Sowjetunion eine Vereinbarung mit der Atomenergiebehörde über die Kontrolle ihrer eigenen Reaktoren unterschrieben hat; weil zweitens dadurch offenkundig wird, daß die Sowjetunion bei einer weltweiten Entsorgung mitmachen will. Auf unsere Fragen, ob die Entsorgungsvereinbarungen, die die Sowjetunion mit anderen Ländern hat — und es hat ein Dutzend Länder solche Entsorgungsverträge —, funktionieren, hat uns Dr. Eklund gesagt: Ja, das funktioniert bestens, nicht nur in COMECON-Staaten, sondern auch in Ländern wie Finnland.

Meine Damen und Herren! Es gab und gibt überhaupt keinen Grund — und so hat es ja Eklund auch erklärt —, das nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Ich habe damals auch die Frage gestellt: Sind Sie, Herr Dr. Eklund, der Auffassung, daß mit einer solchen Vertragsregelung der Brennstoffkreislauf, die Entsorgung bis zur Endlagerung, geschlossen ist? Klare Antwort von Dr. Eklund: Ja. Von wem noch, bitte, wenn Sie schon der Regierung nicht glauben, wenn Sie uns nicht glauben, wenn Sie österreichischen Fachleuten nicht glauben, von wem noch wollen Sie bestätigt haben, daß diese Sache in Ordnung ist? Es ist offenkundig: Meine Damen und Herren, Sie wollen Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen.

Wir diskutierten letzten Freitag dann ausführlich das vom Kollegen Graf monierte — ich habe es nicht mehr genau im Kopf, um es vorsichtig zu formulieren — Nichtvorhandensein einer Endlagerregelung. Auch wir stellten klare Fragen, ehe noch der Vorvertrag des Bundeskanzlers Sinowatz, den er heute präsentiert hat in seiner Erklärung, bekannt war. Unsere Fragen waren: Sind sowohl das China-Memorandum wie auch das Memorandum der Sowjetunion rechtlich verbindliche Vereinbarungen? Klare Antworten: Jawohl, das sind rechtlich verbindliche Vereinbarungen, an die die österreichische Seite nur noch nicht gebunden ist, weil sie sich ja noch nicht verpflichtet kann.

Meine Damen und Herren, also auch hier

Dr. Heindl

klar und deutlich: Die Frage Entsorgung ist geklärt, Besseres und mehr werden wir sicher nicht bekommen. Das ist die Situation vorigen Freitag gewesen.

Meine Damen und Herren! Ihre Argumentation, die in den letzten Wochen ja genauso war wie heute — solange Sicherheit und Entsorgung nicht geklärt sind, geht es nicht —, ist in Wirklichkeit in sich zusammengebrochen.

Und wie neuerlich Herr Dr. Mock von dieser Situation wegzukommen versucht, zeigt seine Stellungnahme, die er in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten“ zum Ausdruck gebracht hat. Es ging damals um die Frage, ob die ÖVP mitstimmen wird bei einer Volksabstimmung, ja oder nein. Und das waren die konkrete Frage und die konkrete Antwort. Redakteur Christian fragte: Wenn die Sicherheit und Entsorgung geklärt sind, stimmt auch die ÖVP einer neuerlichen Volksabstimmung zu?

Mock: „Dann ja.“ — So die Aussage des Dr. Mock. Mehr sagte er nicht.

Das war am 6. März 1985, also erst jetzt, nicht 1979, bitte! Da könnte man nämlich sagen, es ist schon viel Wasser die Donau untergefloßen. Nein, einige Tage ist es erst her, aber es gilt offenbar wieder nicht mehr.

Und nun, meine Damen und Herren, zu den drei behandelten Anträgen. Dazu muß ich schon einige sehr klare Aussagen machen.

Unser Antrag hält sich ganz genau an jene Vorgangsweise, die 1979 in Aussicht genommen wurde: kein Regierungsantrag, sondern Gesetzesbeschluß mit Zweidrittelmehrheit und dann Volksabstimmung, also Initiative des Parlaments. Wir wollten, daß der Klubzwang für diese Abstimmung aufgehoben wird, weil wir wissen, daß es in allen Parteien, auch bei uns, kritisch eingestellte Abgeordnete gibt, und weil wir überzeugt sind, daß die Frage, ob Österreich weiterhin auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichten soll oder eine 10-Milliarden-Investition — man muß sich das vorstellen: um 10 Milliarden Schilling kann man 10 000 Wohnungen beziehungsweise 5 000 Häuser bauen! — nutzbar gemacht werden kann, nicht durch Ihre politische Strategie entschieden werden soll.

Das ist ein nationales Anliegen, meine Damen und Herren. Unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler hat das mehrmals artikuliert. Das darf keine parteipolitische Ausein-

andersetzung sein, hier muß es, so wie wir es gehandhabt haben, eine Erörterung auf sachlicher Ebene geben und dann als Lösung die Volksabstimmung. (Abg. Helga Wieser: Das rührt auch den Herrn Energieminister nicht!)

Wir laden Sie heute nochmals ein: Gehen Sie mit uns diesen Weg, er ist gerade und im Interesse Österreichs. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Unsere Fragestellung war völlig eindeutig und der Aufbau unseres Antrages klar. Der Bürger weiß, wenn er diese Volksabstimmung vorgelegt bekommen würde, was geschieht, wenn er mit ja entscheidet, und was geschieht, wenn er mit nein entscheidet. Ein sehr klares, eindeutiges Konzept.

Und dann kamen die sehr, sehr böartigen Kritiken des Dr. Graff, der wieder einmal sagte, das sei verfassungsrechtlich bedenklich, das sei verfassungsmäßig nicht vertretbar. Meine Damen und Herren! Nicht weil es der Herr Dr. Graff so... (Abg. Dr. Schimmer: Wenn Sie recht haben, werden Sie doch Ihren Regierungspartner überzeugen können!)

Herr Kollege Schimmer, hören Sie zu! Nicht weil es der Herr Dr. Graff gesagt hat, sondern weil wir gewissenhafte Leute sind, haben wir, ehe wir diesen Initiativantrag konzipiert haben, von drei namhaften Verfassungsexperten uns Gutachten einholen lassen, ob dieser Weg, den wir gehen wollen, verfassungsrechtlich bedenklich ist. Ich darf zusammenfassend zitieren.

Universitätsprofessor Mayer hat gegen den vorliegenden Entwurf keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

Universitätsprofessor Dr. Wimmer kommt zu der Entscheidung, daß der Entwurf ein sachgerechtes Regelungspaket, der Verfassungsgeber zur Regelung dieses Inhalts eindeutig zuständig ist und auch keinerlei der Verfassungsordnung immanenten Schranken verletzt und schließlich durch den Entwurf ein wichtiger Beitrag zur Fortentwicklung der direkten Demokratie in Österreich geleistet wird.

Gutachten Öhlinger: Im gegenständlichen Fall wird die Einzelfallregelung aber durch die Singularität der Fakten gerechtfertigt. Eine Verletzung leitender Prinzipien der Bundesverfassung liegt keinesfalls vor.

Dr. Heindl

Meine Damen und Herren! Das sind die weiteren Tatsachen. Wir sind sehr gewissenhaft und sachlich vorgegangen, weil wir keinerlei Angriffsfläche zu Polemiken bieten wollten. Wir wußten, daß das so gehen wird, und wir haben geglaubt, wenn wir auf dem Boden der Sachlichkeit stehen, dann werden auch Sie auf jenen Boden, wo das abgehandelt werden darf, zurückkehren.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren, der des Kollegen König, lautet in seiner Entschliebung: ... entweder eine Regierungsvorlage — wir haben immer gesagt, daß das nicht der Entwicklung entspricht und wir es daher ablehnen, Sie aber haben offenkundig an eine Alternative gedacht —, oder bis zu diesem Zeitpunkt über die weitere Zukunft des Kernkraftwerkes eine Entscheidung zu treffen.

Das ist ja nicht Aufgabe der Regierung! Über das Kernkraftwerk trifft die Entscheidung die Generalversammlung der Gesellschafter und nicht die Regierung. Die Regierung hat angeregt, die Gesetzeslage zu ändern. Wir als Parlament sind aufgerufen, die Gesetzeslage zu ändern und entsprechend unserem Versprechen dann eine Volksabstimmung abzuhalten. Das sind die Tatsachen, die nicht wegzudiskutieren sind, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als wir gesehen haben, daß all diese Sachlichkeit, all dieses redliche Bemühen, gemeinsam dieses Ziel anzustreben und auch zu erreichen, nichts gefruchtet hat, haben wir uns tagelang im ganz kleinen Kreis intensiv die Frage gestellt: Gibt es vielleicht doch noch einen Weg, Sie aus jener Sackgasse, in die Sie sich hineinanöviert haben durch Ihre ständigen Erklärungen: Der Sicherheitsbericht ist nicht da! Die Frage der Entsorgung ist nicht gelöst, und deshalb geht es nicht! herauszubringen? *(Ruf bei der ÖVP: Die Regierung!)* Da haben wir versucht, eine goldene Brücke zu bauen. Wir haben uns gesagt: Dr. Taus hat sich damals sicher sehr genau überlegt, warum er seinen Gesetzentwurf so formuliert hat und mit einer einfachen Frage, die übrigens fast gleichlautend ist mit unserer, versehen hat.

Da haben wir uns gedacht: Wir werden, sollte unser Antrag im Handelsausschuß keine Mehrheit bringen, diesen Antrag Taus inhaltsmäßig zu unserem machen. Wir haben damit sehr deutlich demonstriert, daß es uns weder um Formalismus noch um Prestige geht, sondern um die Sache, wie es der Bundeskanzler gesagt hat. Wir wollen die Volksabstimmung ermöglichen und hiezu alle not-

wendigen Schritte bis zur letzten Minute machen.

Wir haben auch dieses Wort gehalten, meine Damen und Herren, und wir waren daher im wahrsten Sinne des Wortes darüber entsetzt, wie Sie darauf reagiert haben. Wir haben eigentlich erwartet, daß Sie nun unterbrechen — den Antrag haben Sie gestellt — und einige Tage diesen Schritt beraten werden, den wir hier gesetzt haben, womit wir Sie neuerlich eingeladen hatten, auf der Ebene Ihrer seinerzeitigen Vorschläge zur Volksabstimmung zu kommen.

Es hat nicht einmal 20 Minuten gedauert, und das Nein — das harte Nein — und damit das Aus für diese Volksabstimmung war da *(Ruf bei der SPÖ: Gegen Taus!)*, ohne jede Beratung, denn in 20 Minuten kann man ein so heikles Thema nicht abhandeln. Sie haben dies getan, obwohl Sie im Handelsausschuß genau in Kenntnis waren, daß der Sicherheitsbericht der Bundesregierung da ist, daß der Entsorgungsbericht der Bundesregierung da ist, das heißt, daß Ihre Forderungen, die Sie an die Regierung gestellt haben, zu 100 Prozent erfüllt sind.

Meine Damen und Herren! Das Diktat des Dr. Mock und des Dr. Graff zum Nein bedeutet auch letztlich ein Nein zu Ihrem eigenen Lösungsvorschlag. Wissen Sie, was das in Wirklichkeit ist? Dieser Weg ist die Flucht vor den Tatsachen, weil Sie letztlich vor Ihrer eigenen Verantwortung davonlaufen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{12.34}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

^{12.34}

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Energiebericht mit dem Energiekonzept der Bundesregierung schließt bewußt an den Energiebericht des Jahres 1981 an. Diesem damals noch unter der Ministerschaft von Dr. Staribacher entstandenen Energiebericht einer sozialistischen Alleinregierung hat die Freiheitliche Partei, obwohl Opposition, bereits zugestimmt, denn dieser Energiebericht 1981 signalisierte erste Erfolge beim Aufbau einer modernen österreichischen Energiepolitik.

Der Energiebericht und das Energiekonzept 1984 setzen diesen Weg fort und gehen konzeptiv einige wesentliche Schritte weiter. Das neue Energiekonzept setzt sowohl im Aufbau wie im Inhalt neue Maßstäbe. Ich möchte fünf markante Punkte hervorheben.

Dr. Stix

Erster markanter Punkt: die Verwendung der neuen Methode MARKAL, ein Optimierungssystem, das international allergrößtes Lob geerntet hat. Es erlaubt die Ermittlung der kostengünstigsten Befriedigung der Nachfrage nach energetischen Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Umwelt.

Zweiter markanter Punkt: Man hat bei den Energiedienstleistungen angesetzt, und zwar in der Weise, daß man von der primitiven, bisher üblichen Fragestellung: Brauchen wir mehr Kohle, mehr Öl, mehr Wasserkraft oder was sonst noch?, weggegangen ist und mit der Fragestellung: Welche Energiedienstleistungen brauchen wir: Kraft, Wärme, Licht und so weiter?, begonnen und von dort her das Problem aufgelöst hat.

Dritter markanter Punkt: die Einführung des Prinzips der Umweltverträglichkeit. Die Umweltverträglichkeit ist künftig ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Energiepolitik dieser sozialistisch-freiheitlichen Bundesregierung und ist damit die energiepolitische Konsequenz aus der von dieser Bundesregierung eingeleiteten Umweltoffensive. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Vierter markanter Punkt: das Prinzip der sozialen Verträglichkeit. Das ist ein Aspekt, den man auch in der heutigen Debatte nicht untergehen lassen sollte.

Diese zwei Prinzipien, das der Umweltverträglichkeit und das der sozialen Verträglichkeit, treten ergänzend zu den bisherigen Prinzipien der Bedarfsdeckung, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit hinzu.

Ein weiterer Punkt ist der Mut zu ganzheitlichen Zukunftsszenarien. Noch niemals hat es einen derart wissenschaftlich fundierten und gelungenen Versuch gegeben, die energiewirtschaftliche Zukunft realistisch abzuschätzen, ganzheitlich zu betrachten und die verschiedenen Varianten zu quantifizieren. Auch das ist neu für Österreich.

Diese fünf markanten Punkte machen das Energiekonzept 1984 zur unbestrittenen bisher besten Arbeit auf diesem Gebiet in Österreich.

Das Energiekonzept 1984 beginnt mit einer umfassenden Bestandsaufnahme. Es setzt fort mit einem umfangreichen Analyseteil, unter Anwendung des MARKAL-Modells, und es gipfelt in einem dichtgepackten Maßnahmenpaket, das eine ganze Fülle an Regie-

rungsaktivitäten enthält und andere Aktivitäten eröffnet.

Lassen Sie mich kurz zur Bestandsaufnahme etwas sagen. Diese Bestandsaufnahme untermauert die entscheidende Tatsache, daß die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum einerseits und dem dazugehörigen Energiebedarf andererseits gelungen ist. Ich möchte in Erinnerung rufen, daß diese Frage: Kann eine solche Entkoppelung überhaupt stattfinden? das große Thema der siebziger Jahre war.

Es waren wir Freiheitliche, die schon sehr früh in den siebziger Jahren diese Entkopplung nicht nur für wünschenswert, sondern auch für machbar erklärt haben. Damals sind wir von vielen der etablierten Experten nur mitleidig belächelt worden. Heute steht fest, daß unsere Sicht der Dinge richtig war. Um es in einer vereinfacht ausgedrückten Zahl zu veranschaulichen, lassen Sie mich sagen: Wir haben heute grob gesehen in Österreich den gleich hohen Energieverbrauch wie vor zehn Jahren, obwohl unser Sozialprodukt in diesen zehn Jahren real um über 25 Prozent gewachsen ist. Und das ist ein schöner Erfolg für die österreichische Energiepolitik! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Für die Zukunft zeigt dann diese sehr breit angelegte und in Varianten durchgespielte Analyse folgendes — ich zitiere jetzt wörtlich aus dem Energiebericht —: „Im höheren Szenario steigt der zu deckende Energiebedarf zwischen 1980 und 2005 um 0,7 Prozent pro Jahr... Im niedrigen Szenario steigt der Energiebedarf nicht“ mehr. Er wird im Jahr 2005 unter dem Niveau des Jahres 1980 liegen.

Mit anderen Worten: Der Weg der Entkopplung wird fortgesetzt bei gleichzeitigem realem Wirtschaftswachstum.

Es wäre nicht ganz richtig, wollte man nicht auf einen Sonderbereich eingehen, der eine leicht abweichbare Entwicklung zeigt. Innerhalb des Energiebedarfes hat der elektrische Strom eine Sonderrolle. Aber auch hier gab es in den siebziger Jahren einen heftigen Streit zwischen den Vertretern der Elektrizitätswirtschaft einerseits und dem freiheitlichen Energiesprecher andererseits.

Wenn man die Stenographischen Protokolle dieses Hauses seit 1970 — vor allem 1972 und ab 1973 — durchblättert, und zwar Jahr um Jahr, dann sieht man, daß es immer diesen Streit um den Strombedarf gegeben hat. Die Elektrizitätswirtschaft hat nachweisbar noch

Dr. Stix

1974 und 1975 an Wachstumsprognosen um die 6 bis 7 Prozent pro Jahr festgehalten. Sie ist erst dann langsam heruntergegangen.

Wir Freiheitlichen haben das immer als überhöht kritisiert. Wir wurden nicht ganz ernst genommen. Aber heute steht dokumentarisch fest, daß der Stromverbrauch weit unter den Prognosen der Fachleute der E-Wirtschaft geblieben ist. Beim Strombedarfszuwachs gibt es von 1970 bis 1983 einen fallenden Trend von anfänglich zirka 7 Prozent bis unter 2 Prozent. Mathematisch geglättet — ich möchte so korrekt sein, auch diese Zahl zu nennen —, also verteilt über alle 13 Jahre, ist das ein Zuwachs von 4 Prozent jährlich.

Heute gibt es eine Einigung über die Prognose, was den weiteren Strombedarf betrifft. Über einen Zehnjahreszeitraum gibt es Modellvarianten, die sich durch unterschiedliche Methoden erklären lassen, zwischen 2 und 3 Prozent. Das heißt, heute sind sich alle Fachleute in einer Bandbreite von 1 Prozent auf oder ab einig. Das ist vertretbar. Das ist sachlich, das ist fachlich in Ordnung. Aber es zeigt eben auch eines: daß wir auch in Zukunft weit, weit entfernt bleiben von den gewohnten Strombedarfszuwächsen der Vergangenheit. Das ist ein heute nicht mehr bestrittenes Faktum.

Auch in diesem engeren Bereich war die energiepolitische und energiewirtschaftliche Beurteilung der Entwicklung von seiten der Freiheitlichen der Wirklichkeit wesentlich näher als die Angaben sehr angesehener Experten, die eigentlich heute in der Rolle derjenigen sind, die sich geirrt haben. Ich hebe das jetzt nicht aus Gründen der Rechthaberei hervor, sondern nur um die sachliche Berechtigung zu belegen, die uns eben eine gewisse Selbstsicherheit hinsichtlich der Beurteilung energiepolitischer Entwicklungen gibt.

Lassen Sie mich noch wichtige Ergebnisse aus dem Analyseteil in drei Punkten herausheben.

Erstens: Der Energiebericht kommt zur Feststellung: Es ist mit nur geringfügigen zusätzlichen Kosten möglich, den gesamten Energieverbrauch zu stabilisieren und bei niedrigerer Nachfrage sogar deutlich zu senken.

Zweite markante Feststellung: „Auch bei einer Stabilisierung des Gesamtenergieverbrauches kann ein Anstieg der Auslandsabhängigkeit nur durch die verstärkte Nutzung

der erneuerbaren Energieträger, insbesondere der Wasserkräfte, vermindert werden.“ Eine Erhöhung um nur 1 Prozent der Systemkosten, verteilt auf 25 Jahre, erlaubt eine Verringerung des Primärenergieverbrauches um 11 Prozent und eine Verringerung der Importe um 15 Prozent.

Dritter Punkt: Der Rückzug aus dem Öl geht weiter. Die Versorgung kann sichergestellt werden.

Diese drei Punkte zeigen, daß unsere Energiepolitik in Österreich bereits den richtigen Weg beschritten hat, daß dieser Weg fortgesetzt werden kann und daß er bedeutet: Die Stabilisierung des Energieverbrauches ist machbar! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Das waren die wichtigsten Feststellungen aus dem Analyseteil.

Die energiepolitischen Konsequenzen des Energieberichtes 1984 enthält das dichtgepackte Maßnahmenpaket im Teil D. Wichtige Grundsätze stehen am Beginn dieses Maßnahmenpakets: Verringerung des Einsatzes an Primärenergie, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger, darunter Wasserkraft, Biomasse und Umweltenergie, und massiver Umweltschutz. Nach diesen erläuterten Grundsätzen folgt in 17 Kapiteln ein wahres Feuerwerk an zielführenden Maßnahmen.

Ich habe den leisen Verdacht, daß der von mir sehr geschätzte Kollege Abgeordneter Robert Graf kein einziges dieser 17 Kapitel, die die Maßnahmen der Bundesregierung enthalten, gelesen hat, denn sonst hätte er hier nicht sagen können, er habe außer Leerformeln nichts gefunden.

Jedes dieser 17 Kapitel ist im einzelnen nach dem gleichen System aufgebaut: Bestandsaufnahme, Zielsetzungen, energiepolitische Maßnahmen, umweltpolitische Maßnahmen. Dieser letzte Punkt beweist und unterstreicht das, was ich eingangs schon gesagt habe: In jedes einzelne Kapitel dieser Energiepolitik ist die neue österreichische Umweltpolitik dieser Bundesregierung eingebaut.

Alles zusammengefaßt ist dieses Energiekonzept 1984 eine fundiert erarbeitete, ausgezeichnete Orientierungshilfe für alle an Energiefragen Interessierten, sowohl für die Politik als auch für die Wirtschaft, für den Erzeuger genauso wie für den Verbraucher und last not least für alle umweltbewußten Menschen

7582

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Dr. Stix

in Österreich. Für die Erstellung eines solchen Energiekonzepts verdient der Energieminister Dank und mit ihm die gesamte Bundesregierung, die dieses Energiekonzept beschlossen hat. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Hohes Haus! Im Gesamtzusammenhang der Energiepolitik ist auch die Frage der Atomenergie aufgeworfen. Der Energiebericht 1984 behandelt sie hypothetisch, da sowohl der Energieminister wie die Bundesregierung selbstverständlich auf dem Boden des vom Parlament initiierten und vom Parlament beschlossenen Atomsperrgesetzes stehen. Der Energiebericht 1984 verweist klar auf die diesbezügliche Verantwortung des Nationalrates, und ich habe den darauf Bezugnehmenden Ausführungen meines Vorredners Dr. Heindl eigentlich nichts hinzuzufügen. In diesem Zusammenhang sind ja auch die heutigen Tagesordnungspunkte 2 und 3 zu sehen.

Die Haltung der Freiheitlichen Partei ist bekannt. Dazu habe ich nur zu bekräftigen, damit kein Mißverständnis entsteht, was anlässlich der jüngsten Fristsetzungsdebatte schon von mir namens der freiheitlichen Fraktion ausgeführt worden war. Ich darf es ganz kurz noch einmal wiederholen.

Die Freiheitliche Partei hat aus reiflich erwogenen Gründen seit Anfang der siebziger Jahre die großtechnische Energiegewinnung aus Atomkernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik abgelehnt. Unsere Haltung hat sich nie isoliert auf Zwentendorf bezogen, sondern auf die Atomtechnologie als System. Vor diesem Hintergrund wird auch Zwentendorf beurteilt.

Dem Antrag auf neuerliche Volksabstimmung konnten wir nicht beitreten, weil nach Auffassung der FPÖ die gefragte Entscheidung bereits durch die Volksabstimmung 1978 gefallen ist. Wir respektieren aber den Wunsch des Koalitionspartners, die Beschlussfassung über eine neuerliche Volksabstimmung frei vom Klubzwang durchzuführen.

Das wurde anlässlich der Fristsetzungsdebatte hier gesagt. Ich habe das heute namens meiner Fraktion nur zu bekräftigen.

Es verdient wirklich anerkannt zu werden, daß der sozialdemokratische Koalitionspartner diese Grundhaltung der Freiheitlichen Partei stets respektiert hat. Dazu erklärte erst jüngst der Klubobmann der Sozialistischen Partei in diesem Haus, Abgeordneter Sepp Wille, hier von diesem Pult aus folgendes —

ich zitiere —: „Die FPÖ hat redlich und anständig erklärt, und zwar schon bei den Verhandlungen zur Regierungserklärung: Bei der Kernenergie können wir zumindest in der großen Mehrheit nicht mit. — Wir akzeptieren das. Im besonderen Maß ist der Vizekanzler der Meinung, daß Kernenergie für ihn heute nicht vertretbar ist. Ich akzeptiere das beim Vizekanzler.“ So Wille erst vor kurzem von diesem Rednerpult aus.

Ich möchte namens meiner freiheitlichen Kollegen sagen, daß wir diese vorbildliche Fairneß eines großen Partners gegenüber dem kleinen Partner, der aber genauso um eine gute Energiezukunft Österreichs bemüht ist, in der Atomfrage aber anders denkt, wirklich anerkennen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hohes Haus! In der Sache selbst werden wir uns im Rahmen einer knappen Debattenzeit wechselseitig wohl kaum überzeugen können. Daher verzichte ich auf dieses, wie mir scheint, leider aussichtslose Beginnen, aber moralisch fühle ich mich dazu verpflichtet, die maßgeblichen Gründe für die Haltung der Freiheitlichen Partei noch einmal übersichtlich vor Ihnen auszubreiten. Das deswegen, um wenigstens das Verständnis bei Ihnen dazu zu verstärken, daß unsere Sicht der Dinge weder mutwillig noch bloß politisch-taktisch und schon gar nicht wirtschaftsfeindlich ist. Ich glaube, diese sachlichen Darlegungen, um die ich mich jetzt bemühen werde, schulden wir Freiheitlichen der Öffentlichkeit. Wir schulden sie diesem Haus, schulden sie aber insbesondere auch unserem Koalitionspartner.

Zunächst zum Schlagwort von der „friedlichen Nutzung der Atomenergie“. Es wäre falsch und ein Mißverständnis, die friedliche Nutzung der Atomenergie auf das Problem der Stromerzeugung in Kraftwerken einzuschränken. Zur friedlichen Nutzung der Atomenergie gehört vieles: die gesamte Isotopentechnik etwa oder zum Beispiel atombetriebene Herzschrittmacher, Materialprüfungen und anderes, vor allem aber die gesamte Atomforschung.

Zu allen diesen Arten der friedlichen Atomnutzung sagen wir Freiheitlichen selbstverständlich ja — auch das haben wir schon früher getan —, denn mit diesem Ja zur Atomforschung habe ich damals als Sprecher der Freiheitlichen Partei im Sommer 1978 die Hauptrede bei Beschlussfassung über das ursprüngliche Atomgesetz beendet. Das ist unsere Haltung in ungebrochener Linie.

Dr. Stix

Stein des Anstoßes ist für uns die großtechnische Energiegewinnung aus Atomkernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik. Diese ist es, die wir ablehnen.

Diese Ablehnung erfolgt aber nicht im Sinne einer Glaubensfrage, sondern aus der sorgfältigen Abwägung aller Für und Wider. Dabei lautet die entscheidende Frage: Ist der Nutzen aus dieser Art der Energiegewinnung langfristig größer als alle damit verbundenen Risiken und Gefahren? — Nur um die Beantwortung dieser wesentlichen Frage geht es uns Freiheitlichen.

Und die Antwort, die sich uns darstellt, möchte ich in wenigen Punkten skizzieren.

Zur Frage der Gefährlichkeit — jede Technik ist gefährlich —: Den entscheidenden Unterschied der Atomtechnik gegenüber jeder anderen aber haben fünf amerikanische Wissenschaftler in dem Buch „Energie für die Zukunft“ auf folgende knappe Form gebracht — ich zitiere —: „Die Konsequenzen, die eine größere Freisetzung von Radioaktivität für den Menschen und seine Umwelt hat, machen die Kernspaltung zur potentiell gefährlichsten aller Energiequellen.“ — Ende des Zitates.

Und ein so optimistischer Zukunftsvertreter wie der bekannte Hermann Kahn, der inzwischen verstorbene Begründer des weltberühmten strategischen Hudson-Institutes, der also innovativ noch und noch ist, hat in einem seiner letzten Bücher auch die These aufgestellt, daß er es für möglich hält, daß die Atomenergienutzung eines Tages weltweit verboten werden wird. — Ich berichte das nur.

Schädliche Stoffe gibt es viele. Der prinzipielle Unterschied bei künstlicher Strahlung liegt in der ungeheuer großen Langlebigkeit dieser schädlichen Stoffe; da geht es um Jahrhunderte, für die wir die Verantwortung mitübernehmen.

Diese Art der Atomenergietechnik ist ein System, beginnt bei der Urangewinnung, geht in die Anreicherung, Brennstoffherstellung, Kraftwerknutzung, Entsorgung, Wiederaufbereitung und Endlager. In jeder dieser Stufen liegen die Gefahren; das Kraftwerk ist nur ein Teil dieses Systems.

Lassen Sie mich jetzt alles weglassen und mich auf das Kraftwerk konzentrieren. Ich rede noch nicht von Zwentendorf, sondern allgemein.

Normalbetrieb und Störfall. Jeder größere Störfall stellt eine gewaltige Umweltbedrohung dar. Ein sehr großer Störfall hätte die Dimension einer Katastrophe, verschärft um die jahrelange Langzeitwirkung.

Wir hatten ja inzwischen in der Welt den Unfall im Atomreaktor Three Mile-Islands in den USA, und obwohl dort das Schlimmste noch nicht eingetreten ist, hat dieser Störfall die Fragilität der heutigen Atomtechnik sehr wohl sichtbar gemacht. Er hat aber noch etwas sichtbar gemacht, was die Atomgegner am Anfang so deutlich selbst nicht gesehen haben: Er hat das wirtschaftliche Risiko sichtbar gemacht.

Die wenigen Daten, die ich Ihnen jetzt nenne, stammen aus der angesehensten amerikanischen Fachzeitschrift für Elektrotechnik; sie ist führend in diesem Bereich. Sie führt die Abkürzungsbuchstaben IEEE-Spectrum.

Seit Jahren arbeitet man an der Dekontaminierung, an der Entgiftung von Three Mile-Islands. Man schätzt, daß die Reinigungsarbeiten erst zwischen 1990 und dem Jahr 2000 abgeschlossen werden können. Bis dahin werden Kosten nur für die Reinigung von 1 Milliarde Dollar geschätzt, wovon nur ein Drittel durch Versicherungen gedeckt ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Konsequenz aus dem Störfall von Three Mile-Islands hat der gesamten amerikanischen Atomindustrie gezeigt, welches wirtschaftliche K. o. ein größerer Störfall in einem Kernkraftwerk bedeuten würde. — Ich gehe nicht weiter auf die Störfälle ein. Lassen Sie mich zum Normalbetrieb kommen.

Ein von Störfällen verschontes Atomkraftwerk im Normalbetrieb ist relativ sicher. Es ist aber falsch, ein normal arbeitendes Atomkraftwerk deswegen schon als umweltfreundlich zu betrachten, denn auch ein normal und störungsfrei arbeitendes Atomkraftwerk gibt laufend hochgiftige Stoffe an die Luft und an das Wasser ab.

Hohes Haus! Diese Abgabe hochgiftiger Stoffe wird von niemandem bestritten, auch nicht von den Kernkraftbefürwortern. Der Streit geht nur um folgenden Punkt: Handelt es sich um vernachlässigbare Mengen, oder sind die Mengen auf die Dauer doch nicht vernachlässigbar? Nur um diese Mengenfrage geht der Streit, und da bleibt es niemandem von uns erspart, sich selber jene Beurteilung der Fakten zu machen, die er angesichts

Dr. Stix

durchaus widersprüchlicher Expertenmeinungen hier vorgelegt bekommt. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Aber ich sage noch einmal: Nicht strittig ist, daß auch im Normalbetrieb giftige Stoffe abgegeben werden, strittig ist nur, ob die Menge bedenklich oder unbedenklich ist.

Auch die Sache mit dem Waldsterben ist nicht so einfach, wie das die vordergründige Diskussion derzeit um kalorische Kraftwerke meinen läßt.

Es gibt bereits Untersuchungen, wonach sehr wohl gerade in der Hauptwindrichtung von Atomkraftwerken großes Waldsterben zu beobachten ist. Ich stütze mich — ich sage das noch einmal — auf wissenschaftliche Quellen, die ich nur deswegen nicht umfangreich zitieren will, um Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

Außerdem ist inzwischen wissenschaftlich festgestellt, daß die Gegenwart strahlender, radioaktiver Teilchen in der Luft alle photochemischen Prozesse in der Luft um ein Mehrfaches beschleunigt. Mit anderen Worten ausgedrückt: Die Schadstoffbildung — Stichwort „SO₂ zu SO₃“, Stichwort „Stickoxide“, Stichwort „saurer Regen“ —, die in der Luft auf photochemischem Wege stattfindet, wird durch die Anwesenheit radioaktiver Partikel, die sich in den Abgasen von Kernkraftwerken befinden, mehrfach beschleunigt. Das ist eine wissenschaftlich getroffene Feststellung. Die Frage ist wieder nur: Wie quantifiziert man das? Glaubt man, daß die Menge trotzdem unbedeutend ist, ja oder nein? Diese Bewertung bleibt wiederum nur uns überlassen.

Zusammenfassend: Die oft behauptete absolute Umweltfreundlichkeit eines Atomkraftwerkes im Normalbetrieb ist also unter Berücksichtigung des Faktors Zeit leider auch nur ein frommer Wunsch.

Ich möchte jetzt gar nicht über die Risiken sprechen, die dadurch entstehen, daß Atomkraftwerke als politische Objekte erhalten müssen, etwa als Ziel von Sabotage, von Terrorakten, als militärische Ziele. Das ist schon dagewesen in unserer gar nicht so friedlichen Welt. Ich will das gar nicht kommentieren, ich will es nur der Vollständigkeit halber erwähnen.

Zurück zur Systemfrage. Wir haben also die Abwägung zu treffen, ob wir trotz aller dieser Risiken in den sauren Apfel der Atomenergie-

nutzung beißen müssen. Dazu gibt es eine Vorfrage: Wäre denn diese Art der Atomenergiegewinnung eine Dauerlösung für unsere Energieversorgung? — Auf diese Vorfrage gibt es eine ganz verblüffende Antwort: Sie wäre keine Dauerlösung, und zwar wegen der Tatsache, daß die Rohstoffbasis Uran, die ja nur zu 0,7 Prozent den spaltbaren Anteil, der genutzt werden kann, enthält, in ihrem theoretisch möglichen Energieinhalt als Rohstoffquelle für diese Art der Atomtechnik genauso rasch erschöpft werden würde wie die Ölvorräte. Das heißt mit anderen Worten: Die derzeitige Atomenergietechnik ist günstigstenfalls eine Übergangslösung, und das bestreiten nicht einmal die Befürworter.

Am deutlichsten hat dies der leider schon verstorbene Professor Broda, der Bruder des seinerzeitigen Justizministers, dargestellt. Er hat, obwohl er sich für die gegenwärtige Kernkraftnutzung ausgesprochen hat, gesagt: Wir stehen in Wahrheit vor der Tatsache, daß sie nur eine Übergangslösung bedeutet.

Wenn dem aber so ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, so stellt sich die Frage: Lohnt es sich, wegen einiger Jahrzehnte Atomstrom all die großen Risiken auf sich zu nehmen? Lohnt es sich, wegen einiger Jahrzehnte Atomstrom Jahrhunderte damit zu belasten? Dürfen wir das den künftigen Generationen antun? Rechtfertigen 20 oder 30 Jahre Stromerzeugung wirklich 1 000 Jahre hochgefährlichen Giftmüll?

Ich sage in aller Ruhe und in aller Nüchternheit, es ist keine Glaubensfrage, es ist für mich eine Abwägung von pro und kontra, daß man diese Frage bei gewissenhafter Abwägung meines Erachtens verneinen müßte, und das ist auch der Grund für die Haltung der Freiheitlichen Partei.

Die Entwicklung ist ja für jene, die für die Atomenergiewirtschaft eintreten, nicht sehr rosig. Ausgerechnet in jenem Land, das in der Welt die meiste Erfahrung mit Atomkraftwerken besitzt, nämlich in den Vereinigten Staaten von Amerika — es laufen dort grob die Hälfte oder sogar mehr als die Hälfte aller Atomkraftwerke —, findet derzeit ein massiver Niedergang der Atomenergiewirtschaft statt. Er hat voll eingesetzt.

Seit über fünf Jahren gibt es keine neue Bestellung für Atomkraftwerke. Mehr noch: Rund ein Dutzend bereits bestellter Atomkraftwerke wurde storniert. Mehr noch: Einige bereits fast fertiggestellte Atomkraftwerke in Amerika werden nicht weitergebaut,

Dr. Stix

werden entweder eingemottet oder abgerissen. Das heißt, der Fall Zwentendorf ist gar nicht so einmalig, und es ist nicht so, daß deswegen die ganze Welt über Österreich lacht. Den Fall Zwentendorf gibt es in den Vereinigten Staaten gleich in mehrfacher Ausführung.

Es stimmt, daß in Europa einige Länder, an ihrer Spitze Frankreich, noch voll und ganz auf den Aufbau und Ausbau der Atomenergienutzung setzen. Es gibt aber auch Länder in Europa, die ihre ursprünglich sehr ehrgeizigen Atompläne drastisch gekürzt haben. Es gibt Länder in Europa, die über jetzt betriebene Kernkraftwerke hinaus keine weiteren bauen wollen, und Österreich als derzeit atomfreies Land ist trotz dieser seiner Stellung nicht der einzige Außenseiter in Europa.

Man denke zum Beispiel an Dänemark. Dänemark hat durch parlamentarische Entscheidung auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet und Dänemark ist ein durchaus vergleichbares Land. Es hat etwas mehr als 5 Millionen Einwohner, es hat einen sehr hohen Lebensstandard, es hat eine moderne Industrie und es hat einen Nachteil, den Österreich nicht hat: Dänemark besitzt keine nutzbaren Wasserkräfte, die wir sehr wohl besitzen. Trotzdem hat sich das dänische Parlament gegen die Nutzung der Kernenergie in Dänemark ausgesprochen.

Es ist also keineswegs eine alleinige oder eine gar lächerliche Rolle, die Österreich spielen würde, wenn es sich nicht für das Aufsperrn von Zwentendorf entscheidet.

Hohes Haus! Ich habe bis jetzt immer nur vom Gesamtsystem gesprochen und noch gar nicht über Zwentendorf. Vor diesem Gesamthintergrund möchte und muß ich jetzt auch einiges zu Zwentendorf sagen.

Wenn ich jetzt zu diesem Kraftwerk etwas sage, dann vergessen Sie bitte nicht, daß in freiheitlicher Betrachtung dieses Zwentendorf nur ein Mosaiksteinchen im Gesamtbild ist, das ich zu skizzieren versucht habe.

Zum Thema Sicherheit: Die Reaktorsicherheitskommission — über Wunsch des Parlaments herangezogen und im Auftrag des Bundeskanzlers tätig geworden — hat die Erklärung abgegeben, Zwentendorf könne hinsichtlich der Sicherheit so wie andere vergleichbare Kraftwerke auch betrieben werden.

Diese vom Reaktorvorsitzenden Professor Plöckinger in einem Aide-mémoire getroffene

Feststellung ist durch einen einstimmigen Ministerratsbeschluß bestätigt worden.

Herr Abgeordneter Robert Graf, der den Herrn Bundesminister Frischenschlager zitiert hat, konnte das vermutlich nur deswegen tun — ich halte ihm das zugute —, weil er selber an den Beratungen im Ausschuß nicht teilgenommen hat. Hätte er das getan, so wüßte er, daß sowohl der Energieminister Dr. Steger wie meine Wenigkeit in meiner Eigenschaft als Vertreter der Fraktion im Ausschuß erklärt haben, daß wir damit übereinstimmen. Ich zitiere die Aussage, die ich dazu auch schriftlich abgegeben habe:

„Der freiheitliche Energiesprecher Abg. Dr. Gerulf Stix begrüßte heute . . ., daß den Abgeordneten durch Ministerratsbeschluß der Text jenes Aide-mémoires übermittelt worden sei, das der Vorsitzende der Reaktorsicherheitskommission dem Bundeskanzler übergeben habe.“

Die darin enthaltenen Schlußfolgerungen, „— und jetzt kommt das Zitat aus dem Aide-mémoire —, „,daß das Kernkraftwerk Zwentendorf unter Berücksichtigung der noch notwendigen zusätzlichen Maßnahmen baulicher Art nach einer Inbetriebnahme dem Stand der Technik von Kernkraftwerken mit Leichtwasserreaktoren entsprechen würde . . . sowie daß das Kernkraftwerk bei einer Inbetriebnahme den Standard von Sicherheit und Zuverlässigkeit, wie er bei modernen Kernkraftwerken weltweit und insbesondere bei vergleichbaren Anlagen in der BRD üblich ist, hätte,“ — Ende des Zitats aus dem Aide-mémoire — „hielten die freiheitlichen Regierungsmitglieder und auch er, Stix, persönlich für so weitgehend untermauert, wie das von kompetenten Fachleuten erwartet werden kann.“

Wir haben uns darnach die Beurteilung dieser Situation im Gesamtzusammenhang vorbehalten. Aber zu dem, was hier im Auftrag des Bundeskanzlers dem Parlament — auf Wunsch des Parlaments — zur Verfügung gestellt wurde, stehen auch wir Freiheitlichen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Und was ist mit der vorbehaltlichen Beurteilung . . .?)* Die kommt jetzt, danke.

Es ist die Rede von vergleichbaren Leichtwasserreaktoren, im speziellen ist von der Baulinie der Siedewasserreaktoren gesprochen worden. Es zeigt sich eben, wenn man sich diese vergleichbaren Schwesterkraftwerke in der Nachbarschaft, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, anschaut,

7586

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Dr. Stix

daß sich diese durch zahlreiche Störfälle, durch notwendig gewordene Nachrüstungen und durch längere Stillstandzeiten „auszeichnen“.

Die Reaktorsicherheitskommission hat uns schon früher dazu einen Bericht gegeben, nämlich 1981. Und da schwankt die Verfügbarkeit der Siedewasserreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland über die Jahre zwischen 28 über 60 bis 82 Prozent. Im Jahre 1979 betrug die durchschnittliche Verfügbarkeit aller Siedewasserreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland 32 Prozent — das sind die „Schwesterkraftwerke“ —, in Europa 51 Prozent. Zahlen der Reaktorsicherheitskommission — die jetzt von der Reaktorsicherheitskommission neu gelieferten Zahlen, die eine hohe Verfügbarkeit ausweisen, sind ebenfalls richtig — beziehen sich aber auf die letzten zwei Jahre. Das heißt, erst nach einer ganzen Reihe von Anlaufjahren ergibt sich bei dieser Art von Siedewasserreaktoren eine günstige Verfügbarkeit. — Das zu dieser Seite der Sicherheit.

Zur Frage: Sicherheit des Standortes. Es ist unbestritten, daß Zwentendorf in einem Erdbebengebiet steht, daß es im Grundwasserstrom der Donau steht und daß es in der Hauptwindrichtung auf Wien zu steht.

Nun sagen die Experten: Es ist nach dem Stand der Technik darauf Bedacht genommen, diese Risiken abzusichern: Nach dem Wissen und Können der Experten glauben diese, daß sie nach dem Stand der Technik alle notwendigen Maßnahmen für diesen Schutz ergriffen haben. — Ich glaube das den Experten; ich glaube es ihnen. Was trotzdem bleibt und von Experten auch nicht bestritten wird, das ist das Restrisiko. Wir müssen entscheiden, ob wir dieses eingehen wollen oder nicht.

Ich sage noch einmal: Auch die Beantwortung der Frage: Restrisiko eingehen ja oder nein?, ist nur ein Gesichtspunkt unter vielen, die zusammengekommen dann die Antwort ergeben.

Thema Entsorgung, Zwischenlager, Endlager. Kollege Graf hat gemeint, die Regierung habe nichts getan, um Zwischenlager, diese hat er ausdrücklich erwähnt, zu errichten. Ich möchte nur ganz bescheiden darauf hinweisen, daß die Errichtung eines Zwischenlagers, eines Abklingbeckens in den ganz selbstverständlichen Planungen der GKT enthalten ist und überhaupt keine Aufgabe der Bundesregierung darstellt. Aber das nur am Rande.

Im Bezug auf die Entsorgung kommt die Reaktorsicherheitskommission zu dem Ergebnis, daß nach technischem Wissen alles theoretisch machbar ist, sie bestätigt aber auch, daß es in der ganzen Welt nach wie vor kein betriebsbereites Endlager gibt. Das steht im Bericht der Reaktorsicherheitskommission. Auch das halte ich für richtig, auch dem schließe ich mich an, auch hier kann die Bundesregierung beim besten Willen nicht etwas anderes sagen.

Die Frage, ob wir uns damit begnügen, daß die Experten sagen, es ist technisch machbar, aber wir haben es noch nicht, oder ob wir abwarten wollen, bis es irgendwo ein wirklich funktionierendes Endlager gibt, ist wieder eine jener Bewertungsfragen, die wir hier behandeln müssen.

Daß hochrangige Kanzler in Richtung Experten kritische Worte finden, zeigt mir ein Zitat des seinerzeitigen sozialdemokratischen Bundeskanzlers Dr. Schmidt. Er hat anlässlich der 11. Weltenergiekonferenz in München — das ist nicht lange her, das war im September 1980 — folgendes gesagt — ich zitiere —:

„Der Bundeskanzler dagegen sagte, es sollte niemand so tun, als ob wir aller Sorgen ledig wären, wenn wir nur voll auf die Kernenergie setzten. Auf der ganzen Welt seien die technischen Probleme der Entsorgung noch nicht befriedigend gelöst, die Regierungen seien hier von der Industrie nicht rechtzeitig informiert worden. Schmidt plädierte neben der Förderung alternativer Energiequellen vor allen anderen für rationelle Verwendung von Energie ...“ und so weiter. Bitte, das ist eine gewichtige, sozialdemokratische Stimme zum Thema Endlagerung. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Aber es ist richtig — das anerkenne ich ebenfalls, wir Freiheitlichen anerkennen das —, daß Österreich unter Umständen dem Problem Endlagerung entkommt, indem es seinen Müll ins Ausland liefert. Das geht, das geht, wenn man jemanden findet. Es sieht so aus, als ob Österreich in der Sowjetunion einen solchen in Frage kommenden Partner gefunden hätte. Soweit, so gut.

Es bleibt trotzdem die Kostenfrage, das ist eine Frage des Rechenstiftes; darauf möchte ich hier nicht eingehen. Es bleibt natürlich die ethische Frage, ob man es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, daß man einen Müll, den man für so gefährlich hält, daß man ihn im eigenen Land nicht unterbringen will, einem anderen Land überläßt. Das ist eine

Dr. Stix

ethische Frage; die muß auch jeder für sich selber beantworten.

Dann gibt es natürlich noch politische Fragen. An der Seriosität des Handelspartners Sowjetunion und an dessen Vertragstreue gibt es aus freiheitlicher Sicht keine Zweifel. Aber es stimmt natürlich jenes Argument dann nicht mehr, das gerade die Atomkraft-Befürworter in der Kampagne 1978 immer wieder gebracht haben, das da lautete: Wir brauchen Zwentendorf, und wir brauchen die Atomkraft in Österreich, um auslandsunabhängig zu werden, insbesondere deswegen, um unabhängig zu werden vom Osten. Dieses von den Kernkraftbefürwortern seinerzeit immer wieder strapazierte Argument wird ja nun wohl aus dem Verkehr gezogen werden. — Ich bringe das nur im Sinne einer Feststellung vor.

Hochinteressant aber und von einem politischen Gewicht, das ich mich heute noch gar nicht wirklich zu beurteilen getraue, finde ich die Feststellung des ÖVP-Vorredners. Robert Graf hat namens der Österreichischen Volkspartei erklärt, daß sie in der Verbringung österreichischen Atommülls in die Sowjetunion ein ernstes neutralitätspolitisches Problem sieht.

Bitte, das sagt die große Oppositionspartei. Sie hat damit die Dimension einer Frage aufgeworfen, wo sie sicherlich gebeten ist, von allen wohl auch gebeten werden wird, diese ihre Einschätzung des Problems deutlicher zu machen. Jedenfalls habe ich aus den Worten des Herrn Abgeordneten Robert Graf, den ich persönlich sehr schätze, nicht heraushören können, daß die ÖVP bereit wäre, dem Verbringen des österreichischen Atommülls in die Sowjetunion zuzustimmen.

Bleibt also angesichts all dieser hier ausgetragenen Fakten die Frage: Brauchen wir Zwentendorf wirklich? Brauchen wir Zwentendorf trotz allem wirklich?

Da gibt es eine mengenmäßige Frage, und da gibt es eine kostenmäßige Frage. Was die mengenmäßige Deckung des Strombedarfs anbetrifft, ist diese Frage zu verneinen. Das Zehnjahresprogramm der österreichischen Elektrizitätswirtschaft, das ja von einer Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs ausgeht, sieht selbst nicht einmal den Bau neuer großer Wärmekraftwerke vor, einige kleinere der Landesgesellschaften. Der Verbund plant überhaupt keinen Bau eines größeren Wärmekraftwerkes, gibt damit aber indirekt deutlich zu erkennen, daß auch ohne Inbetriebnahme

Zwentendorfs die Stromversorgung gedeckt ist.

Es hat mich sehr erstaunt, daß ausgerechnet einer der massivsten Befürworter einer Inbetriebnahme Zwentendorfs, nämlich der Verbundgeneral Fremuth, in der „ZIB 2“ unlängst von einer Überschusssituation gesprochen hat.

Auf die Frage nämlich, was er dazu meint, daß es ja nicht nur um die Kernenergie geht, sondern auch darum — ich zitiere jetzt wörtlich den Sprecher —, „daß wir diesen Strom aus Zwentendorf eigentlich nicht brauchen,“ antwortete Fremuth: „Das ist eine Frage des Zeitpunktes der Betrachtung. Wenn wir gleichzeitig mit Dürnrohr — und das sollte ja heuer bereits im Winter in Betrieb gehen; es wird nächstes Jahr im Herbst in Betrieb gehen — Zwentendorf bekämen, würde eine Überschusssituation eintreten. Dadurch aber, daß wir mit etwa vier Jahren zu rechnen haben, bis das Kernkraftwerk in Betrieb geht, tut sich erneut eine Bedarfsschere auf. Infolgedessen wird man beginnen“ — mit Zwentendorf nach vier Jahren — „mit etwa 3 000 Betriebsstunden und mit einer jährlichen Zuwachsrate von weiteren 500 bis 1 000 Betriebsstunden.“

Das, bitte, klingt doch ganz anders als der ursprüngliche Notruf: „Wir brauchen Zwentendorf, sonst ist der Strombedarf nicht zu decken!“

Selbst Fremuth behauptet den Bedarf für Zwentendorf erst nach dem Jahr 1990. Und aus dem Energiebericht 1984 geht hervor, daß auch ohne Zwentendorf das Auslangen gefunden werden kann.

Ich habe lediglich Tatsachen zur Mengenfrage erwähnt.

Nun zur Kostenfrage. Bringt Zwentendorf kostenmäßig etwas? Dazu sagt der Energiebericht 1984 ja. Und ich glaube, daß dieses Ja, das der Energiebericht 1984 sagt, auch richtig ist.

Es ist wiederum nicht so, wie der Herr Abgeordnete Graf hier bekrittelt hat, daß die Kalkulationsunterlagen, das Zahlenmaterial zu dieser Frage der Kostengünstigkeit von Zwentendorf dem Parlament nicht gegeben worden seien, daß der Herr Vizekanzler das quasi nur en passant geäußert habe, aber nirgendwo schriftlich fixiert sei. Das ist auch nicht richtig. Ich halte es dem Abgeordneten Graf zugute, daß er es nicht weiß und nicht

Dr. Stix

wissen kann, weil er ja nicht im Ausschuß war.

Umfangreiche schriftliche Berechnungen sind vom Handelsressort allen Ausschußmitgliedern auf den Tisch gelegt worden. Es heißt im Energiebericht, und die Berechnungen untermauern das — ich zitiere wörtlich —, „... daß der Bau weiterer Kernkraftwerke in Österreich unter den gegebenen Umständen nichts zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung beitragen würde, daß aber die Inbetriebnahme von Zwentendorf unter den vorstehend dargelegten Annahmen“ — unter den vorstehend dargelegten Annahmen — „kostenmäßig vorteilhaft wäre.“

Diese vorstehend dargelegten Annahmen sind im Szenario von MARKAL enthalten. Sie bedeuten: Rücknahme der Erzeugung in anderen Wärmekraftwerken, teilweise Stilllegung auch moderner Kohle-, Öl- oder Gas-kraftwerke, und das erhöht natürlich die Fixkosten im System.

Daher gilt folgendes: Die Kostenvorteile Zwentendorfs würden sich erst nach und nach langsam einstellen, erst in der zweiten Hälfte der Inbetriebnahme, und in Wirklichkeit könnte erst nach einer Lebensdauer von 20 Jahren beurteilt werden, ob sich die Kostenvorteile realisiert haben. Dies aus einem ganz einfachen Grund: weil allen Kalkulationen die Betriebs-, die Arbeitsdauer von Zwentendorf mit 6 000 Stunden während 20 Jahren zugrundegelegt wurde, während feststeht — das hat ja Fremuth gesagt, ich habe ihn soeben selber zitiert —, daß auch ein in Betrieb genommenes Zwentendorf jahrelang nicht mit 6 000 Stunden laufen würde, sondern vielleicht mit 3 000 beginnen und sich dann langsam steigern würde. Und die Lebensdauer bleibt abzuwarten.

Das heißt: Jawohl, Zwentendorf bietet gewisse Kostenvorteile, sie stehen aber auf dem Boden vieler Annahmen, über deren Verifizierung heute nur gemutmaßt werden kann.

Dazu kommt aber noch etwas, und das ist jetzt ein Argument der Freiheitlichen Partei: Alle Kalkulationen basieren darauf, daß man auf die Hereinholung der Investition von 8 Milliarden — so viel sind es nämlich: 8 Milliarden Erstinvestition — verzichtet. Denn auch die Wirtschaftlichkeitsberechnungen der Reaktorsicherheitskommission gehen erklärmaßen davon aus, daß man alles, was bis 1984 an Ausgaben getätigt worden sein könne,

mit Null veranschlagen müsse, weil das ja schon abgeschrieben sei. (*Vizekanzler Dr. Steger: Das ist eine korrekte Berechnung!*) Das betrifft diese 8 Milliarden.

Ich möchte nur eines dazu als Frage in den Raum stellen: Wissen die Kernkraftbefürworter eigentlich, daß sie sich damit den Boden für jene Argumentation völlig entziehen, die da lautet: Wir haben 8 Milliarden schon hineingesteckt, die können wir doch nicht einfach in den Wind schreiben.

Hohes Haus! In allen Kalkulationen sind diese 8 Milliarden bereits abgeschrieben, und in den Kalkulationen und Berechnungen ist ihre Wiedereinholung nicht vorgesehen.

Ich fasse schon zusammen: Wirklich übrig bleibt der leider betrübliche Sachverhalt, daß in Zwentendorf eine offenkundige Fehlinvestition von 8 Milliarden herumsteht. Selbst eine Inbetriebnahme als Atomkraftwerk würde daran wenig ändern, wie ich soeben dargelegt habe. Die erwarteten Kostenvorteile gäbe es, aber sie sind mager und über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren ungewiß. Aber auch ich räume ein, daß sie wahrscheinlich in einem gewissen Ausmaß eintreten würden.

Abwracken oder ein Umbau, für den ich persönlich eintrete, haben auch bei einer nur wirtschaftlichen Betrachtungsweise je nach Variante letzten Endes ebenso viel für oder gegen sich wie die Inbetriebnahme als Atomkraftwerk, die ja ebenfalls noch sehr viele Milliarden an Zusatzinvestitionen erfordert.

Das ist die Relativitätstheorie von Zwentendorf, und sie zeigt, daß wir trotz aller uns von der Regierung korrekt und umfassend zur Verfügung gestellten Fakten nicht umhin kommen, uns ein eigenes Urteil als freige-wählte Abgeordnete zu bilden.

Zusammenfassend: Zwentendorf ist nicht der Schlüssel zu einer goldenen Energiezukunft. Zwentendorf ist wohl ein möglicher Beitrag für eine künftige Stromversorgung. Zwentendorf ist hingegen sehr wohl der derzeit eingemottete Schlüssel zum Einstieg Österreichs in eine Atomtechnologie, die in ihrer Gesamtheit, wie ich das dargelegt habe, äußerst fragwürdig ist.

Wir Freiheitlichen meinen daher, daß sich Österreich aus der Sackgasse der gegenwärtig geübten Energiegewinnung aus Atomkernspaltung heraushalten sollte. Wir können uns anderen, wir können uns modernen Energie-

Dr. Stix

technologien durchaus zuwenden und dabei sehr wohl als fortschrittliches Industrieland im Sinne auch wirtschaftlicher Vernunft handeln.

Hohes Haus! Um dem Ernst und der Bedeutung des heutigen Themas gerecht zu werden, habe ich die Auffassung der Freiheitlichen Partei so breit erläutert. Verzeihen Sie mir, wenn ich dabei Ihre Geduld strapaziert habe. Ich hoffe aber, daß Sie jetzt besser verstehen werden, warum die Freiheitliche Partei abseits allen politischen Taktierens von einer neuerlichen Volksabstimmung nichts hält.

Die komplizierten Problemstellungen entziehen sich leider einer einfachen Fragestellung, die zugleich auch umfassend genug wäre. Davon abgesehen hat die Volksabstimmung nach unserer Auffassung 1978 bereits eine Entscheidung gebracht.

Wir glauben aber an die Verantwortung der freigewählten Abgeordneten. Im Einklang mit dem Buchstaben und im Einklang mit dem Geist der Verfassung treten wir hinsichtlich der heute zur Debatte stehenden Anträge für eine Abstimmung ohne Klubzwang ein.

Das Abstimmungsverhalten meiner Fraktion wird zeigen, daß es auch bei uns unterschiedliche Einschätzungen gibt, daß aber das überwiegende Gros der freiheitlichen Abgeordneten Zeugnis dafür ablegen wird, wie breit die in der Freiheitlichen Partei zur Atomfrage in langen Jahren fundiert erarbeitete Auffassung getragen wird.

Niemand von uns macht es sich leicht. Ich billige den Atombefürwortern sowie den Atomgegnern zu, daß ihnen das Wohl Österreichs am Herzen liegt. Bleiben wir also fair! Bleiben wir aber auch bei der echten Argumentation! Bieten wir der Öffentlichkeit nicht das unwürdige Schaubild einer bloßen Spiegelfechtereier. Verhalten wir uns so, wie das von einem Parlament aus freigewählten Abgeordneten vom Volk erwartet wird. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 13.31

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Taus.

13.31

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Debatte von der ersten Minute an gefolgt. Ich war keine Minute außerhalb des Saales, habe jedem der Redner, vom Herrn Bundeskanzler angefangen, genau zugehört.

Ich bin schon in jungen Jahren in politische Funktionen gekommen, aber ich habe noch nie in diesen Jahrzehnten einen solchen Zusammenbruch der Regierungsargumentation gehört, wie ich sie jetzt nach der Rede des Herrn Präsidenten Stix feststellen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bitte Sie, mir das weder als Heuchelei noch als Zynismus noch als Verhöhnung, oder wie immer Sie mögen, auszulegen. Aber mir ist es peinlich, daß ich das heute hier als österreichischer Abgeordneter erleben mußte, der erwartet hat, daß er sich hier vor das Plenum hinstellen muß und die Argumentation seiner Partei zu erklären hat. Ich hätte mich nicht sehr schwer damit getan, aber ich gebe durchaus zu, daß wir, mein Freund Robert Graf, andere Kollegen und ich, lange diskutiert haben. Das ist nun die Linie unserer Partei; wir tragen sie, stehen zu ihr, aber mir ist es nicht einmal angenehm, daß es jetzt so leicht geworden ist, so zu argumentieren. Ich bitte Sie, mir das zu glauben. Es ist dumm vielleicht, wenn man so etwas als Oppositioneller sagt, ich gebe das durchaus zu, aber mir tut ein österreichischer Bundeskanzler in einer solchen Situation leid. Glauben Sie mir, es ist keine Heuchelei, mir tut er leid.

Ich habe in diesem Haus schon vieles erlebt. Ich selber bin oft nicht gut dagestanden. Hier geht es um das Amt des Regierungschefs, meine Damen und Herren. So einen Niederbruch einer Regierung in einer Argumentation — ich wiederhole es — habe ich noch nie erlebt, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Grabher-Meyer: Ausgerechnet Sie!)*

Alle Argumente, die darzulegen mein Freund Robert Graf sich bemüht hat, sind vielfach bestätigt worden. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Ich möchte aber trotzdem etwas versuchen, meine Damen und Herren, weil ich gemerkt habe, daß Sie sichtlich darum bemüht sind, eine energiepolitische Debatte zu führen. Ich möchte dies fernab von der heutigen Abstimmung versuchen. Die ist gelaufen. Es ist einer Oppositionspartei bei aller staatspolitischen Verantwortung, der wir uns nie entzogen haben, einfach unmöglich — einfach unmöglich! —, nach einer solchen differierenden Position der Regierung die Stimmen Ihrem Antrag zu geben. Das ist eine Grundfrage, das wissen Sie. Denken Sie sich in unsere Position hinein! Denken Sie es sich umgekehrt, wie Sie handeln würden. Ich glaube, wir brauchen darüber nicht mehr zu reden. Das Ren-

Dr. Taus

nen ist in dieser Frage gelaufen. Aber die Republik Österreich geht weiter und wir brauchen eine Energiepolitik.

Ich möchte zum Herrn Bundeskanzler und zum Herrn Kollegen Heindl hier Stellung nehmen, weil ich da eine Reihe von Argumenten gehört habe, die der Diskussion wert sind und die uns vielleicht auch in Zukunft weiterführen werden.

Zunächst einmal zum Herrn Bundeskanzler: Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Erklärung gleich den Energiebericht angezogen, indem er sagte, daß dieser im Ministerrat am 13. November 1984 einstimmig verabschiedet wurde. Der Herr Kollege Heindl hat dem einen oder anderen von uns vorgeworfen, daß dieser Energiebericht vielleicht nicht studiert worden wäre.

Ich gebe zu, daß es nicht jedermanns Sache ist, sich durchzuarbeiten. Ich möchte aber doch ein paar Dinge hier in den Vordergrund stellen, die für die österreichische zukünftige energiepolitische Diskussion, von der ich noch immer hoffe, daß wir sie führen werden, wichtig sind. Mein Freund Fritz König wird darauf sicherlich noch im Detail eingehen.

Das erste ist: Ich gebe durchaus zu, daß der Energiebericht eine bemühte Arbeit ist. Ich kann aber in den Jubel über die Qualität des Energieberichtes nicht einstimmen.

Ich nenne nur einige wenige Punkte, die vielleicht wesentlich sind. Erst das Sachliche, dann die politische Beurteilung, wobei sich das ja nicht widersprechen muß.

Zunächst einmal von der sachlichen Seite: Ich glaube, daß die Energiezuwachsschätzungen, die dem Energiebericht zugrunde liegen, meiner Meinung nach etwas zu niedrig sind. Wir hatten zwar in der Rezession einen gewissen Abkoppelungseffekt vom Wachstum feststellen können, das muß aber nicht immer so sein. Wir haben nun erlebt, daß ein leichtes Anspringen des Konjunkturmotors sofort diesen Abkoppelungseffekt aufhebt. Daher muß man sich in der Energiepolitik — das ist jedenfalls meine Meinung — auf die sichere Seite legen und muß eher dorthin schätzen, wo man die Energiezuwachsraten der nächsten Jahre höher ansetzt.

Wenn man das tut, dann werden die meisten der Ergebnisse des Energieberichtes natürlich nicht richtiger, sondern unrichtiger. Wobei man bei einer Prognose über richtig und unrichtig immer streiten kann.

Ich möchte auch ein zweites Argument anführen — das ist Ihnen von der Gesellschaft für Energiewesen und genauso von den EVUs vorgeworfen worden —: Sie haben den Berechnungen einen Realzinssatz von 6 Prozent zugrunde gelegt. Das ist einfach zu hoch. Dadurch ergeben sich erhebliche Verzerrungen. Ich hoffe nicht — im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklungen —, daß dieser Realzinsfuß bei 6 Prozent bleibt. Aber so zwischen 2 und 4 müßte man Modelle rechnen. Das ist vernünftig, mit dem muß man rechnen.

Ich habe auch noch ein drittes Argument — ich möchte nicht zu weit ins Detail gehen —: Ich kann mich nicht einverstanden erklären mit der Grundposition im Bericht, daß man der Kohle eine derartige Priorität gibt. Die Kohle spielt in dem Bericht eine eminent große Rolle. Ich halte das energiepolitisch, vom österreichischen Standpunkt aus für nicht richtig. Vielleicht können wir einmal darüber reden, das führt uns in die Irre.

Das nächste, meine Damen und Herren, das ist die politische Frage, um die es hier geht. Sie haben im Energiebericht die Wasserkraft im Hinblick auf Elektrizitätsproduktion an die erste Stelle gerückt. Ich hoffe, nach den Ereignissen bei Hainburg wird man sicherlich auch in dieser Frage diskutieren müssen. Denn bislang — mein Freund Robert Graf hat es gesagt — habe ich ein Wasserkraftkonzept der Regierung nicht mehr feststellen können. Das ist nicht einmal ein Vorwurf, sondern das ist eine bloße Feststellung.

Ich könnte jetzt noch eine ganze Reihe von Fragen fortsetzen. Es würde zu weit führen. Ich möchte Ihnen nur zeigen, daß man nicht von vornherein in einen Jubel über den Energiebericht ausbrechen sollte.

Jetzt komme ich zu noch einem Punkt; das ist ein Vorwurf an die Regierung. Dieser Energiebericht ist von der Regierung einstimmig — etwas anderes kann die Regierung nach unserer Verfassung ja nicht — genehmigt worden.

Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich auch wieder zu der Kernkraftgeschichte. Auch wieder — ich möchte fast sagen — ein Mosaikstein für das Übel unserer heutigen Diskussion. Die Kernenergie ist eigentlich in diesem Energiebericht de facto abgeschrieben worden. Das ist jetzt nicht nur meine Feststellung, sondern die Gesellschaft für Energiewesen hat eine Stellungnahme, und zwar eine kritische Betrachtung dieses Energiebericht-

Dr. Taus

tes, gegeben. Diese Gesellschaft für Energiewesen wird von den österreichischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und der Landwirtschaft getragen. Man muß nicht alles unterschreiben, was die Gesellschaft kritisiert! Aber immerhin ist die deutliche Feststellung zu lesen — ich bin beim Studium des Berichtes zum selben Schluß gekommen —: Eigentlich hat der Energiebericht de facto die Kernenergie abgeschrieben.

Die Regierung hat das Konzept aber einstimmig beschlossen. Ich weiß schon, daß die Regierungsmitglieder, der Bundeskanzler, sehr beschäftigt sind, aber man hätte diesen Energiebericht, vor allem das Konzept — denn Konzept ist ja mehr als ein Bericht; wenn da drüber stünde Analyse oder ähnliches kann man drüber reden, aber es ist ein Konzept der Regierung — studieren müssen.

Wenn die Regierung ein Konzept vorlegt, dann hätte sie zumindest den Bericht studieren lassen müssen und dann hätte sie diesen Bericht bei der Haltung, den zumindest der sozialistische Teil dieser Bundesregierung einnimmt, nicht passieren lassen dürfen. Das ist in der ganzen Argumentation bisher untergegangen. Ich habe mir aber die Mühe genommen, diesen Bericht zu studieren. Nicht jeder wird das machen. Wir sind alle ein bißchen spezialisiert. Ich beschäftige mich eben mit ökonomischen Fragen, andere wieder mit anderen Fragen. Also ich habe ihn studiert, und die Regierung hätte den Bericht nicht durchlassen dürfen. In dem Bericht ist klar und eindeutig die Kernenergie in der energiepolitischen Zukunft Österreichs nicht mehr enthalten.

Das ist, wie gesagt, nicht allein meine Feststellung. Das sagt auch die Gesellschaft für Energiewesen. Wenn man weiß, wer dort diese Stellungnahmen erarbeitet hat, kann man sagen, das sind achtbare Vertreter der Sozialpartner, die das gemacht haben.

Nun aber die nächsten Fragen, um die es hier geht. Ich möchte energiepolitisch — und mein Freund König, der unser Sprecher in dieser Frage ist, wird das sicher detaillierter ausführen, als ich es jetzt hier tun möchte — einige grundsätzliche Fragen dazu stellen, weil sich dieser Energiebericht, wie ich ihn verstehe, auch ein wenig von der internationalen Diskussion über Energie absetzt.

Ich frage Sie daher: Kann ein kleiner Industriestaat wie Österreich auf 84 000 km² versuchen, eine unterschiedliche Entwicklung zur westlichen Welt — ich sage das ausdrücklich:

zur westlichen Welt — zu nehmen? Ich bin skeptisch, daß das geht. Ich bin eher der Meinung, daß es nicht geht. Das ist meine persönliche Meinung.

Das zweite ist: Es wird in dem Bericht so viel von Wissenschaft und wissenschaftlichem Fortschritt gesprochen. Wieder meine persönliche Meinung: Wir sind ein 7,5 Millionen-Volk, meine Damen und Herren. Wir werden unseren bescheidenen Anteil — hoffentlich — zur Entwicklung der Energietechnik beitragen. Aber er wird eben ganz bescheiden und klein sein. 7,5 Millionen Menschen sind nicht viel. Vielleicht taucht ein Genie bei uns auf, und dem wird mehr einfallen. Aber mit dem kann man nicht rechnen. Daher werden wir also alles, was an Energietechnik kommt, zu einem guten Teil importieren müssen. Auch eine klare Frage.

Daher ist auch ein wesentliches Problem des Energieberichtes: Wir werden die Technik nicht selber haben, wir werden zum Teil auf das warten müssen, was es international gibt, weil wir als kleines Land gar nicht dazu in der Lage sind, hier sehr weit eigene Wege, auch industriepolitisch, zu gehen.

Die nächste Frage, um die es geht: Wir müssen durch eine vernünftige Streuung der Importe und durch einen Ausbau unserer heimischen Energiequellen schauen, daß wir so gut wie möglich davonkommen. Aber diese Konzentration auf die Kohle, die ich im Bericht festgestellt habe, läuft dem diametral entgegen.

Darum müssen wir uns also überlegen: Ist das gescheit, sich hier so stark auf die Kohle im Elektrizitätsbereich zu konzentrieren?

Und dann vielleicht ein letztes Argument zur energiepolitischen Diskussion: Ich persönlich bin der Auffassung, daß wir in überschaubaren Zeiten, also etwa in 20 bis 40 Jahren, da muß man vorsichtig sein, mit der Großtechnologie, wie wir sie heute kennen, vielleicht verbessert, leben werden. Das heißt, es gibt in diesem überschaubaren Zeitraum eigentlich eine konkrete technische Alternative noch nicht. Wir werden beginnen, andere Dinge zu machen. Aber im Prinzip wird der Großteil unserer Energieversorgung, vor allem im elektrischen Bereich, im wesentlichen aus der Großtechnologie kommen. Da wird es viele Verbesserungen geben. Es ist auch völlig undenkbar, daß man die Energiepolitik von der Umweltpolitik abkoppelt, überhaupt keine Frage. Man hat sie beide zusammen zu sehen. Aber um die Großtechnik werden wir nicht herumkommen.

Dr. Taus

Wenn wir aber um diese Großtechnik im einzelnen nicht herumkommen, wenn wir uns auch sehr bemühen werden um alle neuen Innovationen, die es gibt, um diesen Innovationsschub, auf den alle warten in der Energietechnik, wenn wir den nützen wollen, meine Damen und Herren, dann werden wir uns wohl viele der Thesen dieses Energieberichtes noch einmal sehr kritisch überlegen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das ist meine Aussage dazu, gar nichts anderes.

Und es tut mir leid, daß hier steht, das ist das Energiekonzept der Regierung. Wäre es eine Analyse, wären es Vorschläge, Anregungen oder, wie das häßliche Wort heißt, Denkanstöße, könnte man ruhig darüber reden. Aber das ist das Konzept der Regierung. Als Konzept der Regierung ist das, was drinnensteht, noch nicht geeignet, und die Regierung ist mit der heutigen Diskussion von dem Konzept, das sie deklariert hat, bereits abgewichen. Auch mit der Hainburg-Entscheidung selbstverständlich.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein paar Sätze dazu sagen, auch wieder zum Herrn Bundeskanzler und zum Herrn Kollegen Heindl.

Ich möchte zu dem Energiebericht daher sagen: Ich glaube nicht, daß er als politisches Entscheidungsinstrument geeignet ist. Er ist eine Grundlage, über die man diskutieren kann. Er ist kein Konzept. Hier steht fälschlich drauf: Konzept der Bundesregierung. — Es fehlt uns noch immer ein Konzept zur Energiepolitik der Bundesregierung! Das ist es nicht! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nachdem wir hier über die Kernenergieproblematik diskutiert haben und nachdem wir heute ja nicht nur den Energiebericht zur Diskussion stehen haben — obwohl es wichtig wäre, daß wir uns mit ihm detailliert auseinandersetzen —, muß ich doch noch ein paar Sätze sagen zu der heutigen Diskussion über die Frage der Volksabstimmung.

Ich glaube, in der gesamten Österreichischen Volkspartei gibt es keine Diskussion darüber, daß eine friedliche Verwendung der Kernenergie in Österreich einer zweiten Volksabstimmung unterworfen werden muß. Jeder von uns weiß das. Auch Sie wissen das. Das ist gar keine Frage. *(Unruhe bei der SPÖ.)* Selbstverständlich. Ich möchte es nur positionieren.

Überdies: Sie waren manchmal etwas laut und haben meinen Kollegen Graf, der ein

sehr geistvoller Mann ist, zu vielen Extempores veranlaßt. *(Abg. Roppert: Mehr hitzig als geistvoll!)* Aber das ist genau das, was Robert Graf hier gesagt hat, die ganze Zeit gesagt hat.

Die zweite Frage ist: Es geht darum, daß der Weg zu dieser Volksabstimmung freige-macht wird. Um etwas anderes geht es nicht. Das ist unsere Diskussion heute.

Mit der Freiheitlichen Partei werde ich mich nur ganz kurz noch beschäftigen. Das ist ja durch den Herrn Präsidenten Stix in hinreichender Weise geschehen.

Ich möchte mich aber mit Ihrer Position, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, in dieser Frage auseinandersetzen.

Nun, zu dieser Hauptproblematik, dem Freimachen des Weges, wurde ein Weg gewählt, den wir nicht teilen. Ich beginne mit einigen Positionen.

Es ist nicht einzusehen — auch wenn Sie, Herr Kollege Heindl, hier die Gutachten anerkannter Verfassungsjuristen zitiert haben; auch die Österreichische Volkspartei kann Gutachten bringen, ich glaube, Professor Winkler hat eine Stellungnahme abgegeben, aber wir sollten hier nicht mit Gutachten kämpfen, ich sage nur eine Grundposition —, es ist also nicht einzusehen, warum wir uns in der österreichischen legislativen Praxis alle fünf Minuten bei wichtigen Fragen rechtlich mit einer Verfassungsbestimmung retten.

In Österreich kann man mit Verfassungsgesetzen bekanntlich alles regeln. Die rechtspositivistische Grundposition unserer Verfassung — ich will hier keine Verfassungsdiskussion provozieren — und natürlich die daraus folgende rechtspositivistische Ausbildung im juristischen Studium macht es uns allen leicht — auch ich habe einmal Jus studiert, vor vielen Jahren —, sehr leichtfertig zu sagen: Machen wir halt geschwind ein Verfassungsgesetz, mit einer Zweidrittelmehrheit. Wir haben es ja so gelernt.

Ich habe persönlich eine andere Meinung. Ich sage, man soll eine Verfassung nicht so mißbrauchen, daß dann zum Schluß ein unübersehbares Gewirr von Verfassungsbestimmungen da ist. Warum geht man nicht den normalen Weg: Antrag auf Aufhebung des Atomsperrgesetzes?

Und nun kommt unsere Position: Wir haben

Dr. Taus

von Anfang an gesagt, hier muß die Regierung ein Zeichen setzen, hier muß die Regierung natürlich einen Beschluß fassen. Und warum? Das läßt sich argumentieren. Was haben wir für Bedingungen gestellt? Die haben wir von Anfang an gestellt, die stehen in dem Antrag, den Fritz König und ich im Jahre 1978 gestellt haben: die Sicherheitsfrage, die Endlagerungsfrage und ähnliches mehr.

Warum legen wir auf die Zustimmung der Regierung, auf den Beschluß der Regierung einen solchen Wert? Wir legen nicht aus einem Justamentstandpunkt heraus einen solchen Wert darauf. Aber natürlich, wir sind ja auch Politiker und es geht ja um Politik, das dürfen wir nie vergessen und ich will das nie vergessen. Wir tun immer so, als gäbe es die Politik nicht. Natürlich gibt es die.

Und was ist das Entscheidende? Wir haben gesagt: Als Opposition haben wir keinen Apparat. Wir können gar nicht hinreichend überprüfen, ob hier alle Gutachten in Ordnung sind, die Verträge in Ordnung. Das ist doch gar keine Frage.

Was wollen wir damit? Wir wollen die eindeutige Festlegung der politischen Verantwortung der Regierung, die den gesamten Apparat zur Verfügung hat und die damit offen die politische Verantwortung vor der österreichischen Öffentlichkeit zu übernehmen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Meine Damen und Herren! Nur dann kann man dem Staatsbürger und dem Wähler sagen: Die haben das mit dem Apparat der Regierung voll überprüft. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Weil an Ihren Ausführungen viel dran ist, Kollege Taus, haben wir dann Ihren Antrag eingebracht!)* Ja, ich komme schon drauf zu sprechen, Herr Kollege Wille. Die Diskussion zur Sache selber ist ja meiner Meinung nach durch die Rede des Herrn Präsidenten Stix eindeutig geklärt worden. Nur wenn die Regierung die volle politische Verantwortung übernimmt, ist es dem Wähler zumutbar, daß er in einer Abstimmung mit Ja oder Nein entscheiden kann. Das ist doch die Grundfrage.

Jetzt bin ich halt leider noch einmal bei der Regierung und dabei, warum wir so auf dieser Frage beharren. Sehen Sie, es ist nicht nur Politik, natürlich ist es auch Politik; das war immer so. Wir sind ja politische Funktionäre. Aber was will ich damit sagen? — Ich habe mir hier — ich arbeite nie gern mit vielen Zitaten — diesmal doch einige Zitate heraus-suchen lassen und muß mich jetzt dem Herrn Energieminister zuwenden. Er ist Mitglied

Ihrer Regierung. Ich habe hier eine Mitschrift des „Mittagsjournals“ vom 14. März 1985. Ich nehme an, das ist eine korrekte Mitschrift, das ist ja überprüfbar. Dr. Steger sagt im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk: „Mir ist aber auch dieses fast nicht vorhandene Risiko — dieses fast nicht vorhandene Sicherheitsrisiko! — noch immer zu groß, um deswegen für Zwentendorf zu sein.“ — Das ist am 14. März im „Mittagsjournal“ gesagt worden.

Meine Damen und Herren! Ich kann nicht verlangen, daß Sie es offen sagen. Wir bemühen uns, uns in Ihre Position zu versetzen, versetzen Sie sich einmal in unsere Position. Aber auch dem Wähler gegenüber. Wir haben ja alle die gleiche Verantwortung dem Wähler gegenüber, den Leuten gegenüber, die uns die Stimmen gegeben haben, derentwegen wir hier in diesem Hohen Hause sitzen. Da sitzt ein Energieminister hier und der bestätigt eigentlich in diesem „Mittagsjournal“ mit diesem einen Satz im Prinzip das, was der Präsident Stix in extenso ausgeführt hat. Hier gibt es keinen Unterschied. Es ist ein bißchen verwaschener, sicher nicht so präzise, aber er bestätigt es.

Meine Damen und Herren! Ich reite jetzt nicht einmal auf dem Prinzip der Einstimmigkeit für die Regierung herum, obwohl man auf formale Dinge schon achten muß. Ich reite nicht einmal darauf herum. Aber es geht um den Energieminister. Das ist jetzt nicht irgendein anderer Herr, das ist nicht irgendeiner, sondern der, der dann in Zukunft, angenommen, die Kernenergieabstimmung würde positiv ausgehen und das Kraftwerk Zwentendorf würde in Betrieb genommen, die entscheidenden Bewilligungen unterschreiben muß, in dessen Haus das geschieht, der eine Hauptrolle bei der Inbetriebnahme zu spielen hat.

Und jetzt sage ich noch etwas. Ich stelle mich nicht hierher und sage, die Regierung gehört gestürzt. Natürlich will ich haben, daß sie geht. Ich bin Opposition. Die Opposition hat daran zu arbeiten, daß die Regierung gewechselt wird. Das ist ihr fast verfassungsmäßiger Auftrag, wenn ich das einmal etwas kräftig hier sagen darf. Aber da ist doch die Frage — wir wissen alle: in der Politik sind wir ständig daran, Kompromisse zu machen. Das Leben in der Politik besteht aus Kompromissen, anders geht es ja gar nicht.

Aber dann gibt es bestimmte Positionen, meine Damen und Herren, wo der Kompromiß ein Ende hat. Ich will hier um Gottes wil-

Dr. Taus

len niemanden moralisch qualifizieren, auch nicht den Herrn Vizekanzler und Energieminister in seiner Haltung. Ich kann es nur für mich sagen: Wenn ich in dieser Situation wäre, und es wäre meine Überzeugung, so dagegen zu sein, wie das der Herr Dr. Stix hier skizziert hat mit diesen dramatischen, auch ans Gefühl, an die Angst appellierenden Überlegungen, die es da gibt, und ich bin so gegen die Kernenergie, und dann sitze ich dort und von meiner Unterschrift hängt das zu einem wesentlichen Teil ab, ob das in Betrieb geht, dann sage ich Ihnen etwas. Niemand in der Politik ist ein Engel, im Leben gibt es überhaupt wenige Engel und wenige Heilige. Aber es gibt irgendwo eine Barriere, wo man sagen muß: Das kann ich nicht unterschreiben, das geht nicht, da kann ich mit dieser Haltung nicht dabeibleiben. Daher ist die Freigabe der Abstimmung der Versuch, die Regierung zu umspielen. Aber es geht gar nicht mehr nur darum. Es geht darum, daß hier eine fast fanatische Antiposition drinnen ist, und zwar in der Regierung. Ich würde das im Hohen Hause hier akzeptieren, da sind die Abgeordneten, die ihre Meinung haben, aber nicht in der Regierung, nicht bei denjenigen, die die totale exekutive Macht in diesem Land haben. Da geht es nicht, daß man so eine Haltung hat. Das ist unmöglich. Das geht nicht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das spricht dem Prinzip des Regierens Hohn, meine Damen und Herren. Das ist die entscheidende Frage, um die es uns hier geht. Da geht es um etwas völlig anderes. Wir haben als Abgeordnete die legislative Verantwortung, eine hohe politische Verantwortung, eine legislative, eine kontrollierende, auch eine staatspolitische, auch die Opposition. Das will ich überhaupt nicht leugnen. Aber wir haben keine Regierungsverantwortung. Solange wir auf diesen Bänken hier in der Minderheit sitzen und nicht in der Regierung sind, wird niemand von uns in die Verlegenheit geraten, daß er gegen seine tiefe Überzeugung einen exekutiven Akt zu setzen hat, und dort hört sich bitte der Gurkenhandel auf. Das ist der Grund, warum wir hier penibel sind, oder ich bin es. Ich will hier niemanden präjudizieren. Das ist die Frage. Wir haben diese Verantwortung nicht und Sie von den Regierungsparteien letztlich auch nicht, obwohl Sie die Regierung zu decken haben, selbstverständlich. Sie sind die Mehrheit, die beiden Parteien, die dieser Regierung das politische Leben sichern. Und trotzdem gibt es auch da eine Barriere, die ich Sie bitte, nicht zu übersteigen. Mehr sage ich nicht dazu. Ich hoffe, ich habe es vorhin gesagt, das

letzte Wort wird hier nicht gesprochen sein. Ich hoffe, wir werden weiterkommen.

Und dann gibt es natürlich noch ein paar Kleinigkeiten, die ich schon monieren möchte. Mein Freund Robert Graf hat es schon getan. Der Vertrag mit der Sowjetunion, damit es da keine Mißverständnisse gibt, weil ich ja auch glaube, daß unser Generalsekretär in dem Bericht des Herrn Bundeskanzlers mißverständlich zitiert wurde.

Ich darf vielleicht folgendes dazu sagen: Ich zweifle nicht eine Sekunde an der Seriosität der Sowjetunion als Verhandlungspartner. Ich selber war vor vielen Jahren — ich bin stolz darauf — an der Wiege des ersten Gasvertrages der Sowjetunion mit einem westlichen Staat, nämlich mit Österreich. Ich glaube, das war ein Vertrag, der zum beiderseitigen Vorteil geschlossen wurde. Hunderte Verträge vielleicht, ich weiß es nicht, wurden zwischen der Sowjetunion und Österreich geschlossen. Alle sind penibel eingehalten worden. Das heißt also, kein böses Wort, ich könnte es gar nicht, das wäre nicht richtig, es wäre falsch, es wäre unrichtig gegenüber dem Vertragspartner Sowjetunion. Das hängt nicht damit zusammen, daß ich dem Realen Sozialismus des Ostsystems etwas abgewinnen kann; das kann ich natürlich nicht. Aber keine Frage im Zusammenhang mit der Vertragstreue.

Ich habe gesagt, wir haben in einer ÖVP-Alleinregierung diesen Gasvertrag damals via ÖMV abschließen lassen. Jeder von Ihnen weiß das. Es waren der Generaldirektor Bauer, der verstorbene Präsident Primas dabei, alles hat funktioniert. Aber hier geht es doch um etwas anderes. Hier geht es um zwei weitere Fragen, auch die Sowjetunion weiß das genau. Natürlich ist das ein politisch sensibler Vertrag.

Wenn man schon die Opposition in so einer Situation einbinden will, dann muß man sie von Anfang an einbinden und dann kann man doch nicht eine Geheimdiplomatie versuchen, Herr Bundeskanzler, die es dem Parteiobmann der Opposition gar nicht mehr gestattet mitzugehen, weil das seine Kollegen im Interesse der Würde der Partei gar nicht mehr zulassen würden. Wenn der Generaldirektor der Verbundgesellschaft gruppös nach Moskau reist — nicht einmal sein Kollege im Vorstand hat gewußt, daß er nach Moskau... *(Widerspruch bei der SPÖ.)* Entschuldigen Sie, er hat es selber gesagt. Das tut mir schrecklich leid. Es tut mir leid. Hier ist die Mitschrift. Ich habe die Mitschrift da, wenn

Dr. Taus

die Mitschrift falsch ist, müssen Sie eine tatsächliche Berichtigung machen. Er selbst hat es gesagt. Wir verhandeln lang, dann setzt sich der Dr. Mock mit Dr. Sinowatz zusammen. Und ich muß ehrlich sagen: Ich kenne den Dr. Sinowatz gar nicht so gut, aber er ist sicher ein honoriger Mann. Ich weiß nicht, was da in ihn gefahren ist. Wie kann er so etwas machen? Wie kann er so etwas machen? Wie kann er den Oppositionsführer in eine solche Situation bringen? Ich weiß, wie so etwas ist.

Ich habe Dr. Kreisky im Jahr 1977/78, als jeder in Österreich gesehen hat, wie die energiepolitische Diskussion in Österreich läuft, von diesem Rednerpult aus und im Fernsehen, zweimal ein Angebot über eine gemeinsame Energiepolitik gemacht, weil man ja gesehen hat, wie problematisch die energiepolitische Auseinandersetzung wird. Und ich habe als Antwort gekriegt: Die ÖVP brauchen wir nicht zum Regieren.

Was glauben Sie? Ich weiß, wie das ist. Für den Oppositionsführer, der verhandeln geht, der ein Angebot macht — es ist ja schon schlecht für einen Oppositionsführer, wenn er ein solches Angebot über Zusammenarbeit macht —, für Dr. Mock ist dies unzumutbar, das kann ich Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, nach einem Gespräch mit dem Bundeskanzler nicht voll informiert wegzugehen. Es ist unzumutbar, in der Zeitung lesen zu müssen, daß mit der Sowjetunion verhandelt wird, nachdem er wenig vorher mit dem Bundeskanzler gesprochen hat und nicht informiert wurde.

Über die anderen Dinge möchte ich im Detail hier nicht mehr reden. Meine Freunde werden sich darüber verbreiten. Wir sind hier sicherlich leider in einer Patt-Stellung. *(Zwischenruf.)* Wir können Ihnen nicht zustimmen, wobei es sicherlich bei uns — ich gebe Ihnen durchaus recht — eine ganze Menge gibt, die schon meinen, daß es eine Volksabstimmung geben sollte, aber das geht ja nicht mehr nach der Position der Regierung. Leicht tut sich jeder von uns, es jetzt zu argumentieren. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Wir haben — das hat Robert Graf deutlich gemacht — die Tür nicht zugeschlagen. Aber eines können Sie von uns nicht erwarten: daß wir sie Ihnen aufmachen! Das führt zu weit. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf.)* 14.01

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Vizekanzler.

14.01

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Steger:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe im Laufe dieser Debatte jetzt sehr unterschiedliche Beiträge hier miterleben dürfen:

Die Beiträge des Herrn Abgeordneten Dr. Heindl und des Herrn Abgeordneten Dr. Stix, die beide umfangreich zur energiepolitischen Frage Stellung bezogen haben, das Für und Wider abgewogen haben, das Energiekonzept beleuchtet haben.

Ich habe die Wortmeldung des Herrn Präsidenten Graf erlebt, der hier — fast habe ich den Eindruck gehabt: wie ein Mensch mit einem schlechten Gewissen — überhaupt nicht zum Energiekonzept geredet hat *(Zwischenrufe bei der ÖVP)*, mit einem einzigen Satz zum Energiekonzept geredet hat und sonst nur sehr, sehr lange erläutert hat, warum seine Partei für Atomenergie, aber gegen eine Volksabstimmung ist. *(Zwischenrufe der Abg. Dr. Schwimmer und Dr. Zittmayr.)*

Und ich habe jetzt den Herrn Abgeordneten Dr. Taus erlebt, der gesagt hat, er habe den Energiebericht durchstudiert, anschließend aber Behauptungen aufgestellt hat, die man nur aufstellen kann, wenn man den Energiebericht nicht gelesen hat; ich werde darauf im Detail zurückkommen. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Helga Rabl-Stadler.)*

Energiepolitik ist in Österreich sehr oft — es wird in der Verkürzung so verwechselt — gleichgesetzt mit Elektrizität, und es wird manchmal der Horizont verloren, daß Elektrizität zwischen 17 und 18 Prozent des österreichischen Energieverbrauches ausmacht, allein aber der Bereich Erdöl 45 Prozent. Ich spare es mir, die anderen Prozentzahlen zu nennen, aber Sie sehen schon, daß dann, wenn man von 100 Prozent des Energiebereiches ausgeht, wesentliche andere Fragen auch mit abzuhandeln sind, Fragen, die zu meiner Überraschung in der Öffentlichkeit seit Vorlage dieses Energieberichtes, seit Vorlage dieses Energiekonzeptes überhaupt keine negativen Reaktionen ausgelöst haben, überhaupt keine Kritik ausgelöst haben, während der Bereich der Elektrizität offensichtlich so sehr in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt ist, daß alle Diskussionen immer wieder ausschließlich zum Bereich der Elektrizität geführt werden.

Verzeihen Sie aber doch, daß ich einige

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

grundsätzliche Fragen zur Energiepolitik an den Beginn meiner Überlegungen stelle, schon allein deswegen, weil ich Ihnen gesagt habe: 45 Prozent Öl, 7 Prozent erneuerbare Energien ohne Wasserkraft (*Abg. Dr. Zittmayr: Reden wir von was anderem!*), vor kurzem 3 bis 4 Prozent, vielleicht mit den Maßnahmen, die im Energiekonzept vorgesehen sind, steigerbar auf 9 bis 10 Prozent. Das sind alles Grundsatzfragen, weitreichende politische Entscheidungen, weitreichende Fragen des Förderungsinstrumentariums, die hier mit abgehandelt werden und die auch noch zu Gesetzesänderungen führen müssen.

Der Energiebericht hat vier Säulen:

Erstens die Darstellungen der Ziele und Instrumente der Energiepolitik. Heute hat interessanterweise bisher niemand an den Zielen der Energiepolitik der Bundesregierung Kritik geübt. Ich halte das fest, einfach deswegen, weil es den Fakten entspricht.

Dann kommt die Darstellung der Wirtschafts- und Energiesituation seit 1981. Im Unterausschuß — oder war es im Handelsausschuß? — hat Herr Abgeordneter Dr. König ausdrücklich bestätigt, daß diese Darstellung sehr umfangreich und sehr gut ist, also die Darstellung Teil B des Energieberichtes.

Der dritte Teil bringt die Grundlagen für das Energiekonzept der Bundesregierung, die Modellrechnung nach MARKAL. Hier habe ich festzuhalten, daß es das erste Energiekonzept ist, das auf derartigen überprüfbaren Unterlagen aufbaut, das ein Computermodell zugrunde gelegt hat und das es ermöglicht hat, daß im Grunde genommen jede Fragestellung, die aufgenommen wird, überprüfbar beantwortet werden kann. Ich werde mir daher erlauben, bei jenen Details, zu denen Herr Abgeordneter Dr. Taus Zahlen genannt hat, auch zu erläutern, warum er von falschen Zahlen und von falschen Annahmen ausgeht, die in diesem Modell nicht so enthalten sind.

Ich werde Ihnen aber auch nochmals zur Kenntnis bringen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es kein Zufall ist, daß die Internationale Energieagentur der österreichischen Bundesregierung für diesen Energiebericht und dieses Energiekonzept größtes Lob ausgesprochen und in ihren schriftlichen Bericht hineingeschrieben hat — ich habe diesen Bericht mit; Sie können jederzeit Einsicht nehmen —, daß sie anderen europäischen Ländern empfiehlt, ein gleichartiges Energiekonzept zu erstellen, daß sie anderen Ländern empfiehlt, die Zahleneingabe gleichartig über-

prüfbar durchzuführen, und daß sie den Wunsch hat, daß die österreichische Bundesregierung dieses Energiekonzept in der Zukunft konsequent durchsetzen möge. Das ist ein Erfolg der gesamten Bundesregierung! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Dieses Energiekonzept ist der vierte Teil dieser gesamten Broschüre (*zeigt*), und nur für jene in der Öffentlichkeit, die wenig Zeit haben, haben wir ab Seite 155 noch einmal eine Kurz-Kurz-Fassung hingeschrieben, damit sie merken, welche Themen wirklich vorkommen. Wir sind dabei nicht davon ausgegangen, daß es Debattenrednern im Parlament passiert, daß sie hier sagen, wie das etwa der Abgeordnete Dr. Taus gesagt hat, zur Wasserkraft sei in diesem Energiebericht kein Konzept enthalten. Wir sind nicht davon ausgegangen, daß jemand nur die Kurz-Kurz-Fassung gelesen hat. Denn auf Seite 115 sind die Wasserkraftwerke einzeln enthalten, die wir positiv begutachtet haben und bei denen wir davon ausgehen, daß sie in den nächsten Jahren tatsächlich realisiert werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde selbstverständlich — weil ein Zwischenrufer schon vermeint hat, daß ich darauf nicht eingehen werde — in weiterer Folge meiner Ausführungen auch noch zur Frage Atomenergie kommen. Ich lege aber schon Wert darauf, daß auch hier die Dinge ein bißchen im Lot bleiben.

Zwentendorf beträgt mit dem Wert, mit dem es in Betrieb gehen kann, nach den Ausführungen des Herrn Generaldirektors Dr. Fremuth ungefähr 0,75 Prozent unserer Energiepolitik. Wenn es den höchsten Wert dessen, was technisch überhaupt machbar scheint, in der Jahresenergieleistung erreicht, dann liegt es mit der absoluten Obergrenze bei bis zu 2 Prozent unserer Energie. Daher ist es doch verständlich, daß im Rahmen einer Debatte über die Energiepolitik auch die anderen Fragestellungen mit beleuchtet werden müssen, weil Zwentendorf, selbst für den Fall, daß das Sperrgesetz aufgehoben werden sollte, und selbst für den Fall, daß eine Volksabstimmung ein anderes Ergebnis als beim letzten Mal bringt, eben noch immer nur bis zu 2 Prozent unserer Energiepolitik ausmacht und viele andere Fragen eben auch mit gelöst sein müssen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*) Ich kann Ihnen auch das beantworten, Herr Abgeordneter! Ich komme auch darauf später zurück, damit Sie nicht die Meinung haben, es bleibe hier das etwa unbeantwortet. Ich bitte aber um Verständnis, daß ich bei meinem systematischen Aufbau bleibe,

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

obwohl es immer wieder Lust gibt, gleich zwischendurch auch eine andere Frage zu beantworten. (*Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.*)

Traditionelle Ziele der Energiepolitik, seit vielen Jahren in allen Energieberichten der Bundesregierung enthalten — und ich bekenne mich zu all diesen Zielen —, waren immer (*Abg. Dr. Zittmayr: Irreführend!*): Versorgungssicherheit, Preisgünstigkeit, Zuverlässigkeit und Devisenersparnis. In den letzten Jahren ist bereits das Ziel „rohenergiesparend“ dazugekommen und mit diesem „Rohenergiesparend“ als Zielvorstellung das Energiesparen schlechthin.

Ganz in der jüngsten Vergangenheit aufgenommen und eine erklärte Zielsetzung dieser Bundesregierung ist, daß bei allen energiepolitischen Vorstellungen als gleichrangiges Ziel verankert wird, gesetzlich festgelegt wird als Auftrag an die Energiewirtschaft, daß wir auch umweltbewußt vorzugehen haben, und ich unterschreibe, daß daher heute manches nicht mehr machbar ist — etwa beim Kraftwerkbau —, was noch vor zehn, vor 20 Jahren selbstverständlich war. Das ist aber gar kein Wunder in der technischen Entwicklung! Es wird auch kein PKW mehr so gebaut, wie er vor zehn, 20 oder 30 Jahren konstruiert und gebaut worden ist, sondern alles hat sich weiterentwickelt, selbstverständlich auch die Technik im Bereich der Energiepolitik. Alles hat sich weiterentwickelt, selbstverständlich trifft das auch auf die Technik im Bereich der Energiepolitik zu. Ich meine doch, daß ein ganz wesentlicher Erfolg und eine Verwirklichung der grundsätzlichen Zielvorstellungen dieser Bundesregierung die Tatsache ist, daß umweltschonender Energieeinsatz in Zukunft die Richtlinie für uns alle zu sein hat. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Es erfolgt mit diesem Energiekonzept eine ständige Abwägung umweltpolitischer Standpunkte und wirtschaftspolitischer Standpunkte, die für uns eben eine Einheit darstellen, bei denen man sich durchaus bewußt sein muß, daß einmal die eine Frage stärker im Vordergrund steht, ein anderes Mal wieder eine andere Frage. Aber selbst dann, wenn wir stärker wirtschaftliche Bedingungen zu berücksichtigen haben, haben wir Umweltfragen nicht vom Tisch gewischt, sondern abgewogen und dann erst sind wir zu unseren Entscheidungen gekommen.

Dankbar war ich dafür, daß der Abgeordnete Dr. Heindl klargemacht hat, daß wir im letzten Jahrzehnt, von 1973 bis 1983 gesehen

— nicht kurzfristig, ein, zwei Jahre, nicht kurzfristig in der Phase der Rezession im Wirtschaftsbereich —, erlebt haben, daß es eine gewisse Entkoppelung Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum gegeben hat.

Ich sage eine „gewisse Entkoppelung“, weil ich zu jenen gehöre, die nicht davon ausgehen, daß sich das grenzenlos fortsetzen läßt. Auch ich glaube, daß ein stärkeres Wirtschaftswachstum gewisse neue energetische Notwendigkeiten nach sich ziehen wird. Fest steht aber — und das sind Fakten —, daß von 1973 bis 1983 — und ich lobe da etwas, wo ich noch nicht in der Regierung war, daher dürfen Sie es mir umsomehr glauben, wenn ich es hier feststelle —, fest steht, daß in dieser Zeit der Energieverbrauch insgesamt, nicht nur der Strombereich, der Energieverbrauch in Österreich praktisch nicht zugenommen hat und real das Wirtschaftswachstum im gleichen Zeitraum um 26 Prozent zugenommen hat, real die Wirtschaft um 26 Prozent gewachsen ist. Das heißt eindeutig: Im Verhältnis zur Wirtschaftsgröße hat der Energieverbrauch abgenommen. Das ist deswegen etwas so Erfolgreiches, weil wir ein Land sind, das in einem sehr großen Ausmaß bei Rohstoffen und auch bei Energie auf Importe angewiesen ist, und je mehr es uns als industrialisiertem Land gelingt, eine solche Entkoppelungsbewegung fortzusetzen, umso eher werden wir erreichen können, daß wir unsere Devisenbilanz nicht grenzenlos weiter belasten, denn sie ist belastet genug mit der momentanen energiepolitischen Situation.

Was wollten wir, um diesen Trend weiter fortsetzen zu können, in der nächsten Zeit erreichen? Ich darf Ihnen vielleicht noch, um Ihnen für die Zeit ab 1979 die Zahlen ins Bewußtsein zu rufen, sagen: In dieser Zeit der schlechteren Wirtschaftsentwicklung ist der Energieverbrauch nicht gleichgeblieben, sondern um jährlich 2,7 Prozent zurückgegangen. Also über den Zeitraum von 10 Jahren ist er gleich geblieben, ab 1979 war er rückläufig.

Strom hat Steigerungsraten aufzuweisen gehabt.

Ich meine nun, daß man sich doch über alle Parteigrenzen hinweg darüber freuen soll, daß dies durch den großen Einsatz, etwa in der Industrie, durch den großen Einsatz im Gewerbe, durch die große Bereitschaft aller Bürger, im privaten Bereich beim Energieverbrauch zu sparen, letztendlich auch dadurch, daß die Technik fortgeschritten ist, gelungen ist, denn das ist ja nicht zufällig passiert, das ist passiert, weil viele Energiekonsumenten,

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

seien sie gewerblicher, industrieller oder privater Natur, mitgewirkt haben an einer Politik, die sich Energieeinsparung als großes Ziel gesetzt hat. Mit diesem Energiebericht, mit diesem Energiekonzept, kommt auch der gesetzliche Auftrag aus dem öffentlichen Bereich, das verstärkt fortzusetzen.

Es gibt dazu steuerliche Instrumentarien, die Begünstigungen sind Ihnen bekannt, es gibt etwa Aktionen des Handelsministeriums zur Förderung der Anschaffung von Meßgeräten, es gibt bei uns eine Mitfinanzierung, man hat über diesen energetischen Verbrauch die Kontrollmöglichkeit verstärkt, die dem Energieverbraucher nichts kosten soll, es gibt die begünstigten Darlehen, es gibt die gemeinsamen Bund-Land-Aktionen, die Verbrauchskennzeichnungsaktionen oder die Maßnahmen im Verkehr und bei Raumheizung und Warmwassererzeugung. Das alles nur als sehr kurzer Kalender dessen, was schon erfolgreich eingeleitet worden ist und was konsequent fortgesetzt und gesteigert werden muß.

Es gibt ein zweites großes Ziel, und auch das hat bereits vor Jahren eingesetzt. Dieses zweite große Ziel — und damit sind wir schon näher bei der Frage, wie verschiebt es sich innerhalb des Energieverbrauches bei den Anteilen der Energieaufbringungsarten, bei dem Anteil des Rohenergieeinsatzes — war ein Ziel, Öl, Erdöl, Erdölprodukte schrittweise zu substituieren durch andere Energieträger. Wenn Sie nehmen, daß Erdöl im Jahre 1973 noch 54 Prozent unseres Gesamtenergieverbrauches war, mittlerweile aber bis 1983 auf 46, nicht ganz 45etliche Prozentpunkte abgesenkt werden konnte, ist auch hier bewiesen, daß ein großer Erfolg der Bundesregierung vorliegt. Ich gestehe, daß ich meine, daß es in der Phase des jetzt beginnenden Wirtschaftsaufschwunges oder des schon vorhandenen Wirtschaftsaufschwunges sehr schwierig sein wird, gerade in diesem Sektor ähnliche Erfolge in den nächsten Jahren zu erzielen. Ich halte es für möglich, daß es einen gewissen Rückschlag durchaus geben wird.

Der vermehrte Einsatz von Kohle. Hiezu hat Herr Dr. Taus bereits eine Absage erteilt. Ich weiß nicht, was Sie gegen die Steirische, gegen die Kärntner Kohlewirtschaft haben, daß Sie von vornherein den verstärkten Einsatz von Kohle in der österreichischen Industrie ablehnen. Ich darf Ihnen sagen, daß neue Technologien vorliegen, die es vor drei und vier Jahren noch nicht gegeben hat, Technologien im Wirbelschichtbereich, die dazu führen, daß Umweltschädigungen nicht mehr vorhanden sind, die damals selbstverständ-

lich gewesen sind, und daß daher dieser Kohlebergbau Österreichs — auch ein wesentlicher Wirtschaftszweig gerade in diesen beiden Bundesländern — neue Chancen haben wird, vor allem im Anlagebereich bis etwa 50 MW, 70 MW. Ich bekenne mich dazu, daß auch der Kohlebergbau Österreichs mit diesem Energiekonzept Chancen haben wird. Die Bundesregierung steht jedenfalls dazu. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Ich darf aber damit schon zu einigen Fragen auch kritischer Natur kommen. Ich bin auch überzeugt, daß beim Fernwärmeausbau wir zwar Erfolge haben, aber noch nicht so rasch vorangekommen sind, wie wir uns das wünschen. Wir haben gerade in den letzten Wochen neue Gespräche im Handelsministerium aufgenommen, um uns hier neue Einrichtungen einfallen zu lassen, mit denen wir gerade im Fernwärmebereich doch auch neue Möglichkeiten schaffen.

Alle diese grundsätzlichen Zielvorstellungen, neue Zielvorstellungen Umweltverträglichkeit, Zielvorstellungen neuerer Art energiesparend, werden nur verwirklicht werden können, wenn wir ein neues Instrumentarium bekommen. Wir wollen steuerliche Vorteile für Investitionen an die Zuerkennung elektrozitätswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit binden, dazu gehört, daß wir beim Ausbau der Förderungsaktionen für Kleinkraftwerke ebenfalls eine neue Weichenstellung vornehmen müssen.

Damit bin ich an sich bereits bei der Frage Elektrizität. Diese ist heute am stärksten diskutiert worden. Gestatten Sie daher, daß ich auch etwas mehr dazu sage, obwohl es prozentuell dem an sich nicht entsprechen würde, was insgesamt die Energiepolitik Österreichs betrifft.

Keine Frage ist: Dieses Energiekonzept setzt auf den Vorrang der Wasserkraft, weil diese umweltfreundlich ist, weil diese eben nicht jene Immissionen hinterläßt, die wir alle fürchten müssen, und weil wir überzeugt sind, daß es die heimische Energiequelle gibt, die praktisch zu 95 oder noch mehr Prozent mit heimischer Arbeitskraft, mit heimischer Technologie entsprechend ausgebaut werden kann, und weil wir der Auffassung sind, daß die österreichische Energiepolitik beim Wasserkraftausbau noch nicht am Ende ist.

Ich gestehe Ihnen, ich wäre persönlich erschüttert, wenn wir nach den Ereignissen um Hainburg tatsächlich kein Donau-Kraftwerk mehr bauen könnten. Ich werde dafür kämpfen, daß auch andere Projekte an der

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

Donau nochmals vorbehaltlos diskutiert werden, daß aber das energiewirtschaftliche Ziel, weiterer Ausbau der Donau, nicht aus den Augen verloren wird und daß noch in dieser Legislaturperiode Weichenstellungen für konkrete neue Vorhaben an der Donau östlich von Greifenstein in Angriff genommen werden können. Die Regierung steht als Ganzes dazu. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Die Kuppelproduktion von Prozeßwärmer und elektrischer Energie sowie von Fernwärmer und elektrischer Energie ist nicht nur auf dem Papier als eine Zielvorstellung festgelegt, denn, meine Damen und Herren, Sie dürfen doch nicht übersehen, daß die wesentlichste Reserve in der Energiepolitik doch nicht irgendein Teilaspekt der energetischen Dienstleistung, doch nicht ein Teilaspekt des Rohenergieeinsatzes ist, sondern die Tatsache, daß Sie bei der energetischen Umwandlung und beim Energietransport in der Summe fast die Hälfte des gesamten Energieeinsatzes verlieren. Die Relation sind 52 zu 48 Prozent. Sie haben hier diese durchaus interessante Graphik, auf die ich immer wieder verwiesen habe und die ich doch bitte, auch noch einmal zur Hand zu nehmen, wenn Sie dann bei der Debatte weiter darauf eingehen. Ich kann diese Graphik jetzt nicht groß genug herzeigen, damit alle im Detail darauf Bezug nehmen können. Aber Sie sehen — das ist bestimmt nicht politisch gemeint —, das Dunkelblaue sind die Verluste — nicht daß Sie meinen, die „blauen“ Energiesachen sind gerade die Verluste —, Sie sehen, daß 48 Prozent des gesamten Energieeinsatzes Energieverluste sind, also nicht zum Einsatz beim Endverbraucher, weder beim Privatkonsumenten noch bei der Industrie oder beim Gewerbe, führen. Das muß doch zu denken geben, daß hier eine Reserve vorhanden ist, die offensichtlich bisher nicht ausreichend genützt ist. Hier bin jedenfalls ich nicht jener Pessimist, wie etwa Dr. Taus, der davon ausgeht, daß die energiewirtschaftlichen Probleme Österreichs nicht wirklich lösbar sein sollten.

Wenn Sie aber dann in einer sehr klaren Antwort gesagt haben, Sie sind für Atomenergie in Österreich, aber gegen eine Volksabstimmung, solange Steger in der Regierung ist — das war ja die Zusammenfassung, Herr Dr. Mock, die der „Kurier“ auf die Titelseite nach einem Interview mit Ihnen geschrieben hat, „VP-Chef Mock nennt den Preis für Zwentendorf — Steger soll abtreten“ —, dann sage ich Ihnen auch in aller Deutlichkeit, und fassen Sie das nicht als Demagogie auf, ich bitte dann gleich um Entschuldigung dafür:

Ich habe jetzt fast zwei Jahre erlebt, daß Sie mir ständig den sogenannten „Umfaller-Vorwurf“ entgegenhalten, und zwar dann, wenn Sie irgend etwas ausgraben, was vor fünf Jahren, vor zehn Jahren ein Oppositionspolitiker der Freiheitlichen Partei... *(Abg. Dkfm. Gorton: Sie sind ein „Steher“!)*

Herr Gorton, Sie brauchen da überhaupt nichts dazu sagen, was Sie alles nicht wissen über manche Abläufe in Ihrer eigenen Firma, das muß hier nicht weiter erörtert werden.

Ich sage jedenfalls nur, Sie haben mir den Umfaller-Vorwurf vorgehalten, weil ich es jederzeit für möglich halte, daß ich mit neuen Erkenntnissen, mit einem neuen Wissensstand, mit neuen Entwicklungen auch zu neuen Ergebnissen kommen kann.

Sie sagen hier ganz, ganz offen, Sie würden jederzeit Ihre heutige Abstimmung rückgängig machen, wenn nur statt mir endlich ein Angehöriger der Volkspartei in der Regierung sitzt.

Das ist die klassische Umfaller-Formulierung, die ich damit an Sie retour geben darf. Seien Sie die restliche Legislaturperiode zu dem Themenkreis ruhig; es wird Ihnen mit Sicherheit nicht gut bekommen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abgeordneter DDr. König: Zum Polemisieren müßten Sie eigentlich herunterkommen, das ist parlamentarischer Brauch!)*

Herr Abgeordneter Dr. König, ich habe mich entschuldigt, daß ich das hier so formuliere, aber das ist ja ein Faktum, das ich zitiert habe. Dieses Interview ist nicht demontiert worden und es sind die Zitate unter Anführungszeichen abgedruckt. *(Abgeordneter DDr. König: Das ist kein Faktum, das ist eine Zeitungsmeldung!)*

Kernenergie. Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen in aller Offenheit: Ich bin in der Frage des Einsatzes der Atomenergie kein Sektierer. Ich könnte auch in einem Land leben, in dem Atomkraftwerke stehen. Ich liebe dieses Österreich so sehr, daß ich mit Sicherheit nicht auswandern würde. Ich glaube, daß man hier nüchtern Vorteile und Nachteile abwägen soll, und ich verstehe jeden, der bei seiner Abwägung für den Einsatz der Kernenergie eintritt, genauso wie ich um das Verständnis bitte, daß ich in der Summe der Bewertungen — und so war an sich mein Zitat damals, Herr Dr. Taus — als Abgeordneter heute hier gegen diesen Einsatz der Kernenergie stimmen werde. Sie werden

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

mir doch zumuten dürfen, daß ich auch einen Standpunkt, den ich als Abgeordneter immer einnehme, auch weiterhin einnehmen werde.

Ich habe aber schon gesagt — das stelle ich auch heute hier in aller Öffentlichkeit fest —, daß ich selbstverständlich als Minister daran gebunden bin, was das Parlament beschließt, daran gebunden bin, was eine Volksabstimmung ergibt und jeden Auftrag, den das Parlament mir, sei es auch nur mit Mehrheit, erteilt, zu erfüllen habe.

Sie haben einige Fragen an mich gestellt im Rahmen des Unterausschusses. Ich habe alle diese Unterlagen, die mir abverlangt wurden, vorgelegt, und ich stehe nicht an, hier zu erklären — Herr Dr. Mock, ich würde Sie bitten, genau diese Erklärung sehr ernst zu nehmen —: Selbstverständlich gilt für alle Bundesregierungsmitglieder der Freiheitlichen Partei, daß sie sich mit dem, dem sie zugestimmt haben, auch inhaltlich identifizieren. Selbstverständlich ist es so, daß alle freiheitlichen Regierungsmitglieder die Erklärung abgeben, wenn die Reaktorsicherheitskommission, wenn jene wissenschaftlichen Potenzen, die sagen, dieses Kraftwerk ist eben so sicher wie ein Kraftwerk nur sicher sein kann, daß das die Instanz ist, die das abzustimmen hat. Dann gibt es niemanden anderen, der plötzlich so tun kann, als könnte er das wissenschaftlich alles viel besser beantworten.

Nur können Sie es sich so leicht auch nicht machen, daß Sie plötzlich so tun, als wären Kompetenzen beim Handelsminister, die er nicht hat. Die Sicherheitskompetenzen in der Frage Atomenergie stellen sich wie folgt dar: Das strahlenschutzrechtliche Bewilligungsverfahren: das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz. Das im Rahmen der Dampfkesselverordnung durchzuführende Genehmigungsverfahren: Bundesministerium für Bauten und Technik. Der Schutz von Kernenergieanlagen gegen Eingriffe und Zugriffe unbefugter Dritter: Bundesministerium für Inneres. Das Verfahren zur Einrichtung eines Sicherheitskontrollsystems: Bundeskanzleramt. Die transportrechtliche Behandlung von Kernbrennstoffen und radioaktiven Gütern: Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, Bundesministerium für Bauten und Technik.

Aus diesen Darstellungen ergibt sich, daß der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie in Sicherheitsfragen keine Zuständigkeit hat. Ich gehe aber einen Schritt weiter.

Es ist in den Jahren 1978/79 umfangreichst im Ausschuß darüber diskutiert worden. Ich habe alle Protokolle nachgelesen. Es ist faszinierend, wie hier Wissenschaftler um einen Standpunkt gerungen haben, ganz verschiedene Experten verschiedene Meinungen zur Kenntnis gebracht haben, und ich gestehe, daß bei einem Experten, der mittlerweile auch politisch aufgetreten ist, ich nach Lektüre dieser Unterlagen zum Ergebnis gekommen bin, daß er einiges öffentlich gesagt hat, was unhaltbar ist, weil seine Annahmen von anderen Experten eindeutig widerlegt worden sind.

Es gibt vielfältige Zuständigkeiten in Sicherheitsfragen und es kommen ja noch die der niederösterreichischen Landesregierung dazu. Ich habe bis heute nicht gehört, daß Sie dazu die niederösterreichische Landesregierung befragt haben, die ja einige Bescheide für die Inbetriebnahme erlassen müßte, die noch nicht bestehen, und einige, die mittlerweile abgelaufen sind.

Ich habe hier erklärt, daß ich es durchaus verstehe, daß das Parlament damals eine einheitliche Stelle wollte, die die Sicherheitsfrage zu beurteilen hat, nämlich die Reaktorsicherheitskommission. Diese Reaktorsicherheitskommission hat ihr Urteil gesprochen, sie hat es der Regierung vorgelegt. Ich stehe auf dem Boden dieses Berichtes der Reaktorsicherheitskommission in allen Sicherheitsfragen.

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, ich bin kein Sektierer in derartigen Fragen, ich sage Ihnen aber auch, ich bin auch kein Taktierer in diesen Fragen. Sie werden von mir nicht erleben, daß ich meinen Standpunkt jetzt ändere, nur weil ich nicht gerade Abgeordneter einer Opposition, sondern Abgeordneter einer Bundesregierung bin. Ich frage mich jetzt, ob Sie wirklich ernsthaft sagen können, daß das keine Taktiererei ist, was heute von seiten der Opposition aus geschieht, denn die Opposition hat mehrfach in den letzten zwei Jahren gesagt, sie wünscht sich ein neues Regierungsmodell, eine mengemäßig große Koalition, Sozialisten und Volkspartei, und sie hat dazu gesagt, dann muß man natürlich oftmals den koalitionsfreien Raum haben. Es muß Materien geben, Grundsatzmaterien geben — Zitate von Dr. Mock, Zitate von Dr. Taus liegen vor —, wo das Parlament entscheidet, wo der freigeählte Abgeordnete ernst genommen wird.

Herr Abgeordneter Dr. Taus! Ich nehme Sie ernst. Entscheiden Sie nach Ihrer Überzeugung.

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

gung. Entscheiden Sie so, wie Sie glauben, entscheiden zu müssen. Aber verstecken Sie sich doch nicht hinter einem rein taktischen Manöver. Ich werde als Abgeordneter frei entscheiden. Entscheiden Sie frei und die Sozialisten werden nach ihrer Meinung entscheiden. Das wäre dem österreichischen Parlamentarismus in dieser Grundsatzfrage würdig. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich habe aber hier noch einiges heute festzuhalten, das ich auch nicht ganz verstehe. Die Volkspartei sagt, jetzt sollten wir doch nachher wieder weiterreden. Herr Dr. Taus, heute wieder hier als Abgeordneter, reden wir doch nachher weiter nach dieser Abstimmung.

Da lese ich in der „Presse“ die Überschrift: Atom für Volkspartei endgültig entschieden. Und dann steht die zweite Zeile: Volkspartei bleibt gesprächsbereit. Genauso war auch die heutige Formulierung. Es ist endgültig entschieden, aber Sie bleiben weiter gesprächsbereit.

Warum denn, meine Damen und Herren von der Volkspartei, haben Sie für den Fristsetzungsantrag in dieser Frage gestimmt, wenn Sie tatsächlich irgendeine Frage weiter besprechen wollten? Warum haben Sie nicht gesagt, bitte keine Fristsetzung? Vielleicht wäre der Bundeskanzler durchaus darauf eingegangen. Es hat auch Tendenzen in der Sozialistischen Partei gegeben zu sagen, ja wenn es da noch etwas gibt, legen wir auch diese Sachfrage vor.

Sie haben die Fristsetzung mitbeschlossen, weil sie selbst überzeugt sind, daß inhaltlich alles auf dem Tisch liegt, was zur Klärung möglich und notwendig ist.

Ich darf Ihnen sagen, ich bleibe bei meinen Bewertungen: Für mich ist jeder ein Ehrenmann, der für Atomenergie stimmt; er wird das nach seiner Bewertung so vornehmen. Ich selbst glaube, daß wir es uns, solange es irgendwie möglich ist, sparen sollten. Ich meine, daß wir dann, wenn wir es tatsächlich für notwendig halten, einen rapiden weiteren Ausbau der Wasserkraft durchführen sollten. Das ist sicher eine Unwegbarkeit, wo wir in der nächsten Zeit noch einige Arbeit zu leisten haben werden, sodaß wir dann auch ohne einen Einsatz von Atomenergie in Österreich durchkommen können, denn in Wahrheit ist er ja im Energiekonzept enthalten. Das Zitat kennen Sie sicher: Der Bau weiterer Atomkraftwerke bringt für die wirtschaftliche Energieversorgung Österreichs nichts. Er

trägt nach den MARKAL-Berechnungen nichts dazu bei.

Meine Damen und Herren! Es geht also lediglich um die Frage: Soll dieses Atomkraftwerk, für das alle Sachfragen geklärt sind, in Betrieb genommen werden: ja oder nein? Ich habe Ihnen mehrmals gesagt, daß es für mich einige Gründe gibt, warum ich bei der Grundsatzabwägung zu einem Nein gekommen bin. Und ich war sehr froh darüber, daß schon bei der Regierungsbildung Gespräche geführt und in der letzten Zeit fortgesetzt wurden, bei denen wir gesagt haben: Wir werden jetzt einmal schauen, ob es die Volkspartei mit ihren ständigen Behauptungen, daß es koalitionsfreien Raum und Entscheidungen des Parlaments geben sollte, auch ernst meint. Und heute wird die Nagelprobe über Ihre eigenen Erklärungen gemacht. Ihren eigenen Antrag, den des Dr. Taus, haben Sie ja bereits vor kurzem niedergestimmt.

Sie meinen dann — Herr Präsident Graf hat das heute gesagt —, die Regierung identifiziere sich nicht mit dem, was Dr. Plöckinger und was Außenminister Gromyko abgegeben haben. Das ist eine Unwahrheit! Wir identifizieren uns damit. *(Abgeordneter Bergmann: Sie haben wieder nicht zugehört!)* Ich habe sehr genau zugehört, Herr Abgeordneter Bergmann. Ich halte es für möglich, daß Ihnen das alles unangenehm ist. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abgeordneten Bergmann: Sie haben nicht zugehört!)* Er hat es so erklärt, und ich sage Ihnen daher — und zwar ohne jeden doppelten Boden — ganz klar und deutlich: Die Regierung als ganzes identifiziert sich damit.

Es war für mich auch sehr interessant, folgendes festzustellen — Sie waren, glaube ich, sogar dabei, meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Bergmann müßte sich eigentlich daran erinnern können —: Im Parlamentsausschuß, von dem der Herr Abgeordnete Graf heute so gesagt hat: Na ja, da draußen auf dem Gang oder im Ausschuß können Sie leicht etwas sagen!, er hat so getan, als ob das alles nicht ernst zu nehmen wäre, was dort gesprochen wird, hat man an mich mehrere Fragen gestellt, unter anderen auch eine vom Abgeordneten Dr. König, und ich habe sie mit Ja und sonst gar nichts beantwortet. Daraufhin hat der Herr Abgeordnete Dr. König in seiner nächsten Wortmeldung gesagt: Diese Antwort verstehe er nicht. Ich habe dann gesagt: Sie sind so an ein Jein gewöhnt, daß Sie ein Ja nicht mehr verstehen. Ein Ja ist ein Ja und sonst gar nichts. Und genauso sollen Sie es hier halten: Stimmen

7602

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

Sie bei dieser heutigen Abstimmung mit Ja oder mit Nein, aber nicht mit Jein! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Und ich darf Ihnen — und damit schließe ich diesen Bereich, den Sie als Demagogie bezeichnen, schon ab — auch noch eines sagen: Sie werden doch nicht behaupten, daß Sie in Zukunft bei allen Fragen ... (*Abgeordneter Bergmann: Warum regen Sie sich denn so auf?*) So wenig erregt, Herr Abgeordneter Bergmann, war ich überhaupt noch nie, wie heute (*Abgeordneter Gurtner: Man merkt es gar nicht!*), denn so ein schlechtes Bild, wie Sie es hier bieten, ist unüberbietbar. Sie haben es mir leichter gemacht, als ich es mir noch vor wenigen Monaten erwartet habe. Das darf ich auch festhalten. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Ich darf nur eines sagen: Ich gehe nicht davon aus, daß Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in Zukunft Anträge hier im Parlament nur dann noch unterstützen werden, wenn sie von der gesamten Regierung eingebracht werden. Gibt es ab jetzt keine Anträge mehr, die Sie stellen? Haben Sie ab jetzt für die restlichen beiden Jahre als Opposition abgedankt? Kastrieren Sie sich so, daß Sie keine Anträge mehr stellen wollen? Das kann ich doch nicht annehmen, daß das passieren wird.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, darf ich Ihnen vorlesen, was Herr Professor Knapp in den „Finanznachrichten“ vom 7. März zu dieser ganzen Fragestellung schreibt — ich zitiere wörtlich —: „Um hier ja kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: Respekt verdient, wer aus gewichtigen Gründen für die Nutzung der Kernenergie ist. Respekt verdient ebenso, wer gegen den Rückgriff auf Kernenergie ist, sei es überhaupt, sei es zumindest so lange, wie für den Bedarf an Grundlast — und nur bei Bandenergie lohnt sich das Aufsperrn von Zwentendorf — noch ungenützte Reserven an Laufwasserenergie zur Verfügung stehen.“

Und er schreibt weiter: Aber sollte man nicht auch in der Politik beim Pokern merken, wenn der Einsatz zu hoch wird? Nein. Gemeint sind gar nicht so sehr die 10 Milliarden im Zwentendorftopf. Gemeint ist die Seriosität der Österreichischen Volkspartei und ihre Wählbarkeit für Menschen, die allen bösen Erfahrungen zum Trotz noch immer nicht glauben wollen, daß Parteipolitik und Vernunft einander ausschließen. — Soweit das Zitat von Horst Knapp. (*Abgeordneter Bergmann: Was wollen Sie damit sagen!*)

Weil Sie heute noch einige andere Fragen gestellt haben — Abgeordneter Dr. Taus etwa hat hier gemeint, er stütze sich stark auf ein Papier der Gesellschaft für Energie —, darf ich ein paar grundsätzliche Erläuterungen auch noch anbringen. Zunächst darf ich erläutern, wie die Debatte im Unterausschuß vor sich gegangen ist, die Damen und Herren, die dabei waren, werden mich bestätigen können.

Von den Verfassern des Energieberichtes wird berichtet, daß rund 250 Wissenschaftler und Experten Österreichs, unabhängig, aus welchem Parteilager sie kommen, unabhängig, in welchen Institutionen sie sind, ob im Wirtschaftsforschungsinstitut oder in der Elektrizitätswirtschaft, ob in der Mineralölwirtschaft oder in der Kohlewirtschaft — ich habe sie nur auszugsweise vorgestellt, natürlich gab es auch solche von den Interessensvertretungen — bei der Erstellung des Zahlenmaterials für dieses Energiekonzept mitgearbeitet haben.

Ich habe das dort dieser Gesellschaft für Energiewesen vorgehalten. Und wissen Sie, was der Geschäftsführer dieser Gesellschaft als wesentlichste Zentralpunkte seiner Kritik gesagt hat? Er hat gesagt: Wir gehen von einem anderen Wirtschaftsbild aus. Daraufhin kam natürlich die Frage: Wieso? Antwort: Weil wir uns 4 bis 4,5 Prozent reales Wirtschaftswachstum wünschen.

Meine Damen und Herren! Wünschen tue ich mir das auch. Aber die versammelte Expertenschar Österreichs hält das für die nächsten Jahre als nicht realistisch. Wir haben bei einem Energiekonzept keinen Wunschkatalog aufzustellen, sondern wir haben von realistischen Daten auszugehen. Und all diese Daten, die Sie hier vorfinden, stammen nicht von mir, nicht von Beamten des Ministeriums, sondern stammen von den jeweils höchstrangigen Kapazitäten Österreichs, die auch internationales Ansehen in diesen Bereichen genießen: sei es die Frage Wärmewert von Kohle, sei es die Frage Wirtschaftswachstum, sei es die Frage Energiewachstum, sei es die Frage Stromwachstum, und wie immer diese Entwicklung sein kann. Und wir haben nicht ein Szenario berechnet, sondern wir haben Hoch- und Niederpreisszenarien berechnet, weil wir bei jedem einzelnen Energierohstoffeinsatz zunächst ausgerechnet haben, wie die Preisentwicklung sein wird: Was ist die unterste Ebene der Preisentwicklung? Was ist die oberste Ebene der Preisentwicklung? Und wir haben beim Wachstum der Energie nicht nur gesagt: Wie ist das jetzt mit Strom?, wie ist das jetzt mit

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

Heizung?, sondern wir haben gesagt: Gehen wir von den Bedürfnissen aus. Wie schaut das aus mit Raumwärme? Wie schaut das aus im Verkehr? Wie schaut das aus mit Prozeßwärme? Wie schaut das aus mit Haushalt? Und wir haben das alles entsprechend hochgerechnet, was eine ganz neue Basis für dieses Energiekonzept darstellt.

Ihre Gesamtkritik am Energiekonzept ist deswegen so sehr falsch angelegt, weil sie übersieht, daß all diese Fakten überprüfbare Fakten sind. Und ich habe jeden Abgeordneten eingeladen, Einsicht zu nehmen in diese vielen, vielen Mappen, in diese Grundberechnungen, die durchgeführt wurden. Ich habe eingeladen zu kommen, es wird alles offengelegt, es kann jeder einzelne Wert nachgeprüft werden.

Wir haben eigentlich gehofft, daß von diesem Augenblick an eine Energiepolitik in Österreich vorhanden ist, bei der die Fakten für alle unbestritten sind. Daß die Opposition auch dagegen stimmt, das stimmt mich etwas traurig. Es stimmt mich traurig, und ich kann nur sagen: Ich hoffe, daß im Verlauf der Arbeit die Einsicht größer wird.

Ich möchte auf jeden Fall jenen 250 Wissenschaftlern und Experten und allen Beamten, die hier mitgearbeitet haben, die eine großartige organisatorische Leistung vollbracht haben und die eine gute inhaltliche Leistung vollbracht haben, einen herzlichen Dank aussprechen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Und dann kommen solche Behauptungen wie von Dr. Taus: Die Prognosen sind falsch. Wir haben im Unterausschuß klargelegt, daß die Gesellschaft für Energiewesen gesagt hat: Die Preisprognosen sind falsch. Wir haben nachgewiesen, daß wir die Prognosen der Elektrizitätswirtschaft übernommen haben, also die von der Verbundgesellschaft mitgeteilten Zahlen.

Die Gesellschaft für Energiewesen hat sich auf ihre Kontakte mit der Verbundgesellschaft berufen. Da habe ich gesagt: Deshalb sind die Zahlen falsch. Als wir dies vorgelegt haben, gab es keine weitere Antwort.

Es ist vom Realzinssatz gesprochen worden. Meine Damen und Herren! Es muß hier offensichtlich wirklich ein Mißverständnis vorliegen, denn anders kann ich mir nicht vorstellen, warum das immer weiter diskutiert wird.

Ich gebe Ihnen recht, daß Sie, wenn Sie das

als Realzinssatz berechnen, indem Sie den Prozentsatz der Kosten für die Kreditaufnahme nehmen und die Inflationsrate abziehen, dann zum Ergebnis kommen, daß da etwas nicht stimmen kann. Nur: Genau dieser Zinsfuß ist es ja nicht! Hier ist ein Zinsfuß, der üblicherweise bei Grundinvestitionen, wenn man den Kapitaleinsatz entsprechend mit kalkulieren will, zugrunde gelegt wird.

Es ist so vorgegangen worden, daß bei diesem Realzinssatz 6 Prozent nicht die Kapitalkosten im eigentlichen Sinne beschreiben. Herr Abgeordneter Dr. König, Sie werden ja sicherlich dazu noch Stellung nehmen; darum darf ich das vor allem an Ihre Adresse richten. Diese 6 Prozent sind also nicht die Kapitalkosten im eigentlichen Sinne, sondern sie sind jener interne Zinsfuß, der für die Kapitalrentabilität gefordert wird. Bei realen Kapitalkosten von etwa 2 Prozent, wie sie die Verbundgesellschaft selber annimmt, und einer Dividende — es ist jetzt natürlich austauschbar, wie hoch Sie die Dividende annehmen — von 4 Prozent muß die Kapitalrentabilität jene 6 Prozent betragen, die von der Gesellschaft für Energiewesen kritisiert werden.

Sie werden aber doch sicher, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht davon ausgehen, daß wir ab sofort Kapitalinvestitionen mit Nullrentabilität veranschlagen. Damit würden Sie einen Weg beschreiten, den ich Ihnen nicht zumute, weil er nicht Ihrer sonstigen wirtschaftlichen Kalkulation entspricht.

Ich glaube, daß das wirklich ein sachliches Mißverständnis war, und hoffe, daß ich es damit aufklären konnte.

Da heute von Dr. Taus bestimmte Behauptungen bezüglich der Kohle und der Heizwerte aufgestellt wurden, muß ich sagen: Es ist von uns schon klargelegt worden, daß diese Heizwerte die Unter- und die Obergrenze laut Wissenschaftler sowie laut Kohlewirtschaft selbst darstellen.

Auf die Wasserkraftwerke habe ich schon hingewiesen: Das steht auf Seite 115 im Konzept.

Dann komme ich noch zur Behauptung, daß die Kernenergie de facto abgeschrieben sei. Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat die Kernenergie nicht abgeschrieben. Auch das sei zur Klarstellung betont. Sie hat nur mit allem Nachdruck gesagt: Es ist eines Industrielandes unwürdig, einerseits zu

Vizekanzler Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Steger

sagen: Die Investition ist getätigt, alle Fragen sind geklärt!, aber andererseits jedes Jahr 60, 70, 80 oder noch mehr Millionen Schilling zu zahlen, weil wir uns nicht entscheiden können. Die gesamte Bundesregierung hat sich bereit gefunden, zu sagen: Das Parlament hat damals einen Beschluß gefaßt, das Parlament müßte jetzt einen anderen Beschluß fassen. Gemeinsam haben beide Regierungsparteien gesagt: Geben wir dem Parlament genau die Frage zurück; die Frage, die Herr Präsident Graf etwa auch in einer Pressestunde gestellt hat. Sagen wir: Du, liebes Parlament, hast den Schlüssel zu dieser Fragestellung; du hast ihn, und dann hat ihn das Volk bei einer Volksabstimmung. Wenn ihr meint, der kostenmäßige Vorteil solle realisiert werden, dann macht es, wenn nicht, haben wir ein Energiekonzept zu erstellen, das davon ausgeht, daß das Parlament keine Änderung wünscht.

Selbstverständlich kann keine Regierung davon ausgehen, daß Parlamentsbeschlüsse ungültig sind oder Gesetzentwürfe nicht von uns übernommen werden müssen.

Ich sehe ganz kurz nach, ob sonst noch etwas zu behandeln ist; die Frage betreffend den Prognoserahmen habe ich schon beantwortet, es ist nichts mehr zu ergänzen, ich habe schon alles gesagt.

Die Internationale Energieverwertungsagentur kommt... Jetzt ist mir ein Lapsus linguae passiert; ich habe zwei Überschriften miteinander vermischt, da ich auch ein Papier von der Energieverwertungsagentur in der Hand habe.

Die Internationale Energieagentur hat festgestellt: Dadurch beinhaltet dieses Energieprogramm — das heute zur Beschlußfassung anstehende; das ist für mich noch immer der noch wichtigere Beschluß, der heute zu fassen ist — eine umfassendere Wertbestimmung notwendiger Maßnahmen zum Schutz der Umwelt als die Energieprogramme der meisten anderen IEA-Mitgliedsländer.

Es heißt dann weiter in den Empfehlungen — ich zitiere wörtlich —: das Energiekonzept 1984 zu verwirklichen und die Ergebnisse der Umsetzung der einzelnen Programme zu beobachten und zu überprüfen. — Anmerkung von mir: Das werden wir machen.

Zweitens: das Energiemodell MARKAL laufend anzupassen und weiterzuentwickeln und die gewonnenen Erkenntnisse anderen inter-

essierten IEA-Ländern zugänglich zu machen. — Anmerkung von mir: Wir arbeiten daran.

Drittens: die erfolgreiche Zusammenarbeit des Bundes und der Länder fortzusetzen, um auch weiterhin brauchbare Ergebnisse aus dem derzeitigen umfangreichen System von Energiesparmaßnahmen und -anreizen zu erzielen. — Anmerkung von mir: Das wird unsere Aufgabe sein.

Meine Damen und Herren! Sie haben heute einen sehr weitreichenden Beschluß zu fassen, nämlich den Beschluß des Energieberichtes und des Energiekonzeptes. Ich darf Ihnen sagen, daß ich sehr glücklich bin, daß diese weitreichende Arbeit, die in solchem Umfang bisher keinem Energiebericht zugrunde gelegt werden konnte, weil die technischen Möglichkeiten im Computerbereich noch gar nicht vorhanden waren und weil es das Modell noch gar nicht gegeben hat, fristgerecht vorgelegt werden konnte.

Ich hoffe, daß in späterer Einsicht auch jene, die heute noch dagegen stimmen wollen, zum Ergebnis kommen, daß das eine neue Weichenstellung in der Energiepolitik Österreichs bedeutet, auf die wir insgesamt in Österreich stolz sein können. Ich hoffe, daß dieser Energiebericht weiterhin jenes Vertrauen in der Öffentlichkeit genießen wird, das er heute schon bei einem weitaus überwiegenden Teil der Journalisten und der Öffentlichkeit hat.

In diesem Sinne möchte ich nochmals herzlichst für die Mitarbeit an diesem Energiekonzept danken und darf jetzt schon ankündigen, daß die Folgearbeiten bereits eingeleitet worden sind und sehr rasch dem Parlament zugeleitet werden. — Ich danke Ihnen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 14.47

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Resch.

14.47

Abgeordneter Resch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir als Einleitung einige Bemerkungen zu meinen Vorrednern.

Wenn ich das Resümee Ihres Hauptredners Robert Graf vorwegnehme, dann ist das eigentlich ganz einfach. Robert Graf hat sehr viel geredet, wenig beziehungsweise nichts Substantielles gesagt, Worthülsen, sonst nichts; Polemik überwog. *(Abg. Steinbauer: Das sind resche Worte jetzt!)*

Resch

Zum Kollegen Taus: Ich kann ihm in der Einleitung die Glaubwürdigkeit wirklich nicht absprechen. Sein Resümee über die Ablehnung seiner Partei war aber leider wieder von Parteitaktik bestimmt. Er mußte die Sachfrage Kernenergie der Parteitaktik unterordnen. (*Ruf bei der SPÖ: Richtig!*) Es hat ihm dabei sicherlich die Aussage des Präsidenten Dr. Stix geholfen, sie hat ihm dies erleichtert; das gebe ich offen zu.

Zur Aussage betreffend die Volksabstimmung besonderer Art und ihre Anwendung darf ich etwas später kommen.

Das Gespräch zwischen Bundeskanzler Dr. Sinowatz und Dr. Mock war vor den Beratungen des Unterausschusses — Herr Kollege König, Sie wissen das ganz genau —, war vor den Vertragsverhandlungen. Anscheinend hat Dr. Taus den Zeitablauf verwechselt.

Auch zum Stil darf ich eine Bemerkung machen.

Dr. Mock wollte bei diesem Gespräch über Zwentendorf überhaupt nicht über die friedliche Nutzung der Kernenergie reden, sondern nur seine Stehsätze, die wir alle aus den Reden „zur Lage der Nation“ zur Genüge kennen und die er dem Bundeskanzler via Medien übermittelt hatte, abwickeln. Diese Feststellung ist eine Tatsache.

Es ist mir unmöglich, meine sehr verehrten Damen und Herren — das gebe ich offen zu —, nach diesen Wochen der Verhandlungen, nach vielen inoffiziellen Gesprächen mit Befürwortern der Kernenergie aus den beiden anderen Parteien auch nur einen Funken Verständnis für den bisherigen Ablauf der Geschehnisse zu finden. In der ÖVP werden die Befürworter der Kernenergie von einer wirklich verschwindenden Minderheit von Politstrategen praktisch vergewaltigt und gezwungen, gegen ihre Überzeugung zu stimmen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Diese Strategie preßt die überwiegende Mehrheit der ÖVP-Abgeordneten in einen Klubzwang, den ich übrigens für etwas durchaus Notwendiges, aber auch Richtiges ansehe, wenn vorher — und das ist das Wesentliche daran — in einer demokratischen Art eine Mehrheitsfindung stattgefunden hat.

Die Kollegen von der ÖVP, Präsident Sallinger, Sie, Herr Kollege König, Manndorff, Graf und wie sie alle heißen, Taus nicht zu vergessen, alle Tiroler Abgeordneten, die Kollegen Löffler und Stummvoll, die ebenfalls im

Unterausschuß tätig waren, Staudinger, um noch einen zu nennen, lassen sich von „bunten Vögeln“, von Parteitaktikern zwingen (*Abg. Graf: Glauben Sie das wirklich?*), eine Volksabstimmung über Zwentendorf, die Sie selbst aus Überzeugung wollen, zu verhindern. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Graf: Glauben Sie das wirklich, Herr Kollege?*) Herr Kollege Graf! Ich glaube es nicht nur wirklich, sondern ich bin davon überzeugt. Sie wissen das auch.

Wenn die ÖVP gegen die Volksabstimmung über Zwentendorf ist, dann soll sie es klar und deutlich sagen und sich nicht hinter Phrasen verstecken. Diese Partei hat mit ihrer Vorgangsweise die letzte Berechtigung, eine Wirtschaftskompetenz zu besitzen, aufgegeben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Ihr geht Strategie vor Sachpolitik. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Wer hat Ihnen denn die Rede aufgesetzt?*) Herr Kollege Kohlmaier! Wer Ihnen die Reden aufsetzt, weiß ich nicht; sie sind nicht sehr gut. Ich setze mir meine Reden selbst auf. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.*) Das spricht ja dann für Ihren Charakter auch noch. Das ist ja furchtbar!

Hier geht Strategie vor Sachpolitik, Herr Kollege Kohlmaier. Sie trägt mit dazu bei, daß durch die Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs Milliarden an unnötigen Belastungen auf die österreichische Wirtschaft und die Bevölkerung überwältigt werden müssen.

Dieser Vorwurf, Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen, bleibt aber auch der FPÖ nicht erspart. 10 Milliarden Schilling bereits aufgewendete Baukosten und jährlich zusätzliche Milliarden an Mehrkosten für Ersatzenergie durch die Nichtinbetriebnahme Zwentendorfs sind eine unzumutbare Belastung für unser Land. Daß sich die FPÖ von Anfang an gegen die Kernenergie ausgesprochen hat, wissen wir. Diese Haltung respektiere ich persönlich, kann sie aber beileibe nicht verstehen.

Ich sage deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Richtung der Kernenergiegegner in allen Parteien mit den Worten von Professor Edward Teller — ich darf ihn zitieren —: „Ein großer Teil der Argumente für die ‚sanfte Energie‘ wird mehr vom Gefühl als von der Vernunft getragen, wobei das Gefühl an der falschen Stelle sitzt. ... Die Technik kritiklos und unbegrenzt zu bewundern wäre ebenso falsch wie sie zu verteufeln. Im Augenblick sehe ich in der Verteufelung der Kernenergie eine für die Zukunft der Menschheit am gefährlichsten gefühlsmäßigen Bewegungen unserer Zeit.“

Resch

Einer der wenigen Lichtblicke in der Kernenergiefrage ist außer der Haltung des Kollegen Manndorff für mich die Haltung des Tiroler Landtages. Ich darf deshalb auf den Dringlichkeitsantrag vom 14. März 1985 hinweisen. Mein Kollege Weinberger wird dazu noch Stellung nehmen.

Landeshauptmann Wallnöfer, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, stimme diesem Antrag ausdrücklich zu, ja wenn es nach Wallnöfer ginge, hätten die Tiroler ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten einen vorbereiteten Initiativantrag betreffend die Aufhebung des Atomsperrgesetzes am 20. Feber dieses Jahres im Parlament eingebracht. Ein Verzweiflungsschrei des ÖVP-Bundesparteibürochefs Dr. Mock verhinderte das in letzter Minute. (Abg. Bergmann: Märchenstunde!)

Seit 1978 hat sich doch Grundlegendes geändert, Herr Kollege Bergmann. Deshalb sagen wir als Befürworter der friedlichen Nutzung der Kernenergie in der SPÖ: Das Volk soll neuerlich und endgültig darüber entscheiden.

Uns geht es nur um die Sache. Dies müßte doch die Opposition, wenn sie nur wollte, allein schon daraus ersehen, daß meine Parteifreunde Heindl und Köck und ich, um der ÖVP eine goldene Brücke zu bauen, wortwörtlich Ihren Antrag, Herr Kollege Taus, vom 28. Juni 1978 eingebracht haben.

Dieser Antrag wurde — das darf ich auch in Erinnerung rufen — ursprünglich am 26. Juni 1978 von den ÖVP-Abgeordneten König — man höre und staune —, Hubinek, Hietl, Ermacora und Neisser eingebracht. Obwohl wir davon überzeugt sind, daß unser Antrag 132/A der Abgeordneten Heindl, Köck und Resch vom 6. März dieses Jahres klarer und besser ist, haben wir dies getan, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir wollten und wollen noch immer — auch heute noch — den Kompromiß.

Ich sage Ihnen aus tiefster innerster Überzeugung: Wer den Kompromiß nicht verwirklichen kann oder will, ist zur Demokratie nicht zu gebrauchen. Denken Sie an die Mahnung des Bundespräsidenten anlässlich seines 70. Geburtstages, als er zur Zusammenarbeit aufrief! (Abg. Dr. Zittmayr: Bringt einmal euren Vizekanzler auf Trab, damit er ja oder nein sagt!)

Nun zu den Bedingungen, von denen die ÖVP angeblich ihre Zustimmung abhängig

machen wollte. (Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Zittmayr.)

Erstens zur Sicherheit: (Abg. Dr. Zittmayr: Was sagt der Stix dazu?) Es gibt kein Land, in dem die Sicherheitsfragen so gründlich untersucht, aber auch geklärt wurden wie in Österreich. Das Kernkraftwerk Zwentendorf ist eines der sichersten überhaupt. (Abg. Dr. Zittmayr: Wer sagt denn das?) Der ÖVP-Obmann des Handelsausschusses, dem ich bei dieser Gelegenheit für die ausgezeichnete und sehr, sehr faire Vorsitzführung im Ausschuß danken möchte, resümierte schon im Protokoll des Handelsausschusses vom 26. Jänner 1983, daß alle Fragen mit Ausnahme der Endlagerung ausführlich behandelt wurden. (Abg. Dr. Zittmayr: Und was sagt der Stix?) Es ist eigenartig, Herr Kollege Zittmayr, die Sicherheit anzuzweifeln, wenn man den Sicherheitsbericht in Händen hat.

Zweitens zur Endlagerung: Die Endlagerung ist als gelöst zu betrachten. Ein Angebot aus China und das Angebot der UdSSR, das in der Weltöffentlichkeit Aufsehen erregte, liegen vor. Das sowjetische Angebot verleitete den ÖVP-Generalsekretär zur Aussage, dies sei eine „Hetz“. Die wie Graff ebenso unkompetente ÖVP-Frauenchefin Flemming nannte es einen „Faschingsscherz“.

Die ÖVP-Strategen werden zwar sagen, Sachlichkeit sei das letzte, was man für eine lautstarke, lebhaft diskutierte Sache brauche, doch lassen Sie mich darauf mit Goethe antworten, aber nicht aus „Götz von Berlichingen“ dritter Akt. Goethe sagte unter anderem: Durch nichts bezeichnen Menschen mehr ihren Charakter als durch das, was sie lächerlich finden.

Drittens zur Stellungnahme der Regierung: Die Bundesregierung hat ihre Stellungnahme zur Kernenergie im Energiebericht 1984 auf den Seiten 81 und 116 klar abgegeben. Bundeskanzler Sinowatz hat auch heute nochmals alles dargelegt.

Ich darf in Erinnerung rufen: Die Kostengünstigkeit Zwentendorfs wird in diesem Energiebericht ausdrücklich festgestellt. Auf die Notwendigkeit der parlamentarischen Behandlung bis 31. März dieses Jahres wurde hingewiesen. Sollte bis zu diesem Datum keine Beschlußfassung durch den Nationalrat erfolgen, wird die Bundesregierung gegen die bestmögliche Verwertung der Kernkraftwerksanlage keinen Einwand erheben.

Der Ministerratsbeschluß vom 12. März die-

Resch

ses Jahres über das „Aide-mémoire“ ist nach den Erklärungen des Vizekanzlers — wie nicht anders möglich — einstimmig gefaßt worden. Die Begutachtung der Reaktorsicherheitskommission — der Herr Bundeskanzler hat das heute auch wortwörtlich ausgeführt — erlaubt es damit der Bundesregierung, sich in der Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes Zwentendorf auf das Urteil der Reaktorsicherheitskommission zu stützen. Aber auch die Erklärungen des Vizekanzlers, daß er nicht an der Sicherheit des Kernkraftwerkes zweifle, wurden im Ausschuß von der ÖVP akzeptiert. Der freiheitliche Energiesprecher Stix korrigierte am 13. März 1985 die Aussendung Minister Frischenschlagers vom 12. März und erklärte ausdrücklich, daß sich die freiheitlichen Regierungsmitglieder mit dem Inhalt des „Aide-mémoire“ identifizieren.

Wir können also feststellen, daß die ÖVP einzig und allein, weil sie nicht in der Regierung sitzt, eine Volksabstimmung über die Kernenergie verhindern will. (*Abg. Dr. Zittmayr: In welcher Regierung?*)

Den Beweis dafür, Herr Kollege Zittmayr, lieferte Ihr ÖVP-Generalsekretär Michael Graff am 26. Feber dieses Jahres. Die „Salzburger Nachrichten“ schrieben unter dem Titel „Rechenaufgabe“ am 28. Feber — ich darf zitieren —:

„ÖVP-Generalsekretär Michael Graff hat Dienstag in schöner Offenheit die Katze aus dem Sack gelassen und zugegeben, daß seine Partei mit ihrer Zwentendorf-Taktik auch die Koalition entzweien wolle. Wie, das ist klar: Norbert Steger allein sei der Mann, der das Aufsperrn des Kernkraftwerkes verhindere. Und es folgte flugs ein Rechenexempel für die SPÖ — ist ein Steger 10 Milliarden Schilling wert?

Womit man auch umgekehrt rechnen kann“ — so schreibt Steininger in diesem Artikel —: „daß uns — so wir für Zwentendorf sind — der beleidigte Alois Mock 10 Milliarden Schilling kostet. (*Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.*)

In einem Punkt handelt die ÖVP frivol, indem sie die SPÖ auffordert, einen von allen drei Parteien beschlossenen Entschließungsantrag des Nationalrates zu mißachten und das Atomsperrgesetz nicht mit der vereinbarten Zweidrittelmehrheit zu ändern, sondern mit einfacher Mehrheit.

Das ist amoralisch.

Vertragstreue in der Politik, vor allem dann, wenn dieser Vertrag gar nicht einklagbar ist, kommt selten genug vor. Selbst wenn die SPÖ nicht nur hehre, sondern sehr profane taktische Motive haben sollte, muß man mit Provokationen à la Graff sehr vorsichtig sein.

Aber Treu und Glauben, ganz besonders in der Politik, sind unbezahlbar. Sie sollte man auch im Zwentendorfer Kernreaktor nicht verheizen.“

Der ÖVP oder, besser gesagt, einigen wenigen in dieser Partei, die die Mehrheit knebeln, geht es nicht um die Bevölkerung, um unsere Wirtschaft, um den Wohlstand in diesem Lande, um die Konkurrenzfähigkeit der Industrie, sondern einzig und allein um Strategie. Das bedauere ich zutiefst.

Sollte die heutige Abstimmung keine Zweidrittelmehrheit für die Ermöglichung einer Volksabstimmung ergeben — wir laden alle Kernenergiebefürworter aus tiefster Überzeugung dazu ein, diese Volksabstimmung zu ermöglichen —, dann sind wir auf dem besten Weg, ein neues Schilda zu werden. (*Abg. Dr. Blenk: Eine Schilda-Regierung ist das!*)

Wenn ich und, ich hoffe noch immer, wir alle zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Kernenergie eintreten, dann nicht, weil Kernenergie für uns eine Glaubensfrage, ein Bekenntnis ist, auch nicht aus naiver Zukunfts- und Technologiegläubigkeit, sondern weil wir als Politiker Verantwortung tragen. Wir wollen keinen Atomstaat. Aber wir wollen, daß auch unsere Kinder in einem Staat, unserem Österreich, leben, in dem eine wettbewerbsfähige Wirtschaft genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stellt und in dem der soziale Fortschritt, den wir erkämpft haben, gesichert und bezahlt werden kann. (*Beifall bei der SPÖ.*) 15.04

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. König. Ich erteile es ihm.

15.04

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bundeskanzler Sinowatz hat heute in seinem Bericht an das Parlament davor gewarnt, daß die Vernunft eine Niederlage erleiden könnte. In der Tat, es sieht danach aus, daß die Vernunft eine Niederlage erleidet.

Ich möchte es mir gar nicht so billig

Dkfm. DDr. König

machen, jetzt einfach zu sagen: Bitte, das ist die Verantwortung der Regierung, die Regierung ist schuld!, sondern ich möchte die Frage stellen, was wir alle, auch die Regierung, dazu beigetragen haben oder nicht dazu beigetragen haben, damit die Vernunft einen Sieg und keine Niederlage erleidet.

Zunächst einmal gestatten Sie mir, auch über Fraktionsgrenzen hinweg anzuerkennen, daß Ihr Energiesprecher, der Abgeordnete Dr. Heindl, zweifelsohne in den Verhandlungen einen beachtlichen Beitrag geleistet hat, der Vernunft eine Gasse zu bahnen. Nur müssen wir feststellen, daß ihm die Regierung auf diesem Weg nicht gefolgt ist. Das muß man eindeutig und in aller Nüchternheit feststellen.

Meine Damen und Herren! Betrachten wir den Energiebericht, der heute als Punkt 2 auf der Tagesordnung steht und den der Herr Vizekanzler und der Herr Abgeordnete Dr. Stix so bejubelt haben. Ich möchte dazu einige grundsätzliche Feststellungen treffen.

Ich habe — der Herr Vizekanzler hat mich zitiert — im Unterausschuß darauf hingewiesen, daß die Datensammlung beziehungsweise die Faktensammlung dieses Energieberichtes eine ordentliche, saubere Arbeit ist. Sie ist ja auch von denselben Beamten erstellt worden, die die bisherigen Berichte gemacht haben. Sie ist eine ordentliche fachliche Arbeit. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß eine Fülle von vernünftigen Maßnahmen in diesem Energiebericht enthalten ist, denen man über weite Strecken zustimmen kann.

Nun, meine Damen und Herren, darf ich daran erinnern, daß die Österreichische Volkspartei dem letzten Energiebericht, den der frühere Energieminister Dr. Staribacher vorgelegt hat, die Zustimmung gegeben hat. Wir haben damit signalisiert, daß wir an einer gemeinsamen Energiepolitik interessiert sind.

Wir geben diesem Energiebericht nicht die Zustimmung, weil er sich in einem wesentlichen Punkt vom letzten Energiebericht unterscheidet. Der Energiebericht enthält nämlich außer dieser Fülle interessanten Faktenmaterials und einer bunten Palette durchaus interessanter Maßnahmen nicht jene politischen Zielsetzungen und Prioritäten, die man von einem Energiekonzept füglich verlangen muß, wenn es eine Orientierungshilfe für die Energiewirtschaft und die Konsumenten sein soll. Das ist nicht der Fall.

Wenn etwa als eine der Zielsetzungen — der Vizekanzler hat gesagt, die Zielsetzungen wurden nicht bestritten, und damit hat er recht — die Verringerung der Importabhängigkeit genannt wird, aber dann keine Priorität hinsichtlich jener Maßnahmen, die die Bundesregierung beabsichtigt, um das zu erreichen, aufgezeigt wird, ja im Gegenteil der Herr Staatssekretär auf Befragen erklärt, daß die Importabhängigkeit allein im letzten Jahr von 63 Prozent auf 73 Prozent angestiegen ist, also sich genau das Gegenteil dessen ereignet hat, was der Energiebericht als wünschenswerte Zielsetzung angibt, dann kann man nicht davon sprechen, daß dieser Bericht auch nur in etwa realistischerweise aufzeigt, was sich Energiewirtschaft und Konsumenten von der Regierung zu erwarten haben — außer der Wunschvorstellung, daß das eintreten soll.

Ich will gar nicht davon sprechen, daß in Ihrer Regierungserklärung beispielsweise der Biosprit ein wesentlicher Punkt, ein wesentliches Faktum ist, das Sie in dieser Regierungsperiode verwirklichen wollten. Im Energiebericht wird er nicht mit einem Wort erwähnt.

Wenn der Herr Vizekanzler gemeint und hier wortreich ausgeführt hat, daß die Differenz des 6-Prozent-Realzinsfußes oder Realzinssatzes, der dem Energiebericht zugrunde liegt, offensichtlich nur auf einem Mißverständnis und auf mangelndem Verständnis der Fakten des Energieberichtes beruhe, dann muß ich sagen: Das zeigt auf, wie richtig die Kritik der Gesellschaft für Energiewesen an dem Bericht ist.

Meine Damen und Herren! Es wird für jedermann klar sein: Wenn ich einen Nettozinsfuß annehme, dann heißt das Zinsen abzüglich Inflation. Wenn ich eine 5prozentige Inflation habe, dann ergibt eine 7prozentige Verzinsung eine 2prozentige Realverzinsung. Das ist genau das, was auch der Generaldirektor der Verbundgesellschaft als realistisch bezeichnet hat.

Dann geht der Energiebericht her und nimmt zusätzlich 4 Prozent Realgewinn an. Das heißt, abzüglich der Inflation sollen noch 4 Prozent Gewinn eingebaut und einkalkuliert werden. Der Herr Vizekanzler stellt sich her und sagt, es sei doch etwas Erstrebenswertes, wir müßten doch auch dafür sein, daß man mit dem Kapital auch noch einen Gewinn macht.

Meine Damen und Herren! Eine solche Annahme, die die gesamte E-Wirtschaft — ich

Dkfm. DDr. König

spreche hier von Generaldirektor Fremuth, der angeblich den Beratungen beigezogen war, nur bei den Beratungen über den Energiebericht wurde er nicht gehört — als völlig unrealistisch bezeichnet, führt natürlich dazu, wenn ich sie in das Computer-Modell hineingebe, daß wieder etwas Falsches herauskommt. Es kommt dann zu einer Verzerrung der Bewertung all jener Energievorhaben, die hohe Kapitalintensität haben, wie beispielsweise Wasserkraft, aber natürlich an sich volkswirtschaftlich sehr vernünftig sind. Es hat der Abgeordnete Köck im Unterausschuß auch nicht gezögert, diese Dinge aufzuzeigen und zu kritisieren.

Meine Damen und Herren! Wenn nun die Gesellschaft für Energiewesen, die immerhin eine Einrichtung der Sozialpartner ist, der Arbeiterkammer, der Bundeswirtschaftskammer, des Gewerkschaftsbundes und der Landwirtschaftskammer, in ihrer Zusammenfassung und anhand fundierter, ziffernmäßig belegter Angaben zu massiver Kritik kommt, die ich Ihnen dann vorlesen werde, so müßte das doch eigentlich ein Grund sein, sich in einem solchen Unterausschuß ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Ich zitiere:

Zusammenfassung der sozialpartnerschaftlich zusammengesetzten Gesellschaft für Energiewesen: „Für Österreichs Energiepolitik werden durch das Energiekonzept 1984 die Weichen in eine andere Richtung gestellt, als sie fast alle Industrienationen verfolgen.“

Abgeordneter Resch hat hier zu Recht erklärt: Können wir es uns leisten, daß wir uns als kleines Land in eine ganz andere Richtung bewegen als alle anderen Industrienationen?

Also in Stegers Energiekonzept werden auch nach Ansicht der Sozialpartner die Weichen in eine andere Richtung gestellt, als sie fast alle Industrienationen verfolgen.

Dann heißt es: Wesentliche Eingabedaten sind falsch. — Ich habe Ihnen ein Beispiel gebracht, und es stehen sehr viele hier.

Diese Feststellung schließt mit dem Satz: „Mit Sicherheit kann auch gesagt werden, daß dieses Energiekonzept dem internationalen Ansehen Österreichs, der österreichischen Volkswirtschaft und damit allen Österreichern großen Schaden zufügen wird.“

Eine falsche Weichenstellung, die nach Meinung der sozialpartnerschaftlich zusammengesetzten Gesellschaft für Energiewesen die

Gefahr beinhaltet, daß großer Schaden entstehen kann.

Nun, meine Damen und Herren, haben wir im Unterausschuß diese Fragen aufgeworfen und gesagt, das solle man doch bitte eingehend prüfen, man solle sich damit auseinandersetzen.

Und was hat die Mehrheitsfraktion getan? — Sie haben uns hier im Haus für den Energiebericht eine Frist gesetzt, die es unmöglich gemacht hat, diese Fragen im Unterausschuß überhaupt im Detail zu diskutieren. Die Gesellschaft für Energiewesen hat zusätzlich noch eine eigene Unterlage nachgeliefert mit einer ganzen Fülle von Daten und Material; es war überhaupt nicht möglich, das zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Wenn ich einen Sieg der wirtschaftlichen und der politischen Vernunft anstrebe: Ist das der richtige Weg, daß man mit einer Fristsetzung die Debatte über einen so wesentlichen Vorwurf und die diesem Vorwurf zugrunde liegenden Fakten einfach wegwischt und sagt, darüber werde nicht geredet, hier fährt die Mehrheit drüber, hier wird abgestimmt?

Meine Damen und Herren! Das ist der Stoff, aus dem die Niederlagen der Vernunft gewebt sind! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat hier für einen Sieg der Vernunft plädiert und hat immer wieder an die große Opposition appelliert, sie möge doch hier mit der Bundesregierung einen gemeinsamen Weg gehen. — Nur, die Bundesregierung hat keinen gemeinsamen Weg aufgezeigt.

Die Österreichische Volkspartei hat sich, und zwar durch alle Jahre hindurch ungebrochen, für die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen. (*Abg. Grabher-Meyer: Bis heute!*) Bis heute, jawohl, und auch weiterhin. (*Abg. Grabher-Meyer: Aber jetzt nicht mehr! Ab jetzt ist Schluß!*)

Wir haben natürlich auch bei uns genauso wie in allen anderen Parteien Atombefürworter, Atomskeptiker und Atomgegner. Aber, Herr Abgeordneter Grabher-Meyer, wir haben uns zu diesem unserem Parteibeschuß immer bekannt, allerdings mit der Einschränkung: Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung müssen Vorrang haben, und es müssen die offenen Fragen vor einer neuen Volksabstimmung geklärt werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dkfm. DDr. König

Der Herr Abgeordnete Stix hat heute in einer eindrucksvollen Darstellung aufgezeigt, welch tiefgreifender Riß hier durch die Regierung geht. Er hat zwar als Abgeordneter gesprochen, aber es ist ihm ja der Herr Vizekanzler nicht nachgestanden, aufzuzeigen, welch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten hier in der Regierung bestehen.

Nun, dagegen, daß es innerhalb der Abgeordneten und der Fraktionen verschiedene Auffassungen gibt, wird niemand etwas einwenden. Aber in der Regierung, die zum Vollzug berufen ist, bedarf es zumindest eines gemeinsamen Vorgehens.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen hier doch sagen, warum sich die Österreichische Volkspartei immer zur friedlichen Nutzung der Kernenergie bekannt hat. Der Herr Abgeordnete Resch hat gesagt, nicht aus einer emotionalen Stimmung heraus wäre die Mehrheit der Sozialistischen Partei dafür. Auch wir nicht. Wir sind der Auffassung, daß sich ein Land wie Österreich, ein Industriestaat wie Österreich, nicht ausschließen kann von der gesamten internationalen Entwicklung, auch nicht im Bereich der Kernenergie, daß das eine Verantwortung ist, die wir auch gegenüber der kommenden Generation haben. Und wir haben diese Verantwortung bei uns im selben Maße wahrgenommen, wie es der Herr Abgeordnete Stix für sich und seine Partei bei einem anderen Standpunkt in Anspruch genommen hat. Und dieser Standpunkt und der unsere sind in gleicher Weise moralisch und politisch gerechtfertigt.

Wir haben auch die Überzeugung, daß es nicht gelingen wird, das unersetzliche Gut des Erdöls anders zu ersetzen als dadurch, daß wir der Internationalen Energieagentur folgen und den Einsatz von Erdöl sukzessive durch andere Energieträger ersetzen, natürlich auch durch einen besseren Wirkungsgrad und durch Einsparung, aber nur durch Einsparen kann ich keine neue Energie schaffen.

Wir sind schließlich der Auffassung, daß es auch die Verantwortung vor der kommenden Generation gebietet, daß man nicht alles verbrennt, was es an unersetzlichen Bodenschätzen gibt, sondern daß man der kommenden Generation den wertvollen Industrierohstoff und Chemierohstoff dort, wo er unersetzlich ist, daß man diese Ressourcen schon und erhält.

Schließlich und endlich ist es auch eine Aufgabe des Umweltschutzes, daß man erkennt, daß man hier auch einen Weg finden muß, wie

man die enormen Belastungen, die trotz Filter und so weiter aus den kalorischen Kraftwerken stammen, ersetzen, minimieren und vermeiden kann.

Der Herr Abgeordnete Stix meinte, daß seiner Meinung nach auch die geringsten Mengen von Radioaktivität, die im Normalbetrieb hinausgehen, problematisch sind. Herr Abgeordneter Stix, das ist eine Meinung, mit der Sie sich natürlich im diametralen Gegensatz zu Ihrem Koalitionspartner befinden. Es ist aber vor allem eine Meinung, die Sie begründet haben mit der Frage der Menge, mit der Frage der Quantität.

Auch hier glaube ich, daß es eben einfach eine Frage der Verantwortung ist. Wenn ich weiß, daß das, was an Strahlung im Normalbetrieb zu erwarten ist, ein Bruchteil dessen ist, was ich erhalte, wenn ich auf einen Berg hinaufgehe, dann bewege ich mich im Rahmen dessen, was normale menschliche Lebenserfahrung ist.

Das sind im wesentlichen die Gründe, warum wir der Auffassung sind, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie auch in Österreich wie in den anderen Industrienationen notwendig und auch in der Verantwortung für die kommenden Generationen vertretbar ist.

Nun gibt es also diese Auffassung der Österreichischen Volkspartei, und nichts läge näher, als daß sich eine Regierung, die tatsächlich um den Konsens bemüht ist, nun um einen Weg bemüht, um angesichts einer so weitgehenden Übereinstimmung im Grundsätzlichen auch zu einem Sieg der Vernunft, wie der Herr Bundeskanzler Sinowatz gesagt hat, zu kommen.

Nun, haben Sie das bitte getan? Sehen wir uns das an.

Ich darf daran erinnern — Dr. Taus hat es hier gesagt, und ich möchte das unterstreichen —: Es war der damalige Bundesparteibeamte Dr. Taus, der den damaligen Bundeskanzler Dr. Kreisky die Bereitschaft der Opposition zur Zusammenarbeit in dieser wesentlichen Energiefrage angeboten hat, und es war Dr. Kreisky, der das brüsk ausgeschlagen und gesagt hat: Was brauche ich den Dr. Taus, was brauche ich dazu die ÖVP? Etwas, was sich sicherlich heute rückblickend als ein großer Fehler herausgestellt hat.

Es ist aber so, daß man offensichtlich aus diesem Fehler nichts gelernt hat, denn auch Dr. Mock, unser jetziger Parteibeamte, hat

Dkfm. DDr. König

Bundeskanzler Sinowatz ein Gespräch angeboten. Nun sagen Sie, das Gespräch hätte nur dazu gedient, Thesen der Volkspartei zu wiederholen. Wenn dem so gewesen wäre, um wieviel mehr hätte dann Bundeskanzler Sinowatz sein Wissen über die Verhandlungen mit der Sowjetunion Dr. Mock mitteilen müssen, wenn er der Meinung war, daß die Volkspartei nur altbekannte Thesen wiederholt, dann hätte er doch dieses sensationelle, dieses entscheidende Faktum dem Oppositionsführer sagen müssen.

Er hat das nicht getan. Er hat zu diesem Zeitpunkt ein wesentliches Faktum in einer so entscheidenden Diskussion dem Führer der großen Oppositionspartei einfach verschwiegen.

Meine Damen und Herren von der Regierungspartei! Ist das die Art, wie man einen Sieg der Vernunft erreicht, oder ist das nicht der sichere Weg, wie die Vernunft in die Niederlage getrieben wird, weil man ihr nicht zum Durchbruch verhelfen will oder kann oder einfach nicht den Mut hat, es zu tun? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ja bedrückend, wenn man liest, daß Generaldirektor Fremuth in dem Interview, das er dem ORF am 19. März gegeben hat, wörtlich erklärte:

Fremuth: „Nun, wir haben mit der UdSSR in Wahrheit über fünf Jahre Gespräche geführt.“

Meine Damen und Herren! Ich habe nichts dagegen. Im Gegenteil. Es war Ihr Vizekanzler, der aus seiner Abneigung gegen solche Gespräche kein Hehl gemacht und Herrn Generaldirektor Fremuth zur Verantwortung gezogen hat, weil er mit den Chinesen Gespräche geführt hat. Weil er sozusagen seiner Verantwortung als Generaldirektor nachgekommen ist, nach Lösungen zu suchen, wurde er noch vom Eigentümervertreter zur Verantwortung gezogen. Ich habe von unserer Warte nichts dagegen, wenn sich ein Generaldirektor bemüht, hier einen Weg zu finden. Aber es heißt ja auch im Schreiben der Sowjets im Zusammenhang damit, daß sich die Republik Österreich an die UdSSR mit dem Ersuchen gewendet hat.

Das heißt, bitte, er hat das mit Wissen und Willen des Regierungschefs getan. Es kann doch nicht so sein, daß Herr Bundeskanzler Sinowatz nichts davon gewußt hätte, daß seit fünf Jahren verhandelt wird, ich sage, zu Recht zu verhandeln versucht wurde. Was

denn? — Wenn ich eine Lagerung im Ausland erreichen möchte, dann muß ich ja verhandeln. Aber von einem solch wesentlichen Faktum dann in einem Gespräch mit dem Oppositionsführer, wobei man sagt, man habe es ernst gemeint, man wollte einen Weg finden, man wollte der Vernunft eine Gasse bahnen, nichts zu sagen, dieses Faktum, dieses gewichtige Faktum einfach zu verschweigen, das ist doch wirklich nicht der Weg, wie man der Vernunft zum Sieg verhelfen kann. Das muß zur Niederlage führen.

Wenn sich jetzt der Herr Bundeskanzler beklagt, muß ich sagen: Da hat er aber leider wesentlichen Anteil daran, daß die Niederlage der Vernunft durch dieses Verhalten besiegelt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß bei all unserem grundsätzlichen Bekenntnis zur Kernenergie die Regierung mit einer Sprache sprechen und auch die Verantwortung übernehmen muß; die Verantwortung für die Sicherheit und die Entsorgung.

Hier ist es interessant festzustellen, wie eigentlich die Freiheitliche Partei dazu gestanden ist, und zwar in einer Zeit dazu gestanden ist, als sie noch Opposition war, als aber Herr Dr. Steger schon maßgeblich an den Beschlüssen mitgewirkt hat.

Ich zitiere hier aus den „Salzburger Nachrichten“ einen Beschluß des freiheitlichen Parteivorstandes vom 26. Jänner 1978. Es heißt hier:

„Am 26. Jänner stellte dann auch noch der freiheitliche Bundesparteivorstand offiziell fest:

„Die Entscheidung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Zwentendorf an das Parlament abschieben zu wollen, ist nichts anderes als der Versuch einer konzeptlosen Bundesregierung, sich der ihr kompetenzmäßig zukommenden Verantwortung zu entziehen.“ *(Abg. Dr. Stix: Erlauben Sie einen Zwischenruf!)*

Meine Damen und Herren! Ich muß das wiederholen:

„Die Entscheidung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks in Zwentendorf an das Parlament abschieben zu wollen, ist nichts anderes als der Versuch einer konzeptlosen Bundesregierung, sich der ihr kompetenzmäßig zukommenden Verantwortung zu entziehen.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dkfm. DDr. König

Das sagte der freiheitliche Parteivorstand!

Wörtlich heißt es hier: „Zu diesem Beschluß standen 1978 ua. die führenden FPÖ-Politiker Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager und Friedrich Peter.“

Meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Das ist genau das, was wir als Österreichische Volkspartei von dieser Regierung und auch von Vizekanzler Steger verlangen. Was Sie als Freiheitliche Partei und als freiheitliche Abgeordnete tun, ist Ihre Sache. Aber die Regierungsmitglieder haben ihre kompetenzmäßige Verantwortung, die wahrzunehmen sie nach der Verfassung vereidigt wurden, und können sich nicht davor drücken. Das haben Sie gesagt, das sagen wir, und dazu stehen wir im Gegensatz zu Ihnen noch heute. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Stix: Sie haben schon bemerkt, daß der Beschluß vor der Volksabstimmung war!)*

Die Kompetenz des Herrn Handelsministers und der Regierungsmitglieder in der Bundesregierung hat sich weder vor noch nach der Volksabstimmung verändert. Diese Kompetenz besteht laut Bundesverfassung unverändert. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Graf: Wegen dem hätte er nicht um Erlaubnis fragen brauchen für die Zwischenfrage!)*

Meine Damen und Herren von der Regierungskoalition! Der Herr Bundeskanzler hat heute in seinem Bericht an das Parlament die Behauptung aufgestellt — das ist ja nachzulesen —, er hätte die Bedingungen hinsichtlich der Sicherheit und der Entsorgung erfüllt, die Bundesregierung hätte das durch einstimmige Ministeratsbeschlüsse erfüllt. Ich will einmal sehen, wie es sich nun tatsächlich verhält, denn er hat offensichtlich gemeint, er hätte damit seinen Regierungsbeitrag zu einer Lösung der Vernunft geleistet. Der Herr Bundeskanzler faßte wörtlich zusammen und sagte erstens: Die Bundesregierung hält eine Inbetriebnahme von Zwentendorf einstimmig für kostenmäßig vorteilhaft. — Das ist nachweislich unrichtig.

Meine Damen und Herren! Im Unterausschuß des Handelsausschusses lag uns ein Bericht der Reaktorsicherheitskommission zur Frage der Kosten vor. Herr Vizekanzler Dr. Steger hat uns in seiner Eigenschaft als Handelsminister einen zweiten Gegenbericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, daß die Wirtschaftlichkeit, die im Gutachten der Reaktorsicherheitskommission behauptet wird, seiner Meinung nach nicht gegeben ist. Wie kann man da davon sprechen, daß die Bun-

desregierung einstimmig die Inbetriebnahme kostenmäßig für günstig hält?

Ja sogar hier hat der Herr Vizekanzler in dem Slalom, den er versucht hat, um Einstimmigkeit zu signalisieren und doch gleichzeitig wieder zu begründen, warum er dagegen ist, gesagt, daß seiner Meinung nach die Annahmen der Elektrizitätswirtschaft über den Einsatz des Kernkraftwerkes die Wirtschaftlichkeit nicht garantieren. Und das, Herr Vizekanzler — er ist nicht hier —, ist der entscheidende Gegensatz.

Während uns die Energiewirtschaft in Übereinstimmung mit dem Bericht der Reaktorsicherheitskommission die Auskunft gegeben hat, daß bereits bei 3 000 Betriebsstunden die Wirtschaftlichkeit des Kernkraftwerkes gegeben ist, vermeint der Herr Vizekanzler, das wäre erst bei 6 000 Stunden der Fall. Das ist aber ein wesentlicher Unterschied.

Während uns die Elektrizitätswirtschaft erklärt hat, daß das Kernkraftwerk dazu diene, Heizölkraftwerke zu ersetzen, also im Jahr 1 Million Tonnen Heizöl einzusparen, sagt der Herr Vizekanzler, das sei gar nicht der Fall.

Von einem einstimmigen Regierungsvotum hinsichtlich der Frage, ob es kostengünstiger ist oder nicht, kann keine Rede sein. Diese Feststellung des Herrn Bundeskanzlers ist nachweislich und aktenkundig unrichtig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler sagte zweitens, die Bundesregierung sei einstimmig der Auffassung, daß die Frage der Sicherheit des Kernkraftwerkes im Lichte des Berichtes der Reaktorsicherheitskommission in ausreichendem Maße geklärt werden kann.

Meine Damen und Herren! Dazu darf ich Ihnen den Pressedienst der Freiheitlichen Partei vom 12. März 1985 zitieren, also vom selben Tag, an dem jener Ministerrat stattgefunden hat, in dem angeblich der Sicherheitsbericht der Reaktorsicherheitskommission, der im Schreiben des Vorsitzenden Professor Plöckinger angesprochen wurde, einstimmig beschlossen worden sein soll. Hier heißt es:

„Zur Klarstellung der heutigen Beratungen der Bundesregierung über das von Bundeskanzler Sinowatz dem Ministerrat vorgelegte ‚Aide-mémoire‘ der Reaktorsicherheitskommission müsse betont werden, daß sich die freiheitlichen Regierungsmitglieder keinesfalls mit dem Inhalt des Berichtes identifiziert

Dkfm. DDr. König

hätten, erklärte Verteidigungsminister Friedrich Frischenschlager im Pressedienst seiner Partei.“

Dann geht es weiter: „Die freiheitlichen Regierungsmitglieder hätten sich jedoch sehr wohl zustimmend über die weitere Behandlung des ‚Aide-mémoire‘ — also dessen Weiterleitung an das Parlament — geäußert. Durch den Bericht der Reaktorsicherheitskommission habe sich für die FPÖ in der Sicherheitsfrage des Atomkraftwerkes nichts Wesentliches geändert, deshalb bleibe die FPÖ bei ihrer ablehnenden Haltung.“

Meine Damen und Herren! Eindeutiger kann die Nichtübereinstimmung in der Bundesregierung nicht mehr dokumentiert werden, als wenn am Tage des Ministerratsbeschlusses eine ganze Fraktion — wenn auch eine kleine, aber eine ganze Fraktion — dem Koalitionspartner erklärt, daß sie sich von diesem Ministerratsbeschluß distanziert und die inhaltlichen Feststellungen des Sicherheitsberichtes nicht teilt.

Also auch hier ist die Mitteilung des Herrn Bundeskanzlers an das Haus eindeutig nicht mit den Fakten in Einklang zu bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dritte Feststellung des Herrn Bundeskanzlers: Die Bundesregierung ist einstimmig der Auffassung — einstimmig! —, daß die Frage der Endlagerung auf der Basis des Vertragsentwurfes mit der UdSSR gelöst werden kann.

Meine Damen und Herren! Es liegt und lag bis zur Stunde des Abschlusses der Verhandlungen kein einstimmiger Bericht der Bundesregierung dem Unterausschuß oder dem Handelsausschuß vor. *(Staatssekretär Dr. Schmidt: Weil ihr die Vertagung nicht akzeptiert habt!)* Ich komme dazu, Herr Staatssekretär Schmidt. Ich komme noch zu der Vertagung, die aber einen anderen Grund hatte.

Es lag kein einstimmiger Bericht, ja es lag überhaupt kein Bericht der Bundesregierung zum Vertragsentwurf mit der Sowjetunion vor. Es war also überhaupt nicht möglich, einen solchen Vertragsentwurf im zuständigen Ausschuß zu behandeln — geschweige denn, daß ein einstimmiger Ministerratsvortrag vorgelegen wäre. Die Behauptung ist also aktenkundig unrichtig.

Das, meine Damen und Herren, ist eigentlich das Erschütternde, nämlich daß sich der

Herr Bundeskanzler hierherstellt, von einer Niederlage der Vernunft an diesem Tage spricht, behauptet, daß er die Voraussetzungen geschaffen hätte, und dann — leicht nachweisbar, weil aktenkundig — Behauptungen aufstellt, die nicht zutreffen, und damit nachweislich darlegt, daß die Bundesregierung selbst und niemand anderer die Schuld an dieser heutigen Niederlage der Vernunft hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann sagte der Herr Bundeskanzler heute — und damit komme ich zum Vertagungsantrag, den Staatssekretär Schmidt in einem Zwischenruf angesprochen hat —, und er bezog sich auf den Energiebericht: Es ist der Bundesregierung bewußt — so heißt es im Energiebericht weiter —, daß für eine solche Volksabstimmung eine besondere verfassungsrechtliche Grundlage erforderlich wäre.

Auch das ist nachweislich unrichtig. Wieso, frage ich mich, und wieso, fragt sich die Österreichische Volkspartei, ist eine verfassungsrechtliche Änderung für eine neuerliche Volksabstimmung notwendig?

Meine Damen und Herren! Wir hatten eine Volksabstimmung über die Kernenergie auf der Basis der geltenden Verfassung. Und die Österreichische Volkspartei hat immer gesagt: Wir sind, wenn uns die Regierung einen einstimmig verantworteten Bericht über die Sicherheit und Entsorgung vorlegt, der begründet darlegt, daß diese Probleme gelöst sind, bereit, über eine neue Volksabstimmung, aber auf der Basis der geltenden Verfassung, zu sprechen.

Warum legen Sie uns also einen Antrag vor, der eine Verfassungsänderung vorsieht; eine Volksabstimmung besonderer Art, eine Änderung der Bundesverfassung, eine Volksabstimmung, die im Widerspruch zur geltenden Bundesverfassung steht? Sie war damals nicht notwendig. Warum sollte sie heute absolut notwendig sein? Und daß sie es wirklich nicht ist, dafür hat die sozialistische Fraktion im Handelsausschuß den Beweis geliefert.

Meine Damen und Herren! Ich habe es schon gesagt, ich anerkenne über die Fraktionsgrenzen hinweg, daß sich Ihr Energiesprecher Dr. Heindl wirklich persönlich sehr um eine konstruktive Verhandlung bemüht hat. Dr. Heindl hat Ihre Fraktion sogar überzeugt, sodaß man im Gegensatz zu den Auffassungen, die bei der ersten Abstimmung Ihr Klubobmann Fischer vertreten hat, der den Antrag des Abgeordneten Taus einfach weg- gewischt hat, diesen Antrag nun mit einer

Dkfm. DDr. König

geringen Modifikation auf einmal im Ausschuß wieder eingebracht hat.

Meine Damen und Herren! Was heißt das? — Zum ersten signalisiert es, daß offensichtlich Ihre Fraktion der Meinung ist, daß dieser Antrag des Dr. Taus, der keine Verfassungsänderung vorgesehen hat, eine taugliche Grundlage für eine Volksabstimmung wäre, denn Sie haben ihn ja gewissermaßen als Ersatz für Ihren eigenen Antrag auf Abänderung der Verfassung selbst eingebracht. Also Sie haben mit uns anerkannt, daß es auch ohne Verfassungsänderung geht.

Herr Dr. Heindl! Zum zweiten anerkennen wir das Bemühen, das hinter diesem Antrag steht. Warum haben wir die Vertagung abgelehnt? — Weil wir gesagt haben: Sie haben ja nur den Vertagungsantrag gestellt, um uns über diesen Taus-Antrag sozusagen eine Überlegungsfrist zu geben. Auch das akzeptieren wir als eine Geste im Sinne einer konstruktiven Verhandlung.

Warum haben wir also das abgelehnt? — Wir haben den Antrag nicht abgelehnt, weil der Antrag damals falsch war oder heute falsch gewesen wäre, sondern wir haben gesagt: Dazwischen lag eine Volksabstimmung, und nach dieser Volksabstimmung hat die Bevölkerung ein Recht darauf, zu erfahren, was sich seit der letzten Volksabstimmung hinsichtlich der Sicherheit und vor allem hinsichtlich der Entsorgung geändert hat. Das müssen wir der Bevölkerung sagen, bevor man einen Antrag auf eine neuerliche Volksabstimmung stellen kann. Zu diesem Zweck bedarf es eines Berichtes der Bundesregierung, einer Vorlage der Bundesregierung, die das eindeutig, und zwar als gesamte Bundesregierung, klarstellt.

Diese Berichte — ich habe es jetzt gerade dargelegt — lagen und liegen bis heute nicht vor. Es liegen Berichte der Reaktorsicherheitskommission vor. Es liegen aber keine gemeinsamen Berichte der Bundesregierung vor. Daher ist es unzumutbar, einen Antrag zu beschließen, der eine neue Volksabstimmung zum Ziel hat, bevor man diese entscheidende Vorfrage, auf deren Klärung die Bevölkerung ein Anrecht hat, abgeklärt hat. Das ist der Grund, weshalb wir — und das haben wir gesagt — diesem Antrag zu diesem Zeitpunkt nicht zustimmen konnten und weshalb es auch sinnlos gewesen wäre, einer Vertagung zuzustimmen, denn Sie haben uns ja nicht zusagen können, daß wir diese gemeinsame Regierungsvorlage bekommen. Ganz im Gegenteil, der freiheitliche Regierungspart-

ner hat ja immer erklärt, man denke gar nicht daran, etwas Gemeinsames vorzulegen, und Minister Frischenschlager hat sich öffentlich davor namens der freiheitlichen Regierungsfraktion distanziert.

Nun, meine Damen und Herren, glaube ich, muß man doch eindeutig folgendes feststellen: Wenn wir heute diesen Antrag von Ihnen ablehnen, dann lehnen wir eine Verfassungsänderung ab, und wir lehnen eine Volksabstimmung ab, die im Widerspruch zur geltenden Verfassung steht. Wir lehnen damit die Vorgangsweise der Regierung ab, wie Präsident Graf als unser Erstredner sehr deutlich dargelegt hat.

Die Österreichische Volkspartei ist nach wie vor der Auffassung, es sei notwendig, daß die Voraussetzungen von der Regierung geschaffen werden, daß das Parlament dann auf Grund des Berichtes der Regierung beurteilen kann: Wir können der Bevölkerung in einer neuerlichen Volksabstimmung die Frage vorlegen: Soll in Österreich in Abwägung der zwischenweilig eingetretenen Ereignisse auf dem Gebiet der Sicherheit und Entsorgung die Kernenergie genutzt werden, oder soll Österreich weiterhin ohne die Kernenergie und dafür mittels teurer Importe auskommen?

Meine Damen und Herren! Von der Österreichischen Volkspartei her wird die Türe nicht zugeschlagen. Wir haben die Fallfrist nicht gestellt. Es ist richtig, wir haben uns dem Befristungsantrag angeschlossen, aber wir mußten ja der Annahme sein, daß die Regierung — wir haben das ja auch in unserem Entschließungsantrag gesagt — bis dahin in der Lage sein wird, uns diese Regierungsvorlage vorzulegen. Wir stellen fest, daß sie das nicht war. Also hat sie diese selbstgestellte Befristung nicht einhalten können.

Wir schlagen die Türe nicht zu. Aber wir müssen im Interesse des Parlamentarismus, im Interesse der Verantwortung, die wir alle als Abgeordnete vor den Wählern haben, darauf bestehen, daß die Regierung mit einer Sprache spricht und genau jene Berichte, genau jene Vorlagen dem Parlament, und zwar einstimmig beschlossen als Ministeratsvortrag, vorlegt, von denen der Herr Bundeskanzler behauptet hat, daß sie eigentlich vorgelegt worden wären, was aber nie geschehen ist.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie heute die Berechtigung unserer Forderung bestritten hätten: Der Herr Bundeskanzler selbst

Dkfm. DDR. König

hat die Berechtigung unserer Forderungen anerkannt, indem er behauptet hat, Punkt für Punkt, daß er alles erfüllt hätte, was wir verlangen. Nur ist es eben nicht so. Es wurde nicht erfüllt, daher besteht die Forderung der Österreichischen Volkspartei zu Recht.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie der Vernunft zum Sieg verhelfen wollen, dann appellieren wir an Sie: Nehmen Sie die Verantwortung in der Regierung wahr; es gibt hier eine verfassungsmäßige Verantwortung jedes einzelnen Regierungsmitgliedes. Nehmen Sie diese Verantwortung in der Regierung wahr, dann werden die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei ihrer parlamentarischen Verantwortung sicher nachkommen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 15.43

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Staatssekretär Dr. Schmidt. Ich erteile es ihm.

15.43

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. **Schmidt**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege König, Sie sagen, die Türen seien seitens der ÖVP nicht zugeschlagen. Im Interesse der österreichischen Bevölkerung hören wir das alle sehr, sehr gerne, aber der Tag der offenen Tür scheint heute nicht zu sein.

Die Vernunft könnte eine Niederlage erleiden, sagten Sie heute in Ihren Worten zur energiepolitischen Diskussion. Ich fürchte, daß auch Sie heute dazu beitragen werden. Aber vielleicht hilft die Debatte noch, um Meinungen zu ändern, damit die Vernunft heute nicht tatsächlich eine Niederlage erleidet.

Obwohl nun wirklich schon ausführlich argumentiert wurde, möchte ich das noch einmal kurz wiederholen und ergänzen, weil vielleicht doch die eine oder andere Darstellung ergänzungswürdig ist.

Wir haben all die offenen Fragen, all die Bedingungen, die immer wieder gestellt wurden, sehr klar, deutlich und einstimmig, was die Bundesregierung betrifft, beantwortet.

Sie sagten, die Frage der Wirtschaftlichkeit sei seitens der Bundesregierung nicht klar und deutlich beantwortet worden. Das stimmt nicht, Herr Kollege König. Es gibt einen Ministerratsbeschluß, es gibt eine Regierungsvorlage, das ist der Energiebericht. Im Energiekonzept und im Energiebericht 1984 heißt es wörtlich, daß die Inbetriebnahme von Zwen-

tendorf unter den vorstehend dargelegten Annahmen — es gibt eine Fülle von Annahmen in diesem Zusammenhang — kostenmäßig vorteilhaft wäre. Das ist der Ausdruck der Wirtschaftlichkeit, das ist der Ausdruck dessen, daß das Kernkraftwerk Zwentendorf als wirtschaftlich positiv in einem einstimmigen Beschluß der Regierung dem Parlament, dem Ausschuß vorgelegt wurde, und wir haben es ja auch im Ausschuß diskutiert.

Zum zweiten, zur Frage der Sicherheit: Ich habe nicht auf Grund von Presseaussendungen von Parteien zu urteilen, sondern ich glaube, daß ich auf den 12. März verweisen muß. Da gibt es einen einstimmigen Beschluß des Ministerrates, mit dem das Aide-mémoire des Herrn Professors Plöckinger zur Kenntnis, auch inhaltlich zur Kenntnis genommen wurde, wie der Herr Handelsminister auf mehrmaliges Befragen geantwortet hat. Davon ist der Ausschuß, davon sind die Vorsitzenden der Klubs informiert worden. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)*

Drittens: Die Frage der Endlagerung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 19. März auch in dieser Frage einen einstimmigen Beschluß nach einem Bericht des Herrn Bundeskanzlers gefaßt, worin klar und deutlich nach einer entsprechenden Information vorher festgestellt wird, daß damit die Fragen der Sicherheit und der Endlagerung geklärt sind. *(Abg. Dr. Graff: Geklärt werden können, sagt der Herr Bundeskanzler! Lesen Sie den Text der heutigen Erklärung!)*

Herr Kollege Graff! Sie sind ein Opfer der Medien, die Sie offensichtlich selbst beeinflussen. *(Abg. Dr. Graff: Nein!)* Entschuldigen Sie. Ich möchte Ihnen noch einmal wörtlich aus diesem mündlichen Bericht, der einstimmig im Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde, den betreffenden Satz vorlesen, daß die Fragen der Sicherheit und der Endlagerung geklärt sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß die Details eines Vertrages, der erst am Sonntag im Laufe des Tages bekannt werden konnte, weil die Verhandlungen am Freitag beziehungsweise am Samstag der vorangegangenen Woche abgeschlossen worden sind, und auch der Inhalt des Vertrages erst später zur Verfügung gestellt werden konnten, ist wohl klar. Daß Sie aber die Chance ausgeschlagen haben, nachdem seitens der sozialistischen und der freiheitlichen Fraktion eine Vertagung beantragt wurde, daß von Ihnen diese Vertagung nicht akzeptiert wurde, das

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Schmidt

möchte ich nur noch einmal der Richtigkeit halber klar und deutlich darstellen.

Worin könnte dieser Sieg der Vernunft bestehen, meine sehr geehrten Damen und Herren? Zweifellos könnte der Sieg der Vernunft darin bestehen, daß es eine Akzeptanz gäbe, daß man sehen und verstehen würde, daß das, was seit Jahren nicht möglich war — viele Länder haben das noch gar nicht, obwohl sie bestehende und funktionsfähige Kernkraftwerke haben —, tatsächlich möglich geworden ist, daß das erledigt wurde, daß das eine bedeutende Leistung und eine bedeutende Arbeit war, die auf diesem Sektor geleistet werden konnte, um eben diesen Sieg der Vernunft zu erreichen.

Die Österreichische Volkspartei hat sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie ausgesprochen. Herr Kollege König hat sie sogar als notwendig bezeichnet. Ich muß gestehen, ich stimme in dieser Frage mit ihm zweifellos überein.

Aber was tut man denn, wenn man der Auffassung ist, daß das notwendig ist, wenn alle Voraussetzungen, auch die, die der Herr Präsident Graf in seiner Rede heute genannt hat, geschaffen sind? Man findet offensichtlich doch einen Weg, um zu einer neuerlichen Abstimmung, zu einer neuerlichen Volksabstimmung zu kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wäre tatsächlich ein Sieg der Vernunft, wenn es heute zu dieser Entscheidung kommen könnte.

Ich sage noch einmal, daß alle offenen Fragen, die gestellt worden sind, mit Klarheit, mit Deutlichkeit von den bedeutendsten Experten dieses Landes, aber auch von ausländischen Experten geklärt werden konnten, daß keine offenen Fragen in den Ausschüssen mehr bestanden, daß keine offenen Fragen in den Verhandlungen mehr diskutiert werden sollten, weil man sonst ja nicht die Diskussion dort abgeschlossen hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Energiepolitik ist für uns in einer Gesamtheit zu sehen, eingebettet in ein ganzes Spektrum von wirtschaftspolitischen Prioritäten und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen; zum einen sind es sicherlich die beschäftigungspolitischen Zielsetzungen und die wachstumspolitischen Zielsetzungen. Energiepolitik ist auch eingebettet in die Fragen der Leistungsbilanz, der Sicherheitspolitik und in die Fragen der Stabilitäts- und der Versorgungspolitik.

Es wurde heute schon zitiert, daß wir dieses Ziel in den letzten Jahren zweifellos erreichen konnten. Wenn auch noch viele Fragen offen, viele Fragen zu lösen sind, aber dieses Ziel konnte zweifellos erreicht werden. Wir haben unseren Anteil des Erdöls am Gesamtverbrauch des Energieeinsatzes wesentlich verringern können. Im Jahre 1984 waren es 45 Prozent, im Jahre 1973 54 Prozent. Wir konnten diversifizieren. Wir konnten entkoppeln, den Energieverbrauch vom Wachstum abkoppeln. Wir konnten die Versorgung sichern und wir konnten vieles machen, um die Umwelt weniger zu schädigen.

Das sind auch die Ziele, die in der Energiepolitik wesentlich die Zukunft prägen werden, und das sind auch die Ziele, die in dem Energiekonzept verankert sind. Diese Ziele, die schon in den siebziger Jahren bestanden, wurden oft und ausführlich diskutiert. Die Erfolge, die wir in den siebziger Jahren auch auf diesem Sektor erreichen konnten, sind ebenso fortgeschritten, wie die Ziele in den verschiedenen Bereichen modifiziert, verbessert und akzentuiert wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nicht nur so, daß die Datensammlung, die sie als sehr positiv anerkannt haben, und die Fülle von Maßnahmen, die Sie als sehr vernünftig bezeichnet haben, in diesem Energiebericht enthalten sind, sondern es gibt natürlich auch eine Fülle von ganz konkreten Vorstellungen und auch Erfolgen im energiepolitischen Bereich, wie das zum Beispiel bei der Fernwärme der Fall ist. Wir haben im Jahre 1984 bei der Fernwärme eine Steigerung der Wärmeabgabe, der Wärmeversorgungsunternehmen um 9 Prozent. Das ist sicherlich auch ein Ergebnis der Maßnahmen, die im Rahmen des zweiten Beschäftigungsprogrammes, in dem einer der Schwerpunkte war, gesetzt worden sind. Und wir werden bei den Fernwärmeinvestitionen im heurigen Jahr im Vergleich zum vorigen Jahr Steigerungsraten von 22 Prozent zu verzeichnen haben. Auch das zeigt, daß das ein Schwerpunkt in den energiepolitischen Vorstellungen ist.

Es ist also nicht so, wie der Herr Präsident Graf sagt, daß Leerformeln im Energiebericht zu Papier gebracht worden sind, sondern umgekehrt: Es ist in der Vergangenheit eine ganze Fülle an konkreten Vorstellungen, Maßnahmen, Überlegungen und Aktivitäten in diesem Zusammenhang gesetzt worden und wird auch in Zukunft gesetzt werden.

Es ist auch nicht so — ich weiß schon, einen

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Schmidt

dicken Energiebericht kann man nicht so schnell lesen —, daß über Kernenergie nichts drinnensteht, wie Kollege Taus behauptet hat, sondern zweifellos ist sowohl bezüglich Zwentendorf, was das MARKAL-Modell betrifft, wie auch bezüglich der konkreten Schlußfolgerungen daraus an einigen Stellen ausführlich dargestellt, inwieweit nach diesen Modellvorstellungen Kernenergie in Österreich sinnvoll und inwieweit sie nach kostenoptimalen Gesichtspunkten nicht sinnvoll wäre.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß kommen und noch einmal klar sagen: Wenn Sie heute einer Volksabstimmung nicht die Möglichkeit geben, dann ist es keine Frage, daß Ihre Vertreter mitverantworten müssen, daß diese Investition von 10 Milliarden Schilling nicht zum Tragen kommen kann. Sie haben sich hoffentlich über all die Konsequenzen informiert. Sie haben sich hoffentlich über all die Fragen, die daraus folgern, informiert.

Bedenkt man, daß 10 Milliarden Schilling eine Größenordnung sind — es sind heute schon viele Beispiele genannt worden —, die für viele Österreicher und Österreicherinnen völlig unvorstellbar und unbegreiflich ist, und bedenkt man, welche wirtschaftlichen Auswirkungen das in einem anderen Einsatz haben könnte, so kann man nur eines sagen: Es wäre höchste Zeit — und es ist ja noch Zeit bis zur Abstimmung —, der Vernunft eine Gasse zu schlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein die Kosten des Abwrackens von netto 700 Millionen Schilling bedeuten eine zusätzliche Belastung jedes einzelnen Haushaltes mit über 2 500 S.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sind Sie sich all dessen bewußt. Wir haben alle offenen Probleme geklärt. Wir haben sie auf den Tisch gelegt. Wir haben ausführlich diskutiert in einem Ausmaß, wie es noch nie der Fall sein konnte. Es gibt klare, einstimmige Vorlagen der Bundesregierung und Berichte der Bundesregierung. Ich hoffe, daß all jene, die in Wirklichkeit für den Einsatz der Kernenergie in Österreich sind, heute die Gelegenheit wahrnehmen werden, diese Berichte nicht nur zur Kenntnis, sondern als Grundlage zu nehmen, sich entsprechend in der Abstimmung zu verhalten. — Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.57

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Köck. Ich erteile es ihm.

15.57

Abgeordneter Köck (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die österreichische Energiepolitik, aber auch oder gerade auch der vorliegende Energiebericht und das vorliegende Energiekonzept müssen, ob wir es wollen oder nicht, immer wieder unter dem Aspekt gesehen werden, daß Österreich wie viele andere Industrieländer dieser Welt ein ausgesprochen energieimportabhängiges Land ist.

Allein im vergangenen Jahr mußten 60 Prozent der benötigten Gesamtenergie mit einem Kostenaufwand von ungefähr 60 Milliarden Schilling — das sind um 11,3 Milliarden Schilling mehr als im Jahre 1983 — importiert werden. Daß ein derartiger Zustand von einer verantwortungsbewußten Regierung nicht als unabdingbares Schicksal hingenommen werden kann, dürfte uns allen in diesem Hohen Hause klar sein. *(Abg. Staudinger: Das ist jetzt eine Rede an die Adresse Steger!)* Dementsprechend war auch, Herr Kollege Staudinger, die Energiepolitik der Bundesregierung und der gesamten Energiewirtschaft in all diesen Jahren, etwa in den letzten 10 Jahren, ausgehend von der Energiekrise 1973/1974, und dementsprechend waren und sind auch die Zielsetzungen dieses vorliegenden Energiekonzeptes.

Ausgehend von dem Wissen, meine Damen und Herren, daß es ohne gesicherte und ausreichende Energie keine florierende Wirtschaft geben kann und daß es ohne florierende Wirtschaft natürlich auch keinen gesicherten Wohlstand und keine soziale Sicherheit geben kann, werden wir alles tun, damit die Bundesregierung und wir alle miteinander in der Folge diese unsere Zielsetzungen in bestmöglicher Weise verfolgen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Diese grundsätzlichen Zielsetzungen im Energiekonzept, meine Damen und Herren sind zunächst einmal folgende:

Erstens: Die Abdeckung der Nachfrage nach Energie.

Zweitens: Die größtmögliche Wirtschaftlichkeit in der Produktion, in der Herstellung von Energie, aber auch beim Konsum von Energie.

Drittens: Die Versorgungssicherheit, hier wieder davon ausgehend, daß wir eben ein so stark importabhängiges Land sind.

Viertens: Ein optimales Maß an Umweltverträglichkeit.

7618

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Köck

Fünftens: Die soziale Verträglichkeit der Versorgungstechnologien für diese Gemeinschaft, in der wir alle miteinander leben.

Die Richtigkeit der Energiepolitik etwa der letzten zehn Jahre läßt sich an Hand der Bestandsaufnahme im Energiebericht vielfach beweisen und belegen. Lassen Sie mich nur einige Beispiele anführen, meine Damen und Herren.

Es ist heute schon wiederholt gesagt worden: Viele Jahre war es für Experten, für Fachleute, nahezu unbestritten, daß sich in dem Maße, wie sich die Wirtschaft entwickelt, parallel dazu auch der Energiebedarf entwickelt. Heute können wir mit Fug und Recht feststellen, daß hier eine weitgehende Entkopplung eingetreten ist.

Der Beweis: 1983 lag der Gesamtenergieverbrauch Österreichs auf dem Niveau von 1973, während im selben Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt um 26 Prozent angestiegen ist!

Meine Damen und Herren! Auf Grund der krisenhaften Entwicklung beim Erdöl in den siebziger Jahren in mengenmäßiger Hinsicht, in preismäßiger Hinsicht, war es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Verantwortlichen in der Energiepolitik alles tun, um einen geordneten Rückzug aus dem Erdöl anzutreten.

Ergebnis: Wir können heute mit Fug und Recht feststellen, daß auch diese Entscheidung richtig war, und wir können heute feststellen, daß der Anteil des Erdöls am Gesamtenergiebedarf in Österreich von 54 Prozent im Jahr 1973 auf 45 Prozent im Jahr 1983 zurückgegangen ist.

Weiters, meine Damen und Herren: Die Bemühungen der Bundesregierung im Kampf gegen die Luftverschmutzung, gegen den sauren Regen, gegen das Waldsterben und schließlich und endlich auch gegen verschiedene andere Entwicklungen, die wir im Bereich der Umwelt und in der Natur festgestellt haben, haben entscheidende Verbesserungen gebracht.

Ergebnis — nur einige Beispiele —: Mit einem Paket von Gesetzen und Verordnungen ist es gelungen, daß zum Beispiel die jährlichen Schwefeldioxidemissionen im Zeitraum von 1980 bis 1983 allein um 40 Prozent verringert werden konnten. Im Verkehrsbereich konnte im selben Zeitraum die jährliche Blei emission um ein Drittel verringert werden. Und wir wissen alle miteinander, daß

zum Beispiel beim Kohlekraftwerk Dürnrohr, das ja praktisch vor seiner Inbetriebnahme steht, ganz beträchtliche Investitionen getätigt wurden, modernste Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen eingebaut wurden, sodaß es in Dürnrohr schließlich und endlich eine Entstickung und eine Entschwefelung von über 90 Prozent geben wird. Auch ein Erfolg der Politik dieser Bundesregierung, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Das sind eigentlich nur einige wenige Ergebnisse, die seitens der Bundesregierung in den letzten Jahren erreicht wurden. Wenn wir ganz ehrlich sind, alle miteinander: Wir haben uns vor fünf oder sechs oder gar zehn Jahren gar nicht vorstellen können, daß auf diesem Gebiet so vieles und so viel Entscheidendes für unsere Gesundheit und für unsere Umwelt geschaffen wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darüber hinaus müssen wir uns aber auch darüber im klaren sein — und das müssen wir vor allen Dingen jenen sagen, die gegen jede Art von Kraftwerken sind —, daß Umweltschutz zum Nulltarif auch in Österreich nicht angeboten werden kann, daß wir natürlich den Menschen bei jeder Gelegenheit sagen müssen, daß Umweltschutz und Naturschutz gerade im Zusammenhang mit der Energieversorgung auch ihren Preis haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Wir müssen es vor allem jenen sagen, die schließlich und endlich, wie wir wissen, ja die Minderheit sind. Aber gerade denen müssen wir mit aller Deutlichkeit auch sagen, daß es nicht so ist, daß wir ohne Kraftwerke auskommen werden, heute nicht und morgen nicht, und daß die Illusion, daß man den Strom einfach aus der Steckdose nehmen kann, auch in Zukunft eine Illusion bleiben wird.

Meine Damen und Herren! Weil wir gerade vom Strom reden: Wir wissen, daß sich im Gegensatz zur Gesamtenergieverbrauchsentwicklung beim Stromverbrauchszuwachs eine andere Entwicklung ergeben hat. Allein im Jahr 1984, also im vergangenen Jahr, hatten wir einen Strombedarfswachstum von 4,8 Prozent. Die Experten des Ressorts haben sich gemeinsam mit der E-Wirtschaft und mit dem Wirtschaftsforschungsinstitut zusammengesetzt und die Prognosen für die nächsten zehn Jahre erstellt. Und sie sind gemeinsam zu der Auffassung gekommen, daß es auch in den nächsten zehn Jahren jährlich einen Strombedarfswachstum von 2,6 Prozent geben wird, für ganz Österreich gesehen. Das heißt, daß bis zum Jahr 1995, also in den nächsten zehn

Köck

Jahren, eine zusätzliche Kapazität von rund 29 Prozent erforderlich ist; das sind 12 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr, meine Damen und Herren, die wir, wenn wir es gut meinen und wenn wir unsere Auslandsabhängigkeit nicht vergrößern wollen, durch Kraftwerke, die wir in diesem Lande errichten müssen, decken müssen. Es sei denn, man ist anderer Auffassung und will tatsächlich die Auslandsabhängigkeit nicht verringern.

Konkret müssen in den nächsten zehn Jahren, wenn wir davon ausgehen, entweder Kraftwerke mit der 3,7fachen Kapazität des Kohlekraftwerkes Dürnrohr errichtet werden, oder wenn wir einen anderen Weg gehen, müssen wir das 5,8fache der Kapazität des geplanten und von einer Minderheit verhinderten Donaukraftwerkes Hainburg errichten.

Das ist die Realität, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß uns diese Vorschau, die uns allen miteinander zu denken geben muß, zu einem raschen Handeln bei der Realisierung der im Energiekonzept angeführten und vorgesehenen Großkraftwerke, vor allen Dingen an der Donau, veranlassen müßte. Und unter diesem Aspekt sollten wir auch den heute in Verhandlung stehenden Antrag der sozialistischen Abgeordneten hinsichtlich einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich beziehungsweise der Inbetriebnahme von Zwentendorf sehen. Es geht um jenes Kraftwerk, meine Damen und Herren von der Opposition, das Ende der sechziger Jahre und zu Beginn der siebziger Jahre von Ihnen und von verantwortlichen Politikern Ihrerseits mit aller Kraft verlangt wurde und mit aller Macht schließlich und endlich auch durchgesetzt wurde, um jenes Kraftwerk, das damals von Landeshauptmann Maurer für Niederösterreich, für Zwentendorf urgiert wurde; mit diesem Erfolg ist er dann ja auch hinausgegangen und hat für sich und für seine Partei geworben. Es ist ihm gelungen, das Kraftwerk nach Zwentendorf zu bekommen; jenes Kraftwerk, meine Damen und Herren, das Sie in der Folge aus opportunistischen Gründen fallen ließen wie einen heißen Erdapfel.

Die sozialistischen Abgeordneten können Ihnen bei dieser Gelegenheit nur sagen, daß man rund um Österreich in der ganzen Welt heute erkannt hat, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie die Alternative für die bisherigen konventionellen Kraftwerkstypen ist, wie wir sie bisher gehabt haben. Über 350 Kernkraftwerke rund um Österreich sind in der ganzen Welt heute in Betrieb, und über-

all hat sich bis heute nichts Katastrophales ergeben! Überall sind die Fragen der Sicherheit ordentlich gelöst worden, nirgends war ein Unfall zu ersehen, sodaß sich für uns die Frage ergibt, warum wir heute und hier überhaupt über Fragen der Sicherheit noch diskutieren müssen, wo wir doch genau wissen, daß wir in Österreich alles getan haben und mehr getan haben, als in anderen Ländern geschehen ist, um die Sicherheit des Kernkraftwerks in bestmöglicher Weise zu garantieren.

Meine Damen und Herren! Österreich hat also ein Kernkraftwerk weitgehend fertiggestellt. Parteitaktik verhindert aber die Inbetriebnahme. Der Schaden für die österreichische Volkswirtschaft, für jeden einzelnen Bürger dieses Landes, wird sehr groß sein.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns Zwentendorf anschauen, müssen wir feststellen, daß dort eine Produktion von Strom erfolgen könnte, die im Vergleich etwa zu Dürnrohr wesentlich günstiger ist.

Der Preis pro erzeugte Kilowattstunde in Zwentendorf wird in etwa 65 Groschen betragen. Nach den neuesten Berechnungen und auf Grund des Vorvertrages mit der Sowjetunion können wir annehmen, daß sich dieser Groschenbetrag noch reduzieren wird.

Gleichzeitig wissen wir aber, daß der Preis pro erzeugter Kilowattstunde aus dem Kohlekraftwerk Dürnrohr wahrscheinlich 1,25 S betragen wird; dies vor allen Dingen deswegen, weil — wie ich schon gesagt habe — im Interesse des Umweltschutzes die notwendigen und erforderlichen Entstickungs- und Entschwefelungsanlagen eingebaut werden mußten.

Dies bedeutet, meine Damen und Herren, daß die Stromkosten von Dürnrohr während der Amortisationszeit von etwa 20 Jahren — wahrscheinlich wird die Inbetriebszeit länger dauern — bei angenommenen 6 300 Benützungsstunden pro Jahr um rund 56 Milliarden Schilling höher sein werden als aus dem Kernkraftwerk Zwentendorf. 56 Milliarden Schilling, meine Damen und Herren, zusätzlich zu diesen 10 Milliarden Schilling, die bereits investiert wurden! Ich rede gar nicht davon, daß auch für die Konservierungskosten in der Zwischenzeit bedeutende Beträge aufgebracht werden müßten.

Das Wissen, daß dieser wirtschaftspolitische Wahnsinn nicht Wirklichkeit werden darf, ist ja zutiefst auch bei einem Großteil der Abgeordneten der Opposition und bei vie-

Köck

len Wählern der Opposition verankert. Trotzdem werden Sie heute dem SPÖ-Antrag Ihre Zustimmung verweigern, nur weil dieser Antrag Ihrer Auffassung nach von der Regierung hätte kommen müssen. Meine Damen und Herren von der ÖVP, von der Opposition! Sie verhindern damit nicht nur eine mögliche Inbetriebnahme des bereits beinahe fertiggestellten Kernkraftwerkes Zwentendorf mit allen Konsequenzen, sondern darüber hinaus auch noch — und das ist nicht minder bedauerlich — einen Akt der direkten Demokratie in unserem Lande.

Das geschieht wider besseres Wissen, entgegen Ihrer persönlichen und überzeugten Meinung nur deswegen, weil eben nicht sein darf, was nicht sein kann, weil man — schlicht und einfach und auf deutsch gesagt, meine Damen und Herren — einem Großteil von Ihnen das Korsett des Klubzwangs angelegt hat. Das ist die Wahrheit und das ist die Tragik des heutigen Tages. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren der Opposition! Ich kann mir vorstellen, wie es momentan bei so manchem von Ihnen da ganz drinnen *(der Redner schlägt gegen seine Brust)* ausschaut. Man kann sich vorstellen, daß die meisten von Ihnen heute von dieser Sitzung zutiefst frustriert weggehen werden, wenn man weiß, wie es in Ihrem Inneren wirklich ausschaut und welche persönliche Meinung Sie in Wirklichkeit zu dieser Frage und zu der ganzen Problematik haben. Dies umso mehr, als in Wirklichkeit in den letzten Wochen und Monaten seitens der Bundesregierung auch die letzten Bedenken ausgeräumt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Die Reaktorsicherheitskommission hat der Regierung und dem Parlament einen Bericht zugeleitet, der die Inbetriebnahme von Zwentendorf nicht nur als unbedenklich, sondern darüber hinaus auch als höchst sinnvoll und in jeder Hinsicht richtig darstellt. Die Frage der Endlagerung ist mit der Zusicherung Chinas, aber im besonderen mit dem Vorvertrag mit der Sowjetunion, die abgebrannten Brennstäbe zu übernehmen, absolut geklärt!

Sie selbst, die im Unterausschuß tätig waren, vor allen Dingen der Herr Kollege König, den ich bei dieser Gelegenheit als einen fairen Verhandlungspartner und als einen Mann kennengelernt habe, der gerne bereit wäre, die Sachlichkeit über Parteitaktik zu stellen, aber es war ihm schließlich und endlich auch nicht möglich, haben direkt und

indirekt zugegeben, daß für Sie alle Bedenken ausgeräumt sind, daß Sie aber, weil kein gemeinsamer Antrag der Regierung vorliegt, dem vorliegenden Antrag der SPÖ-Abgeordneten Ihre Zustimmung nicht geben können. Auf Grund dieses Antrages sollte das österreichische Volk, meine Damen und Herren, noch einmal gefragt werden, ob es für die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich und im besonderen für die Inbetriebnahme des weitgehend fertiggestellten Kernkraftwerkes Zwentendorf ist.

Mit Ihrer Ablehnung stellen Sie sich eindeutig gegen die direkte Demokratie — wenn auch unter Zwang, wie ich gerne zugebe — und indirekt gegen jede wirtschaftliche Vernunft.

Ich will Sie nicht länger aufhalten, denn was Ihre Freunde, etwa in der Wirtschaft, was Ihre Freunde in den Landtagen von Tirol und Kärnten, wie ich neulich gehört habe, zu Ihrem Verhalten sagen werden, ist schließlich und endlich Ihr Problem. Aber ich kann Ihnen folgendes nicht ersparen, meine Damen und Herren: Nichts könnte die verworrene Situation der ÖVP in dieser Frage, in dieser Problematik besser durchleuchten als ein offener Brief, der vor einigen Wochen dem Bundesparteiobermann der ÖVP Dr. Alois Mock zugegangen ist. Ich darf nur einige Ausschnitte aus diesem Brief zitieren:

„Das nächste traurige Kapitel im Verhalten unserer Partei stellt ihre Haltung zur Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie dar. Was sich hier in Österreich abspielt, könnte an diesem Land und seiner Zukunft zweifeln lassen. Da steht ein 10-Milliarden-Bau, der Strom produzieren könnte. 70 Prozent unseres Energiebedarfes decken wir aus dem Ausland, zum Teil aus totalitären Ländern, die uns jederzeit wirtschaftlich oder politisch unter Druck setzen können.“

54 Milliarden geben wir für Energieimporte aus. Wir verpesten zwar die Luft und verunreinigen die Umwelt mit kalorischen Kraftwerken, lehnen aber Wasser- und Kernenergie als umweltfreundlichste Form der Energiegewinnung ab.“

Hier lasse ich wieder einige Sätze aus, meine Damen und Herren, damit es nicht zu lang wird. Es wird folgendermaßen fortgesetzt — hören Sie gut zu! —: „Mich irritieren vor allem zwei Umstände:

1. Die ÖVP, die traditionell eine staatstragende Partei war, manövriert sich immer

Köck

mehr, und zwar aus durchsichtig taktischen Gründen, in eine ‚Ohne-mich-Haltung‘ hinein. Von staatspolitischer Verantwortung keine Spur. Man sieht sich anscheinend nur mehr als ‚Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit‘ — das ist nicht von mir, damit Sie es gleich wissen, meine Damen und Herren — „zur Machterrichtung und Machterhaltung.

2. Die Abstimmung über Zwentendorf wurde seinerzeit... ‚zu einem Votum‘ über die Person Kreiskys umfunktioniert. Aus diesem Grund wäre eine neuerliche Volksabstimmung nur allzu gerechtfertigt.

Die Kernenergie ist keinesfalls ein Politikum, sondern eine reine Sachfrage. Ich kenne kaum einen Bereich, der mehr geeignet wäre, nach dem Wissens- und Gewissensstand des einzelnen Abgeordneten entschieden zu werden.

Gerade die ÖVP, die das Bild des ‚selbständigen‘ Menschen anspricht, sollte nicht ein System petrifizieren, das über den Klubzwang den Volksvertreter entmündigt.“

Jetzt lese ich Ihnen noch einen letzten Satz vor, meine Damen und Herren.

„Wenn heute ÖVP-Funktionäre leichtfertigerweise das Abwracken von Zwentendorf fordern und eine neuerliche Volksabstimmung sowie die Aufhebung des Klubzwanges ablehnen“ — wie Sie es heute tun — „könnten sie damit leicht einen Prozeß einleiten, der zum Abwracken unserer Partei führt“. — Damit ist die ÖVP gemeint.

Meine Damen und Herren! Jetzt sage ich Ihnen, wer das war: „Mit freundlichen Grüßen Prim. Dr. Richard Piaty“, langjähriger ÖVP-Landtagsabgeordneter und ÖVP-Bundesrat. (*Abg. Heinzinger: In Ruhe!*) Kein Sozialist also und kein Vertreter der E-Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! Ich habe diesem Brief und seinen Aussagen wirklich nichts mehr hinzuzufügen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 16.19

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Heinzinger. Ich erteile es ihm.

16.20

Abgeordneter Heinzinger (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vordränger hat auf die besondere Wichtigkeit der Energiepolitik hingewiesen; ich möchte das

durchaus unterstreichen. Er hat weiters ausgeführt, wie bedeutsam der Energieeinsatz für Lebensstandard, wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplatzsicherheit wäre; dem ist auch zuzustimmen.

Aber gerade deswegen, weil die Energiepolitik eine so herausragende Rolle spielt, weil sie eine Schlüsselfrage der Wirtschaftspolitik, eine Schlüsselfrage der Arbeitsmarktpolitik ist, kann doch eine solche Politik von dieser Regierung kaum sinnvoll durchgesetzt werden, wenn die Opposition innerhalb der Regierung so vehement eine andere Linie, als der zweite Regierungspartner SPÖ vertritt, wie das heute Stix getan hat.

Wenn die Energiepolitik auf der einen Seite in diese Richtung und auf der anderen Seite in eine andere Richtung reicht, dann müßten Sie sich, wenn das stimmt, schon einigen, welche Energiepolitik Sie hier dem Hohen Hause vorlegen wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es wird hier immer wieder behauptet, daß der Verbrauch von Energie mit Lebensstandard, mit industriellem Fortschritt gleichzusetzen wäre. Wenn Sie zum Beispiel den Energieverbrauch von Amerika mit dem der Schweiz vergleichen, so können Sie feststellen, daß die Amerikaner den dreifachen Energieverbrauch haben. Der Lebensstandard der Schweiz ist mindestens gleich hoch, ihre industrielle Struktur ist die beste Europas, mit einem Drittel des Energieeinsatzes. Das zeigt, daß sinnvoller und sorgfältiger Umgang mit Energie, daß sparsamer Umgang mit Energie Lebensstandard und ebenso eine herausragende Industriestruktur ermöglicht.

Und dann sind viele absolute Ziffern genannt worden. Ich möchte in diesen Ziffernstreit zunächst nicht einsteigen, aber allein die Prognosenunterschiede zwischen E-Wirtschaft und Wirtschaftsforschungsinstitut, auf 10 Jahre hochgerechnet, betragen zwei Großkraftwerke. Es zählt zur Redlichkeit dieser Diskussion, daß wir hier nur in Trends diskutieren.

Am 29. März vorigen Jahres habe ich den Energieminister in einer schriftlichen Anfrage gefragt: Welche politischen Richtlinien wurden den Arbeitsgruppen zur Erstellung des Energiekonzepts vorgegeben, wer hat diese Richtlinien entwickelt?

Meine Damen und Herren! Man darf doch davon ausgehen, daß der Energieminister eine klare politische Vorstellung der Trends

Heinzinger

hat, in welche Richtung sich die Energiepolitik entwickeln sollte, und daß man dann versuchen würde, durch Rechenmodelle und durch Maßnahmen eine entsprechende Mischung zu finden, wie diese Ziele zu erreichen gewesen wären. Die Antwort auf diese Frage vom 20. Mai war: Eine Vorgabe von politischen Richtlinien ist nicht erfolgt.

Was also hier heute als Energiebericht, als Energiekonzept vorliegt, ist eine beachtliche Sammlung von Daten, ist die Auswertung von Modellrechnungen mit höchst unterschiedlichen Annahmen, die im Endergebnis summiert verschiedenste Maßnahmen ankündigen. Aber genau das nicht: ein klarer politischer Zielkatalog, nach Kosten berechnet und nach Zeiträumen orientiert.

Ich anerkenne durchaus den mehrfachen Versuch in diesem Konzept seitens des Ministeriums, sich von den linearen Vorstellungen der E-Wirtschaft abzukoppeln und einen Gestaltungsfreiraum zu gewinnen. Das ist eine Zielsetzung, die ich unterstreichen möchte. Aber die klare Orientierung für Energiewirtschaft, für Markt und für Konsumenten ist nicht gegeben.

Es gibt sehr viele Absichtserklärungen: Substitution aus dem Erdöl. Aber auch hier wiederum fehlen klare Prozentsätze, in welchen Zeiträumen, mit welchen konkreten Methoden dieses Ziel erreicht werden soll.

Es wird einfließend bemerkt, daß der Regierung in der Vergangenheit auf dem Gebiet viel geglückt wäre. Meine Damen und Herren! Die Redlichkeit geböte, hier festzustellen: Es war der Preisdruck, es war die Sorge um die sichere Versorgung durch Primärenergie, es war der Markt, es war die Industrie selbst, und zu einem ganz geringen Anteil waren es Maßnahmen dieser Regierung.

Besonders vermisste ich in diesem Energiekonzept den strategischen Ansatz zum Energiesparen. Das Wort „Energiesparen“ finden wir im Konzept, haben wir von der Regierungsbank aus gehört. Aber auf die Frage, in welchen Bereichen, auf welchen Sektoren, in welchen Zeiträumen, mit welchen Förderungsmitteln wieviel eingespart werden soll, gibt es in diesem Energiekonzept keine Antwort.

Absichtserklärungen: Ein Energiekonzept müßte einen Hauch von Vision haben, müßte die spezifisch österreichische Chance der Nutzung von Biomasse beinhalten: die Ziffern, in welchen Anbauregionen, mit welchen Metho-

den, mit welchen Etappenschritten. Es ist zuwenig, wenn man erklärt, man werde forschen. Es ist nützlich, aber es ist selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß wir forschen.

Und wenn von Abwärmenutzung die Rede ist, stellt sich generell die Frage nach der Glaubwürdigkeit dieser Absichten. Jahr für Jahr beziehungsweise im Zweijahresrhythmus haben wir Versprechungen. Bereits im Jahre 1979, meine Damen und Herren, hat man uns die Abwärmenutzung versprochen. Ich gehe nicht ein auf all jene Punkte, die im Jahre 1979 versprochen wurden, und auf den EVA-Bericht, in dem es über die Einhaltung dieser Versprechen kontinuierlich heißt: Nicht eingehalten! Wenig eingehalten! Nicht eingehalten! Nicht eingehalten!

Zum Beispiel was die Abwärmenutzung betrifft: Der ganz wichtige Versuch, Industrie- und Strom, der in den Industrieunternehmen erzeugt wird, zu angemessenen Preisen ins Netz zu bringen, wurde schon vor sechs Jahren versprochen; heute wurde er als wesentliches Ziel wieder versprochen.

Ich anerkenne durchaus den massiven Umweltteil in den Absichten. Ich bin beeindruckt, daß man nun endlich dazu übergeht, Emissionen drastisch abzusenken. Aber auch hier stellt sich wieder die Frage nach der Glaubwürdigkeit.

Flüssiggas — ein wunderbarer Treibstoff, um Emissionen abzusenken — wurde in derselben Zeit, in der Sie das alles erarbeitet und versprochen haben, steuerlich so benachteiligt, daß es aus dem Markt verdrängt wird. Versprechungen, Heizöl schwer auf ein Prozent abzusenken, kommen wie die tibetischen Gebetsmühlen, aber es geschieht nichts.

Noch ein wichtiger Punkt, auf den ich hinweisen möchte: Die Förderung von Kleinkraftwerken, die ganz deutlich unterstrichene Absicht auf diesem Gebiet. Ich halte die Entwicklung eines Energiemarktes, wie das beim Energieminister gelegentlich anklingt, für außergewöhnlich wichtig. Monopolbetriebe tendieren generell dazu, teuer zu werden, und sie stellen sehr oft Machtinteressen vor Funktionsinteressen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß 80 Prozent der Innovationen in Klein- und Mittelbetrieben entwickelt werden. Diese Tendenz gilt auch für den Energiemarkt.

Heinzinger

Aber wenn nun im Konzept die Absicht angedeutet wird, daß die verschiedensten Vorteile der Großunternehmen oder der Großverteiler in Staatsnähe zurückgedrängt werden sollen, dann möchten wir die konkreten Ziele sehen, wie Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden sollen.

Meine Damen und Herren! Das Rechenmodell MARKAL ist sicherlich ein interessantes Hilfsmittel für die Energiepolitik. Aber es ist nur ein Hilfsmittel, das von der Datengüte der Eingaben abhängt. Dazu gibt es Stellungnahmen nicht nur von der Gesellschaft für Energiewesen, die da meint — ich zitiere —: Wesentliche Eingabedaten sind falsch beziehungsweise fehlen überhaupt.

Auch der Verband der Elektrizitätswerke meint: Grundsätzlich muß dazu festgehalten werden, daß die hier wiedergegebenen Daten sicher nicht einen vollständigen Satz der notwendigen Eingabedaten für das Computermittel MARKAL darstellen.

Wenn es hier so massive Differenzen gibt — und sie wurden im Ausschuß nicht ausgeräumt —, dann erwarten wir, daß wir hier einmal einen Bericht des Ministers bekommen, in welcher Form diese Differenzen ausgeräumt werden konnten. Es ist doch unvorstellbar, meine Damen und Herren, daß zwischen den bedeutsamsten Energieproduzenten und -praktikern dieses Landes und zwischen den erarbeiteten Ergebnissen eines Ministeriums der massive Unterschied der Datenunsicherheit bleibt, wenn auf Grund dieses Modells Energiepolitik betrieben werden soll. Wir warten hier auf eine klärende Antwort des Ministers.

Es ist durchaus vorstellbar, daß die Energiewirtschaft mit manchen Intentionen dieses Konzeptes, mit dem ich durchaus übereinstimme, keine Freude hat und daher die Daten anzweifelt. Aber wenn dem so ist, dann wäre der Datennachweis notwendig.

Meine Damen und Herren! Diese wenigen Bemerkungen zum Energiekonzept, das eine große Chance für die Minister gewesen wäre, einen neuen, konkreten, alternativen Weg der Energiepolitik vorzuzeigen. Es ist ein Katalog von Absichtserklärungen, beeindruckender als der seiner Vorgänger, es ist umfangreiches Datenmaterial mit in Ansätzen wertvollen Zielsetzungen, für die die Anerkennung weniger dem Minister gebührt als dem Stab, der sie erarbeitet hat. Es ist aber nicht gelungen, die Chancen zu nützen. Und wir werden sehr sorgfältig beobachten, ob ernstlich ver-

sucht wird, die Absichtserklärungen zu verwirklichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der zweite große Fragenkreis ist der Fragenkreis Zwentendorf. Uns wird ein besonderes Schauspiel geboten; es hat hier seine Fortsetzung erfahren. Der Bundeskanzler tritt für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf ein und möchte eine Entscheidung entweder von der Opposition oder von der Bevölkerung haben. Der zuständige Energieminister tritt gegen Zwentendorf und gegen die Nutzung der Kernenergie ein.

Meine Damen und Herren von der Regierung! Wenn Sie die Bevölkerung zur Energiepolitik befragen wollen und wenn Sie die Opposition fragen wollen und sie anstatt dieser Regierung handeln sollen, gibt es einen wesentlich einfacheren und sauberen Weg: Die Regierung tritt zurück.

Und Sie unterstellen uns nun immer: Schlimm, taktisches Spiel, die ÖVP möchte nur den Rücktritt der Regierung. Ja selbstverständlich, je eher desto lieber! Nicht nur, weil Sie keine Energiepolitik darstellen, sondern auch, weil Sie in der Industrieinfrastruktur nichts weiterbringen, weil im Bereiche der sozialen Sicherheit diese Sicherheit zu gleiten beginnt, weil Sie im Bildungs- und Schulbereich zu alten klassenkämpferischen Methoden zurückkehren. Für all diese Spekturen wünschen wir einen Rücktritt der Regierung, und es ist unser erklärtes Ziel, daß sich entweder diese Regierungspolitik grundlegend und rasch ändert in Richtung Gestaltung, oder der Wähler die Möglichkeit bekommt, sich eine neue Regierung zu suchen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Bundeskanzler berichtete am 23. Jänner im Parlament im Zusammenhang mit Hainburg: Kein Argument soll ungeprüft bleiben! Verschiedene meiner Kollegen haben heute darauf hingewiesen, und ich tue es noch einmal, weil ich noch immer glaube, meine Damen und Herren, daß Sie die Empörung, die in meiner Fraktion darüber herrscht, wie Sie den Obmann der ÖVP und den Chef der Opposition durch den Bundeskanzler behandeln ließen, als er in Sorge um die zukünftige Wirtschaftsentwicklung zu einem Gespräch kam und ihm alle Informationen über diese herausragend wichtigen Fragen verweigert wurden, nicht richtig einschätzen.

Jede Sekunde, hat der Bundeskanzler in einer Wortmeldung erklärt, bis zur letzten Minute — ich zitiere Sinowatz —, prüfen Sie einmal noch die Meinung, die ich immer ver-

Heinzinger

treten habe. Ich bleibe dabei und möchte mit Nachdruck eines sagen: Ich lade wirklich bis zur letzten Minute die ÖVP ein, hier der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Und die wesentliche Voraussetzung und das Gebot der Vernunft, mit der Opposition ein faires, redliches und auf Grund des Verhaltens des Bundeskanzlers — sage ich dazu — anständiges Gespräch zu führen, hat es hier nicht gegeben.

Meine Damen und Herren! So können Sie mit der Opposition in Zukunft nicht verhandeln, wenn Sie ernste Ziele anstreben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Seit dem Jahre 1978 — über sieben Jahre — hatte diese Regierung Zeit, die Argumente für und gegen Zwentendorf zu prüfen.

Meine Damen und Herren! Das ist Aufgabe der Regierung, aus der sie niemand entlassen kann, auf diese Aufgabe hin sind Sie von der Verfassung her vereidigt worden, daß Sie die Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen ausüben. Sie können Ihr Gewissen schon gar nicht an die Akademie der Wissenschaft verleihen. Sie sind verpflichtet, sich selbst Wissen zu besorgen und können sich nicht darauf verlassen, daß andere etwas wissen.

Auf Grund des spezifischen Fachwissens in den Ministerien — dort ist dieses Wissen vorhanden — haben Sie verantwortlich zu entscheiden, ob diese Sicherheit gegeben ist.

Es ist ein blamables Beispiel, wenn sich der Vizekanzler hier abputzt und erklärt, der Gesundheitsminister sei zuständig, der Innenminister sei zuständig, der Bundeskanzler sei zuständig. Alle sind zuständig, nur er nicht: der Energieminister ist nicht zuständig!

Ja wenn er für die Energiepolitik nicht zuständig ist, meine Damen und Herren, wenn er das nicht verantworten kann, gibt es eine saubere, anständige Lösung: Hut nehmen, zurücktreten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dann entdeckt diese Regierung das Parlament. Betulich und demütig, wie der Bundeskanzler die ersten acht Tage nach seinem Amtsantritt war, erkennt man nun: Jawohl, das Parlament.

Ich weiß schon, daß es zur Kunst der Politik gehört, heiße Eisen oder strahlend heiße Eisen mit fremden Fingern anzugreifen. Dieser parteipolitisch durchaus akzeptable Grundsatz findet aber in der Verfassung

keine Verankerung für die Bundesregierung. Die hat selbst die Probleme zu lösen, und sie hat die Einschau- und die Einsichtsmöglichkeiten. Und nun soll der Bürger oder soll das Parlament entscheiden?

Meine Damen und Herren! In vielen heiklen Fragen, in denen dieses Parlament es sehr begehrt und die Opposition sehr darauf gedrängt hat, daß man dieses Parlament anerkenne, beispielsweise im Bereiche der essentiellen Kontrollfragen in Untersuchungsausschüssen, waren Sie nicht mit Ihrer Mehrheit penibel, diese Aufwertung des Parlaments mit stiller Regelmäßigkeit niederzubügeln.

Zur Frage der Sicherheit: Ich stimme in ganz außergewöhnlich hohem Maße, soweit das zwischen konkurrierenden Parteien erlaubt ist, mit der persönlichen Meinung des Präsidenten Stix überein, die er hier heute im Zusammenhang mit Atom entwickelt hat. Ich kann mir daher eine längere Ausführung auf diesem Gebiet ersparen.

Aber wie schaut die Informationschance der Abgeordneten aus, von unseren Mitbürgern erst gar nicht zu reden?

Ich habe im Unterausschuß zwei Fragen-gruppen gestellt. Der Unterausschuß ist vertraulich, daher nenne ich die Namen der Personen und der Firmen nicht, sondern die Phänomene. Ich habe gefragt: Wie schaut auf Grund des letzten Standes der Sicherheitsforschung die Sicherheit der Kerntechnologie an sich aus? Antwort eines Experten: Auf Grund der letzten amerikanischen Forschungsergebnisse hat man die Gefahren bisher zu hoch veranschlagt ebenso die Folgen eines schweren Unfalls.

Am selben Tag zum selben Thema erklärt ein anderer Experte unter Berufung auf neueste amerikanische Forschungsergebnisse, man habe bisher die Gefahren zu gering angesetzt, ebenso die Schäden aus einem schweren Unfall.

Die Frage des Gefahrenpotentials dieser Technologie — eine Schlüsselfrage — wurde zunächst ganz kraß kontra beantwortet.

In einer zweiten Fragengruppe habe ich gefragt: Wie steht es mit der Betriebssicherheit der Schwesternkraftwerke und mit den Betriebsstunden? Da hat der eine Experte erklärt, die vier Schwesternkraftwerke in der Bundesrepublik hätten die meisten Betriebsstunden und die höchste Betriebssicherheit.

Heinzinger

Der andere Experte erklärte zum selben Thema am selben Tag, diese vier Kraftwerke würden zu jenen sechs mit der geringsten Betriebssicherheit und mit den wenigsten Betriebsstunden zählen.

Meine Damen und Herren! Diese Position der Sicherheitsfragen wollen Sie ohne ausreichende Information an das Parlament von der Bevölkerung entscheiden lassen. Um Himmels willen, so können Sie mit den Fragen der Sicherheit nicht umspringen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diesem Zusammenhang daher von Vernunft zu sprechen, ist an sich kein sehr guter Stil. Wir sollten uns nicht gegenseitig der Unvernunft zeihen, wenn wir unterschiedliche Standpunkte haben. Es ist eine frevelhafte Fälschung des Wortinhaltes „Vernunft“, wenn man im Zusammenhang mit so unsicheren Daten über die Sicherheit an die Vernunft appelliert.

Ich möchte noch ein Zitat bringen. In einem Memorandum österreichischer Fachleute heißt es: Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist jahrelang so ausführlich studiert und untersucht worden, daß sie heute besser bekannt ist als jede andere Technologie.

Meine Damen und Herren! Seit Kopernikus, seit Galilei und seit Darwin ist die Wissenschaftsgeschichte voll von tiefreichenden Irrtümern und voll von neuen Erkenntnissen. Wir haben jetzt eine Wissenschaft zu beurteilen, die in einem ganz kurzen Zeitraum entwickelt wurde, mit außergewöhnlich gefährlichen Folgeentwicklungen. Dann stellen sich hochgradige Experten hin und meinen: Da kann überhaupt nichts passieren, das ist das Besterforschte.

Hier darf man mißtrauisch werden. Man muß mit Sorge fragen: Ist das Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen? Kann man für eine Technologie Verantwortung übernehmen? Wer traut sich wirklich, persönliche Verantwortung für tausend Jahre Gift zu übernehmen, ohne jede Not, ohne jeden Zwang, ohne jeden erkenntlich wirtschaftlich zwingenden Vorteil?

Dann wird in die Diskussion eingebracht: 10 Milliarden Schilling wurden verbaut. Auch ich bin von der Ziffer immer wieder bewegt und betroffen. Auch wenn bei einem einzigen Kraftwerk wie Malta 5 Milliarden Schilling verbaut und fehlinvestiert wurden, ist das ein außergewöhnlich hoher Betrag.

Aber sollte dieser Betrag ums Prinzip dreimal so hoch an Fehlinvestition als Prinzip angesetzt werden? Das ist die Frage.

Die höchste Sperrmauer für mich, meine Damen und Herren, ist die Frage der sozialen Sicherheit durch Bannung von Angst. Ich staune, wie sich mitunter Leute mit hohem oder mit niedrigem Wissen über jene lustig machen, die sich persönlich vor diesen Auswirkungen fürchten, über Frauen, die sich um ihre Kinder sorgen, über die Jugend, die sich um ihre Zukunft sorgt. Dieses Phänomen der Angst kann durch technische Überheblichkeit nicht gebannt werden.

Ich persönlich bin der Auffassung — Sie wissen, daß ich ein Kenner der Kerntechnologie bin *(Abg. Tonn: Herr „Professor“ Heinzinger!)*, daß ich aber auf dem Boden der Grundsätze meiner Partei stehe, die da sagt: Alle Sicherheitsvorschriften müssen gelöst werden!, und deshalb besonders streng und besonders penibel darauf achtet, daß nur die Regierung, die diese Sicherheitsvorkehrungen prüfen kann, und niemand sonst und am wenigsten die Opposition und am wenigsten der Bürger dies tut —, daß diese Regierung die Voraussetzungen und die Bürgschaft für die Sicherheit zu geben hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn der zuständige Minister für Energiepolitik erklärt, wir brauchen den Atomstrom aus Gründen der Menge nicht, wenn er den Export des Atommülls aus ethischen Gründen nicht verantworten will, wenn für ihn die Gefahren der menschlichen Irrtümer zu hoch sind, dann sollten wir Parlamentarier ohne diese Prüfungsmöglichkeiten, also ungeprüft, mit dem Schritt zu einer Volksabstimmung den Weg öffnen? Haben wir weniger ethische Grundsätze? Gehen wir mit weniger Verantwortungsbewußtsein an dieses Problem heran?

Ich glaube, daß in dieser Sache sehr wohl die Gretchenfrage an die Gesamtverantwortung der Freiheitlichen Partei und auch an die gesamte Regierungspolitik gestellt ist, wie sie Verantwortung versteht. Verantwortung heißt, mit Wissen und Gewissen einer Sache gegenüberzustehen oder sie zu tragen.

Der Minister kann es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, weil ihn ethische Grundsätze daran hindern, und sein Wissen spricht dagegen. Also wider Wissen und Gewissen ist dieser Minister dabei, die Opposition zu beschuldigen. Meine Damen und Herren, das

Heinzinger

ist eine makabre Abwertung der politischen Verantwortung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn mitunter von Lobbys und in Zeitungen die ÖVP in ungewöhnlicher Form attackiert wird, sie taktiere und es ginge um eine Spielvariante, so darf ich Ihnen sagen: Was unsere Partei so beeindruckend zusammengeführt hat — wofür ich durchaus dankbar bin —, ist die grundsätzlich andere Vorstellung von der Verantwortung einer Regierung. Regierungsverantwortung heißt, auch in schwierigen Fragen, bei unsicheren Auswirkungen auf die Wähler, bei letztlich unsicherer Auswirkung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt auf Grund der Grundsätze eines Partei-programms das Richtige zu tun.

Regierungsverantwortung aus der Sicht der Österreichischen Volkspartei kann daher prinzipiell nicht heißen Abschieben von Verantwortung. Diese Grundsicht der Verantwortung ist die Stärke und Geschlossenheit meiner Partei, und aus dieser Grundsicht heraus stellen wir an diese Regierung die unabdingbare Forderung: Wir wollen eine geschlossene Meinung dieser Regierung aus ihrer Verantwortung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Heute ist schon viel von offenen und geschlossenen Türen gesprochen worden. Für mich ist die Tür einen so kleinen Spalt offen, daß man hinaus-schauen kann, wer draußen steht. Wenn außerhalb dieser Tür ein Energieminister steht, der sagt: Hopp, nach rechts!, und ein Fraktionsführer, der sagt: Hopp, nach links!, dann wird diese Tür nicht einmal einen Fuß-breit weiter zu öffnen sein. Es liegt an der Regierung, sie ist am Zug. *(Beifall bei der ÖVP.)* 16.48

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer. Ich erteile es ihm.

16.49

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Vorerst lassen Sie mich einige Bemerkungen zu den Ausführungen von Vorrednern der Österreichischen Volkspartei machen, insbesondere zu einer Feststellung, die Abgeordneter König wider besseren Wissens gemacht hat. Eine Frage, die er schon im Ausschuß an den Handelsminister gestellt hat, zur Feststellung, die gesamte freiheitliche Fraktion würde sich nicht mit dem Aide-mémoire des Universitätsprofessors Plöckinger an den Bundeskanzler identifizieren.

Diese Behauptung hat Abgeordneter König offensichtlich wider besseres Wissen hier wiederholt, denn der Vizekanzler hat ihm auf seine Frage bestätigt — aber auch durch Pres-sedienste und darüber hinaus durch unser zuständiges Mitglied im Handelsausschuß wurde er informiert —, daß sich die freiheitlichen Regierungsmitglieder auch mit dem Inhalt dieses Aide-mémoires vollinhaltlich identifizieren.

Wenn das jemand hier wiederholt in einer Plenumsdebatte, dann ist ja wohl der Stil seiner Ausführungen deutlich erkennbar: Von Sachlichkeit keine Spur. *(Abg. Steinbauer: Herr Generalsekretär, aber nicht vergessen: Sie sind als Kontraredner zur Regierung eingetragen!)*

Herr Kollege Steinbauer! Wenn Sie Luft ablassen wollen, dann lasse ich Ihnen gerne immer Zeit. Am besten, Sie heben die Hand hoch, dann erkenne ich es schnell. Anders kann ich Ihre Zwischenrufe nicht verstehen. *(Abg. Steinbauer: Ich will Sie ja nur aufklären!)* Nein, heben Sie die Hand, wenn Sie Luft ablassen wollen; ich werde dann immer meine Ausführungen etwas unterbrechen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Diese heutige Parlamentssitzung hätte eine Sternstunde des Parlamentarismus sein können. *(Abg. Bergmann: Nicht einmal der Vizekanzler hört Ihnen zu!)* Sie hätte es werden können *(Abg. Dr. Lichal: Wenn Sie aufs Reden verzichtet hätten!)* durch eine Vorgangsweise, die diese Koalitionsregierung diesem Parlament ermöglicht hat durch eine vernünftige Vorgangsweise. Daß es heute nicht zu dieser Sternstunde des Parlamentarismus kommt *(Abg. Steinbauer: Nicht vergessen: Kontraredner!)*, ist der Österreichischen Volkspartei zu verdanken. Es ist heute der Österreichischen Volkspartei zu verdanken ... *(Abg. Dr. Lichal: Wollen Sie sagen, daß Sie eine Sternstunde zusammenbringen?)*

Auch Ihnen, Herr Hofrat, erlaube ich gerne, Luft abzulassen. Heben Sie die Hand hoch, ich bin gerne bereit, Ihnen auch die Möglichkeit des Luftablassens zu geben, denn auch Ihre Ausführungen verdienen nichts Besseres. *(Abg. Dr. Lichal: Herr Grabher-Meyer! Sie können doch nicht behaupten, daß Sie eine Sternstunde zusammenbringen!)*

Dies hätte eine Sternstunde deshalb werden können, weil für die einzelnen Fraktionen und die Redner dieser Fraktionen seit langem erstmals die Gelegenheit bestanden hat, hier

Grabher-Meyer

deutlich ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, mit sachlichen Argumenten und mit besseren Argumenten, und im edlen Wettstreit der Argumente um mehr Zustimmung zu ringen.

Diese Absicht hat man heute leider nur vom großen Partner unserer Koalitionsregierung erfahren können und von uns. Von der Österreichischen Volkspartei gibt es bisher nur eine Meinung; eine Meinung, die durch massiven Druck, durch massive Erpressung Ihres Obmannes und Klubobmannes zustande gekommen ist, und zwar gleich dreifach. (*Zwischenruf des Abg. Schwarzenberger.*) Ich komme noch dazu. Ich beweise es Ihnen ja.

Das erstemal war es eine massive Erpressung des Klubs, daß nur diese Neinhaltung heute vertreten werden kann.

Das zweitemal war es eine massive Erpressung seines Bundesparteivorstandes — und Sitzungsteilnehmer haben es ja nachher kolportiert —, den er eilig zu einer Sitzung am Samstagabend einberufen hat und in der er gedroht hat: Sollte etwas anderes als seine Meinung herauskommen, müßte sich die Partei einen anderen Obmann suchen. (*Abg. Dr. Lichal: Dieses Problem haben Sie in Ihrer Partei nicht!*) Sie wollen wieder Luft ablassen. Bitte schön. Lassen Sie Luft ab!

Eine dritte massive Erpressung hat er ausgesprochen durch seine im „Kurier“ wieder gegebene Äußerung, was er als Erpressung versteht und wie er sich die politische Lösung dieses Sachproblems vorstellt.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn man im Fußball drei Tore schießt, dann macht man den Hat trick, und das ist eine hervorragende Sache im Fußball.

Der Herr Parteiobmann Mock der Österreichischen Volkspartei hat es aber erstmalig fertiggebracht, einen Hat trick mit drei Eigentoren zu erzielen. Das ist erstmalig. Ich bin mir sicher: Jede Mannschaft, jeder Trainer würde einen Fußballspieler, der drei Eigentore im Hat trick schießt, sofort austauschen.

Nun bin ich aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren von der Opposition, nicht Ihrer Meinung, die Sie so schnell immer — alle Ihre Redner — hier äußern, wenn Sie sagen: Je schneller diese Regierung weg ist, umso besser. Wir als Opposition sind sogar dafür. (*Abg. Dr. Lichal: Sagen Sie das auch?*) Nein! Ich bin sogar dafür, daß der Herr

Mock im Zweigespann mit Ihrem Herrn Generalsekretär Graff möglichst lange diese Partei noch weiterführt. Ich bin sogar dafür, denn er hat es fertiggebracht (*demonstrativer Beifall bei der ÖVP*) — ja, selbstverständlich —, seit der Nationalratswahl diese Partei laut Meinungsumfragen so tief hinabzubringen, wie Sie seit 1970 nicht mehr war. Ich bin dafür, er schafft es noch länger. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.* — *Abg. Dr. Blenk: Herr Grabher-Meyer, eine Frage: Wann werden Sie aufwachen?*)

Die Vorgangsweise, wie er Ihre Partei vergewaltigt hat, und die Frustration (*Abg. Dr. Blenk: Von wem?*), die Sie in Ihrer Fraktion haben (*Abg. Dr. Blenk: Die Frustration steht da draußen!*), das ist ja das, was heute hier zum Ausdruck gebracht wurde, von Präsident Graf bis zu Taus. Alle haben sich damit befaßt, ob es eine taktische Möglichkeit gibt, wie sie es möglichst vorsichtig, ohne daß es die Öffentlichkeit merken würde, aber zumindest doch so, daß es die Sozialistische Partei merken muß (*Abg. Dr. Blenk: Jede Partei hat den Koalitionspartner, den sie verdient!*), hinbringen können, daß man es über den Umweg, über die Erpressung „Steger weg und wir rein“ trotzdem noch schaffen könnte, nachdem Ihnen jeder andere demokratische Weg verschlossen bleibt, in eine Koalitionsregierung, ins Koalitionsbett hineinzukommen.

Die Zeichen haben wir verstanden, die Bevölkerung hat es auch verstanden. Die Österreichische Volkspartei hat es aufgegeben, sie hat kapituliert in ihrem Bemühen, auf demokratischem Weg in die Regierung zu kommen. Es geht nur über Erpressung, indem man sich anbietet und indem man das Faustpfand Zwentendorf in der Hand behält. Das ist der Weg, den die Österreichische Volkspartei geht. Das ist die Kapitulation! Das ist die Kapitulation vor einem Sachproblem! (*Abg. Dr. Lichal: Aber, Herr Grabher-Meyer, es geht ohne Sie, und das ist das Wertvolle!*) Herr Hofrat, Sie wollen wieder Luft ablassen. Bitte. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Kollege Taus hat hier gesprochen nach den Ausführungen meines Kollegen Präsident Stix, der hier, so wie ich es am Anfang gesagt habe, erklärt hat, daß es Parlamentarismus in Reinkultur wäre, durch Vortragen von Argumenten, durch Begründen des eigenen Standpunktes, der ja weiß Gott niemandem in Österreich fremd war, kundzutun, erstens welchen Standpunkt er persönlich hat, zweitens welchen Standpunkt diese Partei als Partei hat, und zum dritten auch darauf

Grabher-Meyer

hinzuweisen, daß es selbstverständlich in unserer Partei Meinungen gibt, die seine Argumente und seine Bedenken nicht voll teilen. Das ändert nichts daran, daß er hier deutlich jenen Standpunkt der Partei artikuliert und begründet hat, der seitens einer überwiegenden Mehrheit dieser Partei dazu geführt hat, daß wir Parteibeschlüsse haben. Das ist ein edler Wettstreit von Argumenten.

Die Kollegen Heindl und Resch und auch Kollege Köck haben hier ebenfalls in ihrer Art — und ich finde es genauso vorbildlich —, ihre Argumente vorgebracht.

Was ist daran so schlecht? Wie kann man als Abgeordneter, der selbst auch einmal Bundesparteiobmann, ja schon Minister war, zur Auffassung kommen, daß durch einen solchen edlen Wettstreit von Parlamentariern die Argumentationslinie der Bundesregierung zusammenfällt, und dann hier noch Krokodilstränen ankündigen, sie vergießen und sagen, dieser Bundeskanzler tue ihm leid?

Mir tut der Kollege Taus leid, der heute hier am Rednerpult, vergewaltigt von seinem Bundesparteiobmann, nicht imstande und nicht Manns genug war, seinen Standpunkt zu vertreten, wie er sich in dieser Sachfrage verhalten würde. Er tut mir leid. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich bin auch der Ansicht, daß selbstverständlich manches, was wir hier als Parteimeinung vertreten, was uns zu dieser Auffassung in der Frage Atomkraft gebracht hat, nicht unbedingt jene Argumentation ist, der Sie zustimmen. Das ist auch nicht notwendig. Wir sind eine Koalition, die diesen koalitionsfreien Raum in Absprache miteinander geschaffen und sich gegenseitig erlaubt hat, diese Argumente heute vorzubringen, dafür zu kämpfen, ob es nun zu einer Volksabstimmung kommt oder nicht, die darauf abzielen soll, dann schlußendlich die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich zu ermöglichen oder nicht. Ich kann daran nichts Schlechtes und auch nichts Lächerliches sehen. *(Abg. Dr. Blenk: Es gibt nichts Lächerliches als diese Rede! Wirklich!)*

Ich kann es nicht verstehen, daß in den vordersten Bänken der Österreichischen Volkspartei diese ernste Debatte — man sieht es an der Zahl der Zuschauer, die heute unsere parlamentarische Diskussion verfolgen, wie groß das Interesse auch der Bevölkerung ist —, begleitet ist von Hohngelächter sonst von nichts, von keinem sachlichen Argument. Die

Bürger draußen und die Bürger hier herinnen, die uns zuschauen, werden sich von den Vorstellungen vom Parlamentarismus im Sinne des Dr. Graff selbst ein Bild machen können, und ich hoffe, sie werden auch die nötige Bewertung vornehmen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wie selten bei einem Thema, das wir beraten haben, ist hier bei diesem Sachthema weder für Zynismus noch für Gelächter noch für Ironie Platz in dieser Diskussion. Den Bürgern ist es zu ernst, sowohl denen, die dafür, wie auch denen, die dagegen sind. Beiden ist dieses Thema zu ernst, als daß Sie darüber in Hohngelächter ausbrechen könnten. Das bleibt bei Ihnen, Herr Generalsekretär Graff. Ernste Themen mit Hohngelächter zu verniedlichen, dieses Prädikat überlasse ich Ihnen. *(Abg. Dr. Graff: Über Sie wird man noch lachen dürfen! Entschuldigen Sie!)*

Ich lasse Ihnen auch Zeit, damit man Ihr Hohngelächter besser hören kann. Sie können von mir aus auch wieder ankündigen, wie andere die Luft ablassen können, wenn Sie in Hohngelächter ausbrechen wollen, damit es gehört wird. Ich lasse Ihnen die Zeit. Ich unterbreche gerne meine Ausführungen dafür. *(Zwischenrufe der Abg. Dr. Graff und Dr. Blenk.)*

Wenn das Parlamentarismus ist, wie es die ÖVP als Opposition versteht, dann überlassen wir Ihnen diesen Parlamentarismus. Es ist Ihre Sache, ob Sie als Partei noch die Größe aufbringen, die natürlich Schwierigkeiten hat. Jeder weiß es. *(Abg. Dr. Graff: Ich bin neugierig, welche Größe Ihre Partei noch aufbringen wird!)*

Sie, Herr Kollege Graff, haben es ja selbst erklärt, und vielleicht können Sie mich aufklären, wie das zustande kommt: Sie selbst haben erklärt, daß man in Rechnung stellen muß, daß — so Dr. Graff — innerhalb der Opposition 25 bis 30 Prozent überzeugte Atombefürworter einem ebenso großen Prozentsatz überzeugter Atomgegner gegenüberstehen, die aber alle gemeinsam ein geschlossenes Abstimmungsverhalten an den Tag legen *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Es wäre schon interessant, vielleicht können Sie mir sagen, was diese Leute, jene, die Sie jetzt überstimmen müssen, bewegt hat, die anscheinend nicht ihre moralische Überzeugung hier auch in der Abstimmung dokumentieren können. *(Abg. Dr. Blenk: Wenn Sie zugehört hätten, wüßten Sie, warum!) Sie*

Grabher-Meyer

können sie nicht dokumentieren. Ich möchte wissen, mit welchen Mitteln Sie diese Leute überzeugt haben, hier bei der Abstimmung die moralische Unwahrheit zu vertreten. Sagen Sie es mir! Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf.

Bei uns kennt man sich aus. Man kennt sich bei der Sozialistischen Partei aus. Man weiß genau, welche sich aus Überzeugung dafür bekennen. Und ich toleriere, ich akzeptiere, ja ich würdige diese Überzeugung, weil ich weiß, daß meine Überzeugung vom Koalitionspartner und von jenen, die nicht meiner Meinung sind, genauso gewürdigt wird. Das ist ein hehrer, das ist ein ritterlicher Standpunkt. *(Abg. Dr. Blenk: Mit den Zähnen knirschen werden sie!)* Warum nicht? So kann man um Überzeugung ringen. Aber nicht auf diese Art!

Ich würde gerne wissen, wie Sie nach Aussage von Generalsekretär Graff jene 25 bis 30 Prozent Atombefürworter zur Unwahrheit gezwungen haben, damit sie hier die Unwahrheit vertreten müssen. *(Abg. Dr. Blenk: Wenn Sie zugehört hätten, dann wüßten Sie es!)* Ja, das ist die moralische Unwahrheit. *(Abg. Dr. Blenk: Sie haben es vielleicht gehört, aber nicht verstanden!)*

Herr Kollege Blenk! Ihnen kommt ja als Vorarlberger Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei noch eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie sind als Mitglied der Österreichischen Volkspartei in Vorarlberg auch noch moralisch verpflichtet... *(Abg. Dr. Blenk: Sie dürfen ja nicht einmal über den Arlberg hinüber!)*

Sie wollen auch Luft ablassen, bitte, ja. Herr Präsident, geben Sie ihm ein bißchen Zeit. Mit Ihrer Erlaubnis lasse ich dem Herrn Abgeordneten Blenk ein bißchen Zeit, um sich verständlich auszudrücken. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Sie haben keine Zwischenrufe gemacht. Sie haben Selbstgespräche geführt. Gut, dann sage ich Ihnen, was ich von Ihnen meine. Sie haben jetzt die große Aufgabe in Vorarlberg, aber auch die Verantwortung, Ihren Landeshauptmann Keßler als Vertreter der Interessen dieser 1,66 Prozent bei dieser Gesellschaft... *(Abg. Dr. Blenk: Diese Aufgabe haben Sie nicht!)*

Hören Sie zu! Sie haben die Aufgabe, Ihren Landeshauptmann Keßler noch daran zu erinnern, daß sich in Vorarlberg die Bevölkerung mit über 80 Prozent gegen die Kernkraft und

die friedliche Nutzung der Kernkraft ausgesprochen hat. Sie haben die Pflicht, ihn zu erinnern. *(Abg. Dr. Blenk: Sie brauchen mir nicht zu sagen, welche Aufgaben ich habe! Meine Aufgaben kenne ich selber!)* Sie haben genauso die ungeteilte Verantwortung wie alle Abgeordneten aus Vorarlberg, auf die Einhaltung dieses Entscheides der Vorarlberger Bevölkerung zu drängen.

Ich werde sehr genau beobachten, welche Rolle oder welche unrühmliche Rolle — ich weiß nicht, welche Sie spielen wollen — Sie dabei in Vorarlberg spielen. Man wird Sie noch zur Rede stellen, Herr Abgeordneter Blenk. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Auf jeden Fall, meine sehr geschätzten Damen und Herren, hat die Freiheitliche Partei durch die Ausführungen des Abgeordneten Stix eindeutig ihre Meinung als Parteimeinung heute hier in der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie dokumentiert und der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Das ändert nichts an der Tatsache, daß es auch in der freiheitlichen Fraktion Abgeordnete gibt, die sich nicht mit dieser Meinung identifizieren, die heute, weil sie die Verantwortung übernommen haben, als Abgeordnete entscheiden und keine Verantwortung an die Regierung delegieren, wie Sie das hier immer wieder versucht haben. Sie kommen mir manchmal vor wie ein Kind, das weiß, daß es bei Einbruch der Dunkelheit nach Hause gehen muß, und deshalb nicht nach Hause geht, weil die Mama nicht gerufen hat. So kommen Sie mir manchmal vor.

Die freiheitlichen Abgeordneten wollen diese Verantwortung nicht an die Regierung abschieben. Sie machen heute voll von ihrem freien Recht, von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. *(Abg. Dr. Blenk: Das hat sich nicht einmal die SPÖ verdient!)* Es wird sich ein überwiegender Teil gegen die Volksabstimmung und gegen diese Verfassungsbestimmung aussprechen, aber es wird sich auch eine Minderheit dieser Fraktion dafür aussprechen.

Machen wir uns doch nichts vor. Es heißt doch, der Bevölkerung falsche Tatsachen vorzuspiegeln, wenn man wie der Abgeordnete Präsident Graf heute als erster Redner dieser Debatte ans Rednerpult geht und sagt: Heute wird ja gar nicht über die friedliche Nutzung der Kernenergie abgestimmt. *(Abg. Dr. Graf: Das hat der Sinowatz gesagt!)*

Grabher-Meyer

Selbstverständlich weiß jeder, daß heute über eine Verfassungsänderung abgestimmt wird. Wer ihr zustimmt, der ist auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Alles andere wäre doch eine Lüge und eine falsche Information, die man hier verbreitet. (Abg. Dr. Graff: *Das steht in der Erklärung des Bundeskanzlers auf der letzten Seite!*)

Ich bin sicher: Jeder freiheitliche Abgeordnete, der heute bei der Abstimmung mit Nein stimmt, deklariert damit auch und gibt zu erkennen, daß er gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ist. Jeder, der dafür stimmt, ist für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Und ich glaube, ich kann sagen, für die Sozialistische Partei kann man gleiches behaupten. Das ist doch selbstverständlich. Alles andere ist für die Menschen draußen und hier im Saal eine Vorspiegelung falscher Tatsachen, die doch heute keine Glaubwürdigkeit mehr besitzt. (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ. — Abg. Dr. Ettmayer: *Wenig Applaus bei der SPÖ!*)

Glauben Sie, daß ich hier nach dem Applaus von Abgeordneten rede? Herr Kollege Ettmayer! Ich weiß nicht, was Sie bewegt, wenn Sie hier am Rednerpult stehen. Sind Sie ein Theaterschauspieler, der seine Rolle, die er hier spielt, nach dem Applaus bewertet, den er bekommt? (Abg. Dr. Ettmayer: *Aber die Zustimmung!*)

Was heißt Zustimmung? Sie haben nach Applaus geschrien. Sie bewerten offenbar die Rolle eines Parlamentariers danach, welcher Applaus er bekommt. Wir wissen doch, wie das gespielt wird mit dem Applaus. Meinen Sie, daß noch einer auf der Zuschauertribüne glaubt, daß derjenige Redner besser ist, der mehr Applaus bekommt? Glauben Sie, daß das jemand glaubt?

Sie reihen sich doch damit nahtlos in diese unseriöse Verhaltensweise Ihrer Fraktion ein, wenn Sie das noch irgend jemand hier glaubhaft machen wollen, Herr Kollege Ettmayer! Vergessen Sie doch das! (Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Ich bitte um mehr Ruhe!

Abgeordneter Grabher-Meyer (fortsetzend): Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich stehe nicht an zu sagen, und das sage ich deutlich und klar, daß jeder Abgeordnete der Freiheitlichen Partei und der freiheitlichen Fraktion, der heute hier pro oder kontra

stimmt, mit seiner Entscheidung auch pro und kontra friedliche Nutzung der Kernenergie stimmt. Nehmen Sie das zur Kenntnis! Sie können das verschleiern, wie Sie wollen. (Abg. Dr. Graff: *Sie haben das ganz anders erklärt!*) Sie können die Absicht haben, das in Ihrer Fraktion zu verschleiern. Es wird Ihnen nicht gelingen bei der Bevölkerung draußen.

Eines gelingt Ihnen mit Sicherheit: wie noch nie vorher zu verdeutlichen, daß die Österreichische Volkspartei als einzige Oppositionspartei viel mehr als bei früheren Entscheidungen mit „Jein“ gestimmt hat. So klar wie diesmal das „Jein“ herauskommt, ist es noch nie herausgekommen. Die Bevölkerung wird es zu werten wissen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dies war das eine Thema der Frage der Haltung der Freiheitlichen Partei, wie sich das Parlament hier entscheidet. Wir haben unsere Absicht deutlich bekanntgegeben. Wir haben aber heute auch — und bis auf den Abgeordneten Heinzinger hat ja heute noch niemand von der Österreichischen Volkspartei Stellung genommen — den Energiebericht zur Beratung im Hohen Hause. Hier wurden einige wesentliche Unwahrheiten verbreitet.

Abgeordneter König hat die Behauptung aufgestellt, im Energiebericht stünde nichts drin über Biosprit: Entweder hat er ihn nicht gelesen — das wäre schlimm; es wäre deshalb schlimm, weil Abgeordneter König ja der Fraktionsführer der Österreichischen Volkspartei im zuständigen Ausschuss war —, oder er hat nur im Inhaltsverzeichnis unter „Biosprit“ geschaut; das ist auch schlimm, denn dort hat er es unter „Biosprit“ nichts gefunden. Ich nehme an, er hat aber nicht einmal das getan, sondern er hat vielleicht hier wider besseres Wissen etwas behauptet, was natürlich widerlegt werden kann.

Auf Seite 108 — um es dem Abgeordneten König mitzuteilen — ist eine ganze Seite über das Thema. (Abg. Helga Wieser: *Das interessiert nicht!*) Es interessiert nicht? Sie, Frau Wieser, sollte es aber interessieren. Abgeordneter König hat ja die Behauptung aufgestellt; ich möchte sie nur richtigstellen. Er hat behauptet, es stünde kein Wort über Biosprit im Energiebericht. Die Ausführungen des Energieberichtes über Biosprit stehen unter dem Thema Biomasse auf Seite 108 — vielleicht kann ihm das jemand mitteilen —, und dort steht unter 4.1.2.4 „Äthanol aus Biomasse“, und in Klammer steht „Biosprit“. Das, Herr Abgeordneter König, sind die Ausführungen über Biosprit. (Abg. Dr. Zittmayer: *Ein wahnsinnig starker Abschluß!*)

Grabher-Meyer

Herr Zittmayr! Ich glaube auch, daß Sie die Seitenzahl nicht wissen. Sie werden sich wahrscheinlich auch nur am Inhaltsverzeichnis orientiert haben. (*Abg. Dr. Zittmayr: Wir wissen genau, daß Sie zu den Biospritgegnern gehören!*) Nein, ich wollte nur, daß Sie so freundlich sind und dem Abgeordneten König vielleicht sagen, wo er im Energiebericht die Ausführungen des Handelsministers und Energieministers über Biosprit finden kann. Wie gesagt, es steht, wenn es einer ausrichten möchte, auf Seite 108 des Energieberichtes.

Dieser Energiebericht, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist unserer Auffassung nach der erste Energiebericht, der auch, wie wir meinen, in die Zukunft weist. Wir Freiheitlichen bekennen uns zu den modernen Grundsätzen der Energiepolitik, wie es im Energiebericht und im Energiekonzept niedergeschrieben ist, mit den Schwerpunkten Bedarfsdeckung statt Bedarf wecken. Wir bekennen uns zur Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung, wie es in diesem Energiebericht niedergeschrieben ist. Wir bekennen uns zur Abwägung von Versorgungssicherheit. Wir bekennen uns zur Umweltverträglichkeit der Energieversorgung als eine sehr wichtige Aussage dieses Energieberichtes, und wir bekennen uns zur sozialen Verträglichkeit der Energiegewinnung.

Dies alles hat offenbar die Österreichische Volkspartei nicht bewegen können — diese Grundsätze, die im Energiebericht formuliert wurden —, dem Energiebericht heute die Zustimmung zu geben. Offenbar sind diese Grundsätze in der Österreichischen Volkspartei nicht von Bedeutung.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Insgesamt und abschließend: Ich möchte am Ende meiner Ausführungen erstens der Bundesregierung und den Verantwortlichen in der Bundesregierung dafür danken, daß sie einen Weg gefunden haben, in aller Offenheit diese für Österreich und die Österreicher so wichtige und bewegende Frage in einer parlamentarischen Diskussion, befreit von jedem Klubzwang — mit Ausnahme der Österreichischen Volkspartei —, hier zu diskutieren. Ich bedanke mich bei den Verantwortlichen der beiden Fraktionen, die es zustande gebracht haben, hier dem Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich frei nach seinem Gewissen, wie es die Verfassung vorschreibt, zu verhalten. Und ich bedanke mich für die Toleranz, die in der bisherigen Diskussion zwischen jenen, die Befürworter, und jenen, die Gegner sind, hier

geherrscht hat. Ich glaube, das wäre der Weg, wie der österreichische Parlamentarismus, wenn sich dem die Österreichische Volkspartei auch anschließen könnte, bei der österreichischen Bevölkerung mehr Zustimmung finden würde, als es im gegenwärtigen Stadium der Fall ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 17.15

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gmoser.

17.15

Abgeordneter DDr. Gmoser (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich kann mir vorstellen, daß trotz Energiedebatte nach sechs Stunden Diskussion langsam die Grenze der Aufnahmefähigkeit erreicht ist. Lassen Sie mich daher zunächst mit einem Hinweis ein bißchen von dem Thema abgehen — anscheinend abgehen —, das bisher so hektisch debattiert wurde.

Ich möchte Sie auf einen Artikel in der jüngsten Ausgabe der bekannten deutschen Wochenzeitschrift „Die Zeit“ verweisen. In diesem Artikel schreibt einer der berühmtesten deutschen Schriftsteller der Gegenwart, Heinrich Böll, einen Brief an seine Kinder. Er schildert in diesem Brief die Ereignisse vom März, April, Mai 1945. Das, was mich an diesem Brief so bewegt hat, ist, daß Böll nicht militärische Heldentaten schildert, daß Böll nicht eingeht auf Frontberichterstattung und Soldatengeschichten, sondern einfach die verheerende Auswirkung einer Politik schildert, die um ihre Grenzen nicht mehr weiß. Er schildert die Politik der Irrationalität, die Politik des Hasses für jene Menschen, die gar nichts dafür konnten, daß diese Politik im damaligen Deutschland betrieben wurde. Sie waren nur die Opfer. Und er fragt am Schluß seines Briefes, welche Lehren eine junge Generation aus dem damaligen Geschehen im Jahre 1945 ziehen kann.

Damit bin ich jetzt schon unmittelbar beim Thema. Das ist die Frage, die mich in zweifacher Weise bewegt.

Punkt 1 — und das ist vielleicht heute ein bißchen zu kurz gekommen —: Natürlich, das Atomzeitalter beginnt auch in Westeuropa mit Namen wie Hiroshima und Nagasaki. Das Atomzeitalter beginnt mit der Atombombe. Ich verstehe daher, daß Menschen mit dieser neuen atomaren Technologie offensichtlich Angst verbinden, daß hier eine irrationale Ablehnung hochgespielt wird, auch wenn diese Dinge historisch weit zurückliegen. Es ist daher nur legitim, zu sagen: Auch wenn das nicht mein Standpunkt, meine Einstel-

DDr. Gmoser

lung zur Atomtechnik ist, verstehe ich die Ängste der Menschen.

Sie könnten dann sofort eine andere Frage damit verbinden, die heute genauso hochaktuell ist: Ist nun die Technik Segen oder Fluch? Es ist offensichtlich so, daß manche ihre Technologiefeindlichkeit damit begründen, daß sie eben annehmen, hätte es diese technische Entfaltung nicht gegeben, könnte soundso viel Unheil vermieden werden.

Ich glaube, auch diese Fragestellung ist falsch. Die Technik ist weder gut noch schlecht. Die Atomphysik zu verurteilen, ist der größte Unsinn. Man kann aus denselben Erkenntnissen Atombomben konstruieren, man kann aus derselben Atomphysik die Möglichkeit von Atomkraftwerken ableiten. Du kannst Atomtechnik verwenden zum Heilen, zum Fortschritt und zum Vorteil der Menschen, aber du kannst mit derselben Technik unendlich viel Leid für die Menschen bringen.

Aber ich nehme nicht an, meine Damen und Herren, daß sich die Oppositionspartei wirklich ernsthaft mit dieser Frage atomare Rüstung — atomare Technik — Menschheitsangst auseinandersetzen wollte. Ich nehme nicht einmal an, daß sich die große Oppositionspartei wirklich mit der Frage der Energie auseinandersetzen wollte, sondern das Leitthema hat ihr Hauptredner, Präsident Graf, schon anklingen lassen, und es zog sich dann weiter fort über Dr. Taus bis zu Kollegen Heinzinger. Das Schlüsselwort hieß: Neuwahlen, Rücktritt der Regierung, politische Debatte.

Man kann nun auf diese Argumentation am Ende eines langen Diskussionstages eingehen: Ist hier nicht etwas viel Entscheidenderes für die Opposition fehlgegangen? Wobei ich gleich eines sagen möchte: Es ist unbestreitbar für jeden, der während dieser Stunden zugehört hat, daß die Verbindung von innenpolitischer Debatte und jener über Zwentendorf für die Oppositionspartei schon aus einem einfachen Grund schiefgehen muß: Zwentendorf ist kein Parteipolitikum.

Ich könnte Ihnen aus Debattenbeiträgen nachweisen, wie etwa Abgeordnete, die der Regierungskoalition angehören, Standpunkte vertreten, die von mir zum Beispiel oder von der sozialistischen Fraktion sicherlich nicht vertreten werden. Ich denke hier etwa an die Ausführungen von Kollegen Stix. Manchmal habe ich mich gefragt, ob er sich mit seinem Standpunkt wirklich auf dem letzten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse befin-

det. Oder: Natürlich kann ich das nicht akzeptieren, was Kollege Grabher-Meyer sagte, als er meinte, es werde heute über die friedliche Nutzung der Atomenergie abgestimmt. Wir sind doch der Meinung, es soll über die Durchführung einer Volksabstimmung *sui generis* abgestimmt werden. (*Abg. Probst: Er hat etwas ganz anderes behauptet! — Abg. Helga Wieser: Da haben Sie recht!*) Richtig. Ich glaube nur, in der ÖVP selber gehen die Meinungen sicher genauso weit auseinander.

Ich habe heute ein Fernschreiben — das können Sie überprüfen — von Landesparteiobmann Knafl aus Kärnten gelesen, in dem er die ÖVP-Abgeordneten aufruft, sie sollen doch ihr Möglichstes tun, damit es zu dieser Abstimmung kommt. Wallnöfer ist bekannt für seinen diesbezüglichen Standpunkt im Tiroler Landtag. Ich habe hier, was ja auch alle kennen, das Memorandum der österreichischen Industrie. Wenn man die Unterschriften der Generaldirektoren, die das unterzeichnet haben, liest, so kann man feststellen, daß grob gerechnet 80 Prozent der Unterschriften von Sympathisanten der ÖVP stammen. Ich habe einen dieser Generaldirektoren vor ein paar Tagen in Salzburg gefragt: Bitte, was sagen Sie als Generaldirektor eines großen Unternehmens dazu, daß Ihr Generalsekretär im Hohen Haus davon sprach, daß die Industriellen, die da unterschrieben haben, offensichtlich von religiösen Wahnvorstellungen befallen sind? Ich möchte Ihnen nicht sagen, was dieser Generaldirektor zu dieser Aussage Ihres Generalsekretärs sagte. Er ist ja nicht von der Immunität geschützt. Das ist halt ein Problem. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Aber wenn wir uns darauf einigen könnten: Das Ja oder Nein zu Zwentendorf ist nicht zu ordnen nach SPÖ-, ÖVP- oder FPÖ-Zugehörigkeit. Hier gehen sicherlich die Frontstellungen quer durch alle Parteien, quer durch alle Lager. Ich würde sagen, es ist wahrscheinlich auch aus einem anderen Grund für jeden schlecht, dieses Problem mit innerparteilichen Zielsetzungen zu verbinden.

Da haben gerade — dazu kann Dr. Taus sicher noch einiges aus eigenem Erleben bemerken — steirische Prominente — damit ist nicht er gemeint — sehr schmerzhaft Erfahrungen gemacht. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Taus.*) Jawohl, es ist immer gut, wenn man dieses Ausflugsziel noch haben kann, aber sich davon wieder absetzt. — Sie haben gemeint, es wäre für eine Partei günstig, sich zum Beispiel an ein Volksbegehren anzuhängen. Und dann lag das Ergebnis des Volksbe-

DDr. Gmoser

gehrens vor. Und das Interessante dabei ist, daß dieselben Prominenten, die sich vorher in Pressekonferenzen zu diesem Volksbegehren so intensiv geäußert haben, dann auf einmal verstummen. Es scheint mir daraus schlüssig abzuleiten zu sein, daß es eine Illusion für jeden wäre, zu glauben, etwa auf grünen Symphatiewogen einherzuschwimmen und dann ein parteipolitisches Süppchen für sich kochen zu können. Auch das wird nicht gespielt!

Daher noch einmal, erster Punkt: Wenn die ÖVP meint, sie könne aus diesem Sachthema die große innenpolitische Auseinanderleitung herbeischaffen, dann befindet sie sich im Irrtum. Sie müßte vielmehr, glaube ich, darauf acht geben, ob sie sich nicht selber ein Image schafft, das ihr auch als Oppositionspartei nicht guttun kann.

Es ist heute schon der steirische Ärztekammerpräsident Piaty zitiert worden; aber da könnte jetzt jemand sagen: Bitte schön, das ist auch nur ein Flügel der ÖVP. Sie könnten aber genauso hergehen ... (*Abg. Heinzinger: Ein Federl, kein Flügel!*) Ein „Federl“. Bitte schön. Ich will dem Herrn nicht nahetreten, er ist nicht mein Parteifreund. Aber wenn Sie sagen „Federl“, dann werde ich ihm das mit einem Gruß von Ihnen ausrichten.

Der Leiter des „profils“ Lingens wirft etwa in seinem Artikel über die „Atomisierte Glaubwürdigkeit“ Ihrem heutigen Parteiobmann Äußerungen vor, die Dr. Mock noch als ÖAAB-Obmann gemacht hat. Er meint dann: „Nun, da die Offerte Chinas und Rußlands für die Endlagerung“ — ich zitiere wörtlich — „ebenso vorliegen wie der Bericht der Reaktorsicherheitskommission, ist die ÖVP daher gezwungen, sich auf Argumente zurückzuziehen, die selbst dem Laien als schwachsinnig imponieren.“

Weiter wörtlich: „Die Behauptung, die Endlager-Frage sei nicht gelöst, weil kein unterschriebener Vertrag vorliege, ist grotesk. Es ist absurd, einen solchen Vertrag zu unterschreiben, solange Zwentendorf nicht einmal aufgesperrt werden darf.“

Und es ist lächerlich, die Sicherheit Zwentendorfs in Frage zu stellen, wenn man den Sicherheitsbericht in Händen hält.“

Das ist die Meinung des „profils“. Aber Sie können genauso gut viele andere Stimmen hernehmen; es gehen hier tatsächlich die Meinungen weit auseinander. Das Glaubwürdigkeitsdefizit der großen Oppositionspartei

sollte insbesondere diese Partei selbst dazu bewegen, sich zu fragen, ob man wirklich mit dieser Form von politischer Einstellung die Ernte einbringen wird können, die man sich erhofft.

Allerdings können Sie jetzt mit Recht sagen: Bitte schön, lassen sie das die Sorge der Oppositionspartei sein. Warum zerbricht sich ein sozialistischer Abgeordneter über dieses selbstmörderische Verhalten einer Oppositionspartei den Kopf?

Ich glaube, es geht nicht nur um die ÖVP, sondern es sollten am Ende dieser Diskussion doch auch noch ein paar Punkte angeführt werden, wo es um die Glaubwürdigkeit der Politik überhaupt geht.

Da ist zum Beispiel ein Thema, das in allen Parteien begrüßt wurde: Wir bekennen uns, heißt es, zur partizipatorischen Demokratie. Auf gut deutsch: Die von der Entscheidung Betroffenen sollen in die Entscheidungsfindung mit eingebaut werden, wir — alle im Parlament vertretenen Parteien — wünschen mehr Basisdemokratie.

Wenn man das ernsthaft und glaubhaft vertritt, dann wird man mir erklären müssen, wieso man dann genau in dem Moment, in dem eine Volksabstimmung zur Diskussion steht, auf einmal sagt: Ich will keine Volksabstimmung, denn das ist irgendwie nicht das Richtige zum gegebenen Zeitpunkt!, wenn noch dazu die entscheidenden Voraussetzungen für diese Problemstellung, die auch Lingens anschnidet: Endlagerung und Sicherheitsfrage, gelöst sind.

Da wurden nun von einigen Rednern der ÖVP Verfassungsargumente angeführt. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, sollte doch noch einmal das zitiert werden, was Kollege Heindl in seinem Diskussionsbeitrag heute schon dargetan hat. Er hat drei Gutachten dreier Ordinarii für öffentliches Recht an Österreichs Hochschulen gebracht, und es steht in allen dreien derselbe Grundaussagegehalt: Es gibt keine echte juristische, verfassungsrechtliche Begründung, warum etwa diese Volksabstimmung neuer Art nicht mit den Grundsätzen unserer Verfassung in Einklang zu bringen wäre.

Ich gebe aber selbstverständlich zu, wenn Sie meinen, warum diese Verfassungsänderung oder, richtiger gesagt, -ergänzung vorgenommen werden muß, daß laut unserer bisherigen Bestimmung über Volksabstimmung eben nur eine Volksabstimmung über Geset-

7634

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

DDr. Gmoser

zestexte vorgesehen ist, die vorher im Nationalrat beschlossen wurden und die nun mit Ja oder Nein von der Bevölkerung beziehungsweise von der Gesamtheit des Wahlvolkes entschieden werden sollen.

In dem Fall geht es also um einen weiteren Ausbau der direkten Demokratie. Es geht um die Möglichkeit dessen, was etwa in Länderverfassungen unter dem Titel „Volksbefragung“ enthalten ist. Aber es kann doch von jedem, der die direkte Demokratie als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie ansieht, nur begrüßt werden, wenn hier neue Wege gegangen werden.

Nächster Punkt: Klubzwang. Nehmen Sie die „Wochenpresse“ von dieser Woche her, dann erfahren Sie, wie sehr doch gerade auch ÖVP-Politiker meinen, die Freiheit des Abgeordnetenmandates sei ein wesentlicher, wichtiger Beitrag zur Verlebendigung der Demokratie.

Dasselbe gilt für die Atomfrage. Man ist für die Atomenergie, aber gegen die konkrete Anwendung in Zwentendorf, man ist für die Freiheit des Abgeordnetenmandats, aber nicht bereit, den Klubzwang in der konkreten Frage: Wie verhalten sich die einzelnen Klubs in der jetzt vorgeschlagenen Debatte?, aufzuheben.

Nächster Punkt: Es ist natürlich so, daß eine Verfassungsänderung notwendigerweise nur mit Zweidrittelmehrheit vorgenommen werden kann. Daher richte ich noch einmal das Wort an die Abgeordneten der ÖVP. Alle Ausreden auf die FPÖ sind nichts als Ausreden, denn eine Zweidrittelmehrheit ohne ÖVP ist eben, auch wenn sämtliche Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion mit der sozialistischen Fraktion stimmen würden, nicht möglich.

Auch dazu wieder ein letzter Punkt: Was ist das für eine merkwürdige Form von Argumentation für eine Opposition, wenn Sie sagen: Bitte schön, ich tue nichts, ich überlasse sozusagen alles den Regierungsvorschlägen? Wenn ich immer so sehr für die Aufwertung des Parlaments bin, wenn ich der Meinung bin, es sollte mehr Möglichkeiten zu Initiativen des Parlaments geben, wenn ich noch dazu in dem konkreten Fall sagen kann: Das Atomsperrgesetz 1978 war eine Initiative der parlamentarischen Fraktionen, daher kann auch eine Änderung, eine Umstellung, können neue Wege nur vom Parlament ausgehen und nicht von der Regierung, dann kann ich doch nicht als Abgeordneter der Opposi-

tion die Meinung vertreten, das Parlament dürfe da gar nichts machen. Das könnte eher noch ein Mitglied der Regierungsparteien sagen. Da verstehe ich, wenn jemand sagt, die Regierung sollte hier die notwendigen Maßnahmen setzen, aber niemals dürfte das eine Ausrede für die Opposition sein, daß man mit formalrechtlichen oder irgendwelchen anderen weit herbeigeholten Argumenten die Volksabstimmung über Zwentendorf vorläufig einmal verhindert.

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Ich habe anlässlich des Geburtstages des Bundespräsidenten eine Vorsprache von Spitzenfunktionären in der Hofburg erlebt. Ein führender Mandatar der ÖVP hat seinen Respekt und seine Hochachtung vor der Verhaltensweise und der politischen Wirkungsweise des Bundespräsidenten ausgedrückt. Wenn dem tatsächlich so ist, dann sollte auch die Antwort des Bundespräsidenten von denselben Herren in ihre Überlegungen einbezogen werden.

Bundespräsident Kirchschläger antwortete — ich erlebte das nur am Fernsehschirm —, daß man das Gemeinsame vor das Trennende stellen solle. Er meinte, es könne nicht nur parteipolitische Strategie und Taktik geben. Der ÖVP-Sprecher bezeichnete den Mann, der das sagte, als *Pater patriae*, als Vater des Vaterlandes.

Wenn das so ist, dann sollte doch eine Konsensfindung auch im letzten Augenblick möglich sein. Dann sollten wir versuchen ... (*Abg. Dr. Ermacora: Also das müssen Sie zum Steger sagen! Sie müssen das auch dem Herrn Vizekanzler sagen!*) Selbstverständlich. Herr Professor Ermacora! Ich habe aber vorhin eben gemeint: Der Vizekanzler und seine ganze Fraktion helfen uns allerdings dabei nicht. Ich brauche einem Verfassungsrechtler doch nicht zu sagen, daß die Zweidrittelmehrheit die notwendige Voraussetzung ... (*Abg. Dr. Ermacora: Die haben Sie erfunden, Herr Dr. Gmoser!*) Nein, eine Verfassungsänderung ist notwendig für eine Volksabstimmung *sui generis*. Das werden Sie doch nicht leugnen. (*Abg. Dr. Ermacora: Die haben Sie doch erfunden! Das ist eine Erfindung!*) Ja, aber eine Zweidrittelmehrheit braucht man dazu.

Noch einmal: Wenn diese Meinung vorhanden ist, daß es eine Konsensfindung gibt, dann sage ich: Ich bin am Anfang und am Schluß der Meinung, daß das weder ein Sieg noch eine Niederlage der Regierung oder der Oppositionspartei wäre. Für mich wäre das

DDr. Gmoser

ein Durchbruch jener Gesinnung, die im Jahr 1945 am Anfang der Entwicklung dieser Zweiten Republik stand und die hoffentlich bis heute erhalten geblieben ist. — Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)* 17.37

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Manndorff. *(Abg. Dr. Gradenegger: Ist das ein Pro-Redner oder ein Kontra-Redner? Wie hat er sich eingetragen, als pro oder kontra? — Abg. Graf: Warten Sie es halt einmal ab!)*

17.37

Abgeordneter **Manndorff** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Ausführungen sollen der heute mehrmals gestellten Frage gewidmet sein: Sind die Voraussetzungen für eine neue Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich als gegeben zu betrachten oder nicht? Ich möchte meine Auffassung darüber zunächst voranstellen und sie anschließend begründen.

Ich bin der Auffassung, daß die Voraussetzungen dafür derzeit nicht ausreichend gegeben sind. *(Abg. Dr. Gradenegger: Das ist der Salto rückwärts! — Ruf bei der SPÖ: Der Bergmann hat ihn vergattert! — Ruf: Gehirnwäsche!)* Aber ich glaube, daß es möglich sein muß, durch eine entsprechende andere und neue Vorgangsweise der Bundesregierung diese Voraussetzungen in nicht allzuferner Zukunft zu schaffen. Das ist zusammenfassend mein Standpunkt zu dieser Frage.

Ich möchte diesen Standpunkt begründen, und zwar nicht nur durch eine Schilderung und Analyse der Augenblickssituation, sondern auch durch eine Behandlung und Betrachtung der Wurzeln, aus denen die jetzige Lage entstanden ist. Denn nur so kann man sachlich und richtig die jetzige Situation werten.

Die Bedeutung der Kernenergie für einen modernen Industriestaat steht für mich außer Streit und außer Frage. Im Jahre 1978 hat dessen ungeachtet die österreichische Bevölkerung die friedliche Nutzung der Kernenergie abgelehnt. Die Folgen dieser Volksentscheidung waren sehr tiefgreifend. Ich möchte betonen: die Folgen dieser Volksentscheidung, denn die Tatsache, daß diese Volksentscheidung durch die vorhergehenden Argumentationen auf das Stärkste verpolitisiert war, hat nicht nur das Ergebnis maßgeblich beeinflußt, sondern auch die Auswirkungen dieses Ergebnisses.

Es steht außer Zweifel — und das ist für die Beurteilung der heutigen Situation in meinen Augen von allergrößter Bedeutung —, daß als Folge dieser Entscheidung in verschiedenen Bevölkerungskreisen innere Gesinnungsentwicklungen zu dieser Frage stattgefunden haben, die ihre Wurzeln in dem Motiv der Entscheidung bei der Volksabstimmung selbst hatten. Daraus ist in der österreichischen Bevölkerung eine sehr zwiespältige und außerordentlich schwierige psychologische Situation hinsichtlich der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie entstanden.

Ich komme jetzt zu der Frage: Was sind die Schlußfolgerungen daraus gewesen, wenn man die Absicht verfolgte, diesen Volksentscheid neu auszutragen, der österreichischen Bevölkerung klare Grundlagen für die Begründung dieser Neuausragung vor Augen zu führen und die entsprechenden psychologischen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese neue Volksabstimmung das Ziel zu erreichen vermag, den Weg zur friedlichen Nutzung der Kernenergie freizugeben?

In meinen Augen war die Aufgabe so zu sehen, daß sich eine Regierung, die zweifellos hier die zentrale Rolle gespielt haben mußte, darüber klar zu sein hatte, daß die Vorbereitung einer solchen Entscheidung größte Gewissenhaftigkeit und behutsamste Rücksichtnahme auf die psychologische Entwicklung der Bevölkerung erforderte, daß es unerläßlich sein mußte, sich darauf einzustellen, die neuen und eindeutig zu beweisenden vorliegenden Fakten zu erläutern, glaubhaft zu machen, daß es neue Fakten gibt, klarzumachen, daß eine klare Grundlage gegeben ist, die im Jahre 1978 nicht gegeben war, und daß es notwendig gewesen ist, diese Aufgabe gewissenhaftest, langfristig und gründlichst vorzubereiten und auch entsprechend zu handhaben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es ist ganz eindeutig klar, daß die Verantwortung für diese gründliche Vorbereitung, für dieses gründliche Erarbeiten der neuen Fakten, für diese gründliche und glaubwürdige Vertretung der neuen Fakten vor der Öffentlichkeit bei der jeweiligen Bundesregierung zu liegen hatte.

Nun, meine Damen und Herren, muß ich, um die Wurzeln der heutigen Probleme aus meiner Sicht deutlich zu machen, den Augenblick der Regierungsbildung im Jahre 1983 ins Auge fassen. Damals ist eine Regierung gebildet worden, wobei die beiden Regierungspartner verschiedene Auffassungen zur Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie

7636

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Mannsdorff

gie mitbrachten. Das alleine ist zweifellos eine ungünstige Voraussetzung dafür, daß eine Regierung die Aufgabe zu meistern vermag, eine gründliche, glaubhafte, klare und einheitliche Vorbereitung solcher neuer Fakten und die Vertretung solcher neuer Fakten in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Alleine die Existenz zweier so diametral entgegengesetzter Anschauungen in einer Regierung mußte die Aufgabe, die hier zu lösen war, sehr erschweren, ja zum Teil unmöglich machen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es kam hinzu, meine Damen und Herren, daß obendrein die Bewältigung des Problems: Wie machen wir eine neue Volksabstimmung glaubhaft und möglich?, noch dadurch wesentlich erschwert wurde, daß man im Regierungsprogramm gerade diese Frage nicht klar behandelt und keine Leitlinien gegeben, sondern das ausgeklammert hat. Das mußte ja innerhalb der Regierung eine unklare, zwiespältige Haltung hervorrufen und eine schlechte Voraussetzung dafür schaffen, an die Vorbereitung dieser wichtigen Aufgabe gewissenhaft, klar und einheitlich heranzugehen.

Meine Damen und Herren! In dieser Koalitionsbildung 1983 und in der Ausklammerung der Frage der Kernenergie aus dem Regierungsprogramm liegt eine entscheidende Wurzel der heutigen Schwierigkeit! *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Was ist geschehen? — Es ist — und darin liegt die Wurzel — die Verpolitisierung, die durch Bruno Kreisky vor der Volksabstimmung 1978 ins Spiel gebracht wurde, in die Regierung hineingetragen worden. Wenn zwei Regierungsparteien in dieser Frage verschiedener Meinung sind, dann wird dadurch die Parteipolitik bei der Behandlung dieser Frage in die Regierung hineingetragen. Jeder der beiden Regierungspartner muß nun taktisch auf den anderen Rücksicht nehmen. Die beiden Regierungspartner und damit die gesamte Regierung können nicht unbelastet von internen Schwierigkeiten und Gegensätzen an die Aufgabe herangehen: Wie bringe ich das jetzt an das Volk heran? Wie begründe ich diese neuen Tatsachen? Wie schaffe ich es, auch die Opposition in einer Weise mit solchen Vorschlägen zu konfrontieren, die für sie annehmbar sind?

Wenn eine Regierung einheitlich dasteht und keine internen Zwiste bestehen, dann kann es überhaupt keine Schwierigkeit bedeuten, auch jene Bedingungen zu erfüllen, die die Opposition zu stellen hat. Da die

Regierung in sich nicht einheitlich war, konnte sie auch die Bedingungen der Opposition nicht erfüllen. Darin lag die Wurzel. *(Beifall bei der ÖVP. — Vizekanzler Dr. Steger: Aber die Bedingungen sind alle 14 Tage geändert worden von Ihnen! Alle 14 Tage waren es neue Bedingungen!)* Die Regierung hat ihrerseits ununterbrochen ihre Meinung geändert; das möchte ich, Herr Vizekanzler, betonen. Daran lag es vor allem. *(Ruf bei der SPÖ: Tut Ihnen diese Rede nicht im Herzen weh?)*

Ich möchte aber fortfahren mit meiner Darstellung der Situation und der Entwicklung, wie ich sie sehe. Auf diese Uneinheitlichkeit in der Regierung ist es zurückzuführen, daß man das ganze Problem zunächst so lange hat schleifen lassen. Ich habe gesagt: Eine gründliche, langfristige, eindeutige Klärung der Voraussetzungen war bei dieser psychologisch schwierigen Lage unerlässlich. Daher war es natürlich nicht richtig, daß man erst im allerletzten Augenblick begonnen hat, uns, die Öffentlichkeit mit Vorschlägen im einzelnen, mit dem Bemühen, die Endlagerfrage, die Sicherheitsfrage zu lösen, zu konfrontieren.

Erst im Februar, also praktisch eineinhalb Monate vor Ablauf der festgesetzten Frist, hat es die ersten konkreten Informationen gegeben, die aber auch nur Ansätze waren. Erst als die Regierung in Terminbedrängnis kam — das muß ich sagen —, hat man in überhasteter, überstürzter Weise Einzelvorschläge gemacht. Man hat interne Bemühungen in der Koalition angesetzt, die Freiheitliche Partei doch noch zu einer anderen Haltung zu bewegen. Man hat mangelnde Informationen gegeben. Ich denke dabei nur an das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit unserem Parteiboss vom 4. März.

Man hat uns die Papiere, die eine genauere Information darstellen sollten, über die Endlagerfrage und damit über eine wesentliche Voraussetzung der Sicherheit erst im allerletzten Augenblick, ich möchte sagen, eigentlich schon in einem Augenblick, in dem es gar nicht mehr seriös ist, so etwas zur Beurteilung vorzulegen, gegeben, nämlich jenen Brief aus Moskau, der die Grundlage dieser Information des sogenannten paraphierten Vertragsentwurfes ist. Datum 15. März; der Abschickungstermin an unseren Klub war der 18. März. Heute ist der 21. März. Das ist doch keine seriöse Vorgangsweise! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gradenecker: Graff meint, Sie sind unmaßgebend!)*

Meine Damen und Herren! Hier muß ich

Mannndorff

persönlich sagen: Wenn ich als Abgeordneter vor die Öffentlichkeit trete, um für ein Ja zu einer neuerlichen Volksabstimmung zu werben, und dazu wäre ich gewillt, dann möchte ich alle Unterlagen besitzen, die mir bis zum Letzten die Möglichkeit geben, alle Fragen zu beantworten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe am 2. März in einer Stellungnahme, die veröffentlicht wurde, den Standpunkt vertreten, daß das Memorandum, das uns aus Moskau zur Verfügung gestellt wurde, noch keine ausreichenden Informationen enthält, um darüber ein Urteil abgeben zu können, ob die Endlagerfrage geklärt ist.

Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz hat freundlicherweise auf diese Äußerung reagiert und sie als durchaus verständlich bezeichnet, und zwar in einer öffentlichen Aussendung vom 3. März. Sinowatz hat in Aussicht gestellt, er werde sich bemühen, einen solchen paraphierten Vertragsentwurf herbeizuführen, damit man diesen studieren und sich entsprechende Informationen verschaffen kann.

Also bitte: Der Herr Bundeskanzler selbst hat zugegeben, daß das Memorandum zuwenig war. Wir bekamen einen solchen Vertragsentwurf zwei Tage vor der Entscheidung hier im Parlament. Meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht in der Lage gesehen, mir aus diesem Text, der sehr ausführlich ist, ein eigenes Bild zu machen, ob das jetzt seriös, ausreichend ist oder nicht. Ich war dazu nicht in der Lage; ich gebe das offen zu.

Ich beanspruche für mich die Möglichkeit, mich in solchen Fällen mit Beratern und Fachleuten zusammenzusetzen und mir eine Meinung zu bilden, ob das ausreichend ist oder nicht. Ich glaube, jeder Abgeordnete hätte eigentlich die Pflicht, so gewissenhaft vorzugehen, wenn er sich ein Urteil bildet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Da ich stets den Standpunkt vertreten habe, die entscheidende Voraussetzung seien für mich die Endlagerungsfrage, die Sicherheit und daß naturgemäß auch die Regierung eine einheitliche Haltung als Grundlage an den Tag legt, ist für mich aus diesem Grund, den ich jetzt genannt und ausgeführt habe, eine ausreichende Voraussetzung und Information nicht gegeben.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mir aber jetzt auch noch ein Wort an die Freiheitliche Partei zu richten erlauben. Wenn die

Freiheitliche Partei als Regierungspartner zugestimmt hat, daß in dem Entwurf, den uns der Herr Bundeskanzler heute vorgetragen hat, gesagt wird: Einstimmig ist die Regierung der Meinung, daß die Inbetriebnahme kostenmäßig vorteilhaft ist, wenn also mit Zustimmung des Herrn Vizekanzlers und Energieministers ... *(Vizekanzler Dr. Steger: Das steht im Energiebericht!)*

Der Bundeskanzler sagte: Einstimmig ist die Regierung der Auffassung, daß die Frage der Sicherheit geklärt ist. Einstimmig ist Ihre Auffassung, daß die Frage der Endlagerung gelöst werden „kann“. Bitte, ich möchte noch einmal hinweisen auf den Unterschied in der Formulierung einerseits zur Sicherheitsfrage, die man als geklärt anführt, und andererseits zur Endlagerfrage, worüber der Herr Bundeskanzler heute meinte, diese „könne“ gelöst werden. Sie ist also noch nicht gelöst. Das ist eindeutig an diesem Text abzulesen! *(Zwischenruf des Vizekanzlers Dr. Steger.)* „Lösen können“ ist etwas anderes als „gelöst haben“, weil damit der Vertragsentwurf eine eindeutige Grundlage bilden muß.

Jetzt muß ich etwas fragen, Herr Vizekanzler, was mich an der Haltung der Freiheitlichen Partei verwundert. Auf der einen Seite stimmt man der Meinung zu: Alle Voraussetzungen für die Inbetriebnahme von Zwentendorf sind geklärt. Auf der anderen Seite lehnt die Freiheitliche Partei aber die Nutzung der Kernenergie grundsätzlich ab. Was ist das für eine Logik? Und wie, Herr Vizekanzler, können Sie jetzt die Frage beantworten: Welche Schlußfolgerung soll daraus gezogen werden, daß einerseits vom Herrn Vizekanzler gesagt wird, Zwentendorf aufzusperren bedeute ein Sicherheitsrisiko — vor wenigen Tagen ist das geschehen —, auf der anderen Seite aber mitgestimmt wird, daß eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme entscheiden soll?

Weiters sagen Sie, wenn ein Volksentscheid ja sagt, dann sperren Sie auf, obwohl Sie das Sicherheitsrisiko für zu groß halten. Wo ist da die Logik? *(Beifall bei der ÖVP. — Vizekanzler Dr. Steger: Falsch zitiert!)*

Da die Freiheitliche Partei auf diesem Gebiet eine unklare und zwiespältige Haltung an den Tag legt *(Widerspruch des Vizekanzlers Dr. Steger)*, vertrete ich, Herr Vizekanzler, die Auffassung, daß hier — das wäre im Interesse des Staates sehr wünschenswert — eine Überprüfung ihres Standpunktes stattfinden sollte. Wenn die Freiheitliche Partei, eine Partei, die in ihrem „Freiheitlichen

7638

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Mannndorff

Manifest“, in ihren Grundsätzen und Programmen immer behauptet, sie sei eine zukunftsorientierte, auf die moderne Industrielwelt hin orientierte Partei, sie sei eine moderne Partei, einen Standpunkt vertritt, wonach selbst dann, wenn die Grundsatzfragen geklärt sind, ein Nein zur Kernenergie zu sagen wäre, dann meine ich: Das ist nicht weit von dem entfernt, was der Herr Vizekanzler heute als „Sektierertum“ bezeichnet hat! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hier ist ja der Grundsatz des Sektierertums zu sehen, daß man nicht fragt: Ist etwas vernünftig, ist es richtig, ist es möglich, ist es verantwortlich?, sondern nur fragt: Was glaube ich? Ganz gleich, welche Argumente kommen, ich bleibe dabei. Das ist eine Haltung, die hier irgendwie zum Ausdruck kommt, Herr Vizekanzler. Und diese Haltung halte ich persönlich für eine, die bei einer modernen Partei, einer Partei, die für die künftige Entwicklung Österreichs entscheidende Verantwortung tragen soll, nicht in Ordnung geht, nicht zulässig ist und die deren Regierungsfähigkeit ein negatives Zeugnis ausstellt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte zusammenfassend sagen: Ich persönlich würde wünschen, daß die Voraussetzungen, die ich heute noch als fehlend betrachte, in absehbarer Zeit geschaffen werden. Ich möchte unterstreichen, was heute schon in den Ausführungen unseres Wirtschaftssprechers, Präsident Graf, zum Ausdruck kam, daß nämlich die Österreichische Volkspartei die Türe nicht zuschlägt, aber ich möchte auch unterstreichen, daß das Offenhalten der Türe in erster Linie Sache der Regierung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hoffe, daß davon Gebrauch gemacht wird. Ich glaube, daß dies gelingen muß, nicht zuletzt deshalb, weil ich auch daran glaube, daß Österreich seinen Platz als moderner Industriestaat und damit seine Selbstbehauptungsfähigkeit als freies Land zu wahren in der Lage sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 17.55

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Weinberger.

17.56

Abgeordneter Weinberger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir waren jetzt gerade Zeugen einer politischen Perfektion, eines Salto mortale rückwärts, aber man kann dem Kollegen Mannndorff gar nicht böse sein deswegen, denn die-

sen Salto mortale, den machen ja andere von der ÖVP gezwungenermaßen mit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Debatte über den vorgelegten Energiebericht, aber auch über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers über den Bereich Zwentendorf sowie über die beantragte Volksabstimmung betreffend friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich neigt sich, wie der Kollege Gmoser schon gesagt hat, nach fast acht Stunden dem Ende zu.

Fazit: Leider zeichnet sich nach den Aussagen der ÖVP-Debattenredner — wir haben das auch schon vorher den Medien entnehmen können — ein schwarzer Tag für die österreichischen Strombezieher, aber auch für die österreichischen Steuerzahler ab. *(Abg. Dr. Blenk: Für die Regierung ist es ein schwarzer Tag!)* Warum? — Weil gerade jene ÖVP, welche sich bei jeder Gelegenheit — ich verfolge das seit zehn Jahren hier in diesem Hohen Haus — gegen die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung stellt, indem sie ständig der Regierung Verschwendung vorwirft, gleichzeitig aber bei der heutigen Abstimmung entscheiden wird, daß die demokratische Volksabstimmung wahrscheinlich nicht über die Bühne wird gehen können. Die Österreicherinnen und Österreicher werden dafür die Zeche zu bezahlen haben. *(Abg. Dr. Blenk: „Dank“ dieser Regierung!)*

Es ist sehr interessant, heute feststellen zu können, daß nicht nur viele Abgeordnete in diesem Hohen Hause sind, die sich diese Debatte seit vielen Stunden diszipliniert angehört haben, sondern daß auch die Presselogen noch immer besetzt sind. Vor allem freut es mich als Abgeordneten dieses Hohen Hauses, daß die Zuseher auf der Galerie noch so zahlreich vertreten sind. Das heißt, den Österreichern ist es nicht egal, was in diesem Hohen Hause beschlossen werden wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die gleiche ÖVP also, die unter der Führung ihres Bundesparteiobermannes Dr. Mock, der sich heute nicht zu Wort gemeldet hat, obwohl er die Hauptverantwortung für die Ablehnung einer Volksabstimmung trägt, seit 15 Jahren immer wieder den Vorwurf der „Verschwendungspolitik“ aufs Tapet bringt, die gleiche Partei also trägt heute durch ihre Haltung dazu bei, daß die größte Verschwendung, so möchte ich das bezeichnen, der letzten Jahrzehnte von ihr, nämlich der ÖVP, erst ermöglicht wird. *(Abg. Dr. Blenk: Was ist mit der Verantwortung der Bundesregierung?)*

Weinberger

Ist die abgetreten?) Und dies trotz der Mehrheit, Herr Kollege Blenk, innerhalb Ihrer eigenen Partei, vor allem der österreichischen Wirtschaft und deren Arbeitnehmer, die Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, Ihr heutiges Verhalten sicher nicht so schnell verzeihen werden. (Ruf bei der SPÖ: Mock-Sprünge! — Abg. Dr. Blenk: Dank dieser Regierung passiert das alles!)

Wir haben zwar ein betriebsfertiges Kernkraftwerk Zwentendorf, bei dem ja die ÖVP den Hauptteil getragen hat bei der Planung, der Bewilligung und der Errichtung, leider lassen wir es aber nicht in Betrieb gehen, ja wir lassen es nicht einmal zu — das heißt, Sie lassen es nicht zu! —, daß eine Volksabstimmung darüber befindet! Wir kaufen den Atomstrom lieber von unseren angrenzenden Nachbarn teurer. *(Ruf bei der SPÖ: Vorarlberg aus der Schweiz, Kollege Blenk!)*

Hohes Haus! Als Tiroler Abgeordneter, gleichzeitig aber aus einem mittleren privaten Industriebetrieb kommend, muß ich mich doch über die Einstellung jener ÖVP-Kollegen wundern, die ebenfalls aus der Wirtschaft kommen. Die meisten nämlich dieser hier im Hohen Hause anwesenden Abgeordneten und auch andere — nicht nur aus der Wirtschaft kommende — sind, so wissen wir, für die friedliche Nutzung der Kernenergie. Auch Dr. Taus hat es von diesem Pult aus heute bestätigt. Aber es wird trotzdem eine 100prozentige Vergatterung durch einen kleinen Kreis in der ÖVP, an der Spitze Dr. Mock, geben, daß gegen diese Volksabstimmung vorgegangen wird.

Ich frage daher laut von dieser Stelle aus im Namen vieler Hunderttausender Österreicher: Wo bleibt ein Präsident Sallinger heute, wo bleibt ein Vizepräsident Gassner, wo bleibt der Obmann-Stellvertreter der Metallarbeiter, Stocker? Wo bleiben also diese Leute *(Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel)*, welche sich, Herr Kollege Keimel, für diese Volksabstimmung entscheiden müßten? Ich verstehe nicht, daß sich diese Leute um einen kleinen Kreis um ÖVP-Obmann Mock scharen und die anderen in die Knie zwingen!

Interessant ist für mich als Tiroler Abgeordneten das Verhalten der Tiroler Kollegen, Kollege Keimel. Und jetzt wird es für Sie vielleicht interessant: Werdet ihr als treue Gefolgsleute des Landeshauptmannes Wallnöfer... *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Seien Sie jetzt ruhig, Sie sind ein Vorarlberger; ich richte meine Frage an die Tiroler Kol-

legen! *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich möchte die Tiroler Kollegen fragen: Sind Sie gegen die Beschlüsse der Tiroler Landesregierung? Sind Sie gegen den Beschluß des Tiroler Landtages, in dem mehrheitlich zwischen SPÖ und ÖVP festgelegt wurde, die Nationalratsparteien aufzufordern, Maßnahmen zu setzen?

Herr Kollege Bergmann, Sie kommen als letzter dran. Lassen Sie mich diese 10 oder 12 Minuten, die ich sprechen möchte, ausführen als Tiroler Abgeordneter!

Ich frage also die Abgeordneten der ÖVP: Werden Sie sich gegen den Landeshauptmann stellen, oder werden Sie dem Diktat Dr. Mocks folgen? *(Ruf bei der SPÖ: Keimel tritt zurück!)*

Eine weitere Frage, die sich für mich als Abgeordneten ergibt: Können wir nach dem derzeitigen Wissensstand über die Sicherheit und die gewährleistete Endlagerung es uns überhaupt noch leisten, einer demokratischen Volksabstimmung nicht zuzustimmen? — Ich glaube, das können wir nicht. Niemals!

Das Beispiel Tirol zeigt allein schon auf, welche Mittel bei einem Nein zu dieser Volksabstimmung verwendet werden, auch wenn Kollege Präsident Dr. Stix eine abweichende Auffassung hier vertreten hat. Ich glaube, daß gerade wir Tiroler das Recht haben aufzuzeigen, daß wir mit 13 Prozent — über 1 Milliarde Schilling — bei Zwentendorf beteiligt sind und über 1 Milliarde Schilling in den letzten Jahren durch die Nichtinbetriebnahme bereits verloren haben. Daher auch die dringliche Anfrage der Tiroler Sozialisten im Tiroler Landtag, dem sich die ÖVP-Abgeordneten freudig — so entnehme ich der „Tiroler Tageszeitung“ — angeschlossen haben, die pro Zwentendorf eintreten. Dieser Antrag wurde genau heute vor einer Woche im Tiroler Landtag eingebracht und auch beschlossen.

Die Nationalratsparteien — und jetzt darf ich das fortsetzen, was ich vorher aufgezeigt habe — werden also aufgefordert, alles zu unternehmen, damit die hohen Investitionen im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Zwentendorf nicht für immer verlorengehen. *(Abg. Dr. Blenk: Der Bundesregierung ist das Wurscht!)* Das ist der Regierung nicht Wurscht, sondern Ihnen ist es Wurscht, Herr Dr. Blenk, sonst könnten Sie ja mitstimmen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

7640

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Weinberger

Außerdem unterstützt der Tiroler Landtag alle Bestrebungen, die nach Klärung der Problemkreise Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Endlagerung — und diese Dinge liegen ja vor — Basis einer neuerlichen Volksabstimmung sein könnten. Eine Aufforderung, meine Damen und Herren, der nicht nur die Tiroler ÖVP-Kollegen, sondern auch alle jene im Hohen Hause zustimmen müßten, die sich auch in der Öffentlichkeit zur friedlichen Nutzung der Kernenergie bekennen. Aber leider — und das wissen wir inzwischen, es hat gar keinen Sinn mehr, an Sie zu appellieren —: Durch den kleinen Kreis um den ÖVP-Bundesparteiobmann werden Sie als Nein-Sager abgestempelt werden.

Der Zorn vieler Hunderttausender Österreicher, Kollege Blenk, welche die ÖVP-Zechen zu bezahlen haben — nicht nur von SPÖ-Anhängern —, wird nach einem Nein zur Volksabstimmung (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schwimmer*), bedingt durch den ÖVP-Klubzwang, mit voller Stärke, Kollege Schwimmer, die ÖVP unter der Führung von Dr. Mock treffen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sie haben sicher selbst aus den Medien zur Kenntnis genommen, daß Dr. Mock nur ungefähr 50 Prozent an Glaubwürdigkeit gegenüber unserem Bundeskanzler Sinowatz aufzuweisen hat. Sie können das nachlesen. Nach dem heutigen Tag, glaube ich, wird die Unglaubwürdigkeit viel, viel weiter sinken. Bedauerlich für eine so große Partei, bedauerlich für eine Partei, die viele Jahre in diesem Hohen Haus Regierungsverantwortung getragen hat. (*Abg. Dr. Blenk: Sie zerbrechen sich den falschen Kopf, Herr Abgeordneter!*)

Aber die Parteipolitik des Nein-Sagens wird Dr. Mock und der ÖVP nicht aus dem derzeitigen Umfragetief heraushelfen, sondern es wird nur, wie Sie immer wieder sagen, mit einer anderen Politik gehen. Nur wird diese von Ihnen, Kollege Höchtel, leider nicht gemacht, sondern Sie reden nur davon! (*Abg. Dr. Höchtel: Auf die IFES-Daten müssen Sie eingehen!*) Ja das muß man ja, wo sie herkommen! Sie sind ja da auch nicht so. Ich zitiere aus den Medien.

Hohes Haus! Trotzdem hätte die ÖVP heute noch die Chance gehabt, doch noch zu zeigen, daß es ihr ein Anliegen ist, die friedliche Nutzung der Kernenergie zu befürworten, zumindest aber das bereits errichtete Kernkraftwerk in Betrieb zu nehmen. Dies wurde wiederum aus parteipolitischen Gründen abgelehnt.

Hohes Haus! Die Tiroler Wirtschaft, Handelskammer, Industriellenvereinigung, aber auch die überwiegende Mehrheit aller Verantwortlichen aus Industrie und Gewerbe, ebenso ÖGB und Arbeiterkammer und die Betriebsräte in den Betrieben, gleichgültig welcher politischen Einstellung, haben sich in den letzten Wochen an einer großangelegten Unterschriftenaktion für die friedliche Nutzung der Kernenergie und den weiteren Ausbau der Wasserkraft für die Gewinnung von Strom beteiligt. Nur Sie, die große Partei der Unternehmervertreter, also die ÖVP, sind gegen alle Bemühungen dieser von mir genannten Institutionen, sind also gegen die Bemühungen der österreichischen Wirtschaft, der österreichischen Arbeitnehmer und sind für eine gigantische Verschwendung! (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eines ist vielleicht noch von Interesse zu erwähnen: Auch das stattgefundene Konrad-Lorenz-Volksbegehren hat trotz Millioneneinsatz einer großen Zeitung in diesem Lande gezeigt, daß nur eine ganz kleine Minderheit gegen den weiteren Ausbau der Wasserkraft ist. In Tirol — und das muß ich Ihnen offen sagen, auch auf die Gefahr hin, daß Umweltschützer hier sind; wir sind alle Umweltschützer, wir haben viel geleistet in den letzten Jahren, noch niemals zuvor ist so viel wie gerade in den letzten zwei Jahren getan worden für die Umwelt —, waren es 4 Prozent, die das Volksbegehren unterschrieben haben. In meiner Heimatgemeinde Wattens, einer Industriegemeinde, 120 Unterschriften von weit über 4 000 Wahlberechtigten! Warum wohl? — Weil wir, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, jetzt schon, obwohl wir diese Energie gebraucht haben, Wasserkraft statt Kohle und Öl in Strom umgesetzt haben. Und gerade in diesem Bereich sind wir zu einem Großteil auf Strom aus Wasserkraft übergegangen; auch aus Gründen der Umweltentlastung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluß kommend — ich sagte es schon —: Vieles ist im Umweltbereich zum Schutze der Menschen und der Natur in unserem schönen Heimatland geschehen. Besonders in den letzten Jahren — das möchte ich unterstreichen — wurden Maßnahmen für die Zukunft gesetzt, welche wir uns vor vielen Jahren noch gar nicht vorstellen konnten.

Diesen Umweltschutz brauchen wir auch und wir treten mit aller Kraft und mit den notwendigen finanziellen Möglichkeiten dafür ein, die Nutzung der Wasserkraft und

Weinberger

die Nutzung der friedlichen Kernenergie unter Beachtung aller notwendigen Vorschriften, vor allem unter Bedachtnahme auf unsere kostbare Natur und Umwelt, zu ermöglichen. Dies ist unsere gegenwärtige und auch die vordringlichste Aufgabe für die Zukunft.

Daher ist das heutige Nein der ÖVP erstens ein Schlag gegen die österreichische Wirtschaft und deren Arbeitnehmer, es ist aber auch ein unwürdiger Schritt gegenüber der Mehrheit der Abgeordneten in diesem Haus, im besonderen aber ein Schlag gegen die österreichische Bevölkerung, denn diese hat durch Ihre Ablehnung die aufgezeigte Zeche zu bezahlen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.12

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Keimel gemeldet. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

18.12

Abgeordneter Dr. **Keimel** (ÖVP): Ihre Begrüßung, meine Damen und Herren, beweist Ihr Demokratieverständnis. Sie wissen noch gar nicht, was ich sage, und schon Ihr Theater!

Das beweist auch Ihre Nervosität, meine Damen und Herren! Da ich nur fünf Minuten habe, kann ich auf das nicht eingehen.

Der Herr Abgeordnete Weinberger, aber auch vorher schon die Abgeordneten Heindl und Resch haben sowohl den Antrag des Tiroler Landtages als insbesondere auch die Wortmeldungen als Willen des Tiroler Gesetzgebers falsch dargestellt und Abgeordneter Weinberger hat die Frage gestellt, ob sich die Tiroler Abgeordneten nun gegen die Beschlüsse des Tiroler Landtages stellen.

Ich stelle daher richtig:

Erstens: Der Tiroler Landtag faßte mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ gegen die zwei Abgeordneten der FPÖ den Antrag — wörtlich —: „Der Tiroler Landtag fordert alle im Parlament vertretenen Parteien auf, alles zu unternehmen, daß die hohen Investitionen im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Zwentendorf nicht für immer verlorengehen.“ *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Jetzt weiterhören, meine Damen und Herren: „Er unterstützt alle Bestrebungen, die nach Klärung der Problemkreise Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Endlagerung und allfällige Auswirkungen auf den Neutralitätsstatus unserer Republik Basis einer neuerlichen

Volksabstimmung sein können.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweitens: Das entspricht vollkommen den Grundsätzen der ÖVP hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie und es entspricht dem vorliegenden Entschließungsantrag Dr. König und Kollegen, dem sich damit die SPÖ-Tirol offensichtlich anschließt. *(Beifall bei der ÖVP.)* In diesem wird nämlich die Bundesregierung ersucht, bis 31. März entweder dem Parlament eine Regierungsvorlage zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes zu übermitteln, oder über das Kernkraftwerk zu befinden. Hierbei — heißt es — wäre vor allem darzustellen, was sich seit der Volksabstimmung 1978 geändert hat und in welcher Form die Fragen der Sicherheit, insbesondere aber die Endlagerung des Atommülls, gelöst sind.

Drittens: Die Debatte, die ich im Tiroler Landtag verfolgt habe, erbrachte klar und deutlich den Auftrag an die Bundesregierung — ja einer hat erklärt: den Appell an den verfassungsmäßig zuständigen Energieminister Steger —, die Voraussetzung für eine Volksabstimmung durch eine Regierungsvorlage zu schaffen. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.)* Ich war aber bei der Debatte dabei, Sie nicht, Herr Abgeordneter Reinhart! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Viertens: Es wurde im Landtag klar zum Ausdruck gebracht, daß die Ablehnung der Freiheitlichen Partei als Regierungspartei — siehe die heutigen Ausführungen des Tiroler Abgeordneten und Energiesprechers dieser Partei, Dr. Stix, beziehungsweise die Ablehnung des Energieministers Dr. Steger — gegenüber einer Regierungsvorlage über Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Endlagerung, Auswirkungen auf Neutralitätsstatus durch den Verfassungstrick — ich erkläre etwas aus dem Landtag — einer Volksabstimmung besonderer Art kaschiert werden sollte. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Ich zitiere aus dem Landtag, Herr Abgeordneter!

Der Appell des Tiroler Landtages ohne die Stimmen der Tiroler FPÖ, die pikanterweise auch den Tiroler Abgeordneten und Energiesprecher hier im Haus, Dr. Stix, stellt, unterstreicht daher den Antrag der ÖVP, und ich lade Sie ein, ja ich fordere in diesem Sinne der Entschließung des Tiroler Landtages alle Parteien, insbesondere die Tiroler Abgeordneten, auf, diesem ÖVP-Antrag die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)* 18.15

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Gratz.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz

18.16

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Mag. Gratz: Herr Präsident! Hohes Haus! Da in der Diskussion vom Abgeordneten Robert Graf und auch von einigen weiteren Rednern die Frage der völkerrechtlichen und besonders der neutralitätsrechtlichen und neutralitätspolitischen Beurteilung des Memorandums der Regierung der Sowjetunion und des Vertrages aufgeworfen wurde, möchte ich mir erlauben, hiezu ganz kurz Stellung zu nehmen.

Die Frage der Seriosität des Offerts und die Frage der Vertragstreue der Sowjetunion wurden vom Herrn Abgeordneten Dr. Taus bereits behandelt. Ich bin dankbar dafür, daß das kein Diskussionsgegenstand ist — zwar die Beurteilung des Vertrages, aber nicht die Frage, ob ein solches Offert oder ein solcher Vertrag ernst zu nehmen ist und für den Fall des Abschlusses eingehalten würde. Ich glaube, diese Frage kann man daher als außer der Diskussion stehend betrachten.

Herr Präsident! Hohes Haus! Zur Frage der Neutralität nur ganz kurz zwei Beurteilungskriterien. Das erste Kriterium ist die rein neutralitätsrechtliche Beurteilung. Hiezu ist zu sagen:

Im Punkt 3 des sowjetischen Memorandums wird festgestellt: Das in dem ausgebrannten Brennstoff enthaltene Material wird ausschließlich zu friedlichen Zwecken verwendet werden. Ein Reexport des ausgebrannten Brennstoffes oder von daraus gewonnenem Kernmaterial aus der UdSSR in andere Länder wird im Einklang mit den Leitsätzen für nukleare Exporte vorgenommen werden, wie sie im Dokument 254 der Internationalen Atomenergiebehörde festgelegt sind.

Eine Verwendung der abgebrannten Brennelemente als Kriegsmaterial wird somit von sowjetischer Seite in völkerrechtlich verbindlicher Weise ausgeschlossen. Hiedurch wird eindeutig festgestellt, daß die Frage, ob eine Lagerung von Atommüll in der Sowjetunion zu neutralitätsrechtlichen Bedenken Anlaß geben könnte, mit Nein beantwortet werden kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf Artikel I des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen vom 1. Juli 1968 verweisen. Die diesem Vertrag angehörenden Atomwaffenstaaten verpflichten sich, keinem wie immer gearteten Empfänger Kernwaffen oder die Kontrolle darüber zu übertragen noch auf irgendeine Weise einen

Nichtatomwaffenstaat zu unterstützen oder zu veranlassen, Kernwaffen herzustellen oder die Kontrolle darüber zu erlangen.

Nun zur Frage der neutralitätspolitischen Bedenken: Die Neutralitätspolitik hat zu gewährleisten, daß ein dauernd neutraler Staat bei Eintritt des Neutralitätsfalles, das heißt im Falle eines Krieges, seine rechtlichen Verpflichtungen erfüllen kann. Die Ausgestaltung der Neutralitätspolitik obliegt jedoch ausschließlich der politischen Beurteilung des neutralen Staates selbst. Eine Abgabe abgebrannter Kernelemente an die Sowjetunion ist neutralitätspolitisch grundsätzlich nicht anders zu beurteilen als eine entsprechende Lieferung an ein anderes ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, dem bekanntlich die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit zukommt. Eine solche Vorgangsweise kann umso weniger zu Bedenken Anlaß geben, wenn es sich — wie im vorliegenden Falle — um ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates handelt, das auch Vertragspartei des Atomsperrvertrages ist.

Ich möchte zusammenfassend feststellen, Hohes Haus, daß der Status Österreichs als immerwährend neutraler Staat einer Endlagerung von Atommüll außerhalb der Grenzen unseres Landes nicht entgegensteht. Bei der Wahl der hiefür in Betracht kommenden Staaten und der Festlegung der Bedingungen ist sicherlich mit der neutralitätsrechtlich sowie neutralitätspolitisch erforderlichen Sorgfalt vorzugehen. Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall eindeutig erfüllt. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 18.21

Präsident: Der Herr Abgeordnete Resch: Eine Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Keimel. — Fünf Minuten.

18.22

Abgeordneter Resch (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Abgeordnete Keimel hat mich in seiner tatsächlichen Berichtigung bezichtigt, die Unwahrheit gesagt zu haben. Deshalb sehe ich mich gezwungen, persönlich zu erwidern. Ich zitiere aus diesem Grund aus dem Dringlichkeitsantrag des Tiroler Landtages:

„Dringlichkeitsantrag des Tiroler Landtages.

Der Landtag wolle beschließen:

Resch

Der Tiroler Landtag fordert alle im Parlament vertretenen Parteien auf“ (*Abg. Weinberger: Nicht die Bundesregierung!*), „alles zu unternehmen, daß die hohen Investitionen im Zusammenhang mit dem Kernkraftwerk Zwentendorf nicht für immer verlorengehen. Er unterstützt alle Bestrebungen, die nach Klärung der Problemkreise Sicherheit“ (*Ruf bei der ÖVP: Was heißt „nach Klärung“!*), „Wirtschaftlichkeit, Endlagerung und allfälliger Auswirkungen auf den Neutralitätsstatus“ (*Abg. Dr. Schwimmer: Das hat Keimel wörtlich zitiert! Das ist ein Mißbrauch der Geschäftsordnung! Was erwidert er jetzt, Herr Präsident?*) „unserer Republik Basis einer neuerlichen Volksabstimmung sein können.“

Kein Wort von der Aufforderung an die Regierung! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Das hat Keimel nicht behauptet! Das ist ein Mißbrauch der Geschäftsordnung, Herr Präsident!*)

Aus der Begründung, Herr Kollege Keimel:

„Allgemein ist bekannt, daß das Kernkraftwerk Zwentendorf in bezug auf die sicherheitstechnische Auslegung an der Spitze der derzeitigen Kraftwerksgeneration steht. Nunmehr konnte auch die Endlagerung des Atom- mülls in entsprechenden Verträgen geklärt werden. Es ist sinnvoll und notwendig, in einer neuerlichen Volksabstimmung zu klären, ob das Kernkraftwerk Zwentendorf in Betrieb genommen werden soll. Durch die hohe Beteiligung Tirols ist es notwendig, daß alles unternommen wird, diese Möglichkeit zu nutzen.“ (*Abg. Dr. Schwimmer: Das ist eine Frechheit, diese Erwiderung! Das war ein glatter Mißbrauch der Geschäftsordnung!*)

Wiederum keine Aufforderung an die Bundesregierung, sondern nur an die im Parlament vertretenen Parteien! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Ich habe klar und deutlich gesagt, daß das eine Diskussion des Tiroler Landtages war! — Abg. Dr. Blenk: Er hat schlecht zugehört!*) 18.26

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Teschl.

18.26

Abgeordneter Teschl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Berichtigungen, wie sie Herr Dr. Keimel vorgenommen hat, wurden natürlich von uns deutlich widerlegt, und das hat wieder Ihre Emotionen geweckt; wie überhaupt die Diskussion über eine Sachfrage, die nun schon rund 8½ Stunden dauert, emotionsgela-

den war. (*Abg. Dr. Keimel: Das tut Ihnen weh, nicht wahr?*)

Wir haben zu diskutieren über den Energiebericht und das Energiekonzept 1984. Mit ganz wenigen Worten wurde von der Opposition zum Energiebericht beziehungsweise zum Energiekonzept Stellung genommen, und es wurde sehr allgemein eine negative Beurteilung, vor allem des Energiekonzeptes, vorgenommen.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, abschließend für meine Fraktion noch einmal auf den Energiebericht und auf das Energiekonzept und seinen Inhalt zu sprechen zu kommen.

In deutlicher Fortführung und Anpassung an das langjährige Energiekonzept der ehemaligen SPÖ-Regierung hat diese Koalitionsregierung ein Konzept erstellt, wie es nicht nur zeitgemäß erforderlich war, sondern auch inhaltlich — wie wir heute vom Bundeskanzler und vom Vizekanzler hörten — internationale Beachtung fand.

Das, meine Damen und Herren von der Opposition, wollen Sie einfach negieren und vom Tisch wischen. Das können Sie nicht!

Ich verweise darauf, daß in den vier Teilen des Energieberichtes und des Energiekonzeptes alle Voraussetzungen enthalten sind, die für eine Konzeption der österreichischen Energiepolitik erforderlich sind.

Wenn ich vom Teil A, von der Einleitung, absehe, verweise ich auf den Teil B, wo eine Bestandsaufnahme zur gegenwärtigen Energiesituation unseres Landes und zum Teil darüber hinaus enthalten ist.

Die Erstellung eines Konzepts hat die Bestandsaufnahme zur Voraussetzung, und wer diesen Bericht aufmerksam gelesen hat, wird hier eine sehr verantwortungsvolle, pflichtbewußte und sachkundige Bestandsaufnahme über die Energiesituation in der Gegenwart vorfinden.

Im Teil C sind die Grundlagen für das Energiekonzept der Bundesregierung angeführt, aufgeteilt in die einzelnen Projekte, aufgeteilt in die einzelnen Sparten des Energiebereiches.

Und dann im Teil D das eigentliche Energiekonzept. Hier wird in Kapiteln dann Fazit gezogen, wie die Konzeption des Energiekonzeptes 1984, projiziert in die Zukunft, ausschauen soll. Ebenso ist ausführlich enthal-

7644

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Teschl

ten, welche Maßnahmen und Voraussetzungen finanzieller, wirtschaftlicher und politischer Art getroffen werden müssen.

Hier also die Behauptung aufzustellen, daß kein Konzept der Bundesregierung vorliege, ist nicht nur eine kühne Behauptung, sondern zeugt davon, daß Opposition um jeden Preis, bar jeder Anerkennung sachlicher Voraussetzungen, geleistet wird.

Und dieser Energiebericht und das Energiekonzept 1984 wurden einstimmig von der Bundesregierung verabschiedet und dem Hohen Haus zugeleitet. Ich betone „einstimmig“ deshalb, weil ja auf Seite 116 und anderwärtig auch noch klar und deutlich zur Kernenergie beziehungsweise Zwentendorf Stellung genommen wird.

Das heißt, die Bundesregierung hat in ihren Energiebericht und in ihr Energiekonzept das Kernkraftwerk Zwentendorf und die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht nur hineininterpretiert, sondern in Form einer klaren Stellungnahme dem Hohen Haus ihre Meinung kundgetan. Und es ist Aufgabe dieses Parlaments, dazu die notwendigen Stellungnahmen zu beziehen und die Beschlüsse zu fassen.

Ich fasse daher als letzter Redner meiner Fraktion (*Abg. Graf: Nein, es kommt noch einer Ihrer Kollegen!*), wie es wahrscheinlich Kollege Bergmann nach mir tun wird, zusammen, wie ich nach einer achteinhalbstündigen Diskussion sehe, was diese Diskussion hervorgebracht hat.

Zuerst einmal zu den reinen Sachfragen. Die Bundesregierung hat klar festgestellt, daß das Atomsperrgesetz von diesem Parlament selbständig und in Eigenverantwortung mit der Souveränität eines Parlaments beschlossen wurde und es daher in der Verantwortung dieses Parlaments liegt, dieses Atomsperrgesetz mit Zweidrittelmajorität wieder aufzuheben und das Volk zu befragen, ob eine friedliche Nutzung der Kernenergie durchgeführt werden soll, einschließlich der Inbetriebnahme von Zwentendorf.

Ich wiederhole — was heute schon von meinen Vorrednern zitiert wurde — die Parteienvereinbarung zwischen SPÖ und ÖVP — also nicht mit der FPÖ — über die Übereinstimmung darüber, daß das Atomsperrgesetz nur mit Zweidrittelmajorität in diesem Hohen Haus wieder aufgehoben werden soll, und zitiere den wichtigsten Absatz des Parteienübereinkommens vom 30. August 1979:

„In diesem Sinne vereinbaren die Parteien, bekräftigt durch die Beschlüsse ihrer Parteiorgane, eine allfällige Änderung des Gesetzes über das Verbot der Nutzung der Kernenergie zur Energieversorgung in Österreich nur über einen Zweidrittelbeschluß im Nationalrat zuzulassen. Ein solcher Beschluß bedarf der Zustimmung durch das österreichische Volk im Rahmen einer Volksabstimmung.“

SPÖ und ÖVP, diesen beiden Parteien, vertreten in diesem Hohen Haus, ist die Verantwortung übertragen, daraus neuerlich die Konsequenzen zu ziehen. Und davon, verehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, können Sie sich unter keinen Umständen befreien oder abseilen!

Trotzdem hat diese Bundesregierung selbstverständlich erforderliche Initiativen ergriffen, um neuerlich eine Volksabstimmung zu ermöglichen, und hat alle Sachfragen, die relevant sind im Zusammenhang mit einer neuerlichen Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie und Inbetriebnahme von Zwentendorf, behandelt. Das heißt, es wurde die Reaktorsicherheitskonferenz wieder aktiviert, und der Unterausschuß des Handelsausschusses hat die entsprechenden Berichte, die die Sicherheitsfragen betreffen, rechtzeitig und in ausreichender Ausführung zu Verfügung gestellt bekommen.

Am 13. Februar dieses Jahres wurde nicht nur den Mitgliedern des Unterausschusses, sondern auch allen Parlamentsparteien beziehungsweise den Klubobmännern von der Bundesregierung beziehungsweise vom Kanzler das Memorandum der UdSSR betreffend die Endlagerung überreicht.

Am 4. März fand das bereits mehrmals zitierte Gespräch Sinowatz — Mock statt.

Heute hat man sich im Zusammenhang mit dieser Aussprache zwischen den beiden Parteiführern von seiten der Opposition sehr darüber mokiert, daß dieses Gespräch unergiebig gewesen sei. (*Abg. Dr. Graf: Nein! Daß der Bundeskanzler nicht die Wahrheit gesagt hat!*) Mit keinem Wort wurde erwähnt, daß, bevor es zu diesem Gespräch kam, der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Dr. Mock, bereits in den Zeitungen die Bedingungen und den Inhalt dieses Gespräches bekanntgegeben (*Abg. Dr. Graf: Besser bekanntgeben als verschweigen!*) und vorausgesetzt hat, worüber zu sprechen sei und welches Ergebnis erwartet würde.

Teschl

Ob es ein kluges Verhalten war, diese Dinge vorher in den Zeitungen zu veröffentlichen, diese Beurteilung steht mir nicht zu. Aber man hat sich heute darüber mokiert, daß man ein Gespräch mit dem Bundeskanzler beziehungsweise mit dem Parteiboss der SPÖ nicht befriedigend gefunden hat, ohne hier in aller Offenheit zu sagen, daß man — das ist mein persönlicher Eindruck — gar nicht daran interessiert war, zu einem Ergebnis zu kommen, weil man vorher in aller Öffentlichkeit die Bedingungen in den Zeitungen festgelegt hat, anscheinend in der Hoffnung, daß unter solchen Voraussetzungen kein Ergebnis zustande kommen kann. Das ist das eine.

Und das zweite war, daß in diesem kurzen Gespräch vom Oppositionsführer alle möglichen Themen vorgetragen wurden — so stand es nachher zu lesen, und so hat es der Bundeskanzler berichtet —, nur nicht die Probleme Energiekonzept 1984 beziehungsweise Zwentendorf.

Ich mache Ihnen den Vorwurf, Herr Abgeordneter Dr. Mock, daß Sie als Obmann der Österreichischen Volkspartei bei dem Gespräch mit dem Bundeskanzler, nach meinen Informationen, anscheinend gar kein Interesse hatten, ein klärendes Gespräch über die Inbetriebnahme von Zwentendorf beziehungsweise über die friedliche Nutzung der Kernenergie zu führen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich sagte schon: Die Bundesregierung hat also die Reaktorsicherheitskonferenz reaktiviert, und dem Unterausschuß des Handelsausschusses wurden ausreichende Unterlagen betreffend die Sicherheitsfragen zeitgerecht zur Verfügung gestellt.

Am 13. Feber kam also bereits das Memorandum aus der UdSSR, das ernst zu nehmen war.

Am 4. März gab es die unergiebigste Aussprache zwischen den beiden Parteiführern.

Am 10. März reiste Generaldirektor Fremuth nach Moskau, um einen Vorvertrag zu verhandeln.

Am 15. März kam es zum Abschluß dieses Vorvertrages.

Am 19. März wurde dieser dem Ministerrat vorgetragen beziehungsweise kam es zu einer einstimmigen Auffassung, daß dieser Vorvertrag alle Voraussetzungen für eine Entsorgung beziehungsweise für eine Endlagerung

erfüllt.

Damit, meine Damen und Herren, waren, zwar in der Zeit etwas knapp, aber noch immer ausreichend vor der heutigen Abstimmung, alle Voraussetzungen erfüllt, eine Volksabstimmung in diesem Hohen Hause anzuregen und zu beschließen.

Und was noch viel wichtiger ist: Heute wurde vom Herrn Bundeskanzler klar und deutlich in seinem Bericht herausgestellt, daß bei einer neuerlichen Volksabstimmung über die friedliche Anwendung der Kernenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf das österreichische Volk keineswegs befragt werden sollte ohne Wissen über die Probleme der Sicherheit und ohne Wissen um die Fragen der Entsorgung und der Endlagerung, sondern daß diesmal bei einer neuerlichen Volksabstimmung mit diesen zwei essentiellen Fragen: Sicherheit bei der Inbetriebnahme von Zwentendorf und Absicherung der Entsorgung und der Endlagerung, von der Regierung geklärt, übereinstimmende Auffassung über die Vorgangsweise vorhanden ist, sodaß an das österreichische Volk nur die Grundsatzfrage zu stellen ist, ob es einer friedlichen Nutzung der Kernenergie zustimmt und Zwentendorf in Betrieb gehen soll. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Der Bundeskanzler und der Vizekanzler haben in ihren Erklärungen klargemacht und haben sich von der Verantwortung keinesfalls gedrückt, daß mit einer allfälligen Zustimmung zu einer Inbetriebnahme von Zwentendorf die Regierung und die nachgeordneten Stellen deshalb keinesfalls von der Verantwortung entbunden seien, was also die Sicherheitsprobleme in der Detaildurchführung betrifft, und von all dem, was das geltende Recht vorschreibt.

Ich wehre mich also mit voller Entschiedenheit und stelle fest:

Es ist eine falsche Darstellung, wenn behauptet wird, daß dem österreichischen Volk neuerlich überantwortet werden soll, daß es entscheiden soll über die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf ohne ausreichende Sicherheitsvorkehrungen und ohne daß die Entsorgung beziehungsweise die Endlagerung gesichert sei.

Diese Voraussetzungen sind erfüllt, und daher konnte meine Fraktion mit ruhigem Gewissen und unter den gegebenen Voraus-

7646

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Teschl

setzungen den Antrag, über den heute noch abzustimmen ist, stellen. Das ist die Wahrheit und nichts anderes! Alle essentiellen Voraussetzungen sind somit erfüllt.

Und nun zur politischen Seite der Frage Zwentendorf.

Daß Sie von seiten der Opposition ganz bewußt zum Energiekonzept 1984 nur vage Stellungnahmen abgegeben haben und daß Sie zu Sachfragen, die ausführlich in diesem Energiekonzept enthalten sind, keine Stellung bezogen haben, ist für mich erklärlich, denn hätten Sie das getan, hätten Sie das Energiekonzept 1984 positiv beurteilen müssen. Aber von dieser Vorgangsweise wollten Sie sich einfach drücken.

Zurückhaltend ausgedrückt: Aus meiner Sicht möchte ich zugeben, daß auch in den Reihen der ÖVP ein Ringen um eine Entscheidung betreffend Zwentendorf in den letzten Wochen vorhanden war. Warum nicht? In jeder Partei, die in diesem Hohen Hause vertreten ist, wurde ausführlich darüber diskutiert, und die entsprechenden Ergebnisse meiner Partei sind bekannt. Die Meinung der FPÖ ist ebenfalls bekannt.

Ihre Entscheidung lautet allerdings aus unserer Sicht, daß Sie parteitaktische Aspekte vor politische Sachentscheidung stellen. Und das ist etwas, was wir nicht nur nicht verstehen, sondern keinesfalls akzeptieren können!

Parteitaktische Überlegungen, die, wie auch immer, wahltaktische Hintergründe oder auch mir nicht bekannte Hintergründe haben können, gehen also vor einer politischen, wirtschaftspolitischen Sachentscheidung. Sie nehmen die Tatsache, daß die Freiheitliche Partei Österreichs, deren Stellungnahme zu diesem Problem schon seit 1978 bekannt ist, ihre Meinung hierüber nicht geändert hat und die damals in das Parteienübereinkommen zwischen ÖVP und SPÖ nicht eingebunden war, als Vorwand, sich vor einer Sachentscheidung drücken zu können.

Meine Damen und Herren! Das ist eine Vorgangsweise — ein Kollege meiner Fraktion hat das heute schon erwähnt —, die weit entfernt ist von Wirtschaftskompetenz, die Sie sich so gerne anmaßen, der Sie aber nicht entsprechen.

Sie sind als politische Partei, als staatstragende Partei, als Wirtschaftskompetenz bean-

spruchende Partei, als Partei, die in eine Parteienvereinbarung über die Zweidrittelmajorität bei Aufhebung des Atomsperrgesetzes mit eingebunden ist, nicht in der Lage, eine Sachentscheidung zu treffen, die wirtschaftspolitisch von großer Bedeutung wäre, sondern Sie sagen, daß man aus einer parteitaktischen Entscheidung möglicherweise vielleicht besseres politisches, parteipolitisches Kapital schlagen könne, anstatt einer Sachentscheidung das Wort zu reden!

Wenn Sie also glauben, daß Sie mit dieser Vorgangsweise gegenüber der Öffentlichkeit, die von diesem Hohen Haus erwartet, daß es darüber neuerlich eine Sachentscheidung trifft, sich von einer Verantwortung entfernen können, um nicht zu sagen: drücken können, dann, meine Damen und Herren, ist das zwar Ihr eigenes parteipolitisches Problem, aber meine Partei wird alles unternehmen, klar und deutlich der Öffentlichkeit zu sagen, welches Fehlverhalten Ihrerseits in diesem Falle vorliegt!

Meine Damen und Herren! Zum Schluß kommend sei noch erwähnt, daß heute oftmals das Problem des Klubzwangs, die Aufhebung des Klubzwangs bei unseren Diskussionen eine Rolle spielte. Kollege Gmoser hat die psychologischen Hintergründe aufgezeigt, warum es in der gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur in Österreich zu divergierenden Ansichten über die friedliche Nutzung der Kernenergie gekommen ist. Das führt ja auch dazu, daß in allen Parteien, auch in meiner, Grundsatzdiskussionen sachlich und teilweise emotionell — wie kann es anders sein! — geführt wurden. Aus diesem Grund, um es kurz zu machen, hat mein Klub beschlossen, den Klubzwang aufzuheben.

Damit ist der persönlichen Verpflichtung eines Abgeordneten, der er sich ausgesetzt fühlt, Tür und Tor geöffnet, entsprechend seiner persönlichen Verantwortung in dieser diffizilen Frage zu entscheiden. Diese Haltung, meine Damen und Herren, verdient Respekt nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in diesem Hohen Hause.

Dasselbe hat die Freiheitliche Partei getan, und soweit ich informiert bin, wird es ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten auch bei der FPÖ geben.

Die ÖVP mußte aus Sorge, daß diese heutige Abstimmung zugunsten der Regierungsparteien ausgehen würde, den eisernen Klubzwang verordnen, um so zu ihrer politischen, taktischen Zielsetzung zu kommen, die sich

Teschl

wahrscheinlich noch als Rohrkrepierer politisch zeigen wird.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Grunde, wie ich es darzulegen versucht habe, wird meine Partei, wie ich hoffe, mit großer Mehrheit dem Antrag auf Volksabstimmung zustimmen, weil wir glauben, daß nach Klärung der Sicherheitsfragen, nach Klärung der Endlagerung, nach Klärung der neutralitätspolitischen Probleme, wie sie eben erst Minister Gratz dargelegt hat, die Sozialistische Partei und der sozialistische Parlamentsklub mit gutem Gewissen nach Klärung aller Sachfragen dem österreichischen Volk die Grundsatzfrage über die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Inbetriebnahme von Zwentendorf zur Abstimmung vorlegen können. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 18.46

Präsident: Nächster Redner: Abgeordneter Konečný.

18.47

Abgeordneter Konečný (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil es mir notwendig erscheint, in meinem eigenen Namen und im Namen meiner Genossin Ederer zu begründen *(Ruf: Welcher Genossin? — Ruf: Ederer!)*, warum wir dem Antrag Dr. Heindl unsere Zustimmung geben werden, obwohl wir Kernkraftwerke und auch das konkrete Projekt Zwentendorf ablehnen. Und auch obwohl wir Bedenken gegen eine neuerliche Volksabstimmung haben, weil es viele Argumente gibt, jene Meinung, die eine damals 51prozentige Mehrheit 1978 zum Ausdruck gebracht hat, gelten zu lassen.

Aber es war insbesondere der Klubobmann Graf, der diese Entscheidung wesentlich beeinflußt hat. *(Ruf bei der ÖVP: Gott sei Dank!)* Die Deutlichkeit, mit der er erklärt hat, daß er und seine Partei heute hier weder über Zwentendorf, nicht einmal über die Volksabstimmung, sondern ausschließlich über die Regierung abzustimmen die Absicht haben ... *(Abg. Graf: Über deren Unfähigkeit! Zitieren Sie mich gefälligst ganz, wenn Sie mich schon zitieren!)* „Gefälligst“ ist an sich nicht der Ton, in dem ich mich mit Ihnen unterhalte! Ich bitte um Reziprozität. *(Abg. Graf: Bitte, zitieren Sie mich ganz!)*

Ich nehme das gerne als Zitat hinzu. Wenn ich diese Frage mit Ja oder Nein zu beantworten habe, wenn ich hier bei der Abstimmung aufgerufen bin, dann kann die Antwort mit Sicherheit nur ein Ja zur Fähigkeit dieser

Bundesregierung sein! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Ich muß aber auch dazusagen, daß ich mich zu diesem Abstimmungsverhalten umso leichter angesichts einer Haltung der ÖVP entscheiden kann, für die mir keine Bezeichnung einfällt, die mir nicht einen Ordnungsruf eintragen würde. Denn wenn hier ein Sprecher nach dem anderen die grundsätzlich positive Einstellung der ÖVP zur Kernkraft betont, wenn jeder der Kollegen auf Ihrer Seite einem im persönlichen Gespräch versichert, daß mindestens zwei Drittel der Angehörigen Ihres Klubs für die Kernkraft sind, dann weiß ich eigentlich nicht, was mich veranlassen sollte, genauso wie Sie abzustimmen.

Sie sind also in Ihrer großen Mehrheit für die Kernkraft. Jene Sprecher meiner Partei, die Sie deshalb attackiert haben, haben ja recht: Warum bringen Sie das dann nicht in Ihrem Abstimmungsverhalten zum Ausdruck? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Jetzt reden wir acht Stunden und er versteht's noch immer nicht!)*

Ich für meine Person und meine Kollegin Brigitte Ederer meinen, daß es eine Möglichkeit geben müßte, hier klar zu sagen, ob man für oder gegen die Nutzung der Kernkraft ist. In diesem Fall wären wir jene, die klar zum Ausdruck bringen, daß wir eine Nutzung dieser Technologie in Österreich nicht wünschen. Aber zu den Manövern, die Sie heute hier einen ganzen Tag lang abgezogen haben, zu jenem Maß an Selbstverleugnung, das Sie hier aufgeboten haben, kann man nur eine ablehnende Haltung einnehmen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Cap — caper — am capesten!)* 18.52

Präsident: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Bergmann.

18.52

Abgeordneter Bergmann (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn Sie mir gestatten und wenn er vielleicht eine Sekunde zuhören könnte, würde ich den Abgeordneten Konečný jetzt gerne fragen, ob das Motiv, daß er sich jetzt hierher gestellt und uns erklärt hat, wie er abstimmen will, auch davon bestimmt war, daß wir seine Argumentation anerkennen und seine Argumentation glauben sollen. Ich nehme an, daß das ein Teil Ihrer Motivation war.

Jetzt gehe ich so weit, Herr Abgeordneter Konečný, und sage: Ich glaube Ihnen Ihre Motivation. Wenn das aber so ist, dann frage

7648

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Bergmann

ich mich, warum Sie nicht bereit sind, unsere Argumentation und das Verhalten jedes einzelnen von uns für die Abstimmung zu akzeptieren. Warum wir uns den ganzen Tag von Ihnen unterstellen haben lassen müssen, hier sei ein Klubzwang brutal verordnet worden, hier sei gepreßt worden (*Zwischenruf bei der SPÖ: Weil es stimmt!*), warum Sie, meine Damen und Herren, nicht akzeptieren, daß dieser Klub am 28. November in einer Diskussion, wie sie in Ihrem Klub genauso stattfindet, einhellig festgestellt hat, daß wir diese Vorgangsweise nicht mitmachen, jeder einzelne von uns. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich würde wirklich sagen, meine Damen und Herren, es waren heute einige Dinge und man hat das zwischen den Fraktionen gemerkt, wo gegenseitig Berührung und Betroffenheit entstanden ist. Ich glaube nicht — und wenn uns das schon passiert ist, sollten wir das auch als Gewissenserforschung nehmen —, ich glaube nicht, daß es gut ist für den Parlamentarismus und für das Ansehen der Politik, wenn man hier — und ich sage es noch einmal — wahrscheinlich wider besseres Wissen, aus einer taktischen Überlegung hergeht und einer Fraktion etwas nachsagt, obwohl jeder von Ihnen weiß, daß es ganz anders ist. Denn auch wenn Sie einen einstimmigen Beschluß fassen, sind Sie der Meinung, daß das als eine einhellige freie Entscheidung dieses Klubs respektiert werden soll.

Meine Damen und Herren! Irgendwie paßt aber manches aus dieser Debatte des heutigen Tages nicht zusammen. Ich glaube, daß auch die Damen und Herren der Regierungsparteien beeindruckt waren von der sensationellen Argumentation unseres Wirtschaftssprechers Robert Graf. (*Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ. — Beifall bei der ÖVP. — Widerspruch bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich glaube, daß Sie beeindruckt waren. Ich gestehe Ihnen zu, daß Sie mir das jetzt nicht mit Applaus attestieren können. Ich glaube aber auch, daß es beeindruckend war, wie nach der Opposition der freiheitliche Energiesprecher der Argumentation der Regierung die Luft ausgelassen hat. Ich glaube, auch das hat Sie berührt, betroffen gemacht und beeindruckt.

Und wenn wir jetzt in wenigen Minuten an die Abstimmung gehen und wenn sich herausstellt, daß zum erstenmal in der Zweiten Republik ein Bundeskanzler eine persönliche Abstimmungsniederlage erlebt (*Abg. Parnigoni: Jetzt ist die Katze aus dem Sack!*),

dann sollten Sie auch noch einmal nachdenken, was man Ihnen heute erzählt hat, worüber Sie abstimmen.

Der Generalsekretär der Freiheitlichen Partei hat in einer Rede, die ich näher nicht qualifizieren möchte, den Ausspruch getan, daß hier über die Kernenergie abgestimmt wird, daß hier heute über die Atomkraft abgestimmt wird und daran mit großer Lautstärke den Satz gefügt: Alles andere wäre doch hier eine Lüge.

Vielleicht waren Sie wirklich der einzige in diesem Saal, der die Erklärung des Bundeskanzlers nicht gehört hat. Vielleicht haben Sie sich wirklich noch nicht die Mühe gemacht, den Schlußsatz nachzulesen. Denn der Bundeskanzler hat gesagt — horchen Sie zu, audiovisueller Unterricht, lesen Sie mit —: „Das bitte ich Sie ebenso zu bedenken wie die Tatsache“, sagt der Bundeskanzler, „daß heute nicht über die Inbetriebnahme von Zwentendorf abgestimmt wird, sondern über die Durchführung einer Volksabstimmung.“ Genau das, was der Kollege Graf in seiner Rede natürlich ausgeführt hat. (*Abg. Grabher-Meyer: Schweige nicht zum Pharisäertum!*)

Herr Abgeordneter Grabher-Meyer! Wenn Sie das Wort „Lüge“ verwenden und das in Richtung der Opposition tun, dann sind wir das gewöhnt. Wenn Sie das Wort „Lüge“ neuerdings sogar schon beim Regierungschef deponieren, sollten Sie sich wenigstens in Vier-Augen-Gesprächen nachher entschuldigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Nach der Rede — ich habe das schon erwähnt — des freiheitlichen Abgeordneten Dr. Stix hat mein Freund Dr. Taus hier festgestellt, er habe noch nie in seinem durchaus bereits längeren politischen Leben einen solchen Zusammenbruch der Argumentation eines Bundeskanzlers erlebt wie heute.

Nach der Rede des Vizekanzlers und Energieministers hat sich dieser für das Parlament insgesamt sicher peinliche Eindruck noch verstärkt. (*Abg. Probst: Bitte!*)

Es gibt in einer wichtigen Grundsatzfrage, Herr Energieminister, eine offensichtlich vom Bundeskanzler nicht überbrückbare, tiefe Kluft zwischen den Koalitionsparteien. Das gibt es. Das sehen Sie in den Medien. Der Bundeskanzler ist für die friedliche Nutzung der Kernenergie, der Vizekanzler und Energieminister ist dagegen.

Bergmann

Der Bundeskanzler — und damit erklärt sich ja die Stellungnahme des Regierungschefs heute — war daher heute auch gar nicht in der Lage, dem Parlament und damit den Bürgern unseres Landes zu erklären und zu begründen, daß wir die Nutzung der Atomkraft zur Stromerzeugung in Österreich dringend brauchen. Er mußte sich auf Geplänkel mit der Opposition beschränken und historische Abläufe schildern. Er durfte gar nicht Argument an Argument reihen, denn er ist ja in der Frage der Kernenergie nicht der Sprecher der Bundesregierung.

Es gibt keinen Standpunkt der Bundesregierung. Die Erklärung des Bundeskanzlers war daher viel mehr ein Versuch, durch eine sanfte Manipulation und eine zarte Weglassung von Wahrheiten eine Schuldzuweisung vorzunehmen. Dies, obwohl jeder hier auf der Regierungsbank, der gelegentlich sicher auch Diskussionen mit dem Bürger führt, und Sie vor allem, meine Damen und Herren, die Sie in den letzten Wochen ja auch in Ihren Kreisen diskutiert haben, wissen, daß die Bürger Fragen stellen, wichtige Fragen stellen und daß auch, wenn Sie hier dezitiert erklären, das eine oder andere sei schon geklärt, das Eingehen auf die Argumente, das Eingehen auf die Fragen gar nicht da ist. *(Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Der Herr Abgeordnete Hesoun stand gestern hier ... *(Abg. Hesoun: Sie sollen sich das Protokoll Ihrer heutigen Rede einrahmen und ... lesen!)* Herr Abgeordneter Hesoun! Sie standen gestern hier — ich wollte Ihnen gerade ein Kompliment machen —, Sie standen gestern hier bei der „Dringlichen“, haben davon geredet, man soll Zwentendorf in Betrieb nehmen, und auf einen Zwischenruf von mir, auf den Sie freundlicherweise geantwortet haben — dieser Zwischenruf hat gelautet: Um wieviel wird der Strom billiger, wenn Zwentendorf in Betrieb geht? —, haben Sie gesagt: Um gar nichts wird er billiger!

In der Öffentlichkeit haben Sie einen anderen Eindruck erweckt, so, als ob demnächst die Heizkosten und alles wieder gesenkt werden könnten, wenn Zwentendorf in Betrieb geht. Sie haben also die Frage: Passiert wirklich etwas Positives, wenn Zwentendorf in Betrieb geht, oder nicht?, dem Bürger heute nicht beantwortet.

Der Bundeskanzler konnte nicht Stellung nehmen. Sie haben die Frage — wir haben ja für Zwentendorf seinerzeit ein Ersatzkraft-

werk errichtet —: Wie steht es in der Abwägung der Aufgaben?, nicht beantwortet.

Sie haben weder Rangordnungen der Energiepolitik dargestellt noch haben Sie festgestellt, ob man alles braucht, was derzeit auf dem Markt ist.

Nicht einmal der Energieminister hat eine klare Rangordnung! Er hat nur gesagt: Das Energiekonzept räumt irgendwo der Wasserkraft einen Vorteil ein.

Es sind eine Reihe von Fragen, die bis in die technischen Details gehen, die der Abgeordnete und Kollege Graf heute hier erwähnt hat. Sie sind auf keine Frage, die den Bürger interessiert, eingegangen. Ich sage es noch einmal: Sie haben hier versucht, eine politische Schuldzuweisung zu machen — ohne den entsprechenden Erfolg.

Sie konnten — ich habe es vorhin erwähnt — die Antworten nicht geben, nicht weil der eine oder andere von Ihnen sie nicht geben wollte, sondern weil Sie gespalten sind! Und die Wortmeldung des Vizekanzlers hat ja den Slalomlauf, den Sie heute versucht haben, durchaus bestätigt. *(Abg. Probst: Wenn der Bergmann von „Slalomlauf“ redet, dann kriegt man Bauchweh!)* Herr Probst! Lassen Sie es auf der Zunge zergehen! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Der Vizekanzler wirkt an einstimmigen Beschlüssen der Regierung mit, die zur Inbetriebnahme von Zwentendorf führen sollen, und ist dann nicht bereit, einen Antrag zu stellen, sondern im Gegenteil, er stimmt dagegen. *(Zwischenruf des Abg. Probst.)* Wenn Sie mir diese Perversion erklären können, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ich halte es für eine Pirouette, die hier gedreht wird unter der Devise ... *(Abg. Probst, in verrenkter Stellung sich am Hinterkopf kratzend: Ihr kratzt euch ja so!)* Herr Probst, noch einmal ... *(Abg. Graf zu Abg. Probst: Das kleidet Sie gut! — Zwischenruf des Abg. Probst.)*

Herr Probst, in Blockschrift zum Mitschreiben: Steger bestätigt die Sicherheit von etwas, was er aus Sicherheitsgründen ablehnt.

Bitte noch einmal zum Mitschreiben: Steger bestätigt die Sicherheit von etwas, was er aus Sicherheitsgründen ablehnt. *(Abg. Dr. Steger: Sie sind der größte Wortverdrehler, den ich kenne!)* Bitte, Kommentar überflüssig.

Herr Vizekanzler! Und Sie stellen sich dann noch hin und erklären: Die Zeit des Umfallens

7650

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Bergmann

— Sie lieben dieses Wort nicht — ist vorbei! (*Abg. Probst: Die Atombefürworter der ÖVP sind nach der anderen Seite umgefallen!*) Nun stehen Sie wie ein Fels, und niemand kann mehr kommen und sagen: Ich bin umgefallen!

Aber, Herr Vizekanzler, so schlecht sind die Gedächtnisse, zumindest die der Archive nicht. Tatsache ist: Sie sind natürlich schon wieder umgefallen (*ironische Heiterkeit bei der FPÖ*), nur in eine andere Richtung; nur in eine andere Richtung. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Steger: ...bessere Kritik gemacht, Herr Kollege! — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Herr Vizekanzler, ich nehme nicht an, daß ein Zitat aus einem Parteibeschluß der FPÖ von Ihnen als „besserer Witz“ qualifiziert wird. Ich darf Ihnen dieses Zitat verehren. (*Zwischenruf des Abg. Probst. — Präsident Mag. Minkowitsch gibt das Glockenzeichen.*) 26. Jänner 1978, wörtliches Zitat (*Heiterkeit bei der ÖVP*): Die Entscheidung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes in Zwentendorf an das Parlament abschieben zu wollen, ist nichts anderes als der Versuch einer konzeptlosen Regierung, sich der ihr kompetenzmäßig zukommenden Verantwortung zu entziehen. (*Zwischenrufe.*) — Beschluß des Parteivorstandes der FPÖ. Mit dabei: Die Herren Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager, Friedrich Peter. Herzlichste Gratulation! (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Dr. Steger. — Abg. Mag. Kabas: Sie verstehen gar nichts! — Weitere Zwischenrufe.*)

Herr Vizekanzler, wenn man die Erklärung des Bundeskanzlers genau gehört hat, dann signalisieren Sie in der Frage Zwentendorf ohnehin auch schon wieder einen Neigungswinkel von zumindest 45 Grad. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Grabher-Meyer: Sie sind ja nicht imstande aufzustehen, gerade zu stehen! Sie wären froh, wenn Sie ... einnehmen könnten! — Ruf bei der ÖVP: Kaspanaze ...!*)

Hohes Haus! Am Anfang der Bemühungen ... (*Ruf bei der SPÖ: Der Nein-Sager der Nation! — Abg. Probst: Bergmann, das ist eine alte Geschichte: Wer liegt, kann nicht umfallen!*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Bitte nacheinander! Wir haben noch genügend Zeit!

Am Wort ist der Redner. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Abgeordneter **Bergmann** (*fortsetzend*):

Hohes Haus! Es war für viele, denen dieses Thema mehr wert ist als die Schreiereien des Herrn Grabher-Meyer (*Ruf bei der ÖVP: Kaspanaze!*), für viele war es im Frühjahr 1984 ein Signal, ein ernst zu nehmendes Signal, als es in der „Arbeiter-Zeitung“ beispielsweise hieß, daß der Bundeskanzler erklärt hat, Zwentendorf kann angesichts der Emotionalisierung des Themas Kernkraftwerke nur bei einem nationalen Konsens aller drei Parteien in Betrieb genommen werden. Das war der Ausgangspunkt. Das ist die Ankündigung einer ordentlichen Vorgangsweise einer Regierung: Konsens aller drei Parteien. Alle drei Parteien haben hier Beschlüsse gefaßt. Hohe Emotionalisierung: Hainburg hätte eine Lehre sein müssen.

Heute stehen wir vor dem Faktum, daß der Bundeskanzler in dieser Absicht gescheitert ist, und zwar viel mehr gescheitert ist als je ein Bundeskanzler vor ihm. Es ist dem Bundeskanzler Dr. Sinowatz nicht einmal gelungen, seine eigene Partei voll von seinem Standpunkt zu überzeugen. Es ist dem Bundeskanzler auch nicht gelungen, seinen Koalitionspartner von der Notwendigkeit der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu überzeugen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart.*) Und es ist dem Bundeskanzler Dr. Sinowatz schon gar nicht gelungen, die Opposition zu überzeugen. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*)

Ließ sich der Bundeskanzler vor Tagen noch als besonders schlau und geschickt feiern (*Zwischenruf der Abg. Helene Partik-Pablé*), so steht er jetzt vor den Trümmern einer eigenartigen Taktik. (*Zwischenrufe.*) Sie sagen es die ganze Zeit, Herr Wissenschaftsminister: einer eigenartigen Taktik — an der Sie einen großen Anteil gehabt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Ergebnis: Viel Prozellan ist zerschlagen worden, viel zusätzliches Mißtrauen wurde geweckt. (*Bundesminister Dr. Fischer: ... ÖVP! Sonst war nichts!*)

Herr Wissenschaftsminister, dazu eine Bemerkung: Es läßt sich an den drei klassischen Beispielen der letzten Zeit nachweisen, daß der Bundeskanzler mit einem Autofahrer vergleichbar ist, der in eine Straße einbiegt, an der leicht erkennbar das Schild „Sackgasse“ steht und von dem Autofahrer auch gesehen wird. (*Zwischenruf.*) Nach dem Erkennen des Schildes „Sackgasse“ gibt er Vollgas und fährt auf die gegenüberliegende Wand zu in der Hoffnung, sie könnte vielleicht doch zur Seite rücken — Konferenzzentrum, Hainburg und Zwentendorf! Alle drei mal das selbe Ergebnis. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bergmann

Hohes Haus! Die ÖVP steht nach der Niederlage des Bundeskanzlers auch weiterhin zu ihrem Grundsatzbeschluß. Die Volkspartei hat einen Antrag gestellt, der noch heute zur Abstimmung kommt — nach der persönlichen Abstimmungsniederlage des Bundeskanzlers —, eine Entscheidung herbeizuführen. Danach wäre die Bundesregierung bis 31. März 1985 vom Parlament verpflichtet, entweder eine Regierungsvorlage zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes zu übermitteln oder über die weitere Zukunft des Kernkraftwerkes Zwentendorf eine Entscheidung zu treffen. *(Abg. Dr. Gradenegger: Was wäre Ihnen lieber?)*

Diesen Antrag, Herr Hofrat Gradenegger, werden Sie ablehnen. *(Abg. Dr. Gradenegger: Was wäre Ihnen lieber? Sagen Sie es einmal schön heraus!)* Ich danke Ihnen schön, ich habe die ganze Zeit auf Sie gewartet. Ich habe für Sie etwas mitgebracht. Aussendung aus Kärnten: Dringlichkeitsantrag der SPÖ im Kärntner Landtag. *(Abg. Dr. Gradenegger: Was wäre Ihnen lieber? Nicht der Kärntner SPÖ! Wir Kärntner haben für Zwentendorf gestimmt!)* Zielsetzung — und das allen Tirolern hier ins Stammbuch —, Zielsetzung: Ein wesentlicher Unterschied zum Tiroler Antrag liegt darin, daß der Antrag der Kärntner SPÖ, der Dringlichkeitsantrag, diesen Inhalt hat: Nach Prüfung der Sicherheitsfragen, Zwentendorf nicht vergehen lassen, Antrag: Appell an die Bundesregierung! Der Herr Landeshauptmann Wagner hat sich nach der sozialistischen Fraktion im Tiroler Landtag vollinhaltlich der Argumentation der Österreichischen Volkspartei angeschlossen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und zum Schluß, Herr Bundeskanzler: Sie haben in den letzten Tagen mehrmals und durchaus eindrucksvoll über die Medien mitgeteilt, Sie würden bis zur letzten Minute für den Antrag Ihrer Fraktion kämpfen. Von diesem Kampfeinsatz habe ich heute nachmittag nicht sehr viel bemerkt. Sie haben nicht einmal den Rednern Ihrer Fraktion, die durchaus beachtliche Argumente gebracht haben, die Ehre des Zuhörens erwiesen. Das ist bedauerlich, ich glaube überhaupt, wenn dieses Parlament Selbstachtung hat, dann sollten Sie sich an Hand der Beispiele, der Fotos in den Zeitungen, der Bilder im Fernsehen, überlegen, ob die Situation dieser Regierungsbank hinter dem Redner, dem Vertreter des Volkes, dem Ruf dieses Hauses zuträglich ist.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Sollte der Bundeskanzler die Gesprächsbereitschaft in Anspruch nehmen wollen, ist die

Linie immer klar gewesen: Der Regierungsbeschluß, Begründung, Sicherheitsgarantie, Übernahme der Verantwortung, Aufhebung des Atomsperrgesetzes und selbstverständlich eine Volksabstimmung. Niemand, bitte, versteht, warum Sie diesen klaren Weg nicht gegangen sind und aus Ihrer heutigen Debatte war nicht erkennbar, warum Sie es nicht getan haben. Wer es ernst meint, hätte es versuchen müssen. *(Beifall bei der ÖVP.)* ^{19.14}

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über jede der drei Vorlagen getrennt vornehme.

Wir kommen zuerst zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, den Bericht der Bundesregierung, III-72 der Beilagen, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) samt Titel und Eingang im Antrag 132/A.

Da es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf um ein Bundesverfassungsgesetz handelt, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Z 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Es ist namentliche Abstimmung verlangt worden. Da dieses Verlangen von 25 Abgeordneten gestellt wurde, ist die namentliche Abstimmung durchzuführen.

Die Stimmzettel, die zu benützen sind, tragen den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ beziehungsweise „Nein“.

Gemäß der Geschäftsordnung werden die Abgeordneten namentlich zur Hinterlegung des Stimmzettels in der bereitgestellten Urne aufgerufen.

7652

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Präsident Mag. Minkowitsch

Ich ersuche jene Abgeordneten, die für den Entwurf des Bundesverfassungsgesetzes betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) stimmen, „Ja“-Stimmzettel, jene, die dagegen stimmen, „Nein“-Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Pfeifer, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger wird ihn später dabei ablösen. *(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Pfeifer und Edith Dobesberger legen die Abgeordneten die Stimmzettel in die Urne.)*

Ich danke für den Aufruf.

Die Stimmenabgabe ist beendet. Die hierfür bestimmten Bediensteten des Hauses werden nunmehr unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vornehmen.

Die Sitzung wird zu diesem Zweck für einige Minuten unterbrochen. *(Die Beamten nehmen die Stimmzählung vor.)*

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Abgegebene Stimmen: 183, davon gültig: 181, davon „Ja“-Stimmen: 91, „Nein“-Stimmen: 90. *(Beifall bei SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Der Gesetzentwurf betreffend die Durchführung einer Volksabstimmung über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich ist daher abgelehnt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten

Benya
Brennstener
Brunner Wanda
Dobesberger Edith
Ederer Brigitte
Eigruber
Elmecker
Fauland
Fertl
Fister
Gärtner
Gmoser
Gossi
Grabner Arnold
Grabner Heinz
Gradenegger
Gradischnik

Guggenberger
Hawlicek Hilde
Heindl
Hesele
Hesoun
Hieden Helga
Hobl
Hochmair
Hofmann
Höll
Huber Alois
Jankowitsch
Kapaun
Karl Elfriede
Keppelmüller
Köck
Kokail
Konečný
Kräutl
Kuba
Leithenmayr
Lenzi
Ludwig
Marsch
Matzenauer
Mühlbacher
Nedwed
Neuwirth
Nowotny
Nürnberger
Offenbeck Jolanda
Parnigoni
Peck
Peter
Pfeifer
Pöder
Posch
Praher Adelheid
Prechtl
Preiß
Rechberger
Reicht
Reinhart
Remplbauer
Renner
Resch
Ressel
Rieder
Roppert
Ruhaltinger
Samwald
Schemer
Scheucher
Schieder
Schober
Scholger
Schranz
Seel
Stippel
Stocker Helmuth
Strache

Präsident Mag. Minkowitsch

Teschl
Tieber
Tirnthal
Tonn
Traxler Gabrielle
Tychtl
Veleta
Veselsky
Weinberger
Wille
Windsteig
Wolf Helmut
Zipser Ella

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten

Auer
Bayr
Bergmann
Bergsmann
Blenk
Brandstätter
Burgstaller
Cap
Derfler
Deutschmann
Dittrich
Ermacora
Ettmayer
Fachleutner
Feurstein
Flicker
Frizberg
Gassner
Gorton
Grabher-Meyer
Graf
Graff
Gugerbauer
Gurtner
Hafner
Haigermoser
Heinzinger
Helbich
Hietl
Hintermayer
Höchtel
Hofer
Hosp Maria
Huber Hubert
Hubinek Marga
Kabas
Karas
Keimel
Keller
Khol
Kirchknopf
Kohlmaier
König
Koppensteiner
Kowald
Kraft

Lafer
Landgraf
Lanner
Leitner
Lichal
Löffler
Lußmann
Manndorff
Minkowitsch
Mock
Möst Maria Elisabeth
Neisser
Neumann
Paulitsch
Pischl
Pranckh
Probst
Puntigam
Rabl-Stadler Helga
Sallinger
Schäffer
Schüssel
Schuster
Schwarzenberger
Schwimmer
Stangl Maria
Staudinger
Steger
Steidl
Steinbauer
Steiner
Stix
Stocker Franz
Stummvoll
Taus
Tichy-Schreder Ingrid
Türtscher
Vetter
Vonwald
Westreicher
Wieser Helga
Wimmersberger
Wolf Johann
Zittmayr

Präsident Mag. Minkowitsch: Schließlich gelangen wir zur Abstimmung über den Antrag des Handelsausschusses, seinen Bericht 578 der Beilagen — betreffend Antrag 133/A, Kernkraftwerk Zwentendorf — zur Kenntnis zu nehmen.

Auch diesbezüglich ist namentliche Abstimmung verlangt worden. Da dieses Verlangen von 25 Abgeordneten gestellt wurde, ist die namentliche Abstimmung durchzuführen.

Die Stimmzettel, die zu benützen sind, tragen den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja“ beziehungsweise „Nein“, genauso wie beim vorhergehenden Wahlgang.

7654

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Präsident Mag. Minkowitsch

Gemäß der Geschäftsordnung werden die Abgeordneten namentlich zur Hinterlegung des Stimmzettels in der bereitgestellten Urne aufgerufen.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die für den Antrag des Handelsausschusses auf Kenntnisnahme seines Berichtes betreffend den Antrag 133/A der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen stimmen, „Ja“-Stimmzettel, jene, die dagegen stimmen, „Nein“-Stimmzettel in die Urne zu werfen.

Ich bitte nunmehr den Herrn Schriftführer, Abgeordneten Pfeifer, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Frau Abgeordnete Edith Dobesberger wird ihn später dabei ablösen. *(Über Namensaufruf durch die Schriftführer Pfeifer und Edith Dobesberger legen die Abgeordneten die Stimmzettel in die Urne.)*

Danke für die Verlesung.

Die Stimmenabgabe ist beendet. Die hierfür bestimmten Bediensteten des Hauses werden nunmehr unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vornehmen.

Die Sitzung wird zu diesem Zweck für einige Minuten unterbrochen. *(Die Beamten nehmen die Stimmzählung vor.)*

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Abgegebene Stimmen: 183, davon „Ja“-Stimmen: 102, „Nein“-Stimmen: 81.

Der Antrag des Handelsausschusses auf Kenntnisnahme seines Berichtes 578 der Beilagen ist somit **a n g e n o m m e n**.

Mit „Ja“ stimmten die Abgeordneten

Benya
Brennsteiner
Brunner Wanda
Cap
Dietrich
Dobesberger Edith
Ederer Brigitte
Eigruber
Elmecker
Fauland
Fertl
Fister
Gärtner
Gmoser
Gossi
Grabher-Meyer
Grabner Arnold
Grabner Heinz
Gradenegger

Gradischnik
Guggerbauer
Guggenberger
Haigermoser
Hawlicek Hilde
Heindl
Hesele
Hesoun
Hieden Helga
Hintermayer
Hobl
Hochmair
Hofmann
Höll
Huber Alois
Jankowitsch
Kabas
Kapaun
Karl Elfriede
Keppelmüller
Köck
Kokail
Konečný
Kräutl
Kuba
Leithenmayr
Lenzi
Ludwig
Marsch
Matzenauer
Mühlbacher
Nedwed
Neuwirth
Nowotny
Nürnberger
Offenbeck Jolanda
Parnigoni
Partik-Pablé Helene
Peck
Peter
Pfeifer
Pöder
Posch
Praher Adelheid
Prechtl
Preiß
Probst
Rechberger
Reicht
Reinhart
Remplbauer
Renner
Resch
Ressel
Rieder
Roppert
Ruhaltinger
Samwald
Schemer
Scheucher
Schieder

Präsident Mag. Minkowitsch

Schober
Scholger
Schranz
Seel
Steger
Stippel
Stix
Stocker Helmuth
Strache
Teschl
Tieber
Tirnthal
Tonn
Traxler Gabrielle
Tychtl
Veleta
Veselsky
Weinberger
Wille
Windsteig
Wolf Helmut
Zipser Ella

Mit „Nein“ stimmten die Abgeordneten

Auer
Bayr
Bergmann
Bergsmann
Blenk
Brandstätter
Burgstaller
Derfler
Deutschmann
Dittrich
Ermacora
Ettmayer
Fachleutner
Feurstein
Flicker
Frizberg
Gassner
Gorton
Graf
Graff
Gurtner
Hafner
Heinzinger
Helbich
Hietl
Höchtel
Hofer
Hosp Maria
Huber Hubert
Hubinek Marga
Karas
Keimel
Keller
Khol
Kirchknopf
Kohlmaier
König

Koppensteiner
Kowald
Kraft
Lafer
Landgraf
Lanner
Leitner
Lichal
Löffler
Lußmann
Mannsdorff
Minkowitsch
Mock
Möst Maria Elisabeth
Neisser
Neumann
Paulitsch
Pischl
Pranckh
Puntigam
Rabl-Stadler Helga
Sallinger
Schäffer
Schüssel
Schuster
Schwarzenberger
Schwimmer
Stangl Maria
Staudinger
Steidl
Steinbauer
Steiner
Stocker Franz
Stummvoll
Taus
Tichy-Schreder Ingrid
Türtscher
Vetter
Vonwald
Westreicher
Wieser Helga
Wimmersberger
Wolf Johann
Zittmayr

5. Punkt: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (566 der Beilagen): Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse (576 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Johann Wolf. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen. (Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

7656

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Johann Wolf

Berichterstatte r Johann Wolf: Der Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse, an deren Bestimmungen über Mindestpreise Österreich gebunden ist, geht auf den Rückgang der Weltmarktpreise für Milchprodukte, verschärft durch den Anstieg des Kurses für den US-Dollar, zurück. Da österreichische Vorschläge auf entsprechende Abänderung der Mindestpreise in den zuständigen Gremien des GATT nicht akzeptiert wurden, bieten sich keine Alternativlösungen an.

Die Internationale Übereinkunft über Milcherzeugnisse ist ein gesetzändernder und Gesetzesergänzender Staatsvertrag; eine Reihe ihrer Bestimmungen ist verfassungsändernd. Die vorliegende Kündigung der Übereinkunft bedarf daher ebenso der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 und 3 Bundes-Verfassungsgesetz wie ihr Abschluß.

Der Zollausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 14. März 1985 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmenteinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Rücktritts zu empfehlen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Zollausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse (566 der Beilagen) die Genehmigung erteilen.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatte r für seine Ausführungen.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hietl. Ich erteile es ihm.

19.55

Abgeordneter Hietl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach einem tagesfüllenden Programm und einer Diskussion über die Energiefrage stehen wir jetzt in einer Diskussion und vor der Beschlußfassung über die seltene Materie eines Rücktritts Österreichs aus einer Internationalen Übereinkunft. Konkret geht es um die Kündigung eines GATT-Vertrages betreffend den Mindestpreis für Milchprodukte. In Kraft tritt dieser Beschluß 60 Tage nach Einlangen der

schriftlichen Rücktrittsanzeige beim Generaldirektor der Vertragsparteien des GATT. Dies ist ein Zeitpunkt, der etwa Ende Mai dieses Jahres sein wird.

Durch den Anstieg des Dollarkurses stieg der Mindestpreis deutlich an. Ein Vorschlag von Österreich, den Mindestpreis zu senken, fand keine Zustimmung.

Für Exporte unter dem Mindestpreis kann keine Stützung gewährt werden. Dadurch kommt die Ausfuhr von Milchprodukten zum Erliegen. Der Molkereiwirtschaft erwachsen bereits enorme Kosten.

Ich glaube, daß dies allein Anlaß dazu ist, daß wir hier im Interesse der Exporte der österreichischen Milchwirtschaft dafür Sorge tragen, diesem Beschluß des Zollausschusses nachzukommen.

Die Aufgabe der Regierung wird es sein, für die finanzielle Regelung Sorge zu tragen.

Das Problem wurde möglicherweise auch von den zuständigen Ministerien etwas zu spät erkannt. Es geht schließlich um je 40 000 Tonnen Voll- und Magermilchpulver sowie Käse und zusätzlich 5 000 Tonnen Butter. Dies würde die Milchwirtschaft wesentlich entlasten, da ohnehin unsere Bauern in Schwierigkeiten sind; ich brauche nur auf die Richtmengenregelung hinzuweisen.

Ich glaube, erwähnenswert ist auch, daß die Gelder für die Unterstützung der Milchwirtschaft vorhanden sind, da die Milchbauern ja wesentliche Beträge durch den Absatzförderungsbeitrag bereits selbst geleistet haben.

Mit wenigen Sätzen lassen Sie mich bei diesem Anlaß zur gesamten Agrarpolitik und zum Agrarhandelsdefizit von 13 Milliarden Schilling Stellung nehmen. Nur mit wenigen Beispielen wird gezeigt, wie man auch hier die agrarische Handelsbilanz positiv gestalten könnte:

Beispielsweise ist der Import von Ölsaaten um 45 Prozent gestiegen, das sind 148 Millionen Schilling, bei Sonnenblumenkernen sind die Importe um 55 Prozent gestiegen, das sind 84 Millionen Schilling, oder bei Rapsöl sind die Importe um 42 Prozent gestiegen, das macht allein 314 Millionen Schilling aus.

Der Import von Eiweißfutter entspricht einer Anbaufläche von 300 000 Hektar in Österreich.

Hietl

Allein diese angeführten Beispiele zeigen, daß in der Agrarhandelspolitik und Zollpolitik seitens der Regierung eine günstigere Politik für die österreichische Landwirtschaft und damit auch für den gesamten österreichischen Staat betrieben werden müßte.

Zugeständnisse beispielsweise an die EG bei Obst, Wein und Gemüse sind ebenfalls belastend für die österreichische Landwirtschaft. Entscheidend ist sicherlich dabei der Agrarnotenwechsel vom 21. Juli 1972. Die Zollpolitik müßte sich schließlich der österreichischen Landwirtschaft anpassen.

Wenn Handelspartnern Zugeständnisse gemacht werden, dann muß das nicht unbedingt auf Kosten der österreichischen Landwirtschaft gehen.

Auch hier nur kurz drei Beispiele.

Zum Importantrag bei Brennwein: Wir von der Produktion sagen ja, weil es notwendig ist; aber dafür einen Zollverzicht zu gewähren, was allein einen Ausfall von 60 Millionen Schilling bewirkt, glaube ich, ist nicht notwendig. Das kann sich der österreichische Staat nicht leisten. Würde man diese Beträge der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, würde damit wesentlich mehr erreicht werden.

Beispiel zwei, Flaschenzoll bei Wein: Die Importe sind wesentlich günstiger gestellt als die Exporte.

Oder Beispiel drei, Ostliberalisierung bei Obst und Gemüse, meine Damen und Herren: Und dafür keine Alternativmöglichkeiten.

Der letzte Kanzlerbesuch in Brüssel in dieser Richtung war 1972. Erst jetzt — 1985 — war der Herr Bundeskanzler wieder einmal in Brüssel zu Verhandlungen, aber nicht vielleicht über agrarische Probleme, sondern wegen des Problems des Katalysators, dessen Behandlung — wird nicht bestritten — sicherlich notwendig ist. Aber so wie das eine, wäre auch umgekehrt genauso das andere, nämlich die Notwendigkeit des Agrarhandels, dort entsprechend vom Bundeskanzler zu vertreten.

Es war überhaupt — das muß ich hier auch erklären — auch keine entsprechende Aktivität des Landwirtschaftsministeriums sowie des Herrn Handelsministers zu erkennen. Sicherlich hat der Herr Handelsminister andere Probleme intern zu regeln; das ist aber seine Sache. Wir sind an einer vernünftigen Handelspolitik zugunsten Österreichs interessiert. Wie soll es mit den Exporten weiterge-

hen? Dazu gibt es anscheinend keine entsprechende Antwort.

Wir stimmen der Vorlage zu, Herr Handelsminister, weil es im Interesse der österreichischen Milchwirtschaft ist, weil wir Unterstützung für unsere Bauern dringend notwendig haben und weil wir uns als die einzige Vertretung der Bauern hier im Parlament beken-

nen. Wir fordern daher eine Aktivität der Regierung in diesen Belangen, Alternativprodukte zu fördern, für die Erstattungsregelung für Drittländer zu sorgen, denn schließlich, glaube ich, ist es nur ein einfaches, gutes Recht und Verlangen von uns, dem Bauern wieder das Gefühl zu geben, daß seine Arbeit auch Anerkennung in diesem Staate findet. (Beifall bei der ÖVP.) 20.01

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Brandstätter.

20.01

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem das gegenständliche Übereinkommen nach dem Preisrückgang der Milchprodukte nicht mehr funktioniert hat, nachdem es von anderen Ländern ganz offensichtlich verletzt wurde, haben die USA schon im Vorjahr dieses Übereinkommen gekündigt.

Es hat unsere Regierung wieder einmal wertvolle und — ich möchte das ganz besonders betonen — kostbare Zeit versäumt, daß mit der Kündigung bis zum jetzigen Zeitpunkt gewartet wurde. Nur durch die wirklich hervorragenden Leistungen unserer Milchwirtschaft, die trotzdem die Kunden bedient hat, ist es gelungen, daß wir nicht die erstklassigen Märkte, die wir zu bedienen haben, verloren haben.

Denn gerade bei den Märkten, um die es hier geht, ist die geringste Stützung notwendig. Wenn wir uns Ersatzmärkte hätten suchen müssen, dann wären die Kosten ganz wesentlich höher geworden. Ich möchte daher mit allem Nachdruck feststellen, daß Vorsorge getroffen werden muß, daß die Milchwirtschaft aus dieser Entwicklung heraus, die zur Kündigung geführt hat, nicht den Nachteil zu tragen hat. Denn wenn die Milchwirtschaft benachteiligt würde, würde sich das selbstverständlich auf die Bauern auswirken. Wir wissen, daß der Absatzförderungsbeitrag bereits jetzt eine untragbare Höhe erreicht hat, sodaß eine zusätzliche Belastung sicher nicht zu verkraften ist.

Brandstätter

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur erwähnen, daß die EG pro Erwerbstätigen eine Exportförderung von umgerechnet rund 32 000 S aufwendet, während die vergleichbare Exportförderung für die österreichische Milchwirtschaft rund 12 000 S beträgt. Das heißt, daß die EG die Exporte fast dreimal so hoch fördert, als das in Österreich der Fall ist.

Daher möchte ich wieder einmal betonen: Die österreichischen Bauern und die österreichische Milchwirtschaft erwarten sich keine Bevorzugung, aber wir wollen Chancengleichheit. Wir wollen nichts anderes, als erreichen, daß die Wettbewerbsfähigkeit für unsere Bauern, für unsere Milchwirtschaft auch in Zukunft gesichert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte Ihnen doch bei dieser Gelegenheit nur einige Zahlen über die Situation der Bauern sagen, wie sie sich heute darstellt: Wenn im Jahr 1970 ein Bauer für eine Heuerntemaschine rund 8 200 kg Milch verkaufen mußte, so mußte er 1983 bereits 11 200 kg für diese Heuerntemaschine ausgeben.

Wenn man immer wieder von Produktivitätssteigerung spricht, so ist das richtig. Trotzdem kann durch die Produktivitätssteigerung dieser Nachteil nicht mehr aufgewogen werden. Wenn man das auf die Marktleistung pro Kuh umrechnet, dann mußte im Jahr 1970 für diese Maschine der Bauer den Wert der Jahresmarktleistung von 4,3 Kühen ausgeben und im Jahr 1983 bereits von mehr als 5 Kühen. Das heißt, daß hier ein Abfall, eine Verschlechterung für den Bauern von mehr als 20 Prozent eingetreten ist.

Beim Kauf des Dieselöls fällt der Vergleich noch viel ärger aus. Der Bauer mußte 1970 46 Prozent der Jahresleistung einer Kuh für 1 000 Liter Dieselöl ausgeben. Wenn man jetzt das Jahr 1985 nimmt, muß er bereits die doppelte Menge, bereits die Jahresmarktleistung einer Kuh ausgeben, um 1 000 Liter Dieselöl einkaufen zu können. Daraus ersehen Sie, wie sich die Entwicklung zum Nachteil der Bauern verschlechtert hat.

Wenn man nun die Sozialversicherungsbeiträge zum Vergleich heranzieht und wieder die Produktivitätssteigerung in Rechnung bringt, dann mußte ein Bauer — angenommen eine Familie mit zwei Kindern — 1971 die Jahresleistung von 2,1 Kühen verkaufen, um seine Sozialversicherungsbeiträge bezahlen zu können. Im Jahr 1985 muß er bereits die Leistung von 2,7 Kühen dafür aufwenden, um seine Sozialversicherung bezahlen zu können.

Hier haben wir eine Verschlechterung von mehr als 30 Prozent von 1970 bis 1985. Wieder ein Beweis, wie sich die Dinge zum Nachteil der Bauern entwickeln.

Ich bringe einen anderen Vergleich: Der Arbeitnehmer mußte 1970 30 Minuten arbeiten, um sich ein Viertelkilogramm Butter kaufen zu können. Im Jahr 1983 mußte er nur mehr 19 Minuten arbeiten, um sich ein Viertelkilogramm Butter kaufen zu können. Hier ist eine Verbesserung von fast 40 Prozent eingetreten. Bevor irgendwelche Zwischenrufe kommen, möchte ich sagen, daß wir das durchaus begrüßen. Wir wollen ja, daß unsere Konsumenten eine möglichst hohe Kaufkraft haben. Aber es ist einfach nicht mehr in Vergleich zu bringen mit dem Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft.

Daher ist es durchaus gerechtfertigt, daß wir die entsprechende Unterstützung verlangen. Wenn heute für viele Bereiche Geld da ist — wir wissen, wie viele Betriebe heute unterstützt werden müssen —, so verlangen wir das Recht auch für die Bauern, daß auch hier, da wo es notwendig ist, die entsprechende Unterstützung geleistet wird. *(Beifall bei der ÖVP.)* 20.09

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Alois Huber. Ich erteile es ihm.

20.09

Abgeordneter Alois Huber (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Hietl hat gerade hier erklärt, daß sich der Bauernbund allein für die Anliegen der Landwirtschaft zuständig fühlt. Da möchte ich ihm gleich zu Beginn meiner Rede widersprechen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich glaube feststellen zu können, daß der Bauernbund zumindest bis zum Jahre 1970 tatsächlich für die Anliegen der Landwirtschaft zuständig gewesen ist, daß wir schon damals dasselbe System hatten, das wir heute noch haben.

Ich erlaube mir aber festzustellen, daß es sicherlich richtig ist, auf Grund der Dollaraufwertung das GATT-Abkommen aufzukündigen, denn letzten Endes ist vom Jahre 1981 bis zum Jahre 1984 der Dollarkurs um ein Drittel gestiegen, und es ist nur zu verständlich, daß wir unter diesen Voraussetzungen nicht mehr mithalten konnten.

Ich möchte aber dezidiert feststellen, daß

Alois Huber

sowohl der Landwirtschaftsminister als auch der Handelsminister sich sehr bemüht haben, diese Entwicklung voranzutreiben und den Weg freizumachen.

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mich nun aber kurz mit der Situation auf dem Milchmarkt auseinandersetzen. Ich möchte Ihnen nicht vorenthalten, daß ein Kilogramm Butter im Export 27,60 S und dasselbe Kilogramm Butter im Inland immerhin 89,60 S ausmacht. Darüber hinaus möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, daß der Bauer als Erzeuger 4,55 S für 1 l Milch erhält und daß letzten Endes der Konsument dafür 11,70 S bezahlen muß.

Ich erwähne dies deshalb, weil ich glaube, daß hier nicht die Regierung allein schuld ist oder überhaupt schuld ist, sondern daß schon am System gar manches nicht mehr im Lot ist.

Ich möchte hier betonen, daß wir im Jahre 1977 mit der Milchkontingentierung begonnen haben, weil wir es einfach nicht mehr haben verantworten können, für eine geringfügige Menge an Überschuß immerhin schon im Jahre 1977 1,3 Milliarden Schilling aufzuwenden. Im Jahre 1984 hatten wir einen Milchüberschuß von 500 000 Tonnen und mußten dafür über 3 Milliarden Schilling aufwenden.

Haben Sie Verständnis dafür, daß es unter diesen Umständen nicht mehr möglich sein wird, dieses System aufrechtzuerhalten beziehungsweise die Finanzierung durchzuführen.

In Verantwortung dieses Umstandes bemühen sich der freiheitliche Staatssekretär und der Landwirtschaftsminister beziehungsweise die österreichische Bundesregierung, Möglichkeiten zu suchen. Ich möchte hier die Verbesserung der Mutterkuhhaltung betonen und vor allem die Möglichkeit der Einführung einer Milchliefervverzichtsprämie. Denn ich glaube, daß es letzten Endes immerhin noch vernünftiger, gescheiter und vertretbarer ist, den Überschuß in tragbarem Rahmen zu halten, nicht die Millionen oder die Milliarden ins Ausland hinaus zu verschleudern, sondern nach Wegen zu suchen, der Bauernschaft eine Einkommensmöglichkeit zu eröffnen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich möchte, meine geschätzten Damen und Herren, dabei aber auch nicht die Exportfirmen unerwähnt lassen, weil ich glaube, daß es auch bei diesen Exportfirmen an vielem man-

gelt oder daß man manches an ihnen aussetzen kann.

Geschätzte Damen und Herren! Für eine an und für sich nicht überwältigende Menge an Überschußprodukten bemühen sich diese Exportfirmen, diese Überschußprodukte in über 60 Länder der Welt zu exportieren. Hier müßte so manche Möglichkeit drinnen sein, diese Anzahl an Ländern zu verkleinern, das heißt, sich doch etwas mehr an bestimmte Länder auszurichten und nicht mehr in alle 60 Länder zu exportieren.

Ich erwähne hier als Gegenbeispiel das Aluminiumwerk Ranshofen, das in der selben Situation gewesen ist, das ebenfalls geringe Mengen in viele Länder exportiert hat und das dann doch zur Auffassung gelangt ist, diese Lieferung von geringen Mengen an verschiedene Länder einzuschränken und sich nur noch auf bestimmte Länder zu konzentrieren. Und was Ranshofen gelungen ist, müßte eigentlich auch unserer Exportindustrie gelingen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wobei ich nicht verschweigen möchte, daß es sicherlich leicht ist, auf der Basis zu exportieren, daß nämlich die Differenz zwischen dem Weltmarktpreis und dem Inlandspreis zur einen Hälfte der Staat, sprich: der Steuerzahler, und zur anderen Hälfte der Produzent, sprich: der Bauer, in Form von Milchkrisengroschen vom allgemeinen Absatzförderungsbeitrag, der derzeit in einer Höhe von 34 Groschen ist, beziehungsweise bei Übermilch in Form des außerordentlichen Absatzförderungsbeitrages von immerhin 3,93 S finanzieren.

Ich glaube nicht, daß dies die Art und Weise ist, wie wir dieses System in den Griff bekommen können. Hier könnte ich mir durchaus vorstellen, daß man sich um den Inlandsabsatz etwas mehr bemüht, daß man sich um die Schulmilch mehr bemüht, daß man sich auch um die Verbilligungsaktionen mehr bemüht, um so auch auf dem Inlandsmarkt mehr Milchprodukte absetzen zu können. Dabei möchte ich nicht vorenthalten, daß allein im Jahre 1984 der Butterkonsum um 5,5 Prozent zurückgegangen ist.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich glaube aber auch, daß es uns letzten Endes gelingen muß, wenn wir uns bemühen — gemeinsam bemühen —, das System abzuändern, für die Bauernschaft bessere Bedingungen zu schaffen.

Ich glaube, daß viele der Mißstände im der-

7660

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Alois Huber

zeitigen System begründet sind und daß es mehr als hoch an der Zeit ist, im Interesse des bauerlichen Berufsstandes endlich einmal hier eine Reform durchzuführen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 20.16

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden.

20.16

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Haiden: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir ein, zwei Minuten, nicht mehr. Die exportierenden Firmen sind im Dezember des Vorjahres in eine sehr schwierige Situation geraten, weil die Mindestpreise nicht mehr ausgereicht haben und die Firmen — ich muß das hier unterstreichen — vertraglich verpflichtet sind, die Mindestpreise zu beachten, nämlich die Verträge einzuhalten, die die Republik Österreich abgeschlossen hat.

Wir haben sehr rasch die Verhandlungen aufgenommen; wenn ich „wir“ sage, so muß ich vor allem dem Herrn Vizekanzler danken. Zunächst ist es uns darum gegangen, die Mindestpreise anzupassen. Es hat ja niemand daran gedacht, sofort zu kündigen. Und ich muß zugeben, daß eine Kündigung dieser Art ein ungewöhnlicher Schritt ist; ein Schritt, der außenhandelspolitisch und außenpolitisch doch etwas spektakulär ist. Ich bin dankbar dafür, daß man dennoch diesen Weg gegangen ist.

Abgeordneter Hietl hat eine Bemerkung gemacht, die mich zur Wortmeldung veranlaßt. Er meinte nämlich, man wird für die finanzielle Regelung sorgen müssen. Ich war der Auffassung, daß eine rückwirkende Beschlußfassung möglich sein könnte. Die Prüfung hat ergeben, daß das nicht geht. Wenn das aber nicht möglich ist, dann kann ich nicht durch einen Verwaltungsakt rückwirkend die Frage finanziell lösen. Ich bitte um Verständnis dafür.

Wir müssen nun vielmehr schauen, daß dieser Schritt des Parlaments sehr rasch wirksam wird, daß wir sehr rasch die Meldung durchführen, die wir vorzunehmen haben, und daß dann diese Frist abläuft. Die exportierenden Firmen werden sich halt darum bemühen müssen, nun bei ihren Verpflichtungen etwas zurückhaltend zu sein, damit sie mit ihren Exporten in die Zeit hineinkommen, in der die Kündigung bereits gültig ist. *(Abg.*

Hietl: Unterstützen muß man sie, Herr Minister!)

Ich sage nur: Was das Parlament nicht kann, kann ich durch einen Verwaltungsakt ganz sicher nicht. Ohne gesetzliche Grundlage hätte ich keine Möglichkeit dazu. Herr Kollege Hietl, ich bitte um Verständnis. Das war der Zweck meiner Wortmeldung. — Danke sehr. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 20.20

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.

20.20

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Bundesministers möchte ich nur ganz wenig sagen. Es ist richtig, daß vorerst versucht wurde, das GATT-Mindestpreisabkommen durch eine Senkung der Preise zu verbessern, daß das nicht möglich und eine Kündigung nicht zu vermeiden war, obwohl grundsätzlich die Mindestpreisabkommen für den internationalen Markt eine positive Bedeutung haben.

Aber, Herr Bundesminister, man muß klarerweise auch einen Weg suchen für die Zeit zwischen 1. Dezember 1984 und dem 30. Mai 1985, wenn dieses Abkommen außer Kraft tritt, um die volkswirtschaftlichen Verluste, die entstanden sind, in irgendeiner Weise zu korrigieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird immer wieder auch vom Bundesminister die Forderung erhoben, die Milchproduktion einzuschränken. Ich möchte dazu nur ganz kurz etwas sagen. In Österreich haben wir solche Bodenverhältnisse und klimatische Bedingungen, daß zwei Drittel der Bauern im Bergbauerngebiet liegen und notgedrungen Viehwirtschaft und Milchwirtschaft betreiben müssen. Wir haben in Österreich 975 000 Milchkühe und eine Milchmarktleistung von 2,4 Milliarden Kilogramm. Im Vergleich dazu: Die Schweiz hat 600 000 Kühe und eine Milchmarktleistung von 3 Milliarden Kilogramm. Das heißt mit anderen Worten, in den österreichischen bauerlichen Betrieben der Milchwirtschaft stecken noch sehr viele Produktionsreserven.

Wir können in Österreich 1,9 Milliarden Kilogramm auf dem Inlandsmarkt verkaufen und bemühen uns sehr, den Inlandsmarkt zu fördern. Wir mußten aber im vergangenen Jahr 500 Millionen Kilogramm Milch dem Export zuführen. Und da, sehr geehrter Herr Minister, wenn wir die Schweizer Verhält-

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

nisse anstreben, müßten in Österreich mindestens 300 000 Kühe ausgemerzt werden. Das bedeutet, daß man rund 150 000 ha stilllegen und für diese Stilllegung den Bauern eine Stilllegungsprämie vergüten müßte.

Das weitere ist: Es kann die Kulturlandschaft nicht erhalten werden, und die Bewirtschaftung in den Bergbauerngebieten würde sehr in Frage gestellt.

Daher, Herr Minister, ist Ihre Schrumpfungstheorie unrealistisch. Sie müssen uns dann sagen, was man in der Landwirtschaft und in der Milchwirtschaft mit diesen überschüssigen 300 000 Kühen machen müßte und wie man die Flächen bewirtschaften könnte.

Der Export ist für die österreichische Landwirtschaft und Milchwirtschaft unbedingt erforderlich. Wir haben ja bereits vor 20, 30 und 100 Jahren gewisse Produkte exportiert, weil wir eben auf Grund der natürlichen Produktionsverhältnisse eine Menge produzieren, die wir in Österreich nicht verkaufen können.

Die Preise für Milchprodukte sind in Österreich gestiegen, auch dadurch, daß die Stützungen abgebaut wurden. Die höhere Exportstützung war daher pro Kilogramm erforderlich, die steigende Inlandserzeugung hat zu einem steigenden Export geführt, und das Überangebot auf dem Weltmarkt besonders durch die Vereinigten Staaten, durch die EG und die ozeanischen Länder Neuseeland und Australien hat sich auf die Weltmarktpreise sehr schlecht ausgewirkt. Das heißt, es sind höhere Exportunterstützungen erforderlich, sowohl was die Menge als auch was den Preis anlangt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1980 waren zirka 1,2 Milliarden Schilling für Exportstützungen erforderlich, 1984 waren es 2,8 Milliarden Schilling.

Es war daher durch den starken Rückgang der Weltmarktpreise für Milchprodukte einerseits und durch den massiven Anstieg des Dollarkurses um über 50 Prozent seit 1980 andererseits notwendig, daß man die Mindestpreise anpaßt oder das Abkommen kündigt. Wir müssen auf jeden Fall diese Dinge zur Kenntnis nehmen, und die Präsidentenkonferenz hat bereits im Herbst 1984 schriftlich das Handelsministerium und das Landwirtschaftsministerium aufgefordert, entweder die Herabsetzung der Mindestpreise oder die Kündigung einzuleiten.

Die Vereinigten Staaten haben das Abkom-

men gekündigt, sie drücken auf dem Weltmarkt mit ihren Produkten und bringen uns in besondere Schwierigkeiten. Es ist richtig, daß es zu lange gedauert hat, bis das Landwirtschaftsministerium und das Handelsministerium diesen Schritt gesetzt haben, der uns heute zur Kündigung dieses Abkommens geführt hat, und dadurch die Situation erschwert haben.

Zur Sicherung der österreichischen Exporte war die Kündigung erforderlich. Wir ersuchen die Regierung, alles zu tun, um größere volkswirtschaftliche Schäden zu vermeiden und eine tragbare Regelung für den vergangenen Zeitraum zu finden. *(Beifall bei der ÖVP.)* 20.26

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse in 566 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Da die ursprüngliche Internationale Übereinkunft wegen verfassungsändernder Bestimmungen zu ihrer Genehmigung der Zweidrittelmehrheit bedurfte, ist diese auch für den nunmehrigen Rücktritt erforderlich.

Ich stelle daher zunächst im Sinne des § 82 Absatz 2 Ziffer 1 der Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Rücktritt Österreichs von der Internationalen Übereinkunft über Milcherzeugnisse ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. Ausdrücklich stelle ich die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

6. Punkt: Bericht des Zollausschusses über die Regierungsvorlage (550 der Beilagen): Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (575 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die

7662

Nationalrat XVI. GP — 85. Sitzung — 21. März 1985

Präsident Dr. Stix

vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Höll. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Höll**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gegenständliche Änderung des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge geht auf einen Vorschlag der Schweiz auf Ergänzung des Kapitels VII durch einen Zusatzartikel 25 a zurück. In diesem ist vorgesehen, daß in den Vertragsstaaten keine Eingangsabgaben erhoben werden für vorgemerkte Fahrzeuge, die nicht wieder ausgeführt werden können, weil sie infolge höherer Gewalt zerstört worden oder unwiederbringlich verlorengegangen sind. Zweck dieser Bestimmung ist, den internationalen Reiseverkehr mit privaten Straßenfahrzeugen durch möglichste Angleichung der Zollformalitäten zu erleichtern und zu fördern. Die in der Schweiz und auch in Österreich geübte Vorgangsweise in solchen Fällen soll damit auf eine weltweite Basis gestellt werden.

Der Zollausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 14. März 1985 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmenteinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des gegenständlichen Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Zollausschuß vertritt die Auffassung, daß die Bestimmungen des Staatsvertrages zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert sind, sodaß sich eine Beschlußfassung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG erübrigt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Zollausschuß somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem Staatsvertrag: Änderung betreffend Kapitel VII des Zollabkommens über die vorübergehende Einfuhr privater Straßenfahrzeuge (550 der Beilagen) die Genehmigung erteilen.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, darüber die Debatte zu eröffnen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke für die Berichterstattung.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Berichterstatter wünscht kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 550 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Gemäß § 80 Absatz 1 der Geschäftsordnung wurde das eingelangte Ersuchen des Bezirksamtes Kirchberg am Wagram um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Josef Hintermayer wegen Verdachtes des Vergehens nach § 111 StGB dem Immunitätsausschuß zugewiesen.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 138/A eingebracht worden ist.

Ferner sind die Anfragen 1223/J bis 1227/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 17. April 1985, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

In dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 32 Minuten